

Interviews: Poroschenko über Putin, Bolsonaro über Frauen

Nummer 5 – 31. Januar 2019 – 87. Jahrgang
Fr. 8.50 (inkl. MwSt.) – Euro 6.90

DIE WELTWOCHEN



Europas gefährlichster Politiker

Zu Besuch bei Italiens Innenminister Matteo Salvini.

Von Roger Köppel

Ricklis Rapper

Enthüllt: Die Schmuddel-Truppe hinter dem Sex-Video. *Von Philipp Gut*

Berner Frauenkarriere

Daniela Stoffel: Von der esoterischen Philosophin zur hohen Staatssekretärin. *Von Urs Paul Engeler*

Jonathan Kreutner:
Was «Schindlers Liste»
mit meiner Familie
zu tun hat

4 194407 006904 05

Bezauberndes Elsass, Vogesen und Lothringen

TOP
Qualität
&
Preis



2-Bettkabine Hauptdeck (ca. 8.9 m²)



Bar



Salon

Strasbourg–Saverne–Lutzelbourg–Xouaxange–Lagarde mit dem gemütlichen Penischen-Schiff MS Madeleine****

7 Tage ab Fr. 2190.–

(Rabatt Fr. 200.– abgezogen, günstigste Kategorie inkl. Vollpension)

1. Tag Basel–Strasbourg Individuelle Anreise nach Basel SBB. Busfahrt nach Strasbourg, Einschiffung und Abendessen. Am frühen Abend besuchen Sie im Ausflugsboot die beleuchtete Altstadt.

2. Tag Strasbourg–Waltenheim «Leinen los!» und Fahrt durch das wilde Zornal mit seinen Feldern und dem Wald von Brumath. In Waltenheim Spaziergang durch die Weinberge und Hopfenfelder von Houblon nach Wingersheim und Bierprobe.

3. Tag Waltenheim–Saverne Schifffahrt durch das idyllische Elsass nach Saverne. Möglichkeit, auf den Wegen am Kanal entlang zu spazieren oder mit dem Rad zu fahren. Besichtigung der Burg Hohbarr, auch das «Auge des Elsass» genannt, mit unvergleichlicher Aussicht auf die Elsässische Tiefebene.

4. Tag Saverne–Lutzelbourg Rundgang durch Saverne, auch «Elsässisches Versailles» genannt, mit Sehenswürdigkeiten wie Grand Rue, Einhorn-Brunnen, Katzenhaus, Damenkirche und dem Récollets Kloster. Ausflug zum Tour Chappe mit altem Telegrafmast und einer interaktiven Ausstellung über die «Vorfahren unserer Telekommunikationsmittel». Ausflug zur Lutzelbourg. Die Burgruine thront auf einem Felsvorsprung majestätisch über dem Zornal.

5. Tag Lutzelbourg–Xouaxange Zwischenhalt in der Glasfabrik des Schiffshebewerks. Weiter geht es bis zum Schiffshebewerk von Arzviller. Während der Passage von nur vier Minuten bewältigt das Schiff einen Höhenunterschied von 44.5 Metern.

6. Tag Xouaxange–Lagarde Am Morgen freie Zeit. Nutzen Sie die Gelegenheit und besuchen Sie Sarrebourg. Sie sehen historisches und kulturelles Erbe, das unerwartete Schätze wie die einzigartige Glasmalerei von Marc Chagall birgt. Rückkehr zum Schiff und Durchfahrt der Schleuse Réchicourt-le-Château. Ankunft in Lagarde und Gala-Dinner.

7. Tag Lagarde–Basel Ausschiffung, Busrückfahrt und individuelle Heimreise.

Lagarde–Strasbourg Gleiche Reise in umgekehrter Reihenfolge mit kleinen Änderungen.

MS Madeleine****

Komfortables Schiff mit Platz für 22 Gäste. Alle Kabinen mit Dusche/WC, Föhn, TV und Safe. Die Kabinen auf dem Hauptdeck (ca. 8.9 m²) sind mit zwei Einzelbetten und nicht zu öffnenden Fenstern, die Kabine des Oberdecks (ca. 11.2 m²) mit einem Doppelbett (nicht freistehend) und Fenster zum Öffnen ausgestattet. Das gesamte Schiff ist klimatisiert. Bordausstattung: Salon mit Bar und Restaurant, grosszügiges Aussendeck mit Liegestühlen und Jacuzzi. Mit einer Besatzung von fünf Personen ist eine ausgezeichnete, individuelle Betreuung der Gäste sichergestellt. Angenehm und familiär ist die Atmosphäre dank der geringen Grösse des Schiffes (40 m lang und 5.7 m breit). Sportlichen Gästen stehen Fahrräder zur freien Verfügung. **Nichtraucherschiff** (Rauchen auf dem Sonnendeck erlaubt).

Reisedaten 2019 **Es het solangs het Rabatt**

Strasbourg–Lagarde	Lagarde–Strasbourg
31.05.–06.06. 200 ⁽⁶⁾	26.04.–02.05. 200 ⁽⁷⁾
12.07.–18.07. 200 ⁽⁶⁾	24.05.–30.05. 200 ⁽⁶⁾
26.07.–01.08. 200	27.09.–03.10. 200
09.08.–15.08. 200	

⁽⁶⁾ Nur noch wenige Kabinen verfügbar

⁽⁷⁾ Geändertes Programm wegen Feiertag, ohne Halt in Lutzelbourg, dafür ein zusätzlicher Tag in Strasbourg

Unsere Leistungen: Kreuzfahrt in gebuchter Kategorie, Vollpension an Bord, Softdrinks und guter Tischwein, Bus-transfer ab/bis Basel, alle Ausflüge gemäss Programm, alle Schleusen- und Hafengebühren, Deutsch sprechende Bordreiseleitung

Nicht inbegriffen: An-/Rückreise nach/von Basel, Versicherungen, übrige Getränke (z.B. Champagner und Weine aus spezieller Weinkarte), Trinkgelder (Empfehlung € 5–7 p.P./Tag), Treibstoffzuschläge vorbehalten, Auftragspauschale Fr. 35.– pro Rechnung (entfällt bei Buchung über www.thurgautravel.ch)

Preise pro Person in Fr. (vor Rabattabzug)

2-Bettkabine Hauptdeck	2390
2-Bettkabine Oberdeck	2590
Zuschlag Alleinbenutzung ⁽⁵⁾	auf Anfrage
Annulations- und Assistance-Versicherung	66

⁽⁵⁾ Begrenztes Kontingent



Schloss Lutzelbourg



Schiffshebewerk Arzviller



Saverne

Alle Ausflüge gemäss Programm inbegriffen | Programmänderungen vorbehalten | Reederei/Partnerfirma: CroisiEurope

Weitere Informationen oder buchen
www.thurgautravel.ch

Verlangen Sie Domenico Castaldi
Gratis-Nr. 0800 626 550



Thurgau Travel

Aussergewöhnliche Reisen zu moderaten Preisen

Amriswilerstrasse 12, 8570 Weinfelden
Tel. 071 552 40 00, info@thurgautravel.ch



Sinn für Loyalität: Köppel, Salvini in Rom.

Matteo Salvini, Italiens umstrittener, aber enorm populärer Innenminister, ist das Gegenteil der deutschen Kanzlerin Angela Merkel. Merkel erdolchte, im übertragenen Sinn, aus Parteiräson ihren einstigen Förderer Helmut Kohl im Gefolge einer Spendenaffäre. Lega-Chef Salvini verzichtete darauf, seinem Vorgänger Umberto Bossi in den Rücken zu fallen, als der in den Abgrund eines Parteifinanzenskandals geriet. Anders als Merkel von Kohl war Salvini von Bossi nie gefördert, sondern eher geschnitten worden. Die Episode, wird in Rom erzählt, sage viel über Salvinis Charakter aus, seinen Sinn für Loyalität. *Weltwoche*-Redaktor Roger Köppel traf den derzeit wohl interessantesten und meistkritisierten italienischen Politiker in dessen Ministerium. **Seite 14**

Die Zeilen sind nicht jugendfrei, aber sie beschäftigen mittlerweile die Gerichte auf allen Ebenen. Mitglieder der Berner Formation «Chaostruppe» haben über die Zürcher Nationalrätin und Regierungsratskandidatin Natalie Rickli sinngemäss gerappt, sie verdanke ihren Aufstieg in der Partei sexuellen Gefälligkeiten. Nun liegt das schriftliche Urteil des Berner Obergerichts vor. Die Generalstaatsanwaltschaft ist damit nicht einverstanden und zieht den Fall an das Bundesgericht weiter. Recherchen der *Weltwoche* zeigen, wer die im publizierten Urteil anonymisierten Rapper sind. Sie arbeiten vorwiegend in sozialen Berufen, einige von ihnen sind vorbestraft. Erstaunlich bleibt die Milde der Berner Oberrichter unter dem Vorsitz eines Parteikollegen von Rickli. **Seite 24**

Mag sein, dass Ski eine Seele haben. Mit Sicherheit aber besitzen sie einen Charakter. Das ist wie bei den Menschen; die einen haben einen guten, andere einen schlechten, manche fast gar keinen. Der Ski, dessen Charakter so ist, dass eine Seele in ihm schwingt, heisst Zai,

ist ein Schweizer Highend-Produkt und einer der teuersten Ski der Welt. Der Ski besitzt einen Steinkern, und das macht ihn zum kleinen Bruder des Berges und einen selbst zum Komplizen der beiden und zum Kronprinzen des Schnees. Der Mann hinter den handgemachten Edelbrettern heisst Benedikt Germanier und hat schon einige Pisten des Lebens hinter sich. **Seite 18**

Das institutionelle Rahmenabkommen, das die Europäische Union der Schweiz mit Druck und Drohungen aufzwingen will, kann

man von verschiedenen Seiten betrachten. Während sich die Wirtschaft auf die Zusatzgewinne für die Unternehmen fixiert und «progressive» Kreise sich über die partielle Integration der Schweiz in die EU freuen, steht die staatspolitische Sicht bisher wenig im Fokus: Wäre die Schweiz mit ihrer direkten Demokratie und dem Föderalismus noch dieselbe, wenn sie dem Rahmenabkommen zustimmen würde? Wohl kaum, meint der Zürcher Staatsrechtler Andreas Glaser, Direktor des Zentrums für Demokratie Aarau. Für ihn ist das Rahmenabkommen mit der dynamischen Rechtsübernahme falsch konstruiert. Auch hält er nichts vom Argument, dass das Rahmenabkommen Rechtssicherheit bringe: Das Gegenteil wäre der Fall, die Schweiz ginge ein Wagnis ein. Im Gegenzug würden sich allerdings neue Freiheiten eröffnen. **Seite 26**

Ihre Weltwoche

DAS SCHWEIZER PORTAL FÜR MEDICAL-STELLEN

Mit www.medicjobs.ch qualifiziertes
Fachpersonal im Arzt- und Pflegebereich
finden!

stellen-anzeiger.ch GmbH
Technoparkstrasse 1
8005 Zürich
044 440 10 80
www.medicjobs.ch

Impressum

Herausgeberin: Weltwoche Verlags AG, Förlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich
Die *Weltwoche* erscheint donnerstags.
Redaktion: Telefon 043 444 57 00, Fax 043 444 56 69, E-Mail-Adressen: vorname.name@weltwoche.ch, leserbriefe@weltwoche.ch
Verlag: Tel. 043 444 57 00, Fax 043 444 56 07, E-Mail: verlag@weltwoche.ch
Internet: www.weltwoche.ch
Abo-Service: Tel. 043 444 57 01, Fax 043 444 50 91 E-Mail: kundenservice@weltwoche.ch
Jahresabonnement Inland Fr. 334.– (inkl. MwSt.)
Schnupperabonnement Inland Fr. 38.– (inkl. MwSt.)
Weitere Angebote für In- und Ausland unter www.weltwoche.ch/abo

Gründer: Karl von Schumacher (1894–1957)
Verleger und Chefredaktor: Roger Köppel
Chefredaktion: Philipp Gut (Stv.), Beat Gygi (*Wirtschaft*)
Produktionschef: Lukas Egli

Redaktion: Michael Bahnerth, Rico Bandle (*Leitung Kultur*), Alex Baur, Erik Ebneter, Katharina Fontana, Urs Gehrig (*Leitung Ausland*), Hubert Mooser, Christoph Mörgeli, Florian Schwab, Roman Zeller (*Volontär*)

Redaktionelle Mitarbeiter: Miroslav Barták, Peter Bodenmann, Silvio Borner, Henryk M. Broder, Peter Hartmann, Pierre Heumann, Andreas Honegger, Mark van Huisseling, Hansrudolf Kamer, Peter Keller, Wolfram Knorr, Wolfgang Koydl, Franziska K. Müller, Matthias Matussek, Daniela Niederberger, Linus Reichlin, Chris von Rohr, Peter Ruch, Peter Rüedi, Thilo Sarrazin, Kurt Schiltknecht, Beatrice Schlag (*Los Angeles*), David Schnapp, Claudia Schumacher, Hildegard Schwaninger, Eugen Sorg, Sacha Verna (*New York*), Tamara Wernli, Max Wey, Sami Yousafzai (*Pakistan/Afghanistan*), Kurt W. Zimmermann

Produktion: Benjamin Bögli, Roy Spring
Layout: Daniel Eggspühler (*Art-Director*), Karin Erdmann

Bildredaktion: Martin Kappler, Sebastian Scholz (*Assistent*)
Korrektur: Cornelia Bernegger (*Leitung*), Viola Antunovits, Renate Brunner, Nadia Ghidoli, Sandra Noser, Katharina Dillier, Dieter Zwicky
Sekretariat: Sabine Mähner (*Leitung*), Inga-Maj Hojajj-Huber

Verlagsgeschäftsführer: Guido Bertuzzi
Anzeigenverkauf: Sandro Gianini (*Leitung*), Gabriel Lotti, Brita Vassalli
Anzeigen-Innendienst: Samuel Hofmann (*Leitung*)
Tel. 043 444 57 02, Fax 043 444 56 07
E-Mail: anzeigenid@weltwoche.ch
Online-Vermarktung: Jonlinio GmbH
Tarife und Buchungen: weltwoche@jonlinio.com
Druck: Print Media Corporation, PMC, Oetwil am See

*Die Wiedergabe von Artikeln und Bildern, auch auszugsweise oder in Ausschnitten, ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion gestattet.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird keine Haftung übernommen.*

Der *Weltwoche*-Inhalt ist gedruckt auf Recyclingpapier, das aus 100 % Altpapier hergestellt wird. Es schont Ressourcen, Energie und somit die Umwelt.



Quantensprung: Daniela Stoffel. Seite 34



Totale Überwachung im Reich der Mitte: Seite 40



«Sie werden sehen, unsere Armee gehört zu den zehn besten in Europa.»

Petro Poroshenko: Seite 44

Matthias Matussek über den *Spiegel*

55 «Schindlers Liste»

Ode an die Menschlichkeit

56 «Trans» ist cool

Kinderpsychiater schlagen Alarm

57 Jugend Der Weg zum Influencer

Rubriken

7 Im Auge Peter Schröcksnadel

12 Personenkontrolle

13 Nachruf Joseph B. McDivitt

22 Darf man das?

22 Leserbrief

23 Fragen Sie Dr. M.

60 Die Bibel Salz der Erde

60 Kino «Green Book»

61 Knorrs Liste

61 Jazz Joe Lovano

62 Thiel Pferderennen

62 Namen High Heels auf Eis

62 Fast verliebt Feuer und Flamme

63 Unten durch Dorli

64 Wein

Die gewichtige Bagatelle

64 Salz & Pfeffer

Japans Nationalgericht

65 Auto Mercedes-AMG GT 63 S

66 Tamaras Welt

Die Grausamkeit hat ein Ende

Titelgeschichte

14 Matteo Salvini

Europas gefährlichster Politiker

Kommentare & Analysen

5 Editorial

7 Kommentar

Die neuen Habsburger

8 Handel Schwindsucht

8 Politik Davos ohne «The Donald»

9 Eilmeldung Grenze ohne Schrecken

10 Kopf der Woche Benedikt Würth:

Zusage mit Bauchweh

20 Mörgeli Heilige Seherin von Davos

20 Bodenmann Ausstieg aus der

Atomenergie und dem Kohlestrom

21 Medien Gut gebucht

21 Die Deutschen Der Zaun

Inland

24 Ricklis Rapper Frauenverachtende

Anti-SVP-Intimtiraden

26 Andreas Glaser Der Staatsrechtler

zu den Folgen des EU-Rahmenvertrags

28 Auf dem linken Auge blind

Der eingebürgerte Terrorist

30 Alain Berset

Bundesrat ohne Glanz

31 Elisabeth Schneider-Schneiter

See you, Donald. Oder auch nicht

34 Eine helvetische Frauenkarriere

Staatssekretärin Daniela Stoffel

Ausland

36 Deutschland Je länger Hitler tot ist, desto stärker wird er bekämpft

38 Jair Bolsonaro

Brasiliens Präsident über Frauen, Venezuela und Donald Trump

40 Big Brother in China

Kontrolle bis in die Privatsphäre

43 Venezuela

Showdown in Amerikas Hinterhof

44 Petro Poroshenko Der ukrainische

Präsident im Exklusivinterview

46 Magisches Datum und neuer Mythos

Serie über die Anfänge der EU (Teil 4)

49 Brief aus... Florida

49 Inside Washington Ku-Klux-Keule

Wirtschaft & Wissenschaft

32 Wenn die EU die Lufthoheit hat

Luftfahrtindustrie unter Druck

35 Krankenkassenprämien

Geben Sie Vertragsfreiheit

58 Vom Mauerfall zur Mondlandung

Jubiläen des Jahres

Kultur & Gesellschaft

18 Seele des Skis Unterwegs auf

dem exklusivsten Ski der Welt

33 Inferno-Rennen

Längste Abfahrt der Welt

50 Ikone der Woche

Segantinis «Frühling in den Alpen»

52 Sturmgeschütz der Mächtigen

Ratajkowski

**Sex und Feminismus:
Geht das zusammen? Klar.
Wie der Fall einer bildhübschen
England-Polin zeigt.**

Von Roger Köppel

Mit Bekleidung im engeren Sinn hat es nichts mehr zu tun. Es sind eher Fäden, hinter denen noch ein Körper steckt. Der Körper gehört Emily Ratajkowski, Schauspielerin, Model, Instagram-Superstar, wahrscheinlich Influencerin, nach eigenem Bekunden Feministin, wobei sie ihren Feminismus unter anderem durch die Verbreitung von Bildern auslebt, die, wenn sie ein Mann von seiner Frau veröffentlichen würde, unverzüglich als Scheidungsgrund, als purer Sexismus, ja als missbräuchlicher Übergriff und verurteilenswerte Pornografie-Vorstufe gewertet würden, weil sie die Frau zum Objekt männlicher Lusternheit herabwürdigen.

Die 27-jährige England-Polin sieht tatsächlich umwerfend aus, extrem sexy, und man merkt ihr an, dass sie jedes Bild, das irgendwo von ihr erscheint, durch speziell aufreizende Posen noch aufregender macht, als es ohnehin schon wäre. Es wird berichtet, dass sie fast 20 Millionen Fans auf Instagram hat, viele männlich, was nicht weiter verwundert. Interessant ist allerdings, dass sie konsequenterweise auch dann wie ein Erotik-Modell auftritt, wenn sie sich an feministischen Kundgebungen gegen männliche Wollust und Sexismus beteiligt.

Zum Beispiel gibt es eine Aufnahme von ihr am Protestumzug gegen den dann schliesslich doch noch gewählten US-Bundesrichter Brett Kavanaugh, dem damals ohne auch nur den geringsten Beweis vorgeworfen wurde, er habe sich über dreissig Jahre zuvor während seiner College-Zeit ungebührlich gegenüber einer Mitschülerin verhalten. Emily Ratajkowski – oder Em Rata –, wie es in den Lifestyle-Magazinen heisst, marschierte vor dem Washingtoner Capitol gegen Kavanaugh mit, bauchnabelfrei, hautenge Jeans, ein Nichts von einem T-Shirt, das Relief ihrer perfekten Brüste unter makelloser weisser Baumwolle, Pardon, fast mit Händen zu greifen.

Oder nehmen wir diesen Kurzfilm über Teigwaren, der sogar in der seriösen britischen Tageszeitung *The Guardian* mit hoher sprachlicher Virtuosität gedeutet wurde. Emily, in roter Reizwäsche, hat in zahllosen Stellungen «orgasmisch» Sex mit einem Teller Spaghetti. Der Beischlaf läuft unter dem Titel «Advent der Liebe», und im Abspann verkündet die sich windende Schöne: «Ich liebe Pasta und

mit Olivenöl eingeeilt zu werden mehr als das Leben selbst.»

Daraufhin gab es dann doch Kritik von anderen, vermutlich weniger gut aussehenden Feministinnen, die ihren Feminismus von Rata missverstanden fühlten. Die Angegriffene wiederum hielt lasziv dagegen: Sexiness und Frauenrechte seien kein Gegensatz. Im Gegenteil, solange jede Frau selber entscheide, wie unbedeckt sie sich öffentlich gebe, sei das Ausdruck ihrer Befreiung. Auf einem anzüglichen Instagram-Bild mit der ebenfalls halbnackten Kim Kardashian im Badezimmer postete Ratajkowski weiter: «Wir sind mehr als unsere Körper, aber das heisst nicht, dass wir uns für unsere Sexualität schämen sollten.»

Die Ratajkowski-Debatte – darf man Sex und Feminismus verbinden? – ist natürlich faszinierend, weil sie illustriert, wie umständlich es inzwischen für eine junge, bildhübsche Frau geworden ist, ihr erotisches Kapital im Showbusiness zu bewirtschaften.

Die männermordende #MeToo-Bewegung hat zwar eine Reihe von nachweislichen Sexual-Unholden vom Thron gestürzt, gleichzeitig aber auch einer gewissen puritanischen Freudlosigkeit Vorschub geleistet, die indirekt auch auf die Frauen zurückschlägt. Was bringt das ganze Spiel von Reiz und Verlockung noch, wenn jeder Mann, der möglicherweise erfolglos darauf einsteigt, damit rechnen muss, angeprangert oder ins Gefängnis gesteckt zu werden?

Ratajkowskis Methode, ihre sexuellen Locksignale politisch korrekt und damit

unangreifbar auszusenden, Sex als Frauenbefreiung, ist nicht neu, aber sie funktioniert bestens nach wie vor. Schon die Popsängerin Madonna machte ihr Geschäft virtuos aus der Verbindung von Sex, Musik und politischem Schwurbel. Wer Sex verkaufen will, ohne als Sexist beschuldigt zu werden, muss Sex als Kunst verkaufen. Oder als Feminismus.



Hinter den Fäden ein Körper: Feministin Ratajkowski.

Feminismus ist bekanntlich eine Art Neidsozialismus unter Frauen. Es geht am Ende darum, Unterschiede einzuebnen, Ungleiches gleich zu machen. Schönere Frauen sollen am Arbeitsplatz, aber auch bei Männern keine Vorteile gegenüber weniger schönen Frauen haben, was natürlich eine realitätswidrige Forderung ist, aber wie der Sozialismus ist eben auch der Feminismus ein Aufstand gegen die Wirklichkeit, eine Revolte gegen die menschliche Natur.

Feminismus, haben wir an dieser Stelle einmal festgehalten, ist die Rache der weniger schönen Frauen an den Männern mit den schöneren Frauen. Das Beispiel Ratajkowski zeigt allerdings, dass auch die schönen Frauen ins Visier der Frauen geraten können. Nichts ist mitleidloser als der weibliche Konkurrenzkampf. Und Frauen leben ihre Rivalitäten giftiger, ja tödlicher aus als Männer. Wer daran zweifelt, soll das Machtgerangel zwischen Maria Stuart und Königin Elisabeth studieren.

Superreiche erkaufen sich die Gunst und Gnade der weniger Reichen durch Spenden oder durch gutmenschliches Gerede. Super-schöne Frauen erkaufen sich den Frieden mit den weniger schönen Frauen, indem sie sich zu Feministinnen erklären. Was Ratajkowski macht, ist so etwas wie Ablasshandel, nur kostengünstiger. Sie gibt sich als Feministin, um ihre erotischen Vorteile zu verwerten, ohne die anderen Frauen gegen sich aufzubringen. Feminismus als Verfahren sozialer Beschwichtigung. Manchmal ist es wirklich einfacher, ein Mann zu sein.

Arthrose-
Drama
mit Happy-
Hand.

Handchirurgie. Eines der Fachgebiete
in Ihrer Privatklinik für Chirurgie
und individuellen Service. pyramide.ch

Spitze für Sie.





© Fotolia



VIP-Leserreise ins Silicon Valley «Digital Journey 2019»

Apple, Intel, Google, Adobe, Yahoo, Tesla, Amazon – diese und andere Überflieger im Silicon Valley haben die Welt revolutioniert. Auf unserer Expertenreise vom 13. bis 19. Oktober 2019 haben Sie die einmalige Chance, das Tech-Mekka aus unmittelbarer Nähe zu erleben.

Was anderswo noch undenkbar ist, wird im Silicon Valley bereits umgesetzt. In der kalifornischen Wüste wird experimentiert, riskiert und investiert – und dies mit atemberaubender Geschwindigkeit. Die Gründer kommen aus aller Welt, um ihre Ideen zum Fliegen zu bringen. Sie sind hungrig, wollen gewinnen – und haben keine Angst zu scheitern. Die Digitalisierung von morgen ist hier schon heute spürbar. Auf unserer «Digital Journey» lernen Sie Start-ups, etablierte Hightech-Unternehmen und Investoren kennen, und erhalten Einblick in das Innenleben der Superstars, tauschen sich mit Entscheidungsträgern aus. Vor allem profitieren Sie von Inspiration und unbezahlbaren Tipps für Ihre eigenen Visionen!

Ihre Reiseleiter:

Vor Ort werden Sie persönlich begleitet von Patric Preite (CEO interactive friends ag) und Stefan Stengel (CEO Tec Tours). Beide haben bereits mehrere Journeys ins Silicon Valley und nach Tel Aviv organisiert.

Reiseprogramm

1. Tag, Sonntag: Anreise

Swiss-Direktflug nach San Francisco (Flug LX38, Abflug um 13:10 Uhr, Ankunft um 16:00 Uhr); Hotel-Transfer

2. bis 6. Tag, Montag bis Freitag: San Francisco und Silicon Valley

Briefing, Beginn Unternehmens- und Startup-Besuche, Investorenevents in San Francisco und im Silicon Valley; Geplante Besuche: Tesla, Google, Audi, Facebook, Airbnb, Pivotal, Smaato, HAX, Slack, SAP Hana House Draper University, Stanford Universität, div. kleine Startups, Plug and Play Startup Pitch Sessions, Swissnex (Schweizer Botschaft). Das definitive Programm wird vor Reisebeginn mitgeteilt; Überraschungs-Event in San Francisco

7. Tag, Samstag: Rückreise

Tag zur freien Verfügung; Rückflug Swiss-Direktflug nach Zürich (Flug LX39, Abflug 19:55 Uhr, Ankunft 15:45 Uhr +1d)

Platin-Club-Spezialangebot

«Digital Journey 2019» – Leserreise ins Silicon Valley

Datum: 13. bis 19. Oktober 2019

Leistungen:

- 6 Übernachtungen im Einzelzimmer inkl. Frühstück (3-4 Stern-Hotel)
- Transport mit einem Privatbus vom Hotel zu den Unternehmen/Events und wieder zurück ins Hotel
- Alle Besuche bei Unternehmen und Events im Silicon Valley
- Reiseleitung Patric Preite und Stefan Stengel
- Einladung zum Überraschungs-Event und Dinner am Freitagabend, 18. Oktober 2019, restliche Verpflegung auf eigene Kosten
- Direktflug mit SWISS Zürich > San Francisco > Zürich (zirka 1'200 Franken in der Economy-Class) auf eigene Kosten; Flug kann auf Wunsch organisiert werden

Preis (pro Person):

Für Weltwoche-Abonnenten: Fr. 5400.–
Für Nicht-Abonnenten: Fr. 5900.–
Flug Economy-Class: ca. Fr. 1200.–

Veranstalter:

interactive friends ag, 9400 Rorschach,
www.interactivefriends.ch

Buchung:

Reservieren Sie über Telefon 071 577 35 00 oder unter www.interactivefriends.ch/platinclub oder info@interactivefriends.ch

www.weltwoche.ch/platinclub

Die neuen Habsburger

Von Erik Ebnetter — Ungeniert werben österreichische Politiker für das Rahmenabkommen. Sie schmeicheln und drohen den Schweizern fast wie einst Kaiser Maximilian I. den alten Eidgenossen.



«Schweizer Gemen jagen»: Kanzler Kurz.

Die Paläste stehen noch, nur regieren ihre Bewohner kein Reich mehr, sondern verwalten einen Kleinstaat. Wo österreichische Minister ihr Tagwerk verrichten, wirkten einst habsburgische Kaiser, und manchmal, so will es scheinen, überkommt die heutigen Hausherren ein imperialer Phantomschmerz.

Bald täglich empfehlen österreichische Politiker den Schweizern, das Rahmenabkommen mit der EU zu unterzeichnen. Fast klingen die Kanzler, Minister und Botschafter wie einst Maximilian I. (1459–1519), der eigentliche Begründer des habsburgischen Weltreichs, der sich über die «listigen Worte und Handlungen» der unbotmässigen Eidgenossen wortreich empören konnte. Einmal, 1499, mobilisierte er sogar das Heilige Römische Reich – nicht Staatenbund, nicht Bundesstaat, eine Art vormoderne EU –, um die «bösen, groben und schnöden Bauern» zur Raison zu bringen. *Austria est imperare orbi universo*. Es ist Österreich bestimmt, die Welt zu beherrschen.

«Mein Freund Ignazio»

Ganz so selbstbewusst klingt es nicht mehr in Wien. Aber Sebastian Kurz, der österreichische Kanzler, teilt gerne mit, was er von den Schweizern erwartet: «Ich habe immer für Verständnis für die Schweiz geworben, aber irgendwann kommt der Moment der Entscheidung.

Der ist jetzt», sagte er schon im November in der NZZ. Am vergangenen Wochenende erklärte er im *Sonntagsblick* einmal mehr, wie diese Entscheidung ausfallen soll: «Ich hoffe sehr, dass es am Ende des Tages eine Lösung und eine Einigung auf das ausverhandelte institutionelle Rahmenabkommen geben wird.»

Karin Kneissl, die österreichische Aussenministerin, hatte es ein paar Tage zuvor im *Tages-Anzeiger* noch deutlicher formuliert: «Bei allem Respekt für die komplizierten Meinungsfindungsprozesse in der Schweiz: Was wir vertraglich vereinbart haben, muss umgesetzt werden.» Auf die Nachfrage, ob die Schweiz das Rahmenabkommen jetzt unterzeichnen müsse, sagte sie: «So ist es. Es gab lange Verhandlungen, es gab rote Linien. Beide Seiten wussten, was für die andere Seite nicht mehr zumutbar ist. Jetzt brauchen wir ein Ergebnis.» Und in raunendem Ton: «Bei der EU-Kommission ist schon grosse Ungeduld zu spüren.»

Der verantwortliche Kommissar ist Österreicher und heisst Johannes Hahn. Er hatte im Dezember mitgeteilt, die Bilateralen würden ohne Rahmenabkommen nicht mehr «aufdatiert» und würden allmählich «totes Recht». Dass Ignazio Cassis, der zuständige Bundesrat, gesagt hatte, man habe sich auf Nachverhandlungen geeinigt, kommentierte er maliziös: «Ich gestehe, dass ich da eine andere Wahrnehmung habe als mein Freund Ignazio.» In der Sprache grober Bauern: Lüge!

Ebenso eindeutig, nur undiplomatischer äusserte sich Ursula Plassnik, die österreichische Botschafterin in der Schweiz, bereits im Sommer über ihr Gastland: «Ich gebe zu, der ständige Verweis auf den Sonderfall nervt gelegentlich schon.» Sie befand: «Vielleicht haben die Schweiz und Österreich auch ein anderes Verständnis von Souveränität» – und damit könnte sie recht haben.

Als Maximilian sich 1507 in Rom zum Kaiser krönen lassen wollte, bat er die Eidgenossen, ihn auf der gefährlichen Reise durch Italien zu beschützen. Schliesslich sei er, der Herr von Habsburg im Aargau, eigentlich ein Landsmann. «Ich will mit Euch auf Schweizer Bergen Gemen jagen und werde Euren Bruder Klaus zum Heiligen erheben lassen», versprach er. Aber alles Bitten, alles Schmeicheln nützte nichts, wie einst auch seine Drohungen erfolglos geblieben waren. Es war Österreich nicht bestimmt, die Schweiz zu beherrschen. Man musste es nie bedauern.

Der Schneemann



Peter Schröcksnadel, Retter von Saas-Fee.

Als er fünfzehn war, flüchtete Peter Schröcksnadel aus dem Internat zum Schlafen auf einen Bauernhof. Sonst hätte er die Schule geschmissen. Die Unterkunft bezahlte er selber mit Erteilen von Nachhilfestunden. Damals sei er selbständig geworden. In Saas-Fee, der zauberhaft verschlafenen kleinen Schwester der Walliser Alpendiva Zermatt, ist unter den 1597 Einheimischen Unruhe ausgebrochen, seit ein fremder Tiroler namens Schröcksnadel als Schattenregent den Ort übernommen hat. In Österreich ist er der Alpenkönig oder schlicht «der Herr Präsident» – des Skiverbands, höchst erfolgreich seit 1990, Moderator des nationalen Wohlbefindens als Lieferant unzähliger Medaillen der Skigrossmacht, oder als mehrdutzendfacher Firmenboss. Was er anfasst, wird zu Geld, aus Interessenkonflikten werden Geschäfte. Er glaube nicht an den Klimawandel, sondern an die Sonne, sagt Schröcksnadel, 77, und investiere deshalb antizyklisch in den kriselnden Wintertourismus. Er kontrolliert mit seinem Sohn Markus bereits neun Skigebiete, darunter Samnaun, alle gewinnbringend. In Saas-Fee haben sie zwölf Millionen Franken eingeschossen und die Bergbahnen vor dem Konkurs gerettet. Schweizer seien mutlos, urteilt Schröcksnadel.

Und doch hatte der Patron aus Innsbruck seine Vision 1964 in Müren anlässlich eines Lawinensymposiums. Er traf zufällig den Werber Leo Chavanne, der ihm die Idee von Markierungstafeln auf Skipisten einredete, garniert mit Werbesigneten. Schröcksnadel nahm 10 000 Franken Kredit in die Hand für die Weltlizenz und warf das Studium hin. Später vermittelte er Hotelzimmer und schaffte mit seiner Reservations-Software den Sprung ins Internet-Zeitalter. Seine Panoramakameras übermitteln Meteo- und Pistenaufnahmen an TV-Sender oder direkt aufs Handy. Er bat Putin zum Skilaufen am Arlberg und war sein persönlicher Gast im Kreml. Er liebt das Bad in der Menge und steht, als erster lebendiger Schneemann, immer zuoberst auf dem Stockerl der Aufmerksamkeit, bevor er im Sommer verschwindet zum Fliegenfischen oder auf die Jacht in Florida. *Peter Hartmann*

Schwindsucht

Die wirtschaftliche Bedeutung der EU geht zurück. Das merken auch Schweizer Exporteure.

Jedes Produkt, das über die Grenze gefahren wird, taucht feinsäuberlich in der eidgenössischen Zollstatistik als «Import» oder «Export» auf. Am Dienstag präsentierte die Zollverwaltung die aufsummierten Zahlen für das vergangene Jahr. Sowohl die Importe (plus 8,6 Prozent) als auch die Exporte (plus 5,7 Prozent) erreichten 2018 neue Höchststände.

Interessant ist die geografische Aufteilung. Wiederum hat sich der langfristige Trend eines Bedeutungsverlusts der EU für Schweizer Exporteure fortgesetzt. Innert eines Jahres sank der Anteil der EU an der Summe aller Schweizer Exporte von 53 auf 52 Prozent. In den letzten beiden Monaten des Jahres schlugen offenbar auch die eingetrübten Konjunkturerwartungen in der EU durch. Die Schweizer Exporte schrumpften im November um 1,2 Prozent und nahmen im Dezember gerade einmal um 0,2 Prozent zu.

Die Grössenordnung dieser Verschiebungen wird in der langen Frist deutlich: Im Jahr 2000 gingen noch 63,4 Prozent der Exporte in die Länder, die heute die Europäische Union bilden. Dieser Rückgang fällt in eine Zeit, die von gegenseitigen Liberalisierungen geprägt war, insbesondere den vielgerühmten Bilateralen I. Rechnet man Grossbritannien (Brexit) heraus, dann macht der EU-Markt bereits heute weniger als die Hälfte der Schweizer Exporte aus.

In 15 Jahren entthront

Aufgeholt haben unterdessen, ganz ohne Personenfreizügigkeit und Freihandelsabkommen, die USA als Absatzmarkt für Schweizer Güter. Ihr Anteil nahm zwischen dem Jahr 2000 und 2018 von 11,6 Prozent auf 16,3 Prozent zu. Unter dem Strich sind damit in den letzten 19 Jahren die Exporte in die USA jährlich um durchschnittlich 6,0 Prozent gewachsen, während der Zuwachs bei den Exporten in die EU nur 2,7 Prozent betrug. Nimmt man die Wachstumsraten der letzten vier Jahre zum Nennwert (USA durchschnittlich plus 10 Prozent, EU plus 1,4 Prozent), könnte die EU bereits in fünfzehn Jahren als Absatzmarkt Nummer 1 entthront werden.

Sicher, momentan ist die EU (ohne Grossbritannien) mit 48 Prozent nach wie vor ein wichtiger Kunde der Schweiz. Aber 48 Prozent sind nicht so dominierend, wie dies die Wirtschaftsverbände in ihren europapolitischen Positionen glaubhaft machen wollen. Die Schweizer Wirtschaft kann weltweit frei aufspielen, EU hin oder her. *Florian Schwab*

Davos ohne «The Donald»

Von *Gion Mathias Cavelti* — Letztes Jahr zog Präsident Trump das WEF in seinen Bann. Dieses Jahr blieb er fern. Zum grossen Bedauern einer Teilnehmerin.

Wird das hier der ödeste Artikel der Welt? Es steht zu befürchten. Am heutigen WEF-Donnerstag gehe ich nämlich der Frage nach: Bedauert es jemand, dass **Donald Trump** dieses Jahr nicht nach Davos gekommen ist?

Das ganze Unterfangen beginnt schon relativ ernüchternd. Mein erster Interviewpartner, Servierfachperson Radim im «Silvretta Parkhotel» in Klosters, meint auf die Frage, die ich heute noch Dutzend Mal stellen werde (und die da – zur Erinnerung – lautet: «Bedauern Sie es, dass Donald Trump dieses Jahr nicht nach Davos gekommen ist?»): «Keine Ahnung.»

Ich rätsle noch, was genau Radim mit «keine Ahnung» gemeint hat, als sich mir im Frühstücksraum des «Silvretta» bereits die zweite Interviewmöglichkeit bietet: Der Generalsekretär von Interpol, **Jürgen Stock**, kommt gerade vom Buffet. Aus Gründen der politischen Neutralität äussert er sich nicht zu meiner Frage; dafür verrät er mir, dass er sich vorgestern mit **Matt Damon** unterhalten habe.

Noch werweissend, worüber der Generalsekretär von Interpol (und Honorarprofessor für Kriminologie) wohl mit Matt Damon gesprochen haben könnte (kann man schlechte Schauspieler zum Beispiel verhaften, weil sie schlechte Schauspieler sind und/oder in schlechten Filmen mitgespielt haben?), finde ich mich bereits in einem Shuttle-Büslein wieder, das mich nach Davos bringt. Der Fahrer, ein netter Einheimischer, meint zur Trump-Absenz: «Scho guat.»

In der «Central Lounge» des Davoser Kongresszentrums entdeckte ich SRF-Direktor **Ruedi Matter**. Auch er ist nicht wahnsinnig traurig darüber, dass Trump nicht da ist. Die Atmosphäre sei so viel entspannter. Wenn ich mit jemandem sprechen wolle, der bestimmt betrübt über das Fernbleiben des amerikanischen Präsidenten sei, solle ich mich doch mit Christian Dorer, Chefredaktor der *Blick*-Gruppe, unterhalten. Tatsächlich erinnere ich mich an die vieldiskutierte Szene vor einem Jahr, als Dorer Trump die Titelseite einer Ausgabe des *Blick* zum Unterschreiben hingehalten hat.

11.05 Uhr: Einen vor dem Eingang zur Congress Hall stehenden Herrn mit Bart identifiziere ich korrekt als den russischen Oligarchen **Viktor Vekselberg**. «Ask me one minute later», reagiert er auf meine Trump-Frage. Ich nehme mal an, dass das bedeutet: «Piss off» auf Russisch (respektive Englisch mit russischem Akzent). Na ja. Eine Minute später bin ich jedenfalls schon andernorts unterwegs. Wer nicht will, hat gehabt, wie man so schön sagt.

11.20 Uhr: Ich erspähe den bereits erwähnten **Christian Dorer**. Wenn der jetzt nicht zu Protokoll gibt, wie sehr er Trump vermisst, dann weiss ich auch nicht. Seine differenzierte Antwort lässt mich dann allerdings komplett desillusioniert zurück: Klar, die Online-Klickzahlen seien nach der letztjährigen Unterschriftenaktion nur so in die Höhe geschossen, andererseits gestalte sich das Programm heuer auch ohne Trump sehr attraktiv, namentlich dank Shinzo Abe und ... und ... und ... Das gibt mir schon einen Stich ins Herz. Wo ist er bloss, der Trump-Superfan 2019?

11.25: CDU-Chefin **Annegret Kramp-Karrenbauer** gibt für einen deutschen Privatsender ein Interview vor der Treppe der Congress Hall. «Bedauern Sie es, dass Donald Trump dieses Jahr nicht nach Davos gekommen ist?», ergreife ich danach meine Chance. Antwort AKK: «Das ist seine persönliche Entscheidung, es liegt nicht an mir, das zu kommentieren.» – «Danke vielmals, Frau Kamp-Knarennbr...», bedanke ich mich, unfähig, den Namen korrekt auszusprechen. *Niemand* kann diesen Namen korrekt aussprechen.

«Sag bitte etwas Netties»

13.00 Uhr: Im Saal «Aspen 2» ist soeben die Rede von/das anschliessende Interview mit Österreichs Bundeskanzler **Sebastian Kurz** zu Ende gegangen. Ist er traurig, dass Trump fehlt? Kurz: «Nein, das ist seine Entscheidung.» – «Sie haben ihn schon einmal in Wien getroffen, wenn ich mich richtig erinnere?», frage ich weiter. Kurz: «Nein.» Hm. Okay, dann habe ich mich halt falsch erinnert.

Auffällig, wie sich die Antworten von Kramp-Karrenbauer und Kurz ähneln («Das ist seine persönliche Entscheidung»/«Das ist seine Entscheidung»). Das muss wohl so ein Spitzenpolitiker-Sprachregelungsding sein.

Nun, was soll ich sagen? Auch etliche weitere Anläufe liefern immer die gleiche Antwort. Zum Teil sind es sogar recht derbe Antworten. Eine spanische Assistenzprofessorin äussert sich sogar dahingehend, dass sie Trump «on a scale from 1 to 10: I don't give a sh*t» vermisste.

Dass Menschen so etwas Gemeines sagen können, macht mich schon traurig. Meine letzte Hoffnung ist meine Frau, **Myriam Dunn Cavelti**, als deren Begleitung ich ans WEF reisen konnte. «Bedauerst du es, dass Donald Trump dieses Jahr nicht nach Davos gekommen ist?», will ich von ihr wissen, «sag bitte etwas Netties». – «Ja, ich bedauere es ausserordentlich», erwidert sie, «ich hätte gerne ein Selfie mit ihm gemacht.» Na, immerhin!

Grenze ohne Schrecken

Von Rolf Hürzeler — Der Brexit gefährde den Frieden in Nordirland, warnen Gegner. Kontrollierte Grenzübergänge auf der irischen Insel würden zu neuer Gewalt führen. Die Befürchtungen sind haltlos.



Makabre Drohung: Brexit-Gegnerin im nordirischen Newry.

Zwischen Londonderry und der irischen Republik erstrecken sich ein paar Kilometer Niemandsland. Dann kam früher der Stopp: Betonschwellen zwangen die Automobilisten erst zum langsamen Fahren, bevor sie Posten mit schwerbewaffneten Soldaten und Panzerfahrzeugen erreichten. Sie wollten Ausweise sehen und kontrollierten die Autos. Diese Verhältnisse will heute niemand zurück. Verständlicherweise.

Doch just ein solch martialisches Szenario zeichnet sich nun laut der EU-Kommission in Brüssel und auf den Brexit-Gegnern in Westminster ab. Sie prophezeien, dass eine neue Grenze zwischen den britischen Grafschaften der Provinz Ulster und der irischen Republik zu neuer Gewalt zwischen katholischen Nationalisten und protestantischen Unionisten führen würde: «Das Ziel, den Binnenmarkt zu schützen, droht mit dem Ziel zu kollidieren, das Karfreitagsabkommen und den Frieden in Nordirland zu wahren», schrieb die *Neue Zürcher Zeitung* kürzlich mit Berufung auf Quellen in Brüssel. Dies ist die Auffassung der Brexit-Gegner in Grossbritannien wie etwa der Zeitung *The Independent*, die der Regierung von Theresa May sogar vorwirft, ihre Unparteilichkeit in der Provinz aufgegeben zu haben, weil sie im Unterhaus auf die Unterstützung der nordirischen Democratic Unionist Party (DUP) ange-

wiesen sei. Die Befürchtungen einer neuerlichen Eskalation in Nordirland sind ernst zu nehmen. Denn der Friede ist in der Politik stets das oberste Gut, das es zu wahren gilt.

Doch bei genauerem Hinsehen erweisen sich die Ängste als haltlos. Mehr noch, man bekommt den Eindruck, die Warnungen vor neuer Gewalt dienten als makabre Drohung in der Auseinandersetzung um die Umsetzung des Brexits. «Wer heute neue Unruhen herbeiredet, handelt verantwortungslos», sagt Sammy Wilson, Brexit-Sprecher der unionistischen DUP im

«Wer heute neue Unruhen herbeiredet, handelt verantwortungslos.»

Gespräch. Politisch sinnvoller ist eine reibungslose innerirische Regelung, die den Interessen beider Bevölkerungsteilen dient.

Denn allfällige Güterkontrollen erfordern keine Sicherheitsgrenze, wie sie vor mehr als dreissig Jahren bestanden hat. Neue Stacheldrahtverhaue und Wehrtürme wie anno dazumal sind derzeit undenkbar. Selbst wenn die EU unerbittlich auf die Kontrolle britischer Waren bei der Einfuhr in die Republik pochen sollte, lassen sich Deklarationen und Checks zu einem grossen Teil in Grossbritannien

durchführen. Als Vorbild könnte der Agrarmarkt dienen: Die Landwirtschaft der britischen Provinz ist bereits weitgehend in der Republik integriert; Kontrollen wie bei den Schlachttieren werden in den Häfen der Hauptinsel abgewickelt.

Wesentlich wichtiger als handelstechnische Fragen sind jedoch die politischen. Im Lauf der Jahrzehnte haben sich Ulster und die Republik gesellschaftlich angeglichen. Irland hat seinen Schrecken als ein erzkatholisches, reaktionäres Getto am Rand Europas verloren. Das Land ist im Gegensatz zu früher wirtschaftlich prosperierender als der Norden. Die gesellschaftlichen Vorzeichen sind liberaler, die katholische Kirche hat nach all den Skandalen ihre Deutungshoheit verloren. Emotionale Streitfragen wie die Abtreibung sind heute in der Republik gar lockerer geregelt als in Ulster. Der irische Ministerpräsident ist bekennender Schwuler, was vor zwanzig Jahren unvorstellbar gewesen wäre.

Neue Kräfteverhältnisse

Aber auch die Verhältnisse in Nordirland haben sich grundlegend verändert. Im Karfreitagsabkommen von 1998 ist die EU-Gerichtsbarkheit als Schutzschild der Rechte der damals katholisch-republikanischen Minderheit vorgesehen. Heute hält kaum jemand mehr die britische Justiz für einen parteiischen Klüngel, der sich gegen Katholiken verschworen hat. Zumal sich die politischen Kräfteverhältnisse verändert haben: Unionisten und Republikaner halten sich bevölkerungsmässig nahezu die Waage, die britischen Loyalisten werden in wenigen Jahren in der Minderheit sein. In zahlreichen Gemeindeverwaltungen wie der Hauptstadt Belfast führen die Republikaner das Zepter, ohne dass sich die Unionisten deswegen verraten vorkommen. Denn beide Seiten haben erkannt, dass sie aufeinander angewiesen sind.

All das soll die Verhältnisse in Nordirland nicht beschönigen. Wahr ist, dass die nordirische Provinz noch immer segregiert ist. Zwar ist die dortige Gesellschaft wie überall in Europa säkularer geworden. Dennoch liegt beispielsweise im konfessionell fixierten Schulwesen weiterhin vieles im Argen. Richtig ist auch, dass kriminelle Banden die politischen Diskrepanzen bis heute für ihre Zwecke auszunutzen verstehen. Zudem kann es immer wieder zu vereinzelt Anschlägen kommen. Kürzlich liessen dissidente Republikaner eine Bombe im Stadtzentrum von Londonderry hochgehen.

Das rechtfertigt jedoch nicht, bürgerkriegsähnliche Zustände heraufzubeschwören, um den Brexit zu verhindern. Ob «hard Brexit» oder ein weniger harter: Sollte es in Nordirland aller Erwartungen zum Trotz wieder zu Unruhen kommen, lägen die Ursachen im tieferen gesellschaftlichen Bereich und nicht am Austritt Grossbritanniens aus der EU, welchen das Volk per Referendum beschlossen hat.

Würth sagt ja, aber mit Bauchweh

Von Roman Zeller — Es wohnen, ach, zwei Seelen in seiner Brust. Als CVP-Politiker ist Benedikt Würth für den institutionellen EU-Vertrag. Als Präsident der Kantonsregierungen hält er dagegen. Der St. Galler glaubt, dass sich eine Lösung mit Brüssel herausverhandeln liesse. Es brauche dieses Abkommen.

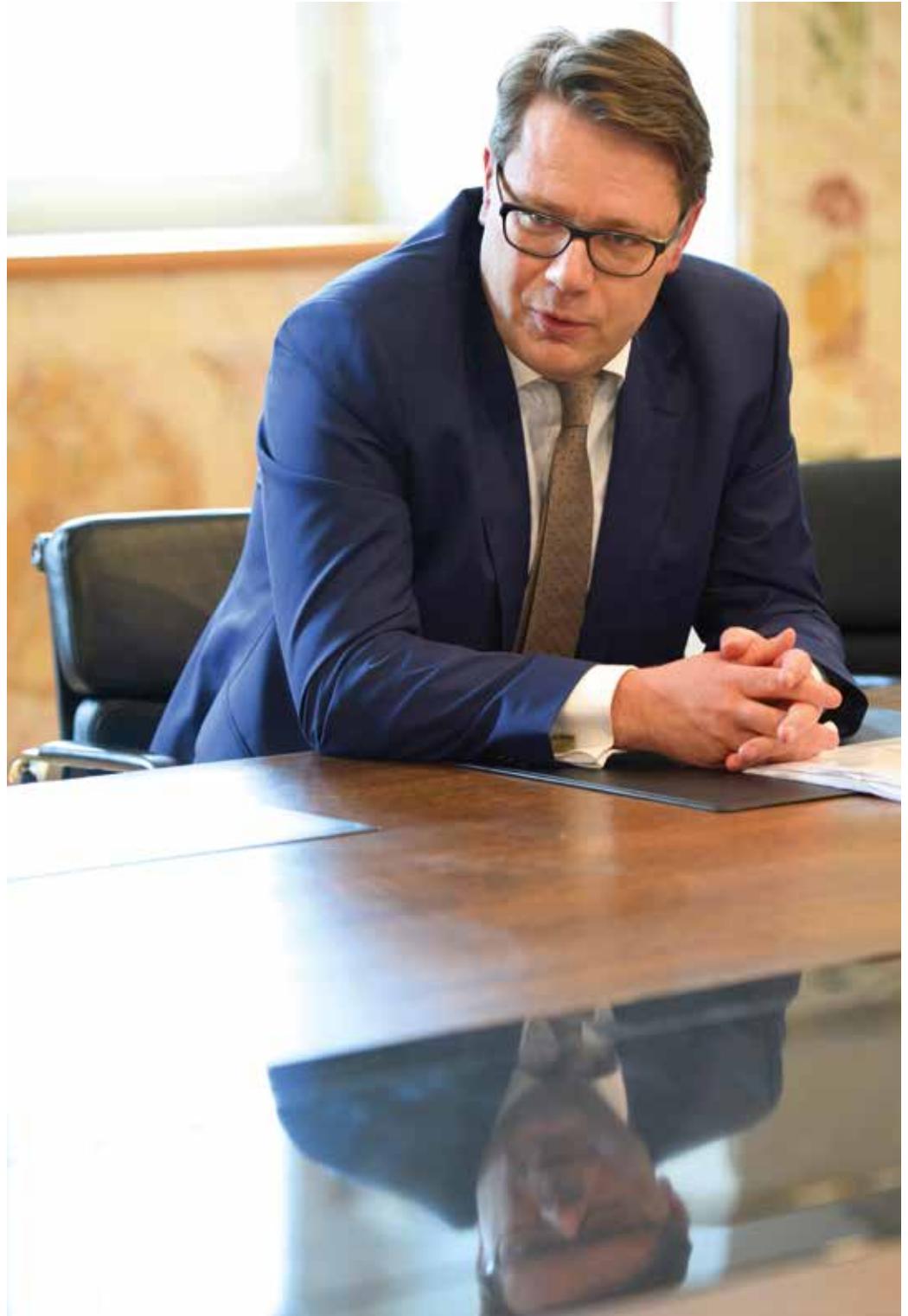
Das Rahmenabkommen sei grundsätzlich «nicht des Teufels», sagt Benedikt Würth und trinkt seinen Espresso. Der «Knackpunkt» aber sei die ausgeweitete Regelung der staatlichen Beihilfen, indem die Auslegung der Beihilfenbestimmung des Freihandelsabkommens von 1972 mit den Regeln des Rahmenabkommens verknüpft werde. Diese Verknüpfung sei durch die «Hintertür» hineingelangt und müsse mit der EU nachverhandelt werden.

Benedikt Würth ist 51-jährig, Vorsteher des Finanzdepartements des Kantons St. Gallen und Präsident der Konferenz der Kantonsregierungen. Sein Name figurierte auf der Kandidatenliste der CVP für die Bundesratswahlen vom 5. Dezember 2018. «Das wird wohl in meinem Leben nicht mehr vorkommen», kommentiert er diese Ehre lachend. Zehn Tage nach der Wahl warf er aus Anlass der CVP-Nominationsversammlung zu den bevorstehenden St. Galler Ständeratswahlen für die Nachfolge von Neo-Bundesrätin Karin Keller-Sutter seinen Hut in den Ring. Die Wahlen sind auf den 10. März datiert.

«Komplett andere Pisten»

«Nach zwanzig Jahren Exekutiverfahrung reizt mich der Ständerat als nächster Schritt», sagt «Beni» Würth, wie ihn Freunde nennen. Bereits mit 32 Jahren wurde er zum Gemeindepräsidenten von Jona gewählt, dann zum Stadtpräsidenten der fusionierten Gemeinde Rapperswil-Jona. Seit 2011 amtiert Würth im St. Galler Regierungsrat, zuerst als Vorsteher im Volkswirtschaftsdepartement, ab 2016 im Finanzdepartement. Er kenne seinen Kanton sehr gut und freue sich auf den intensiven Wahlkampf: «Mir gefällt das, ich bin gerne unter den Leuten.» Schlaflose Nächte habe er deswegen nicht. Auch nicht wegen des Rahmenabkommens, das auf dem Tisch liege. Es mache ihm höchstens «Bauchweh».

Das Unwohlsein verursachten die Beihilfe-regelungen, meint Würth und verweist auf die Ausführungen im Anhang des institutionellen Rahmenabkommens. Dort steht, dass die Unterzeichnenden, also die Schweiz und die EU, das Ziel verfolgen, bestehende Handelsabkommen durch das Rahmenabkommen zu modernisieren. Angeführt wird unter anderem das Freihandelsabkommen von 1972, das «den Abbau der Zölle auf Industrieerzeugnisse» sowie die «Entwicklung der Grundsätze des Marktzugangs und der Nichtdiskriminie-



Keine schlaflosen Nächte: Finanzdirektor Würth.

rung» zwischen den beiden Handelspartnern ermöglicht. Davon betroffen seien die Regeln der «staatlichen Beihilfen», also Vorteile, Subventionen, Garantien oder sonstige Erleichterungen für Unternehmen, erklärt

Würth. Damit sollen «einheitliche Wettbewerbsbedingungen im Hinblick auf ein ordnungsgemässes Funktionieren des Binnenmarkts» sichergestellt werden, so der Text im Anhang des Rahmenabkommens.

Würth habe keine grundsätzlichen Probleme mit staatlichen Beihilferegulungen. Bereits im Freihandelsabkommen von 1972 seien solche ausgehandelt worden (Artikel 23). «Staatliche Beihilfen müssen untersagt werden, wenn sie den Wettbewerb verfälschen», sagt Würth, «das ist auch die Praxis der Schweiz.» Zwar werde hierzulande die Wirtschaftsfreiheit hochgehalten, die Bundesverfassung ermögliche es aber «nötigenfalls», davon abzuweichen, wie im Falle der Struktur-, Konjunktur- oder Aussenwirtschaftspolitik, so Würth: «Ein generelles Verbot von staatlichen Beihilfen herrscht nicht; so können als Mittel der Regionalpolitik Steuererleichterungen für Unternehmen unter wettbewerbskonformen Voraussetzungen gewährt werden.»

Der Schweizer Ansatz unterscheide sich von dem der EU, sagt Würth. Es seien zwei «komplett andere Pisten»: Die EU verbiete staatliche Beihilfen per se, genehmige aber einen «Riesenblast» an Ausnahmen – fast 100 Milliarden Euro an Beihilfen würden in der «Abklärungsmühle» erst überprüft und dann gewährt, so Würth. Und das sei aus EU-Sicht nachvollziehbar: Die Union basiere auf der Binnenmarktidée, die nur aufrechterhalten werden könne, wenn unverfälschter Wettbewerb herrsche. Damit dies überhaupt möglich sei, benötige die EU ein entsprechendes Beihilferecht, das den Binnenmarkt regle und gleich lange Stricke für alle kreierte.

«Zu engmaschig»

Problematisch sei, erklärt Würth, dass sich ein Abbild des EU-Beihilferechts im Rahmenabkommen wiederfindet. Drei Artikel sind es: 8A, 8B und 8C. «Das ist im Grunde genommen das EU-Beihilferecht. Es geht viel weiter als dasjenige der Schweiz.» Durch die Verknüpfung mit dem Freihandelsabkommen von 1972 im Anhang des Rahmenabkommens würden die Beihilferegeln allgemeine Wirkung entfalten. Betroffen wären in diesem Fall auch Branchen, bei denen die Schweiz keine bilateralen Verträge habe. Das sei problematisch, sagt Würth: «Wir haben keinen generellen EU-Marktzugang; wir sind nicht in der Union. Es kann daher nicht sein, dass wir aus einem Rahmenabkommen mit grundlegenden Regeln die Wirkung des EU-Beihilferechts übernehmen, obwohl wir gar keinen allgemeinen Zugang haben.»

Weiter stört Würth, dass die Beihilferegeln in der Praxis durch eine «unabhängige Überwachungsbehörde» kontrolliert würden: eine für die Schweiz und eine für die EU. Staatliche Beihilfen müssten fortan in einem «Notifizierungsverfahren» geprüft werden und dürften erst umgesetzt werden, wenn die Überwachungsbehörde «abschliessend entschieden» habe. Das sei nachteilig für die Kantone, sagt Würth. Erliesse der Bund nämlich ein Gesetz für eine staatliche Beihilfe, wäre

dieses durch das Anwendungsgebot von Artikel 190 der Bundesverfassung für richterliche Behörden massgebend. «Diese Verfassungsbestimmung gibt kantonalen Erlassen keinen Schutz», bedauert Würth, «die eigenständigen kantonalen Beihilfen sind für den Föderalismus zentral, und wir müssten mit dem Bundesrat eine Lösung finden.» Wie das aber genau umgesetzt würde, sei nicht bekannt. «Hier schafft das Rahmenabkommen keine Rechtssicherheit.»

Würth ärgert die Notifizierungspflicht. Für die innerschweizerische Umsetzung sei diese zu engmaschig. Zwar begrüsse er transparentes

«Es wäre praktisch unmöglich, die Staatsgarantien der Kantonalbanken zu retten.»

staatliches Handeln. Bevorzugt hätte Würth aber ein freiwilliges Verfahren: «Wir wollen keine unnötige Bürokratie. Der Staat soll möglichst schlank gehalten werden.»

Beschnittene Steuerhoheit

Was aber wären die konkreten Auswirkungen, wenn das Rahmenabkommen in dieser Form rechtskräftig würde? Im Entwurf steht, dass das Abkommen auch für das Luftverkehrsabkommen gelte. Würth sagt, dass dies möglicherweise vereinzelt Regionalflughäfen schmerzen würde, die vom Kanton unterstützt werden. Weiter seien bei einem Zustandekommen des Finanzdienstleistungsabkommens die Kantonalbanken betroffen. «Es wäre praktisch unmöglich, die Staatsgarantien der Kantonalbanken zu retten.» Und im Falle eines Stromabkommens zwischen der Schweiz und der EU würden die Steuerbefreiungen für die Stromunternehmen fallen.

Diese Effekte erachtet Würth nicht als «dramatisch». Er selber sei kein glühender Anhänger von Staatsgarantien. Ihn störe aber, dass durch die Verknüpfung von Rahmenabkommen und Freihandelsabkommen «allgemeine EU-Regeln» entstehen. «Bei rein sektoriellen Abkommen zwischen der Schweiz und der EU kann man die Kosten und Nutzen abwägen.» Dass die Schweiz nicht um Beihilfevereinbarungen herumkomme, wenn sie weiterhin Zugang zum EU-Binnenmarkt haben wolle, sei offensichtlich, so Würth. Welche Unternehmen aber aus welchem Bereich der Wirtschaft staatlich unterstützt oder steuerlich entlastet werden, sei in den Kantonen historisch gewachsen. Das Rahmenabkommen hätte einen massiven Einfluss darauf: «Mit den Beihilferegeln der EU würde die kantonale Steuerhoheit beschnitten.»

Problem Unionsbürgerrichtlinie

Ironie der Geschichte ist, dass die Konferenz der Kantonsregierungen bereits an ihrer

Plenarversammlung vom 23. März 2018 eine Absage an allgemeine Beihilferegeln erteilt hat: «Eine Verankerung von Regeln und Grundsätzen über staatliche Beihilfen in [...] einem Rahmenabkommen ist ausgeschlossen», so der Text. Doch der Bundesrat liess sich davon nicht beirren.

«Veräppelt», findet Würth in diesem Zusammenhang, sei «vielleicht etwas hart ausgedrückt». Aber er ist unzufrieden. Auch hinsichtlich der Unionsbürgerrichtlinie äussert er sich nicht positiv über das Rahmenabkommen: «Ich habe bis heute nicht verstanden, warum das nicht draussen ist.» Mit diesen Einwänden habe man immerhin etwas für die Nachverhandlungen, fügt er an.

«Bilateralen Weg rechtlich abstützen»

Geht es nach Würth, ist ein Rahmenabkommen aus wirtschaftlichen Überlegungen dennoch zwingend nötig. «Wir müssen den bilateralen Weg rechtlich abstützen, sonst haben die Bilateralen keine Zukunft.» Position gegenüber dem Rahmenabkommen werde die Konferenz der Kantonsregierungen Ende März beziehen. «Ich schätze, es wird ein Ja, aber...» geben», sagt Würth – trotz Bauchweh wegen der Beihilferegulungen. Die Bekanntgabe wird nach der St. Galler Ständeratswahl erfolgen.

Jetzt bestellen:
Checkliste Pensionierung
vz.ch.com/checkliste

Pensionierung

- **AHV**
Wie hoch ist mein Anspruch?
- **Pensionskasse**
Rente, Kapital, Kombination?
- **Hypothek**
Soll ich amortisieren?

Mit der Pensionierung ändert sich Ihre finanzielle Situation grundlegend. Was Sie heute entscheiden, bestimmt Ihren Lebensstandard für viele Jahre. Eine unabhängige Beratung beim VZ zahlt sich aus. Überzeugen Sie sich selbst.

VZ VermögensZentrum

Aarau | Basel | Bern | Chur | Fribourg | Genève | Lausanne | Lugano
Luzern | Neuchâtel | Schaffhausen | Solothurn | St. Gallen | Zug | Zürich

www.vermoegenszentrum.ch

Personenkontrolle

Güggi, Keller-Sutter, Leuthard, Calmy-Rey, Molina, Maduro, Pinochet Huonder, Merkel, Schwarzer, Blatter, Dätwyler, Schranz

Nils Güggi, radikaler Beamter, schwärmt für einen Spitzensteuersatz von 70 Prozent. «Tönt für mich sinnvoll», flötete er auf Twitter. Brisant: Güggi wirkt als hoher Beamter im Departement von Justizministerin **Karin Keller-Sutter** (FDP). Er ist Leiter Recht und Controlling beim Dienst Überwachung Post- und Fernmeldeverkehr (Üpf). Hinter der Bezeichnung verbirgt sich die Behörde, welche strafrechtliche «Post- und Fernmeldeüberwachungen durchführt». Man kann nur hoffen, dass der rabiante Herr Güggi, der den Bürgern am liebsten 70 Prozent ihres Verdienstes wegnehmen würde, als Controlling-Chef beim Schnüffeldienst des Bundes mit mehr Augenmass waltet. (fsc)

Doris Leuthard, Mode-Ikone, hat dem Landesmuseum ihr Kult-Outfit vermacht. Die Einrichtung sammelt nämlich symbolträchtige Kleidungsstücke früherer Bundesräte. Dazu gehören zum Beispiel die roten Turnschuhe, welche SP-Bundesrätin **Micheline Calmy-Rey** am 20. Mai 2003 an den Füßen hatte, als sie als erstes Mitglied einer ausländischen Regierung die Demarkationslinie zwischen Nord- und Südkorea überschritt. Von Leuthard wünschte sich das Landesmuseum ihr berühmt-berühmtes weisses Loch-Kleid, mit dem die CVP-Bundesrätin bei der Eröffnung des neuen Gotthard-Bahntunnels für viel Aufsehen sorgte. Der Käselook scheint offenbar seither zum absoluten Kult-Outfit avanciert zu sein. (hmo)

Fabian Molina, dezidiertes Berufsjungpolitiker, kann sich nicht recht entscheiden. Letzte Woche handelte sich der SP-Nationalrat mit einem Tweet, in dem er die Entmachtung des sozialistischen venezolanischen Diktators **Nicolás Maduro** als «Staatsstreich» verurteilte, einen Shitstorm ein. Molina wiegelte darauf ab: «Kritik an Maduro ist mehr als berechtigt. Ein US-Putsch wird Zustände aber verschlimmern. So viel Geschichtsbewusstsein muss sein.» Tatsache ist: Der «Lima-Gruppe», der die meisten lateinamerikanischen Länder (aber nicht die USA) angehören und die beim derzeitigen Machtwechsel eine führende Rolle spielt, sprach Maduro bereits 2017 jegliche demokratische Legitimation ab. Und zur Auffrischung des Geschichtsbewusstseins: Als Molinas Vater, der das chilenische Regime bekämpfte, 1982 in der Schweiz Asyl erhielt, war



«Die Zeiten ändern sich»: Sepp Blatter.



«Schon vorher eine Frau»: Kanzlerin Merkel.



Abgeblitzt: Bischof Vitus Huonder.



Geschichtsbewusstsein: SP-Nationalrat Molina.

Augusto Pinochet aufgrund der am 11. September 1980 vom Volk angenommenen (64 Prozent Ja) und bis heute gültigen Verfassung von Chile der rechtmässige Präsident. Anders als Diktator Maduro stürzte Diktator Pinochet sein Land immerhin nicht ins Elend und ermöglichte eine geordnete Rückkehr zur Demokratie. Leider mochte Fabian Molina dazu nichts sagen. (axb)

Vitus Huonder, konservativer Seelenhirte, ist vor der weltlichen Justiz unterlegen. Der Bi-

schof von Chur hatte vor dem Bundesgericht Beschwerde eingereicht gegen die Finanzierung der Sexualitäts-Beratungsstelle Adebar durch die katholische Kirche Graubünden. Die Positionen von Adebar zu Verhütung, sexueller Aufklärung und Abtreibung würden dem katholischen Glauben widersprechen. Das Bundesgericht sieht dies auch so. «Es ist davon auszugehen, dass ein Teil der Tätigkeiten des Vereins Adebar aus Sicht der römisch-katholischen Kirche abzulehnen ist», teilt es mit. Dennoch sei deren Religionsfreiheit nicht verletzt, zumal das Geld von der Bündner Landeskirche stamme und nicht aus den Mitteln der römisch-katholischen Kirche. Die Befürchtung Huonders, dass die Kirche und ihr Bekenntnis zum Schutz des menschlichen Lebens als unglaublich erscheinen könnte, wenn sie einen Verein wie Adebar unterstütze, ist laut Bundesgericht «weit hergeholt». (fon)

Angela Merkel, Staatsfrau, will sich nicht zur feministischen Ikone machen lassen. Sie sei keine Frauenrechtlerin wie **Alice Schwarzer**, sagt sie im Interview mit der *Zeit*, und sie verstehe sich nicht als Bundeskanzlerin der Frauen. Auf die etwas kuriose Frage, ob sie «im Amt zur Frau geworden» sei, hält Merkel nüchtern fest: «Nein, im Amt sicherlich nicht, ich war ja schon vorher eine Frau.» Auch der Aufforderung der Journalistin, im Frausein «einen Makel» zu erkennen, kommt die Bundeskanzlerin nicht nach. «Ein Makel ist es in keiner Weise.» In einem Punkt habe sie es als Frau in der Politik sogar leichter gehabt: Die Rollenenteilung mit ihrem Mann sei schneller akzeptiert worden: «Er geht seiner Arbeit als Wissenschaftler nach, und ich mache meine.» (fon)

Sepp Blatter, Herr der Zeit, war 1969 erstmals als Krisenmanager gefordert. Der damals 32-Jährige wachte als Marketing- und Sport-Direktor der Uhrenfirma Longines über die Zeiten im Skiweltcup. Und ausgerechnet in Kitzbühel liefen die Schweizer Uhren falsch. Der Waadtländer **Jean-Daniel Dätwyler** wurde bereits als Sieger gefeiert. Aber beim österreichischen Favoriten **Karl Schranz** hatten die Chronometer versagt. Der *Spiegel* macht fünfzig Jahre später Blatter für den Vorfall verantwortlich: «Wie Sepp Blatter einen Skihelden fast um den Streif-Sieg brachte.» Der Angesprochene schüttelt den Kopf: «Faktisch war es ein technisches Problem, das sich durch die Kontrollmechanismen lösen liess.» So erhielt der zuvor zeitlose Schranz doch noch einen Wert. Es war der Spitzenwert – und Dätwyler rutschte auf den zweiten Platz zurück. Blatter trat mit den Worten «Die Zeiten ändern sich» vor die Presseschar. «Es war mein erster grosser Auftritt vor den internationalen Medien», sagt er heute. Später wurde Blatter in Kitzbühel mit der Hahnenkamm-Nadel in Gold ausgezeichnet. (tre)

Nachruf

Joseph B. McDivitt (1917–2019) — Chiasso, 28. April 1945. 600 verzweifelte deutsche Militärs wollen den vom Bundesrat verweigerten Einlass in die Schweiz erzwingen. Sie fürchten, von den am Vorabend im nahen Como angekommenen Amerikanern den Russen ausgeliefert zu werden, und drohen, mit Sprengstoff gefüllte Lastwagen am Grenzübergang mitten in der Stadt zu detonieren. Das Tessiner Infanterieregiment 32 hat den Auftrag, die Grenze zu schützen. Sein Kommandant, Oberst Mario Martinoni, fährt in einem mit Schweizer Fahne und weisser Parlamentärflagge gekennzeichneten Wagen nach Como. Nur die Amerikaner können die brandgefährliche Situation jetzt noch entschärfen.

Die Offiziere des 13th Tank Battalion logieren seit der vorangegangenen Nacht im Hotel «Metropole Suisse», und der Kommandant entscheidet: «Mac, you take care of it!» Mac, das ist der noch nicht 28-jährige Major Joe McDivitt, Executive Officer des Bataillons. McDivitt macht den ganzen Krieg mit der 1st Armored Division, den Old Ironsides, mit. Als Leutnant ab November 1942 in der Operation Torch, der angelsächsischen Landung in Marokko und Algerien, ab Oktober 1943 in Italien von Neapel über Cassino, Anzio, als Hauptmann dann die Befreiung Roms und der Durchbruch durch den Apennin. Major McDivitts Krieg endet in Chiasso. Am Tag darauf erhält er den Befehl, in die Heimat zurückzukehren. Er bleibt Soldat und wird 1966 als Oberst pensioniert.

Im Stadion eingesperrt

Am 28. April 1945 fährt er bewusst nicht mit Panzern, sondern mit nur wenigen Soldaten in drei offenen Jeeps an die Grenze, wo sich hartgesottene Hitler-Truppen und Schweizer Soldaten gegenüberstehen. Der junge amerikanische Major mit dem sympathischen Lachen gibt den Deutschen sein Ehrenwort, dass sie nicht an die Russen ausgeliefert würden. Sie ergeben sich und werden im Stadion von Como eingesperrt. Ihre Waffen werden unter den Augen der Schweizer Soldaten wie Holzscheite aufgebügelt. Chiasso ist gerettet und die Grenze unversehrt. Dem initiativen Martinoni wirft aber eine bornierte militärische Hierarchie Neutralitätsverletzung vor, und seine hoffnungsvolle Karriere – General Guisan nannte ihn einmal den fähigsten Tessiner Offizier seiner Generation – endet glanzlos. McDivitt erfährt davon durch Zufall erst fast

zehn Jahre später. Ein Schweizer Offizier trifft McDivitt in einem amerikanischen Stabskurs, dieser erzählt von Chiasso und entnimmt seiner Brieftasche das sorgfältig aufbewahrte Bild von Martinoni. Gesehen haben sich die beiden aber nie mehr. Der Tessiner stirbt 1981.

Viele Jahre später bin ich Generalkonsul in Mailand. Im Lauf eines Nachtessens mit dem

Wir besuchen mit McDivitt alle damaligen Schauplätze, sogar den Ort, wo Mussolini und Clara Petacci erschossen worden sind. Das ist ihm wichtig, denn seit 1945 plagt ihn das Gefühl, er hätte diese summarische Exekution vielleicht verhindern können. Am Abend des 27. April war McDivitt in Como von Partisanen angesprochen worden, sie hätten den Duce, ob er ihn sehen



«Zählt auf mich»: Oberst Martinoni (3.v.l.), US-Major McDivitt (5.v.l.), am 28. April 1945 in Como.

Gemeinderat von Chiasso kommt das Gespräch auf die Ereignisse von 1945. Es entfährt mir die Bemerkung, Martinoni und McDivitt hätten schon lange ein Denkmal verdient. Der Gemeinderat ist begeistert von der Idee, und die heutige Nationalrätin Roberta Pantani packt die Sache zusammen mit den militäri-

Oft im Leben kommt die Dankbarkeit zu spät. In diesem Fall nicht.

schen Milizorganisationen energisch an. Die feierliche Einweihung des Denkmals direkt an der Grenze soll am 28. April 2010 stattfinden. Ich finde den unterdessen 92-jährigen McDivitt in einem Vorort von Los Angeles, rufe ihn an und erkläre ihm, was geplant ist. Seine Antwort: «Auf diesen Anruf habe ich seit 65 Jahren gewartet. Zählt auf mich.»

Es folgt eine grossartige Woche mit Joe. Er wird begleitet von seiner vietnamesischen Frau Myly, unterdessen selber Oberstleutnant der amerikanischen Armee. McDivitt hat sie 1975 in Saigon vor den einmarschierenden Kommunisten in Sicherheit gebracht. Viele kennen das Bild mit der Helikopterevakuierung von Zivilisten vom Dach der amerikanischen Botschaft. Er ist darauf zu sehen.

möchte. McDivitt war todmüde und lehnte ab. Am nächsten Morgen war Mussolini tot.

Am Ort des Geschehens in Giulino di Mezzegra gelingt es mir, McDivitt davon zu überzeugen, diese Exekution sei nicht von lokalen Partisanen, sondern vom Chef der Kommunisten in Oberitalien Luigi Longo und dem späteren sozialistischen Staatspräsidenten Sandro Pertini entschieden worden. McDivitt ist erleichtert, aber unterdessen haben wir die Aufmerksamkeit des Dorfes erregt. Man zeigt uns das Haus, wo der Duce die letzte Nacht verbracht hat, und lädt uns zu einem Espresso ein. In der Bar produziert ein Mann einen Sack und fordert uns auf, diesen zu öffnen. Darin finden sich eine rostige Parabellumpistole und ein Paar elegante Damenschuhe. Es seien die Pistole, mit der sein Onkel Mussolini den Gnaden schuss habe geben müssen, und die Schuhe der Petacci. *Se non è vero...*

1. August 2011. Die Gemeinde Chiasso macht Joseph B. McDivitt, der diesmal in Begleitung seines Sohnes David angereist ist und in einer nagelneuen Oberstuniform strahlt, zu ihrem Ehrenbürger. Oft im Leben kommt die Dankbarkeit zu spät. In diesem Fall nicht. Joseph B. McDivitt ist letzte Woche in Los Angeles gestorben.

David Vogelsanger

Der Mann, der sich anschickt, Europa aufzumischen

Von Roger Köppel — Matteo Salvini, Innenminister und Vizepremier Italiens, gilt als gefährlichster Politiker in Europa. Zu Recht? In seinem Büro spricht der heitere Mailänder über Flüchtlinge, Faschismus und Brüssel. Die Schweiz bewundert er, wegen der direkten Demokratie.

Nun also stehen wir vor dem Palazzo des Bösen, unweit des Zentrums, verhaltener Sonnenschein, tiefe Temperaturen in Rom. Ein Mann sagt, er werde uns in einer Minute abholen. Zwanzig Minuten später kommt ein anderer Mann. Er führt durch die labyrinthischen Gänge, 2000 bis 3000 Menschen sollen in diesem Ministerium arbeiten, so genau weiss er das nicht.

Wo einst der Duce residierte

Irgendwo öffnet sich ein Lift. Im zweiten Stock steigen wir aus. Man bringt uns in ein Wartezimmer. Dort steht ein Sofa mit Goldbezug. Die mindestens vier Meter hohen Wände sind üppig tapeziert. An der Wand hängen in schweren Bilderrahmen zwei Listen, schöne kalligrafische, altertümliche Schrift. Viele interessante Namen sind zu lesen, einige bekannt, die meisten weniger. Ein Eintrag fällt auf: Benito Mussolini. Er residierte hier, im Palazzo Viminale, einst Regierungssitz, als Innenminister und dann Diktator Italiens fast durchgehend von 1922 bis 1943.

Es ist vermutlich der falsche Einstieg in diesen Artikel, aber man muss die Frage stellen, als wir das grossräumige Büro betreten: «Unterhalten wir uns jetzt im Arbeitszimmer des Duce?» Italiens Innenminister Matteo Salvini lacht. Er sitzt an einem grossen, mit Akten übersäten Schreibtisch. Seine jungen Kollegen und Assistenten lachen auch. Mussolini? Hier? Er blickt fragend in die Runde. «Keine Ahnung, aber den Stuhl haben sie sicher ausgewechselt.» Schallendes Gelächter.

Rockstar

Salvini ist jetzt Mitte vierzig, ehemaliger Journalist, Historiker ohne Uni-Abschluss. Vor drei Jahren kannte ihn ausserhalb Italiens niemand. Jetzt gilt er als gefährlichster Mann Europas. Mit seiner rigorosen Abweisungspolitik habe er die Zahl der Migrantinnen aus Afrika nach eigener Aussage von 117 000 im Jahr 2017 auf 23 000 im Jahr 2018 reduziert. Zu Beginn des Jahres 2019 seien mehr Flüchtlinge zurückgeschafft worden als angekommen seien. Auch die Todesraten im Mittelmeer gingen drastisch zurück. Dank dem neuen Migrationsgesetz könne besser zwischen echten und



falschen Flüchtlingen unterschieden werden. Früher habe man sie alle in einen Topf geworfen.

Dass auch in der Schweiz die Asylzahlen sinken, ist wesentlich das Verdienst Salvinis, der in bundesrätlichen Ansprachen zum Thema freilich nie erwähnt und schon gar nicht verdankt wird.

Ausländische Medien und Politiker verteuflern ihn wahlweise als «Extremisten» oder als «Rassisten». Zu Hause avanciert er gerade zum Rockstar. Landauf, landab füllt Salvini die Säle und Plätze. Tausende strömen zu seinen Reden. Vorgänger Berlusconi sei von Salvinis Erfolg geradezu schockiert, narzisstisch gekränkt, sagt ein prominenter Journalist. Salvinis Kunststück: Als Politiker aus dem Norden erobert er auch den Süden. Seine Lega,

ein einstige Separatistenpartei aus der Lombardei, stand vor drei Jahren bei 4 Prozent. Inzwischen liegt Salvini laut Umfragen bei 35 Prozent. Ein Phänomen. Seinen Koalitionspartner Cinque Stelle, bei den letzten Wahlen stärker als die Lega, hat er längst überflügelt.

Mussolini? Hier? «Keine Ahnung, aber den Stuhl haben sie sicher ausgewechselt.» Gelächter.

Wenn er so böse ist, wie einige Medien behaupten, sind die Italiener so unfähig, das Böse zu erkennen? Oder haben sie womöglich einen besseren Sinn für die Wirklichkeit als die Journalisten, die auf Salvini eindreschen? Der Innenminister wirkt nicht sonderlich bewegt durch die Debatten. Er verbreitet ein ge-

schäftsmässiges Flair. In seinem Hemd ohne Jackett mit lockerer Krawatte wirkt er kumpelhaft, wenig ministerial, sympathisch. In kurzen, präzisen Sätzen gibt er Antwort.



«Big Brother Show»: il ministro beim Essen.



«Man muss lächeln, Küsschen verteilen»:

schäftsmässiges Flair. In seinem Hemd ohne Jackett mit lockerer Krawatte wirkt er kumpelhaft, wenig ministerial, sympathisch. In kurzen, präzisen Sätzen gibt er Antwort.

Tun, was man sagt

Was ist der Grund für seinen rasanten Erfolg? «Kohärenz», sagt Salvini. Man muss tun, was man sagt, und die Leute würden sehen, dass er und seine Partei genau das tun, was sie im Wahlkampf versprochen hatten. Die Immigration sei massiv zurückgegangen und heute unter Kontrolle. Man habe die innere Sicherheit gesteigert: «Der Erfolg ist die Frucht unserer Arbeit.» Jetzt gehe es darum, die stagnierende Wirtschaft wieder anzukurbeln, Steuern zu



Vizepremier Salvini, mitten in der Politik.

senken, Bürokratie runterzufahren, aber auch mehr Schutz für die Leute, die der Fortschritt überrolle.

Seit seinem Amtsantritt vor über einem halben Jahr steht Salvini im Dauerfeuer. Einige Medien gebrauchen sogar das Wort «Faschist». Die Korrespondenten schreiben fleissig bei den linken italienischen Zeitungen ab, allen voran der *Repubblica*, Leitorgan der Anti-Salvinisten. Der Angefeindete winkt ab. Längst rege er sich nicht mehr auf. Er kontere mit Arbeit. «Man muss lächeln, Küsschen verteilen.»

Attacken und Kuschelbilder

Interessant ist seine Social-Media-Strategie. Anders als US-Präsident Donald Trump, der

sich mit seinen Kritikern einen giftigen Stellungskrieg im Netz liefert, setzt Salvini auf Provokation mit Kuschelfaktor. Seine politischen Attacken federt er mit privaten, ja intimen Aufnahmen ab, eine wandelnde «Big Brother»-Show: Salvini mit Freunden, Salvini beim Pasta-Essen, Salvini im Ikea-Bett beim Schlafen in seiner schmucklosen Zweieinhalbzimmerwohnung, nur der Teddybär fehlt. Angriff ja, aber die Milch darf nicht sauer werden. Zielpublikum: die italienische *mamma*, die er nicht verschrecken will.

Ist Salvini ein Faschist? Er habe sich an die Vorwürfe gewöhnt, sagt er, Rassist, Faschist, Egoist. Der Vorwurf komme vor allem aus Deutschland, wo man das Trauma der Ge-

Originalton

Salvini über...

— **Berlusconi:** Mein Wahlerfolg hat ihn wohl überrascht. Wir haben trotzdem eine gute Beziehung. Ein grosser Mann, der viel geleistet hat, aber es gibt erhebliche Differenzen zwischen uns.

— **Koalitionspartner Di Maio:** Gesunder Wettbewerb. Keine Rivalität.

— **Macron:** Typischer Vertreter der globalen Elite. Alles am Reissbrett konstruiert, reich, von den Medien massiv unterstützt, aber bereits im Abstieg.

— **Bannon:** Ich habe ihn einmal getroffen. Er hat interessante Ideen, aber er ist Amerikaner. Seine Plattform kann funktionieren. Die EU ist immer sozialistisch regiert worden, deshalb brauchen wir eine intellektuelle Alternative. Es gibt Raum.

— **Italiens Staatshaushalt:** Ungefährlich. Wir haben einfach umgesetzt, was wir versprochen hatten. Unsere Unternehmen sind gesund, wir haben eine sehr hohe private Sparquote, Nummer zwei weltweit.



— **Juncker (Bild):** Ein Mann, der ein Land von der Grösse Luxemburgs repräsentiert, will uns erklären, was Steuerwettbewerb und soziale Gleichheit

bedeuten? Kurios.

— **Werte:** Ehrlichkeit, Kohärenz, Mut, Freundschaft.

— **Salvini:** Rigoros, seriös, mutig.

— **Staatsapparat:** Habe hier ein gutes Team gefunden. Die italienischen Sicherheitsapparate, Polizei, Feuerwehr, sind auf Weltniveau.

— **Dauerkrise:** Seit dem Zweiten Weltkrieg hatten wir über 60 Regierungen in Italien. Stimmt. Klingt seltsam. Es liegt am Opportunismus der Politiker, die dauernd ihre Farben und Parteien wechseln. Ich habe sie nie gemocht, halte nichts von ihnen.

— **Erfolgsrezept:** Man muss Zeit, Mut und gute, klare Ideen haben, sonst gehst du in diesem System unter. Aber wenn du es richtig machst, bewegt sich der Apparat.

— **Trump:** Ich schätze und respektiere ihn. Er ist kohärent. Vor allem seine Steuerpolitik finde ich hervorragend. Unternehmen und Leute entlasten, mehr in die Infrastruktur investieren.

— **Mafia:** Ich glaube nicht, dass sie in den Staat verwickelt ist. Vor allem die 'Ndrangheta in Kalabrien ist stark auf italienischer und europäischer Ebene.

Flüchtlinge

Italiens populärster Politiker

Mit Matteo Salvini kam die Wende. Seine Entscheidung, die Migrantenboote nicht mehr anlanden zu lassen, drosselte die Zahlen und rettete Leben. Von Nicholas Farrell

Für die liberale Elite, die seit Jahrzehnten das Sagen hatte, ist Matteo Salvini die Inkarnation des Teufels. Doch er ist der populärste Politiker in Italien. Die Italiener sind nicht teuflischer als andere, aber sie haben ein gutes Gespür für das, was von Übel ist. Und deshalb kommt Salvini bei ihnen an. Wie sein aussergewöhnlicher Erfolg beweist, scheinen sie erkannt zu haben, dass nicht er, sondern die liberale Elite die Inkarnation des Teufels ist.

So würden keine zehn Pferde Salvini nach Davos bringen, wo in jedem Januar «rechte» globale Kapitalisten, die Nationen als Profithindernis betrachten, und «linke» Internationalisten, die Nationen als Wurzel allen Übels betrachten, zusammenkommen, um die Welt in Ordnung zu bringen – erfolglos.

Schutz vor den Imperialisten

Eher würde er sich mit einem Arbeiter, der seine Familie in Italien (einem Gründungsmitglied der Europäischen Union, das seit der Einführung des Euro vor zwanzig Jahren in einer mehr oder weniger permanenten Rezession steckt) nur mit Mühe und Not ernähren kann, in einer einfachen Kneipe auf ein Glas Wein und eine Zigarette treffen – sofern er nicht gerade auf Facebook unterwegs ist, wo er 3,5 Millionen Follower hat. Denn er ist ein *sovraniista*, der es als seine Mission ansieht, die Kultur und Lebensart der Italiener vor den *imperialisti* zu schützen. Das bedeutet vor allem: der massenhaften illegalen Migration aus Libyen über das Mittelmeer ein Ende zu bereiten und ein weiteres Zusammenwachsen der EU zu verhindern.

Die Migration ist vorerst gestoppt, bei der EU ist noch einiges zu tun. Seit 2013 sind 700 000 Migranten auf dem Seeweg nach Italien gekommen, überwiegend alleinstehende Schwarzafrikaner in kampffähigem Alter, bei denen es sich sogar nach Ansicht der Uno nicht um Flüchtlinge handelt.

2017 nahm die Migrantenflut derart biblische Ausmasse an, dass selbst der damalige Innenminister im Kabinett Renzi um die Demokratie in Italien fürchtete und rasches Handeln forderte. Er stattete die libysche Küstenwache mit vier Patrouillenbooten aus und erreichte auf diese Weise, dass



Souveränist: gegen illegale Einwanderung.

Migranten aufgegriffen und nach Libyen zurückgebracht wurden. Das Ergebnis: Die Zahl der Migranten ging von 181 436 (im Jahr 2016) auf 119 310 (im Jahr 2017) zurück.

Und dann kam Salvini. Er schickte den Libyern weitere zwölf Patrouillenboote plus Ausrüstung. Aber den Umschwung brachte seine Entscheidung im Juni letzten Jahres, privaten Rettungsschiffen mit Migranten an Bord das Anlegen in italienischen Häfen zu untersagen. 2018 schafften es lediglich 23 122 Migranten auf dem Seeweg nach Italien.

Ministerpräsident? Wann?

Die Lega kam bei den Wahlen 2013 (bevor Salvini die Führung der Partei übernahm) auf 4 Prozent der Stimmen, im letzten Jahr waren es 17 Prozent (während die Fünf-Sterne-Bewegung 32 Prozent erzielte).

Nun steht die Lega bei 34 Prozent, die Fünf-Sterne-Bewegung bei 28 Prozent.

Sollte die populistische Links-rechts-Koalition auseinanderbrechen (wofür einiges spricht), würde Salvini Ministerpräsident werden – dank dem rechten Verbündeten, von dem er sich lossagte, um die erste populistische Regierung in Europa zu bilden, der ihm aber loyal verbunden bleibt: Silvio Berlusconi, Milliardär, Medienmogul und viermaliger Ministerpräsident – der erste Populist in Europa.

Aus dem Englischen von Matthias Fienbork

schichte noch nicht überwunden habe: «Die Deutschen verwechseln Begriffe wie Tradition, Familie, Regeln, Disziplin und Heimatliebe mit alten Zeiten, *tempi passati*.» Kommunismus, Nazismus, Totalitarismus, das komme nicht mehr zurück.

Politisch, sagt er, stehe er zwischen links und rechts. Links sei er in der Sozialpolitik. Man müsse den Leuten, die nicht mithalten können, helfen. Rechts hingegen sei er in Fragen der Wirtschaft und der Sicherheit. Salvini ist für tiefere Steuern und weniger Bürokratie. Man habe mit Erfolg eine beschränkte Flat Tax eingeführt, das müsse ausgebaut werden. Er stehe zu konservativen Werten und Traditionen. Familie, Leistung, Eigenverantwortung, die Kirche sind ihm wichtig.

Viele seiner Ansichten sind konventionell. Als wichtigste Massnahme gegen die Massmigration aus Afrika sieht er nicht etwa Mauern oder Seeblockaden, sondern Wirtschaft und Entwicklungshilfe. An eine «Masseninvasion» aus Afrika glaubt er nicht. Was den italienischen Süden angeht, den seine Partei einst abtosseln wollte, hofft er auf Annäherung durch Verschiedenheit. Man müsse die regionale Autonomie stärken, nur so würden sich die Landesteile annähern.

Grosses Vorbild, die Schweiz

Sein grosses Vorbild, sagt er, sei die Schweiz: «Ich bewundere, ich verehere Ihr Land.» Als Mailänder kenne er die Schweiz gut. Früher sei er ins Bergell in die Ferien gefahren. Gerne Zeit verbringe er am Luganer- und am Comersee. Der Föderalismus, der Steuerwettbewerb, die Stärke der Gemeinden und Kantone, das sei das Geheimnis des Schweizer Erfolgs. Er wünsche sich direkte Demokratie auch für Italien. Dass die Bürger selber über die Höhe ihrer Steuern abstimmen, begeistert ihn. Was passiert, wenn die Politik abhebe, sehe man gerade in Frankreich mit den Gelbwesten. Macron, der Ultranzisst, sei «ein Mann des alten Europa, dagegen stehen die Leute auf».

Die Schweiz müsse «wahnsinnig aufpassen», dass sie von der EU nicht vereinnahmt werde, mahnt Salvini. Ja, er habe vom institutionellen Rahmenabkommen gehört, das Brüssel den Schweizern aufnötigen wolle. Er



«Grazie Matteo»: Abschied der Freundin.



Menschenmagnet: Salvini kurz nach der Regierungsbildung im Mai 2018 in Rom.

drückt es diplomatisch aus, aber seine Meinung ist klar. «Ob die Schweiz unterschreiben soll?» Er lächelt vielsagend. «Formulieren wir es so: Die Schweiz muss bei allem, was aus Brüssel kommt, sehr, sehr, sehr vorsichtig sein.» *Molta attenzione.* Zu Deutsch: Bleibt frei.

Europäische Schlachten

Ende Mai finden die Europawahlen statt. Von überall her rufen Politiker Salvini an. Der italienische Innenminister soll als Spitzenkandidat das «Bündnis für ein Europa der Nationen und der Freiheit» zum Erfolg führen. Ist diese Internationale der Nationalisten kein Selbstwiderspruch? Salvini verneint: «Leider regiert die EU tief in die Mitgliedstaaten hinein. Unsere Schlachten sind europäische Schlachten.» Ziel sei ein Umbau der EU-Kommission, damit die EU endlich reformiert werde und die europäischen Staaten nach vorne kommen.

Den Brexit hält er für einen heilsamen Weckruf. Wenn es zu einem Austritt ohne «Deal» käme, sei das für Grossbritannien keine Katastrophe, im Gegenteil, behauptet er. Was ist seine Vision für Europa? «Die EU soll wenig machen, das aber gut: Verteidigung, Sicherheit, Terrorbekämpfung. In allen anderen Fragen müssen die Mitgliedstaaten die Wahl haben.»

Ein EU-Austritt für Italien aber komme nicht in Frage, ebenso wenig ein Verlassen der Euro-Zone. Klar, die EU sei eine Fehlkonstruktion, und es wäre für Italien besser gewesen, gar nicht erst beizutreten, aber «heute müssen wir mit dem arbeiten, was wir haben».

Zwei Kinder, zwei Frauen

Salvini, zweimal geschieden, hat zwei Kinder von zwei Frauen. Seine letzte Freundin, eine sehr attraktive Fernsehmoderatorin, verliess

ihn kurz vor Weihnachten. Es habe ihn schwer getroffen, sagt ein Bekannter. Der Abschied war typisch salvinisch, nur umgekehrt: Die Angebotete postete ein Bild der beiden im Bett auf Instagram, darunter die Zeile: «Grazie Matteo.» *La donne è mobile.*

Wie organisiert der Vielbeschäftigte sein bewegtes Privatleben? Der Samstag und der Sonntag seien für die Kinder reserviert, sonst arbeite er die Woche durch von morgens sieben Uhr bis abends um Mitternacht. 14-stündige Arbeitstage seien für sein Team normal.

Man legt ihm einen Brief aufs Pult. Ein Gericht in Catania erhebt Anklage gegen Salvini wegen «Kidnapping». Es geht um die Flüchtlinge. Mit juristischen Tricks wollen seine Gegner den Innenminister stoppen. Wird der italienische Staat von böartigen Anwälten kontrolliert? «Wir haben sicher zu viele Advokaten. Es braucht Obergrenzen an den Universitäten.» Und ja, man versuche, politische Konflikte mit der Justiz auszutragen, was ein riesiges Problem sei in Italien.

Was ist seine wichtigste Mission? «*Benessere.* Eigentlich bin ich auf der Linie des Vertrags von Maastricht. Sozialer Fortschritt, Hebung des Wohlstands. Das aber hat die EU nicht geliefert. Wir demonstrieren in Italien, dass es möglich ist, den Worten Taten folgen zu lassen. Wir haben es bei der Migration bewiesen, wir werden es auch bei der Ökonomie beweisen. Schliesslich: Wir müssen einem Kontinent, der zerquetscht wird zwischen den USA, China und Afrika, wieder Leben einhauchen. Und der sonst keine Zukunft hat.»

Jetzt aber drängt der nächste Termin. Salvini springt auf und zündet sich schnell eine Zigarette an. «Grüsse in die Schweiz, wir sehen uns am Lago di Lugano!»

Konflikt

Tot in Paris

Italien und Frankreich streiten um Europa, Flüchtlinge, Terroristen und die Mona Lisa.

Mit seinem «humanitären» Krieg gegen Gaddafi ebnete Frankreich den Flüchtlingen aus Afrika den Weg durch Libyen nach Italien. Jetzt schlägt Rom zurück. In einer Show der Rai kündigte Alessandro Di Battista vom Movimento Cinque Stelle an, man werde sie fortan im Mittelmeer retten und nach Marseille bringen. Luigi Di Maio doppelte nach: Für ihr Elend sei der französische Neokolonialismus in Schwarzafrika verantwortlich. Mit seiner anhaltenden Ausbeutung verhindere Frankreich die Emanzipation der «Sklaven».

Ironie ist die beste Waffe gegen die französische Arroganz. Gekämpft wird um Europa. Bei der Wahl in sein Parlament streben die «Fünf Sterne» mit Marine Le Pen und weiteren Volksparteien ein Bündnis an. Ihre Gegner sind Macron und Brüssel. Scharf hatte der französische Präsident im vergangenen August auf die Kritik von Viktor Orbán und Matteo Salvini reagiert: «Wenn sie in mir ihren Hauptgegner ausmachen, liegen sie richtig.» Von den höchsten italienischen Populisten werden die Gelbwesten unterstützt und aufgefordert, Macron zu stürzen. Diesmal beschränkte sich das Elysée darauf, Roms Botschafterin einzubestellen. Nicht vergessen haben die Italiener, dass dem wegen vierfachen Mordes verurteilten Terroristen Cesare Battisti von Mitterrand politisches Asyl gewährt worden war. Frankreichs Intellektuelle, die ihm als Schriftsteller und Widerstandskämpfer huldigen, ermöglichten seine Flucht nach Brasilien. Bolsonaro hat gerade die Auslieferung ermöglicht. Noch immer leben Dutzende von Rotbrigadisten in Frankreich.

Wie keiner seiner Vorgänger ist Macron bemüht, mit der Aussenpolitik der Menschenrechte und der neokolonialistischen «*Françafrique*» aufzuräumen. Er hat eine spektakuläre Rückführung der Raubkunst nach Afrika eingeleitet. In Rom werden seither Ansprüche auf die «Mona Lisa» vorgebracht. 1911, als Italien Libyen kolonialiserte, hatte sie ein Patriot im Louvre gestohlen. Nach einer triumphalen Tournee gab man sie zurück. Im Herbst feiert Paris den 500. Todestag von Leonardo, aber die italienische Kulturministerin will keine Leihgaben schicken: «Er ist Italiener und in Frankreich nur gestorben.» *Jürg Altwegg*

Seele des Skis

Von Michael Bahnerth — Unterwegs auf den Pisten des Engadins mit dem wahrscheinlich exklusivsten Ski der Welt, weil der Ski ist wie der Berg: aus Stein. Und mit dem Mann, der die Ski herstellt.

Wahrscheinlich ist es eine Geschichte über Leidenschaft. Sie handelt, auch, von den besten Ski der Welt, von Reichen und Königsfamilien, von James Bond, von fetten Amerikanern und genügsamen Biobäuerinnen, aber zuallererst handelt sie von Träumen und dem zähen Glauben eines Mannes, dass nur, wer leidenschaftlich lebt, dem Gefühl entkommt, bloss zu vegetieren. Es ist eine Geschichte über die Pisten des Lebens, die planierten, die breiten, die unwegsamen, die mit echtem und die mit Kunstsnee, über jene, die man fernab selbst für sich entdeckt, und darüber, wie man sie hinunterschwingt zwischen der Freiheit des Laufenlassens und der Vernunft der Kontrolle.

Die Geschichte, das waren zwei Tage in einem vom Schnee gepuderten Sils Maria. Das waren gewedelte Abende im Hotel «Waldhaus», der Königin der Stille, und das waren gecarvte Tage auf einem Zai-Ski, der stillen Eleganz. *Zai* ist rätoromanisch und heisst «zäh», und es ist ein «Zäh» der Luxusklasse. Der Ski gilt als einer der teuersten der Welt, 5900 Franken wird der neue kosten, der Ende Jahr auf den Markt kommt. Das ist viel Geld, und kaufen wird ihn nur, wer reich ist oder chic sein will oder wen die Leidenschaft und die Perfektion des Skifahrens im Griff haben.

Daniel Craig war begeistert

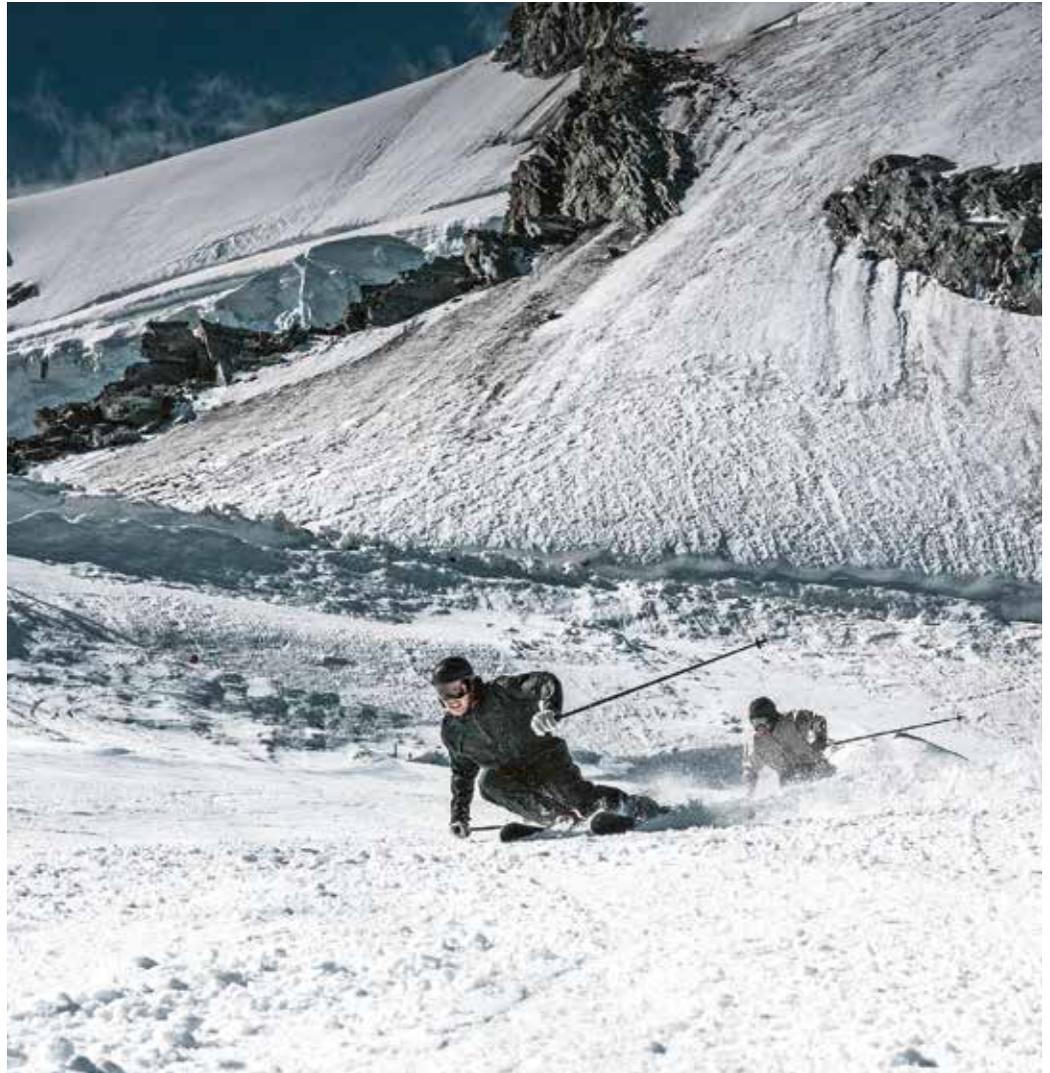
Der Ski besitzt einen Steinkern, Schiefer etwa oder Graphit. Das macht ihn einzigartig, das macht ihn zum Ski, der ein bisschen ist wie der Berg, den man mit ihm hinunterfährt. Man spürt es, und es ist nicht leicht zu beschreiben. Wenn man selbst die Berge mag und der Ski aus den Rippen des Berges geschaffen wurde, wird aus dir und dem Ski eine Seilschaft, und eine Seilschaft ist Vertrauen, Verlässlichkeit und Freundschaft. Das klingt pathetisch, kitschig und nach einem Autor, der die Distanz zum Objekt seiner Betrachtung verloren hat. Aber es ist so. Zwischen dem Berg, dem Schnee, dem Ski und dem Körper ist gelegentlich nur noch das Hirn im Weg, anfangs. Irgendwann reicht es dann schon, sich eine Kurve zu denken.

Daniel Craig fuhr einen dieser Ski im 007-Film «Spectre», und das ist ungefähr die Höhe, in denen sich dieser Ski bewegt. Craig war begeistert, wollte diesen Ski, und sein Manager kontaktierte Benedikt Germanier, den damaligen CEO und heutigen Partner von Zai.

«Mr. Craig möchte gerne diesen Ski.»

«Gut, welchen denn?»

«Den vom Film.»



«Kein Problem. Kostet 7900 Franken.»

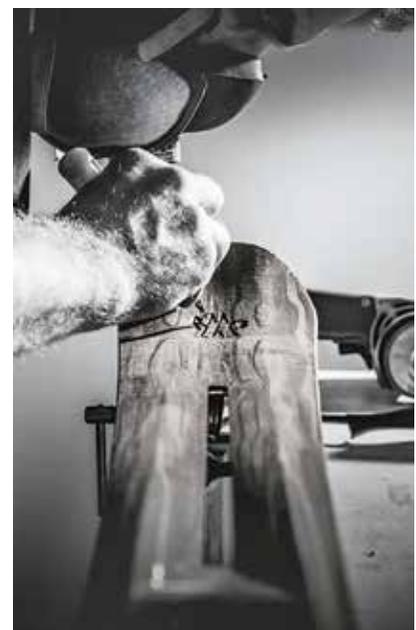
«Es ist Mr. Craig, der das möchte.»

«Das ist mir egal», antwortet Germanier, «wer meinen Ski will, bezahlt.»

Das ist Benedikt Germanier. Er fährt auch so Ski, kompromisslos, manchmal verspielt, auf Zug sowieso, manchmal am Limit, manchmal

Zwischen Berg, Schnee, Ski und Körper ist gelegentlich nur noch das Hirn im Weg.

drüber, manchmal verkantet er. Germanier sieht aus wie diese sportlichen «The More You Know»-Männer, die in Outdoor-Werbefilmen sagen: «Ich bin dann mal weg.» Im Hotel, als er zuerst sich selber und dann seine neuen Modelle präsentierte – beides im Aufbau eine Angelegenheit von komplexen Schichten –, er-



Altes Handwerk, neue Technologie:

zählte er, dass der Vater Bergführer in Visp war, die Familie dann umzog nach Brugg, wo er geboren wurde, Brugg, das flach ist nicht nur in geografischer Beziehung, und die Berge thronen über der Familie wie eine unerfüllte Sehnsucht, und mit jedem Tag und jeder Nacht im Flachland sind die Berge weiter weg und umso begehrtlicher. So sehr, dass er im Winter im Sumpf des Gartens mit Steigeisen umherläuft und sich vormacht, das alles sei ein Berg.

Er findet Zuflucht im Sport, Tennis vor allem, das Mountainbike für die Hügel um Brugg, er wird Tennislehrer, später Skilehrer, keine richtigen Berufe, findet der Vater. Er unterrichtet auch Ökonomen, fängt an, Wirtschaft zu studieren, mit dreissig schliesst er ab, die Welt ist im Jahre 1995. Das erste Kind kommt, das zweite, er hat zwei Ski an den Füssen, der erste ein richtiger, der zweite die Ökonomie. Es ist fahrbar, optimal ist es nicht.



Unternehmer Germanier.

Headhunter meinen, er sei unvermittelbar, und das mag daran gelegen haben, dass er seine Piste selbst immer nur suchte, aber noch nicht fand. Er plant eine Studie: Gibt es Globalisierung, die nennbar in Zahlen ist? Er schwingt sich in die Credit Suisse, Ressort Global Research, Teilzeit erstmals, also noch nicht ganz festlegen, aber ganz langsam wird

Sie tragen den Ski in die Welt, die nur mit Ski befahrbar ist.

er Banker. Entwickelt Makromodelle, noch ein Kind kommt, er handelt mit Devisen, hält die strategischen Positionen in der Hand. Er wechselt zur UBS, weil, wenn schon Bank, dann auch richtig Geld. Er lebt jetzt in New York, er dealt Geld in einem Team, das ist wie eine Seilschaft am Berg, aufeinander angewiesen, freundschaftlich verbunden, die Jahre ziehen ins Land, das vierte Kind kommt und dann ein Tag, an dem er im Central Park joggen geht und zu sich hinläuft. Vierzig ist er mittlerweile, und während er läuft, hat er das Gefühl von «End of the Road». Er hat ein bisschen Geld auf der Seite, nicht wirklich viel, aber genug, um sich ein wenig Zeit zu kaufen.

Olymp des Kunsthandwerks

Als er zurückkommt in die Schweiz, gibt es Zai-Ski bereits. Ein paar Tüftler und ein Designer haben sie erfunden, die die besten Ski der Welt bauen wollen, alles ein wenig chaotisch, wie das so ist, wenn es in einer Gruppe nur Kreative gibt. Germanier stösst hinzu, wird Geschäftsführer und der Realist der Gruppe. Sie tüfteln, mit Stein, mit Carbon, das bei Knochenimplantaten verwendet wird, mit Filz. Da ist kein Verbundstoff fast, der nicht in Frage käme. Gold? Auch denkbar. Sie arbeiten zusammen mit der ETH, entwerfen Prototypen, einen nach dem andern, und irgendwann ist er da, der Ski aus Stein, der Berg unter den Fusssohlen.

Sie tragen den Ski in die Welt, die nur mit Ski befahrbar ist, Weltmeisterschaften und andere Grossereignisse. Der Ski fällt auf, weil er ein Ski ist, der nicht so aussieht wie andere, der altes Handwerk ist und neue Technologie, mit Belägen, wie sie sie bei Rennen fahren, und Materialien, die sie bei der Formel 1 benutzen. Der Ski ist, wie Germanier das nennt, «understatement luxury». Das kommt an. Der Ski ist angekommen im Olymp des handwerklichen Kunstwerkes.

Es kamen fette Jahre, die trotzdem ein wenig mager blieben. Der Luxusautohersteller Bentley stieg ein, die Ski bekamen sein Logo, und man nannte ihn fortan den Bentley des Skis. Die Stückzahl blieb trotzdem klein, ein paar hundert Ski verkauften sich im Jahr, der teuerste kostete knapp 10 000 Franken. Es hätten

mehr sein können, und doch nicht. Weil Zai eine kleine Manufaktur von Individualisten war, oben und ein bisschen der Welt entstieg in Disentis in einer Werkstatt, in der es viel mehr um die Perfektion des Skis als um jene des Geschäftsergebnisses ging. Das grosse Geld wäre der grosse Verlust der Freiheit gewesen, ein Verrat an der Leidenschaft vielleicht. Sponsoren wollten mehr, Zai nicht. Zai bastelte weiter, entwickelte einen Golfschläger, Skikleidung, Skibrillen, alles sympathische Nebenschauplätze, die nicht wirklich oder noch nicht Fahrt aufgenommen haben. Irgendwann konnte sich Zai den teuersten Ski der Welt selbst nicht mehr leisten. Bevor alles in die Brüche ging, löste sie sich auf. Ende März letzten Jahres war das. Man trennte sich gerade noch anständig. Der Gründer von Zai blieb in Disentis, Germanier ging fürs Erste ins Flachland; Spreitenbach. Zai Lab heisst das dort.

Oberkante oder nicht?

Sie sind inzwischen zu dritt, zwei junge Skibauer, und Germanier hat die Rolle, die er schon immer hatte; die Skibauer sind junge Freaks, Germanier ist ein träumender Realist. Wahrscheinlich kommt daher dieser kleine Kompromiss eines relativ günstigen Einsteiger-Skis, «Disruptor» heisst er, kostet im Grunde nur knapp 2000 Franken und wird mit einem italienischen Partner, dem Rennskibauer Blossom, produziert. Germanier und seine Freaks haben eine Linie von drei puren Zai-Ski entwickelt, ohne deren Kern und Charakter und Seele zu verändern, sondern nur zu verfeinern. Die Stimmung ist wie Skifahren bei gutem Wetter und griffigem Schnee, die Schwünge werden selbstverständlicher. Es geht um das Feintuning. Ob der «Stone», das teuerste Model, eine Oberkante haben soll oder nicht. Germanier will eine, damit der Steinbelag des Skis geschützt wird. Aber die Oberkante macht den Ski steifer, und ohne fährt er sich, als ob man kaum einen Ski an den Füssen hätte.

600 Ski müssen sie verkaufen, um den Schwung von Zai nicht zu verlieren. Klingt nach wenig, ist es aber nicht. Da gibt es Händler, da gibt es Margen, da gibt es viele Skifahrer, die sagen, ein anderer Ski, der nur einen Zehntel oder Fünftel kostet, fahre auch nicht schlecht. Das stimmt, aber darum geht es nicht.

Es geht darum, dass es Ski gibt, die so etwas wie eine Seele haben, weil sie so gemacht worden sind und weil sie eine Ideologie haben, die nichts für Massen sind. Zehn Ski pro Woche produziert Zai ab März im Bergell in einer kleinen Schreinerwerkstatt. Alles ehrliche Handarbeit, und im Ski drin steckt eine ganze Wissenschaft. Man fühlt das beim Fahren. Es ist, als ob in den eigenen Schwüngen mehr Leben steckt.

Mörgeli

Die Seherin von Davos

Von Christoph Mörgeli

Klaus Schwab ist ein begabter Zeremonienmeister des Zeitgeistes. Dieses Jahr bot er einem sechzehnjährigen Schwedenmädel mit blonden Zöpfen ein Weltwirtschaftsforum. Ein weltweites Publikum lauschte mit den Teilnehmern und Journalisten den Drohungen der Schülerin Greta Thunberg: «Unser Haus steht in Flammen», so ihre hitzige Botschaft aus dem kühlen Norden. «Wir müssen den Ausstoss von Treibhausgasen stoppen.» Das nächste WEF müsse sich «ausschliesslich mit Klima- und Umweltfragen befassen». Denn die Klimakrise sei die «komplexeste Herausforderung, der die Menschheit je gegenüberstand».

Charismatische Kindfrauen sind in der Weltgeschichte immer wieder aufgetreten. Sie haben die Massen in Verzückung, Ekstase und Wahnvorstellungen versetzt. Die grossgewachsene Jungfrau Veleda vom Stamm der Brukerer weissagte den Germanen zur Zeit des Römerkaisers Vespasian den Sieg. Die sehende Jungfrau Ganna vom Stamm der Semnonen wurde in Rom von Kaiser Domitian so «ehrentvoll behandelt» wie in Davos Greta von Kaiser Klaus. Die jugendliche Prophetin Libussa riet zur Gründung der Prager Burg, wurde erste böhmische Herrscherin und befreite ihr Volk von einer schlimmen Seuche.

Jeanne d'Arc, als Jungfrau und Heilige verehrt, hatte schon als Dreizehnjährige Visionen. Sie verhalf den von ihrer Ausstrahlung entzückten Franzosen zu einem Sieg über die Engländer und Burgunder, endete aber wegen «ihres Aberglaubens, ihrer Irrlehren und anderer Verbrechen» 1431 in Rouen auf dem Scheiterhaufen. Die Bauerntochter Margaretha Peter aus Wildensbuch im Zürcher Weinland liess sich 1823 von ihren fanatisierten Anhängern ans Kreuz nageln und brachte diese dann obendrein dazu, sie und ihre Schwester umzubringen.

Barbara Weigand, jungfräuliche Prophetin aus dem Bistum Würzburg, verkündete in neuerer Zeit ihren Jüngern viele Kriege und Revolutionen, aus denen die katholische Kirche dennoch siegreich hervorgehe. Die Seherin Debora Marasco aus Manduria in Süditalien wurde 1992 im neunzehnten Altersjahr bekehrt und hat jeden Zweiten des Monats eine Erscheinung der Gottesmutter. Sie befürchtet eine Rebellion, «die sich im Innern der Kirche ausbreitet».

Die junge Klimaaktivistin Greta Thunberg ist also nicht die erste warnende Prophetin der Weltgeschichte. Aber noch keiner lagen so viele Millionen Blindgläubige zu Füssen.

Der Autor ist Historiker und ehemaliger SVP-Nationalrat.



Die Schweiz bringt in Sachen Klimaschutz nicht einmal ein Pipifax-Reförmchen auf die Reihe.

Bodenmann

2022 Ausstieg aus der Atomenergie, 2034 aus dem Kohlestrom

Von Peter Bodenmann — Deutschland macht in Sachen Klimaschutz parteiübergreifend Nägel mit Köpfen.

Deutschland produzierte 2018 35 Prozent seines Stromes mit neuen erneuerbaren Energien. Praktisch im Alleingang hat es Sonnen- und Windenergie konkurrenzfähig gemacht. Auch deshalb nimmt Deutschland in drei Jahren alle Atomkraftwerke vom Netz.

Anstatt sich an Deutschland zu orientieren, krochen die Grünen und die SP mitsamt den Umweltorganisationen Doris Leuthard auf den Leim. Die Energiestrategie 2050 ist – wie sich immer mehr herausstellt – ein Hintertreppenzwisch.

Immer noch behaupten Schweizer Atombefürworter: Die Deutschen würden doch nur saubere Atomenergie durch dreckigen Kohlestrom ersetzen. Und jetzt das: Deutschland steigt in grossen Sauseschritten auch aus der Kohleverstromung aus.

Und alle machen mit: die Industrie, die Stromproduzenten, die Parteien, die betroffenen Bundesländer, die Gewerkschaften und die Umweltorganisationen. Dies für ein Taschengeld von maximal 80 Milliarden Franken.

Säule 1: Die Strompreise steigen nicht. Die Strompreise in Deutschland sind – ausgenommen für energieintensive Betriebe – hoch. Die Strompreise werden trotz Kohlestromausstieg nicht mehr weiter steigen. Weil inzwischen Strom aus neuen Windkraftwerken und Solaranlagen unschlagbar günstig ist. Wäre auch in der Schweiz so.

Säule 2: Der Staat finanziert den Strukturwandel. Von der Kohleverstromung hängen

heute 60 000 Arbeitsplätze ab, einer von 700 Arbeitsplätzen in Deutschland. Hart betroffen sind einige wenige Regionen wie die Oberlausitz. Schmierer und Salben hilft allenthalben. Mama Angela Merkel und Papa Peter Altmaier stellen gesamthaft 40 Milliarden Franken für den Umbau der betroffenen strukturschwachen Regionen zur Verfügung. Ist das viel oder ist das wenig? Die Schweizerinnen und Schweizer geben pro Kopf und Jahr für unsere Bauern zwanzigmal mehr aus.

Säule 3: Zucker für die RWE und Co. Wenn notwendig, erhalten die Produzenten von Strom auch noch einen kleinen Zustupf. Wird absehbar nicht notwendig sein, weil sich diese über Ausschreibungen den Zubau an Wind- und Solarenergie unter die Fingernägel reissen.

Säule 4: Hambacher Forst und 2032. Die Kommission wünscht sich die Rettung des Hambacher Forsts. Damit ist er gerettet. Falls alles optimal rollt, erfolgt der totale Ausstieg absehbar schon 2033 und nicht erst 2038.

In Grossbritannien waren bisher drei neue Atomkraftwerke im Bau. Zwei Baustellen wurden eingestellt. Die japanischen Eigentümer ziehen ein Ende mit Schrecken einem Schrecken ohne Ende vor. Weiter gebaut wird nur am Atomkraftwerk Hinkley Point C. Weil der Staat dieses während 35 Jahren mit mehr Milliarden subventioniert als Deutschland den kombinierten Ausstieg aus Atom- und Kohlestrom.

Der Autor ist Hotelier in Brig und ehemaliger Präsident der SP Schweiz.

Gut gebucht

Von Kurt W. Zimmermann — Unsere Politiker sind grossartig. Unsere Journalisten machen darum Bücher über die Grossartigen.

Bisher war Alain Berset noch nicht gebucht. Nun ist er es doppelt. Über den reichlich selbstverliebten Bundesrat sind gleich zwei Bücher erschienen.

Der Fotograf Peter Klaunzer hat Berset ständig begleitet. Er zeigt ihn in seinen schönsten Posen, etwa in Bangladesch, beim Dinner und auf dem Rütli. Der Fotoband («Alain Berset, Bundespräsident») kostet 30 Franken. Auf dem Titelbild schaut Berset aus dem Flugzeug. Er will uns damit wohl sagen, der Klimawandel sei halb so schlimm.

Auch der Fotograf Nicolas Brodard hat Berset ständig begleitet. Er zeigt uns die Welt durch seine Augen, etwa bei der Vertragsunterschrift, beim Volksfest und im Bundeshaus. Der Fotoband («Conseiller fédéral») kostet 49 Franken. Das Titelbild zu Berset ist schwarz. Er will uns damit wohl sagen, das schwarze Loch in der AHV-Kasse sei halb so schlimm.

Bücher über Bundesräte. Es gibt nicht sehr viele davon. Die besten Chancen auf Gedrucktes haben, logisch, Selbstdarsteller und Populisten.

Über die wendig-trendige Bundesrätin Doris Leuthard etwa kamen, kaum war sie abgetreten, schon zwei Bücher ins Angebot. Eines, vom Journalisten Thomas Renggli, heisst «Doris Leuthard – Die Jahrhundert-Bundesrätin». Na ja, zum Glück ist das Jahrhundert noch jung.

Spitzenreiter Ogi, Kopp, Minger

Leuthard, mit zwei Werken zur Person, liegt im vorderen Mittelfeld. Über die meisten Bundesräte erscheint, wenn überhaupt, nur eine einzige Biografie. Das widerspiegelt unser politisches System, dem Personenkult fremd ist. In Deutschland ist das anders. Zu Figuren wie Willy Brandt und Konrad Adenauer sind dort weit über hundert Biografien auf dem Markt.

Bei uns gab es selbst über prägende Bundesräte wie Kurt Furgler, Ernst Nobs oder Ruth Dreifuss nur ein einziges Buch. Über andere kontroverse Exekutivpolitiker wie Moritz Leuenberger, Paul Chaudet oder Rudolf Gnägi erschien sogar gar nichts.

Erstellen wir also die Rangliste der Buchintensivsten Bundesräte.

Immerhin drei Bücher gibt es über den beliebten SP-Bundesrat Willi Ritschard, darunter eines von Frank A. Meyer. Ebenso drei Biografien schaffte sein volksnaher Genosse Otto Stich, darunter eine von NZZ-Reporter Martin Beglinger. Von Bundesräten der Früh-



Bundesrat in seinen schönsten Posen: Berset.

zeit gibt es drei Bücher nur zu Ulrich Ochsenbein, dem Staatsmann von 1848.

Eine Stufe höher liegen dann die Ausnahmefiguren der öffentlichen Anteilnahme. Über Dölf Ogi und Elisabeth Kopp erschienen jeweils sechs Bücher und Biografien, über ihn etwa von *Schweizer Illustrierte*-Chef Peter Rothenbühler, über sie von *Blick*-Chef René Lüchinger. Ebenfalls auf sechs Buchautoren kommt der volkstümliche Bundesrat Ruedi Minger, über den es in den dreissiger Jahren so viele Witze gab wie über Ogi in den Neunzigern.

Der typische Minger-Witz ging so: Bundesrat Minger kauft ein Velo. Der Sattel ist zu hoch. Minger überlegt lange. Dann lässt er die Luft aus den Reifen.

Der typische Ogi-Witz ging so: Bundesrat Ogi brütet über einem Kreuzworträtsel, «Bundesrat mit drei Buchstaben». Ogi überlegt lange. Dann schreibt er: «Ich».

Damit kommen wir zum Rekordhalter. Christoph Blocher ist das Regierungsmitglied, zu dem weitaus am meisten Bücher erschienen sind. Bis heute sind es dreizehn. Autoren sind unter anderem Chefredaktoren wie Markus Somm, Fredy Gsteiger und Matthias Ackeret.

Enden wir also mit einem Blocher-Witz. Ein Mann sagt zu ihm: «Ich kenne Sie. Sie sind der Bloch.» «Blocher», präzisiert Blocher. Darauf der Mann: «Jetzt wissen Sie, wie schnell ich den Fernseher ausschalte, sobald ich Sie sehe.»

Der Zaun

Von Henryk M. Broder — Signal der Abschottung aus Dänemark.

Grosse Ereignisse kündigen sich oft im Voraus an, diesmal aber kam die Nachricht überraschend. «Dänemark hat damit begonnen, einen Zaun an der Grenze zu bauen», gab die Sprecherin in der 20-Uhr-Ausgabe der «Tagesschau» bekannt, «er soll eine Barriere für Wildschweine sein und verhindern, dass die Afrikanische Schweinepest eingeschleppt wird.» Der Zaun entstehe «an der gesamten siebzig Kilometer langen Grenze, er ist 1,5 Meter hoch und auch aus politischen Gründen umstritten».



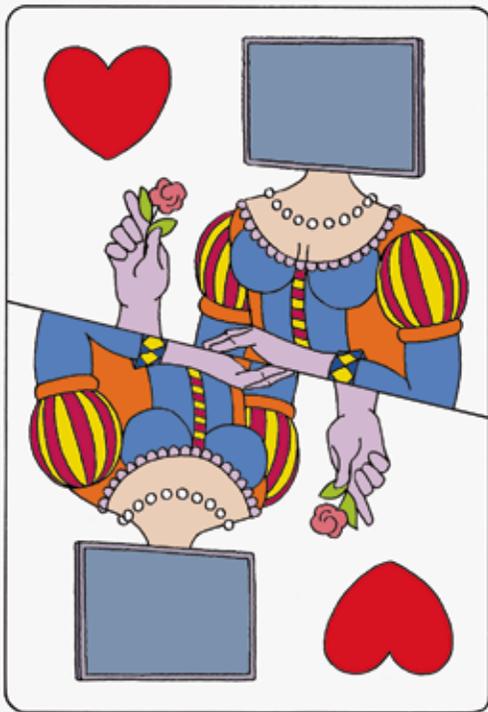
In dem folgenden Beitrag wurde dann gezeigt, wie dänische Arbeiter den Zaun im Erdreich verankern. Dazu hiess es, jedes Jahr würden 28 Millionen Schweine in Dänemark gemästet, die Schweinezucht sei ein wichtiger ökonomischer Faktor für das kleine Land mit seinen sechs Millionen Einwohnern. Und es wurde angemerkt, in Deutschland sei bis jetzt die afrikanische Schweinepest weder bei Wild- noch bei Hausschweinen aufgetreten, «erkrankte Tiere» habe es «nur in Osteuropa gegeben». Nicht näher genannte «Experten» bezweifelten, «dass ein Zaun an der Grenze den Erreger aufhalten» könnte. Ein Bürgermeister aus der Grenzregion klagte, der Zaun mache «eine Grenze wieder sichtbar», das sei «ein Signal der Abschottung zum Nachbarn».

Bei zwanzig offenen Grenzübergängen entlang der Grenze von der Ostsee bis zur Nordsee kann von «Abschottung» keine Rede sein, allerdings hat der Bürgermeister recht, wenn er von einem «Signal der Abschottung» spricht. Wobei es nicht um Haus- oder Wildschweine geht.

Dänemark hat seine Zuwanderungspolitik komplett geändert. Es werden kaum noch «Schutzsuchende» aufgenommen. Der zukünftige Zaun entlang der einzigen Landgrenze, die Dänemark mit einem Nachbarn hat, ist leicht zu überwinden. Aber er hat eine klare Botschaft. *You are not welcome!* Ganz anders dagegen Deutschland. Im Jahre 2018 stellten täglich 460 Menschen erstmalig einen Asylantrag in der Bundesrepublik. Das sind fast 14 000 monatlich und mehr als 160 000 übers Jahr, die Einwohnerzahl einer Stadt wie Heidelberg oder Leverkusen. Weil es aber in den drei Jahren zuvor viel mehr waren, freut sich Innenminister Seehofer über «die schönen Zahlen». So kann man es natürlich auch sehen, wenn man kurzfristig ist wie eine Fledermaus.

Darf man das?

Leser fragen, die *Weltwoche* antwortet



Darf man sich als Mitspieler zum «Samschtig-Jass» im Schweizer Fernsehen anmelden, obwohl man seinerzeit bei der «No Billag»-Initiative mit Ja gestimmt hat?

Patrick Barisi, Spiegel bei Bern

Natürlich dürfen Sie das. Sie müssen sogar. Denn nur so haben Sie eine Chance, für die Gebühren, die Sie der SRG netterweise regelmässig zukommen lassen, einen maximalen Gegenwert zu erhalten. Ich würde Ihnen sogar empfehlen, sich bei sämtlichen verfügbaren Quiz-Sendungen anzumelden, und wünsche Ihnen von Herzen viele «Happy Days».

Reto Scherrer, Moderator «Samschtig-Jass», Schweizer Fernsehen (SRF)

Ihre Fragen zum modernen Leben mailen Sie uns bitte an darfmandas@weltwoche.ch. Oder schreiben Sie an Redaktion *Weltwoche*, Förrlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich. Jede veröffentlichte Zuschrift wird mit einem *Weltwoche*-Abonnement honoriert. Nicht veröffentlichte Fragen können nicht beantwortet werden.

Leserbriefe

«Nicht ohne Grund hat die Energiewende deutscher Prägung weltweit keine Nachahmer gefunden.» *Helmut Pöltelt*

Geistig missbraucht

Nr. 4 – «Wir basteln uns eine Klima-Ikone»
Katerina Janouch über Greta Thunberg

Ich wusste sofort, dass diese sechzehnjährige Greta Thunberg instrumentalisiert wird, denn es ist einfach unmöglich, dass sich eine Asperger-Autistin eigenständig so weit in der Szene der Klimaschützer hochkatapultiert haben könnte. Wieso ich das weiss? Nicht nur, weil ich mit Fällen von Asperger in meiner nächsten Familie oder in meinem engsten Umkreis zu tun habe, sondern auch, weil ich seit vierzehn Jahren beruflich mit solchen Jugendlichen arbeite. Man kann dazu nichts anderes sagen als: Dieser Teenager wird geistig missbraucht! *Hanna Willmann, Basel*

Am gedeckten Tisch

Nr. 3 – «Die Schweiz legt drauf»;
Beat Gygi über die Folgen der Zuwanderung

Ein Negativpunkt wurde nur am Rande vermerkt: Für die Zuwanderer müssen jährlich Zehntausende neue Wohnungen gebaut werden. Das kostet einige Milliarden Franken. Würde man nur einen Teil davon in die Industrie investieren – zur Förderung von Innovationen, zur Steigerung der Produktivität oder zum Erschliessen von neuen Absatzmärkten ausserhalb der EU –, wäre unsere Wirtschaft noch profitabler als jetzt. Moderne Manager aber setzen auf grosse Sofortgewinne. Dafür verkaufen sie Stück für Stück des Unternehmens – bevor sie verschwinden. Dem Schweizervolk überlassen sie dann die Arbeitslosen und die in der Statistik nicht ausgewiesenen Ausgesteuerten. Diese Leute sind es gewohnt, sich an den gedeckten Tisch zu setzen und laut zu reklamieren, wenn die Bedienung nicht perfekt ist. *Max Salm, Umiken*

Unnachahmliche Eleganz

Nr. 3 – «Darf man das?»;
Leser fragen, die Weltwoche antwortet

Laut Wäis Kiani soll es Menschen geben, die graue Haare bei Frauen natürlich finden. Dafür hat sie kein Verständnis. Ziemlich sicher gibt es auch Menschen, die nur noch ihr (in Würde ergrautes) Haupt schütteln, wenn Ihre «Expertin» graue Haare mit Achselhaaren und Oberlippenbart bei Frauen gleichsetzt. Es gibt nichts Unnatürlicheres als Frauen, bei denen die Diskrepanz zwischen Alter und Haarfarbe offensichtlich ist. Wie grossartig graue oder gar weisse Haare einer Frau stehen können, zeigt die Schauspielerin Heidi Maria



Instrumentalisiert: Klimaaktivistin Thunberg.

Glössner mit unnachahmlicher Eleganz. Ich persönlich überlasse das Haarfärben jenen, die Probleme mit dem Altern haben – Silvio Berlusconi zum Beispiel.

Charlotte Huber-Schwarz, Pfäffikon

Vernünftige Palästinenser?

Nr. 3 – «Schulbuch-Terror»;
Christoph Mörgeli über Projekte in Palästina

Christoph Mörgeli ist für eine Zweistaatenlösung und die Finanzierung friedfertiger Organisationen, ausgewählt von der Uno und dem Aussendepartement (EDA). Warum funktioniert das nicht? Die Mehrheit der Uno-Mitglieder verhält sich seit Jahren radikal antiisraelisch, und einige EDA-Beamte müssten ihre Haltung ändern. Vor allem übersieht Mörgeli, dass die gültigen Satzungen der PLO/Fatah und der Hamas die Vernichtung Israels zum Ziel haben. Denn nach islamischer Lehre muss ein früher islamisch regiertes Territorium (Dar al-Islam) wieder unter islamische Herrschaft, was das Ende Israels bedeutete. Daran ändert weder eine Zweistaatenlösung noch eine Zahl pazifistisch orientierter Palästinenser etwas, die letztlich ihren Führern zu folgen haben. So betrachtet Abbas' Berater A. Zaki einen Palästinenserstaat als ersten Schritt zur Erreichung des Ziels (die Eliminierung Israels) – deshalb der hundertjährige Kampf der Araber gegen die dortigen Juden, ihr Nein zum Uno-Teilungsplan von 1947, die Angriffskriege, die

Hetze und der Terror gegen Israel und seine Bürger. Abgelehnt wurden auch Israels Friedensofferten von 2000 und 2008.

Hanspeter Büchi, Stäfa

Deutsche Fehler

Nr. 3 – «Kernkraft gegen Sonne»;
von Emanuel Höhener und Silvio Borner

Um die Jahresproduktion der vier stillzulegenden Kernkraftwerke von rund 20 000 Gigawattstunden durch Solarenergie zu kompensieren, müssten schweizweit rund zweieinhalb Millionen Solaranlagen mit einer Kollektorfläche von durchschnittlich 80 Quadratmetern erstellt werden. Bauzeit: mindestens 25 Jahre, selbst wenn pro Arbeitstag bis zu 400 Anlagen in Betrieb genommen würden – ein exorbitantes Unterfangen. *Heinz Spahni, Ennetbürgen*

Nicht ohne Grund hat die Energiewende deutscher Prägung weltweit keine Nachahmer gefunden. Nicht «Kernkraft gegen Sonne», sondern «Kernkraft plus Sonne» wäre der richtige Ansatz. Im Jahr 2018 hat Deutschland seine Windkraft- und Solar-Stromerzeugung mit 28 Milliarden Euro subventioniert. Davon könnte man locker zwei neue Kernkraftwerke bauen, anstatt die einzigartige Alpenlandschaft mit Solarpanels zu verspiegeln. Auch ein Blick über den Alpenrand hinaus nach China und zum Rest der Welt könnte energiepolitisch weiterhelfen. Es gibt keine Pflicht, deutsche Fehler zu wiederholen.

Helmut Pöltelt, Ahrensfelde (Deutschland)

Der Neid nimmt zu

Nr. 2 – «Nivellierung nach unten»;
Katharina Fontana über das Bildungssystem

Das Gleichmachen ist ein schwergewichtiger Begriff aus der «Ideologen-Kiste» der Linken. Was bringt dieses Gleichmachen bei den Schülern? Ist die Welt eine bessere, wenn sich alle Schüler mit allen vergleichen? Nein, denn mit dem Sich-Vergleichen wächst doch der Eindruck erst recht, dass sich die andern in einer besseren Lage befinden – der Neid nimmt zu. Und wo ist der schulische Ansporn, wenn alles Individuelle (Talent, Motivation) schon im Kind abgewürgt wird, um Konflikte – vor allem bei den Eltern dieser Kinder – zu vermeiden? Eine solche Lösung nivelliert tatsächlich nach unten. *Karl Meier-Zoller, Effretikon*

Leserbriefe

Wir freuen uns über Ihre Zuschriften. Je kürzer Ihr Brief, desto grösser die Chance, dass er veröffentlicht wird. Darüber hinaus muss er sich klar auf einen in der *Weltwoche* erschienenen Artikel beziehen. Die Redaktion behält sich vor, Kürzungen vorzunehmen. Leserbriefe ohne Angabe von Name und Wohnort werden nicht publiziert.

Postadresse: Redaktion *Weltwoche*,
Förrlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich.

E-Mail: leserbriefe@weltwoche.ch.



Fragen Sie Dr. M. Der Experte für alle Lebenslagen

Mein Sohn erzählt, die Lehrer am Gymnasium hätten die Schüler dazu ermuntern, gegen den Klimawandel zu demonstrieren. Sollen wir bei der Schulleitung intervenieren? Oder ist das Verhalten der Lehrer in Ordnung? Schliesslich ist es ja positiv, wenn sich die Schüler politisch engagieren. *Martina F., Zürich*

Der Lehrer ruft die Schüler dazu auf, gegen den Klimawandel zu demonstrieren. Was ist dazu zu sagen? Es setzt einmal voraus, dass es wirklich einen Klimawandel gibt. Ursachen und Folgen eines angeblichen Klimawandels sind bekanntlich hochumstritten. Aber auch wenn es ihn gibt, ist es ja völlig unnützlich, gegen etwas zu demonstrieren, was es gibt. Niemandem würde es einfallen, gegen das dauernde Regenwetter, gegen zu viel Sonnenschein oder gegen zu viel Schnee zu demonstrieren. Das sind Naturereignisse.

Aber wie ist es mit dem Klimawandel? Hier meint der Lehrer wohl, man solle

demonstrieren, dass irgendwelche Massnahmen ergriffen werden, damit man etwas gegen den angeblichen Klimawandel unternimmt. Gemeint sind zum Beispiel Verbote oder Beschränkungen von vielem, von dem man annimmt, es könne den Klimawandel herbeiführen – so etwa bei Autofahrten oder Ölheizungen. Wer für solche Massnahmen demonstrieren will, soll dies tun.

Problematisch ist es aber, wenn sich die Schule in Fragen einmischt, die politischer Natur sind. Es ist nicht ihre Aufgabe, zu politischen Anliegen Stellung zu nehmen oder für diese zu demonstrieren, auch wenn es – wie Sie glauben – grundsätzlich etwas Positives ist, wenn sich Schüler politisch engagieren.

Die Schule ist zum Lernen da und nicht dazu, sich für irgendwelche gutgemeinten Zwecke zu engagieren. Noch problematischer ist es, wenn dies erst noch während der Schulzeit stattfindet. Denn dann wird die eigentliche Aufgabe der Schule verhindert: nämlich das Lernen. Warum demonstrieren Lehrer und Schüler eigentlich nicht am schulfreien Samstag?

Mailen Sie uns Ihre Fragen zu allen Lebenslagen an drm@weltwoche.ch.

Oder schreiben Sie an Redaktion *Weltwoche*,
Förrlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich.

Die Fragen werden anonym publiziert. Nicht veröffentlichte Fragen können nicht beantwortet werden.

Ruf Lenz

Don Giovannis Life

Für Frauen, die ihr Glück nicht von einem Mann abhängig machen wollen: Individuelle Vorsorge- und Finanzberatung für ein selbstbestimmtes Leben.

SwissLife 



S. S., 27, Studentin, Mutter und Kinderbetreuerin.



L. W., 30, diplomierter Pflegefachmann.



M. N., 28, Kinder- und Jugendarbeiter.

Ricklis Rapper

Mit gewaltpornografischen Texten gegen die SVP-Politikerin Natalie Rickli machten Berner Rapper Schagzeilen. Die Primitiv-Musiker fanden erstaunlich milde Richter. Jetzt ist ihre Identität bekannt. Die beschuldigten Künstler sind überwiegend in Pflege- und Jugendberufen tätig. *Von Philipp Gut*

Empfindliche Gemüter sollten die nachfolgend zitierten Sätze überlesen. Doch diese Textpassagen beschäftigen mittlerweile die Schweizer Strafrechtssysteme aller Ebenen: das Regionalgericht Bern-Mittelland, das Berner Obergericht sowie das Bundesgericht. Fünf Rapper – die Mehrzahl von ihnen Mitglieder der Formation «Chaostruppe» – beschimpften in einem Video die Winterthurer SVP-Nationalrätin und Regierungsratskandidatin Natalie Rickli. Eine männliche Stimme begann so: «Mis Motto: Natalie Rikkli isch guet für nes Fickli. Du hätsch gärn e reini Schwiiz, i hät gärn e Putzfrau, mir si nid mal so verschide, Bitch.» Anderes ist kaum zitierbar, es geht um gewaltpornografische Fantasien, primitivste Beleidigungen und üble sexuelle Anspielungen, welche die Schmuttel-Rapper zum Besten geben.

«Bern bleibt nazifrei»

Etwas später rappt eine Frauenstimme weiter: «Lueg mal dort isch d Natalie. Lueg mal wie sie rassig isch. Si stiigt us de Tracht für di und blübt no chli wach für di. Nur no es paar Blowjob vom Bundeshuus entfärrt, het si nid vergässe wer d Familie ernährt.» Die Rapper behaupten, Natalie Rickli verdanke ihre politische Karriere sexuellen Gefälligkeiten gegenüber namentlich genannten Exponenten der Zürcher SVP.

Die Nationalrätin reagierte, als sie auf das im Internet kursierende Video aufmerksam gemacht wurde, schockiert. Die Textstellen gingen weit über das hinaus, was sich in der Öffentlichkeit stehende Persönlichkeiten an Anrempelungen gefallen lassen müssten. Doch Rickli will sich weder zum laufenden Verfahren noch zu den Personalien der Rapper äussern. Das Berner Obergericht hat das Urteil vom 18. Dezember 2018 inzwischen aber öffentlich einsehbar aufgeschaltet, wenn auch in anonymisierter Form. Wir zitieren hier erstmals aus dem erstaunlich milden Verdikt – und haben recherchiert, wer die Beschuldigten sind und was sie in ihrem Leben sonst noch so tun. Aus juristischen Gründen verwenden wir Initialen.

Rickli erstattete im März 2016 Strafanzeige, wobei sie sich durch ihren FDP-Kollegen Thierry Burkart anwaltschaftlich vertreten liess. Die zuständige Staatsanwaltschaft gab ihr recht und erliess einen Strafbefehl an fünf Mitglieder der Chaostruppe wegen Verleumdung, Beschimpfung und sexueller Belästigung. Die Rapper – nach eigenem Bekunden «Sozialisten» mit der Parole «Bern bleibt nazifrei» – traten häufig im staatlich finanzierten linksalternativen Kulturzentrum Reitschule in Bern auf. Sie akzeptierten den Strafbefehl nicht und erhoben Einsprache dagegen. In

einer sechsstündigen Verhandlung sprach Gerichtspräsidentin Christine Schaer (EVP) vom Regionalgericht Bern-Mittelland die Musiker vom Vorwurf der Verleumdung und sexuellen Belästigung frei. Der Anhang der Chaostruppe im Zuschauerraum reagierte auf dieses Urteil mit unverhohlener Begeisterung.

Lediglich wegen Beschimpfung erging ein bedingtes Urteil zur Ausrichtung einer Geldstrafe. Da den Beschuldigten gleichzeitig auch stattliche Entschädigungen zugesprochen wurden, taten ihnen die Verfahrenskosten und die Entschädigung an Privatklägerin Rickli nicht mehr speziell weh.

Sexuelle Gefälligkeiten: «nicht abwegig»

Die Generalstaatsanwaltschaft wollte das, ihrer Ansicht nach, zu milde Urteil gegen die fünf Rapper allerdings nicht auf sich beruhen lassen und zog es ans Berner Obergericht weiter. Dieses verschärfte im letzten Dezember das Urteil insofern, als es neben der Beschimpfung auch auf üble Nachrede erkannte. Die Beschuldigten hätten nämlich in Kauf genommen, dass die von ihnen geäusserten «ehrenrührigen Tatsachenbehauptungen ernst genommen werden können». Vom Vorwurf der sexuellen Belästigung sprach es die Täter allerdings erneut frei. Die Begründung: «Ihr [Natalie Rickli] stand es – im Gegensatz



A. B., 30, gelernter Maler.

zu direkten Äusserungen gegenüber einem anwesenden Opfer – offen, den Text anzuhören beziehungsweise zu lesen oder dies zu unterlassen.»

Auch sonst erstaunt die Argumentation der zweiten Strafkammer unter Oberrichter Samuel Schmid (SVP). Über den Vorwurf, Natalie Rickli habe ihre Karriere sexuellen Diensten zu verdanken, urteilt sie: «Eine politische Karriere hängt massgeblich von der Unterstützung der Partei und wichtigen Parteimitgliedern ab. Diese haben beispielsweise einen Einfluss darauf, ob die betreffende Person zur Wahl aufgestellt wird und auf welchem Listenplatz sie antreten darf.» Die Behauptung, die Strafklägerin habe ihren politischen Erfolg

Die Generalstaatsanwaltschaft des Kantons Bern legt das Urteil jetzt dem Bundesgericht vor.

sexuellen Gefälligkeiten zu verdanken, «kann daher nicht als abwegig bezeichnet werden. Dies hat umso mehr zu gelten, als die Strafklägerin wie die Politiker Blocher und Mörgeli der Zürcher SVP angehört und damit offensichtlich eine Nähe und Zusammenarbeit besteht». Die Unwahrheit der Behauptung sexueller Karrierehilfen könne «nicht objektiv nachgewiesen bzw. der Nachweis kann naturgemäss nicht erbracht werden».

Staatsrechtsprofessor und SP-Ständerat Daniel Jositsch äusserte sich im *Blick* kritisch über die Rechtsauslegung des Berner Obergerichts. Eine physische Anwesenheit der sexuell belästigten Person sehe das Strafgesetzbuch so nicht vor. Es wäre ohne Probleme möglich, «den geltenden Tatbestand auch im



D. M., 31, Mobilfunktechniker und Familienvater.

Zusammenhang sozialer Medien auszufragen». Ähnlich sieht es offenbar auch die Generalstaatsanwaltschaft des Kantons Bern: Sie legt das Urteil des Obergerichts jetzt dem Bundesgericht vor. Bis zum endgültigen Urteil gilt für die Beschuldigten die Unschuldsvermutung.

Nicht bekannt war bisher neben dem genauen Wortlaut des Obergerichtsurteils, wer die zweitinstanzlich verurteilten Personen sind. Beim ersten Beschuldigten handelt es sich um den heute 28-jährigen Nidauer M. N., Absolvent der Ausbildung «Soziokulturelle Animation» an der Fachhochschule Luzern. 2017 kandidierte der grüne Politiker erfolglos fürs Gemeindeparlament von Nidau. M. N. hat vor Gericht zugegeben, dass er das Video auf mehreren Websites online gestellt hat. Im Rahmen eines Praxisprojekts bei einer Fachstelle für Kinder- und Jugendarbeit hat er einen Film abgedreht. Darin nehmen Dreizehnjährige Stellung zu ihrem Lebensraum und zum Jugendlichsein im Allgemeinen. Die für die Jugendarbeit zuständige SP-Gemeinderätin verneint darin, dass Jugendliche hier schon einmal straffällig geworden seien. Diese Feststellung trifft für Filmemacher N. nicht zu, sollte das Bundesgericht die Verurteilung bestätigen. Das *Bieler Tagblatt* stellte ihn vor unter der Rubrik «Ganz normale Menschen, denen man im Seeland begegnet». Auf die Frage: «Wie würden Ihre Freunde Sie beschreiben?», antwortet der soziokulturelle Animator: «Man muss ihn lieben.»

Der ebenfalls beschuldigte dreissigjährige L. W. aus dem luzernischen Ebikon liess sich letzten Herbst im Bildungszentrum Zentralschweiz für Gesundheit «Xund» als Pflegefachmann diplomieren; mittlerweile ist er

wieder Student. L. W. ist vorbestraft wegen Vergehen gegen das Waffengesetz und Gewalt und Drohung gegen Behörden und Beamte. Der rabiate Freizeitrapper hatte seine Ausbildungsjahre zuvor in einem Alterszentrum in Ebikon absolviert.

S. S., früher als «Yvette Beef» aufgetreten, wird angepriesen als «einzige Frau, die Free-style-Rap macht». Sie sei «bekannt für ihre sozialkritischen Texte». S. S. ist eine 27-jährige Studentin, Mutter eines Kindes und wohnt in der Stadt Bern. Sie arbeitete an einer Tagesschule und absolvierte ein Betreuungspraktikum bei einer Stiftung in Muri, einer sozialpädagogischen Institution, die vom Kanton und vom Bundesamt für Justiz unterstützt wird. S. S. ist vorbestraft wegen Sachbeschädigung, Hinderung einer Amtshandlung und Verletzung der Verkehrsregeln; sie hat innerhalb der Probezeit erneut delinquent.

D. M. aus Spiegel bei Bern ist der Älteste der Angeklagten, er steht im 31. Lebensjahr. Er hat Frau und Kind und ist im bürgerlichen Beruf als Mobilfunktechniker tätig. Der dreissigjährige A. B. hat in Bern Liebfeld eine Malerlehre absolviert; er ist vorbestraft wegen Hinderung einer Amtshandlung. Wenn sie nicht gerade über schwanzlutschende SVP-Politikerinnen herziehen, führen die Beschuldigten ein ganz normales (Familien-)Leben im linkssozialen Berner Milieu.

Beim Prozess vor dem Obergericht gaben sie zu, dass sie je eine Strophe des «Rickli»-Songs gedichtet und auch gesungen haben. Das Lied sei spontan zu Hause, nicht in einem professionellen Tonstudio aufgenommen worden. Auch sei nie geplant gewesen, den Song kommerziell auszuwerten. Er gehöre zur Sparte Trap Music, wobei die Übertreibungen zeigen würden, dass sie nicht ernst gemeint sein können. Die Zuhörer würden nicht annehmen, dass die Aussagen über Nationalrätin Rickli der Wahrheit entsprächen; sie seien lediglich zur Unterhaltung gedacht gewesen. Sie hätten nie erwartet, dass der Beschimpften das Lied zu Ohren komme und sie es derart negativ interpretiere; es sei den Urhebern heute peinlich, und sie entschuldigten sich bei ihr.

SRF-Jurist Poul Prügu

Die frauenverachtenden Anti-SVP-Intimitrarden stossen in diesen Kreisen offensichtlich auf Sympathie. Der Rapper Grégoire Vuilleumier alias Greis und die Gruppe PVC solidarisierten sich im September 2017 in der Berner Reitschule gemäss Augenzeugen mit den «Rickli-ghört-giffiget-Rappern/-innen». Der Frontmann der PVC nennt sich Poul Prügu und arbeitet als Jurist beim Schweizer Radio und Fernsehen (SRF). Direktor Ruedi Matter wollte sich zu diesem das «Privatleben» betreffenden Auftritt nicht äussern und richtete bloss aus: «SRF missbilligt generell persönliche Angriffe und Verunglimpfungen.»

«Ein Kulturschock»

Wie einschneidend wäre das Rahmenabkommen mit der EU für die Volksrechte und den Föderalismus? Laut dem Zürcher Staatsrechtsprofessor Andreas Glaser würde die Schweiz ein Wagnis eingehen und sich dem europäischen Schicksal ausliefern. *Von Katharina Fontana*

Das institutionelle Rahmenabkommen mit der EU (InstA) ist eine Wundertüte: Laufend gibt es neue Überraschungen, welche Bereiche das InstA auch noch betrifft oder betreffen könnte, vom Ausländerstimmrecht über die Gentechnik bis hin zu einer Totalumkrepplung der staatlichen Beihilfen. Die Wirtschaft interessiert das eher wenig: Ein Grossteil ihrer Vertreter scheint bereit, zur Vermeidung negativer wirtschaftlicher Folgen jede rechtliche Kröte zu schlucken. Und Kröten gäbe es einige, die Auswirkungen des InstA auf die schweizerischen Institutionen wären massiv. Das zeigt das Gespräch mit Andreas Glaser, Staatsrechtler an der Universität Zürich und Direktor des Zentrums für Demokratie Aarau.

Herr Glaser, würde das vorliegende Rahmenabkommen mit der EU die Schweiz institutionell entscheidend verändern? Gäbe es eine Zäsur in der Historie des Landes – die Schweiz vorher und die Schweiz nachher?

Aus schweizerischer Optik wäre das InstA sicher eine Zäsur. Das Rahmenabkommen ist von ungleich grösserer Intensität als die bisherigen bilateralen Verträge. Es geht nicht so weit wie der EWR, bringt aber institutionelle Neuerungen etwa beim Referendumsrecht oder der partiellen Unterstellung unter den Europäischen Gerichtshof (EuGH), die in der Schweiz mehr Reibungen auslösen als anderswo. Doch wenn man das InstA in einen internationalen Kontext stellt und anschaut, was ein EU-Beitritt für andere Staaten bedeutet hat, ist es von beschränktem Ausmass.

Es ist denkbar, dass die Linke früher oder später einlenkt und das Parlament dem Rahmenabkommen zustimmt. In welcher Form könnte sich das Volk äussern? Wäre ein obligatorisches Referendum mit doppeltem Mehr von Volk und Ständen erforderlich?

Streng genommen wäre das Rahmenabkommen wohl kein Anwendungsfall für ein obligatorisches Staatsvertragsreferendum. Das Parlament hat aber bereits früher verfassungsrechtlich bedeutsame Verträge von sich aus dem obligatorischen Referendum unterstellt, so das Freihandelsabkommen oder den EWR. Dieses Vorgehen wäre auch hier angezeigt. Das InstA würde Schattenregelungen einführen, et-



«Ungleich grössere Intensität als die bisherigen bilateralen Verträge»: Staatsrechtsprofessor Glaser.

wa für das Gesetzgebungsverfahren, die über der Verfassung schwebten. Zudem könnten über das InstA materielle Regelungen einfließen, die Verfassungsänderungen erfordern würden. Was das alles sein wird, das überblickt im Moment wohl niemand, es werden immer neue Themen genannt. Etwa die Unionsbürgerrichtlinie, die zu einem Widerspruch mit dem Verfassungsartikel über die Ausschaffung krimineller Ausländer führen würde. Oder die Gentechnik bis hin zum Alpenschutzartikel. Das InstA müsste für die Politik der Anlass sein, die Verfassung einmal zu durchforsten und die Konflikte zu bereinigen.

Müsste man das InstA zusammen mit den notwendigen Verfassungsänderungen dem Volk vorlegen?

Man könnte wohl alles in ein einziges Riesenpaket packen und dem Volk als eine Gesamtvorlage unterbreiten. Am saubersten wäre es aber, mehrere separate Abstimmungsvorlagen zu machen, die politisch miteinander verbunden wären, den Stimmentenden aber das Recht liessen, sich differenziert zu den einzelnen Verfassungsänderungen – etwa zum Ausschaffungsartikel – zu äussern. Das ist zwar riskant, doch bei einem so wichtigen Schritt wie dem InstA sollte das Parlament die demokratisch sicherste Vari-

ante wählen. Wenn man sich das nicht traut, ist etwas faul.

Die Befürworter beruhigen, dass die Volksrechte – Initiative und Referendum – unter dem InstA gewahrt würden.

Beim Initiativrecht dürfte es nicht zu grossen Änderungen kommen. Schon heute setzt das Parlament Volksinitiativen, die den bilateralen Verträgen widersprechen, nicht oder nur kosmetisch um; das hat man bei der Massenzuwanderung oder beim Alpenschutz gesehen. Das dürfte unter dem InstA gleich bleiben. Schwierig hingegen sind die Folgen für das Referendumsrecht, das in der hiesigen demokratischen Tradition wichtiger ist als das Initiativrecht. Hier liegt der grösste Knackpunkt: Die dynamische Rechtsübernahme lässt das Referendum formell zwar unangetastet, doch letztlich wird es nur noch das absolut letzte Veto sein, um in letzter Not die Übernahme neuen EU-Rechts zu verweigern. Da muss man sich schon fragen, ob das noch ein würdiger Rahmen ist, der die Abstimmungsfreiheit respektiert. Für mich liegt hier ein grober Konstruktionsfehler vor.

Dann würde die dynamische Rechtsübernahme doch nicht so demokratisch verlaufen, wie die Befürworter behaupten?

Das Problem liegt darin, dass letztlich das Schiedsgericht entscheiden würde, ob die Schweiz beispielsweise die Unionsbürgerrichtlinie übernehmen müsste, die enorme Auswirkungen bis hin zur Einführung des Ausländerstimmrechts auf Gemeindeebene hätte. Die Schweiz wäre davon abhängig, wer in diesem dreiköpfigen Gremium sitzt und von wem sie vertreten würde – ob die betreffende Person zurückhaltend entscheiden oder sich eher integrationswillig zeigen würde. Alle Erfahrungen mit dem EuGH, mit dem Menschenrechtsgerichtshof oder dem Efta-Gerichtshof lassen vermuten, dass sich der Schweizer Richter emanzipieren und nicht zum Wächter der Schweiz werden dürfte.

Laut Rahmenabkommen wendet die Schweiz neues EU-Recht «vorläufig» an, es sei denn, sie könne gegenüber der EU begründen, warum sie das nicht tut. Was bedeutet das?

Die Schweiz könnte sagen: «Wir wenden eine neue EU-Bestimmung nicht an, weil wir zuerst unsere Verfassung oder unsere Gesetze anpassen müssen» – so verstehe ich das.

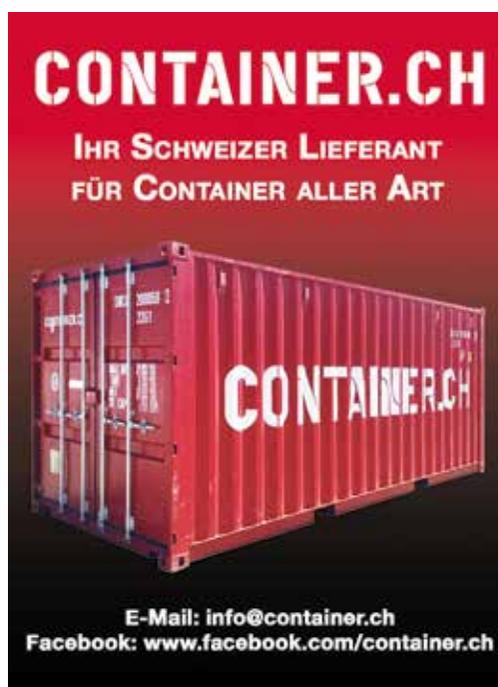
Wer in der Schweiz würde entscheiden, ob eine neue EU-Norm vorläufig angewandt oder ein allfälliges Referendum abgewartet wird?

Das müsste noch geregelt werden. Streng genommen wäre das der Bundesrat, weil er für die Aussenpolitik zuständig ist. In-

nenpolitisch benötigte es in der Schweiz aber unbedingt ein Begleitgesetz, das dem Parlament die Kompetenz geben würde, die vorläufige Anwendung zu verhindern. Das Parlament muss aufpassen, dass es seine Mitsprache behalten kann.

Neben der Übernahme von neuem EU-Recht regelt das InstA auch die einheitliche Auslegung der Marktzugangsabkommen durch Gerichte und Behörden. Die Schweiz müsste dazu nicht nur die künftige, sondern auch die bisherige EuGH-Rechtsprechung übernehmen. Lässt sich abschätzen, welchen Anpassungsbedarf das geben wird?

Das Bundesgericht übernimmt bereits heute laufend die neuen Urteile des EuGH, um die Parallelität der Rechtslage herzustellen. Das Rahmenabkommen entspricht bei der Auslegung dem, was das Bundesgericht schon jetzt praktiziert, also dem Status quo. Da wird sich nichts ändern.



Viel zu reden gibt die beabsichtigte Regulierung der Beihilfen. So wäre es etwa fraglich, ob die Kantone noch den gemeinnützigen Wohnbau oder Solarpanels fördern dürften. Was kommt da auf die Schweiz zu?

Ich glaube nicht, dass sich bei den Beihilfen effektiv viel ändern und die Schweiz unter Druck geraten wird. Entscheidend ist, dass – anders als in der EU – nur die EU-Kommission, allenfalls ein anderer Staat, gegen die Schweiz klagen könnte, aber keine Privaten. Sonst hätten wir Millionen von wirtschaftlichen Konkurrenten, die gegen die Schweiz ins Feld ziehen könnten. Dass sich die EU-Kommission auf die Schweizer Beihilfen für energetisches Bauen oder auf die Kantonalbanken stürzen würde, glaube ich nicht.

Und wie wäre es mit Steuererleichterungen für Unternehmen?

Wenn es einen heiklen Punkt gibt, dann sind es die Steuern. Hier sind die EU-Kommission und die anderen Staaten bissig.

Selbst für Juristen ist es schwierig, die Tragweite des Rahmenabkommens zu verstehen. Der Vertrag enthält zahlreiche vage Formulierungen, gewisse Punkte sind bloss in Fussnoten geregelt. Wie soll man sich hier ein Bild machen können?

Sie haben zu Beginn die Zäsur angesprochen. Das Rahmenabkommen bedeutet für die Schweiz ein Wagnis – kein so grosses

«Das Parlament muss aufpassen, dass es seine Mitsprache behalten kann.»

wie bei einem EWR- oder einem EU-Beitritt, aber doch ein Wagnis. Anders als bei den bisherigen bilateralen Verträgen, deren Inhalt detailliert geregelt ist, weiss man beim «gummig» formulierten Rahmenabkommen tatsächlich nicht, was auf einen zukommen wird. Darin kann man unglaubliche Chancen sehen, etwa für die wirtschaftliche Liberalisierung, für die gesellschaftliche Öffnung, für günstigere Konsumentenpreise. Doch diese Unwägbarkeit widerspricht stark der schweizerischen politischen Kultur der wechselnden Koalitionen und des kleinkrämerischen Aushandelns von Kompromissen – es wäre ein Kulturschock. Letztlich geht es für die Schweiz um die Frage, ob sie bereit ist, sich dem gemeinsamen europäischen Schicksal auszuliefern oder ob sie weiterhin jedes Detail bis auf Gemeindeebene hinunter will bestimmen können.

Sie sprechen von Wagnis, die Wirtschaft dagegen behauptet, dass das Rahmenabkommen Rechtssicherheit bringe.

Das Argument mit der Rechtssicherheit erstaunt mich. Es geht gerade um das Gegenteil, um mehr Unsicherheit, gleichzeitig aber auch um mehr wirtschaftliche Freiheit, von der die Starken profitieren werden – darum sind ja auch die Gewerkschaften gegen das Rahmenabkommen. Die Vorgänge bei der EU verlaufen nun einmal dynamisch, die EU-Kommission und der EuGH verfügen über viele politische Spielräume, die sie so oder anders nutzen können. Wenn sich beispielsweise der Schweizer Bundespräsident gut mit dem neuen EU-Kommissions-Präsidenten versteht, dürften viele Verfahren schon im Gemischten Ausschuss abgewürgt werden, ohne dass es zu einem offenen Konflikt käme. Man darf nicht vergessen, dass es bisher zwischen der Schweiz und der EU, übers Ganze gesehen, wenige Probleme gab. Die EU wird kein Interesse daran haben, den Musterknaben Schweiz abzustrafen. ○

Auf dem linken Auge blind

Der mehrfach verurteilte, in der Schweiz eingebürgerte Terrorist Alvaro Baragiola stiess hierzulande immer wieder auf erstaunlich viel Wohlwollen. Nun verlangt die italienische Regierung, dass seine Strafe endlich vollzogen wird. Wohl vergeblich. *Von Alex Baur*

Im Tessin herrschte sonnige Frühlingsstimmung, als die vollzählige Kantonsregierung am 20. Mai 1987 ihre Kollegen aus dem Aargau zu einem freundschaftlichen Besuch empfing. Zwischen bukolischen Rebbergen im Malcantone, wo angeblich einst der erste Merlot angepflanzt wurde, legte die Reisegruppe in der herrschaftlichen «Villa Orizzonte» einen Zwischenhalt ein. Hausherrin Ornella Baragiola, assistiert von ihrem charmanten Sohn Alvaro, bewirtete die geladenen Gäste persönlich.

Drei Wochen später, am 8. Juni, wurde Alvaro Baragiolo verhaftet. Der damals 33-jährige Mann war in Italien bereits zweimal wegen Mordes verurteilt worden. Seit 1982 stand er als langjähriges Mitglied der Brigade Rosse auf der Liste der von Italien international zur Verhaftung ausgeschriebenen Top-Terroristen, allerdings unter dem väterlichen Namen Lojaco. Trotzdem gelang es ihm, sich 1986 in der Schweiz einzubürgern und den Namen seiner Tessiner Mutter anzunehmen.

Noch bevor der Skandal platzte, kaufte die Tessiner Staatskanzlei dem beim Staatsapéro in der «Villa Orizzonte» anwesenden Fotografen alle Bilder ab, für 250 Franken, inklusive Negative. Die Bilder, auf denen der Top-Terrorist zusammen mit der versammelten Regierung abgelichtet war, seien den Flammen übergeben worden, wird kolportiert. Der damalige Staatschreiber Achille Crivelli mochte Letzteres auf Anfrage weder bestätigen noch dementieren.

Internationalen Haftbefehl übersehen

«Varo», wie Alvaro Barigiola von seinen Freunden genannt wurde, lebte auch sonst nicht versteckt. Er arbeitete als Quizmaster im dritten Programm von Radio RSI. Viele konnten sich nicht vorstellen, dass keiner wusste – ausgerechnet im engräumigen Tessin, wo jeder jeden zu kennen scheint –, wer der joviale «Varo» wirklich war. Justizdirektor Pietro Martinelli (PSA), ein strammer Marxist, der die SP verlassen hatte, weil sie ihm zu rechts war, geriet vorübergehend unter Verdacht. Eine Untersuchung entlastete ihn später allerdings.

Am Schluss gab man die Schuld einer Sekretärin. Sie hatte den Namen Lojaco bei der Einbürgerung zwar in den Computer eingetippt, dabei aber den vorhandenen internationalen Haftbefehl übersehen. Vielleicht lag es daran, dass der Antragsteller das «j» in seinem Namen durch ein «i» ersetzt hatte. Vielleicht war es tatsächlich eine Nachlässigkeit. Doch führt man sich das Wohlwollen vor Augen, mit

dem der mehrfach rechtskräftig verurteilte Mörder vorher und auch später immer wieder rechnen durfte, fällt es einfach schwer, an eine schicksalshafte Fügung zu glauben.

Man könnte sich auch fragen, ob Baragiolas erstes Mordopfer, der 23-jährige griechische Medizinstudent Mikis Mantakas, auch mit so viel Verständnis hätte rechnen können, wenn er der Täter gewesen wäre und Baragiola das Opfer. Mikis Mantakas war zwar nicht als Gewalttäter bekannt, aber als Sympathisant des Movimento

Lieber spricht man von «Guerillas» oder «Rebellen», statt von «Mord» von einer «Schliesserei».

Sociale Italiano (MSI). Dieses galt als faschistisch. Baragiola schoss dem wehrlosen Griechen am 28. Februar 1975 vor einem Gerichtsgebäude in Rom eine Pistolenkugel in den Kopf. Der Rechte Mantakas hatte einen Prozess gegen Linke besuchen wollen, die mit einer Brandbombe zwei

Kinder von Rechten getötet hatten. So steht es zumindest im rechtskräftigen italienischen Urteil.

Am 31. Mai 1980 wurde Baragiola wegen des Mantakas-Mords in zweiter Instanz zu sechzehn Jahren Gefängnis verurteilt. Dank einer Kassationsbeschwerde blieb er aber vorläufig auf freiem Fuss. Mit Hilfe des an der Regierung beteiligten Partito Comunista Italiano (PCI) gelang ihm, wie er später in einem Interview freimütig erzählte, die Flucht via Algerien nach Brasilien. Dort blieb er offenbar bis 1986.

Vorwurf «Rache-Mentalität»

Alvaro Baragiola ist kein Einzelfall. Von den geschätzten 400 Aktivisten der Terrorgruppe Brigade Rosse landete rund die Hälfte in italienischen Gefängnissen. Der Rest setzte sich zu einem kleineren Teil nach Nicaragua, Mexiko und Brasilien ab. Wie Baragiola später selber in der *Wochenzeitung* («Nach 20 Jahren Asyl», 29. August 2002) berichtete, waren nach der Zerschlagung der Roten Brigaden Anfang der 1980er Jahre aber die meisten Aktivisten nach

Die «bleiernen Jahre»

Für die einen begann die Tragödie am 19. November 1969, als Linksextreme in Mailand den Polizisten Antonio Annarumma ermordeten. Die anderen datieren den Startschuss auf den 12. Dezember des gleichen Jahres, als eine den Faschisten zugeschriebene Bombe auf der Mailänder Piazza Fontana fünfzehn Menschen tötete. Tatsächlich begann der Terror von links und rechts in Italien viel früher. Doch ab 1969 eskalierte die Gewalt, die bis 1982 in Italien je nach Berechnung gegen 400 Todesopfer und 2000 Verletzte forderte. Die 1970er Jahre gingen als «anni di piombo» (bleierne Jahre) in die italienische Geschichte ein.

Mit der Entführung und Ermordung des Spitzenpolitikers Aldo Moro sowie fünf seiner Leibwächter durch die Brigade Rosse (Roten Brigaden) erreichte der Terror im Frühling 1978 einen Höhepunkt. Der Christdemokrat Moro hatte zusammen mit dem Kommunistenchef Enrico Berlinguer in einem «historischen Kompromiss» eine Koalition geschmiedet, die auf linker wie auf rechter Seite als Verrat gegeißelt wurde. Den höchsten Blutzoll forderte das folgende Jahr 1979. Nach dem Bomben-

anschlag auf einen Zug in Bologna (85 Todesopfer) im August 1980, der den Linken in die Schuhe geschoben werden sollte, wohl aber von Rechtsextremen verübt wurde, ebte die Gewaltwelle ab.

Politisches Asyl in Frankreich

Beim Terror in Italien mischen neben Kommunisten und Faschisten Geheimdienste und kommune Kriminelle mit. Urheber und Zweck der Attentate waren oft schwer auszumachen. Speziell war auch die Bewältigung des Terrorismus. Anders als etwa in Deutschland wurden in Italien viele der Täter frühzeitig aus der Haft entlassen, selbst wenn sie keine Reue zeigten. Es reichte, wenn ein Verurteilter dem «bewaffneten Kampf» eine Absage erteilte («dissociazione»).

Rund die Hälfte der auf rund 400 Aktivisten geschätzten linksextremen Brigade Rosse fanden im Ausland politisches Asyl, die meisten von ihnen in Frankreich. Wie zuvor schon Ministerpräsident Silvio Berlusconi (2001 bis 2006) setzt sich auch die amtierende Rechtsregierung unter Giuseppe Conte für die Auslieferung verurteilter Terroristen ein. (axb)



Heimliche Sympathien für die Täter: Ermordung des Spitzenpolitikers Aldo Moro, 1978.

Frankreich geflüchtet. Dort wurden sie von Persönlichkeiten wie dem Armenpriester Abbé Pierre mit offenen Armen empfangen.

1985 gewährte der Sozialist François Mitterrand den Terroristen aus der italienischen Nachbarschaft nach einer Kampagne linker Juristen und Menschenrechtsaktivisten per Präsidialerlass Asyl. Die einzige Bedingung der sogenannten «Miterrand-Doktrin»: Die Brigadisten durften sich, insbesondere in Frankreich, nicht mehr politisch betätigen. Baragiola verurteilte in seinem *Woz*-Artikel die Strafverfolgung: «Man muss der eigenen Vergangenheit abschwören, den Terrorismus verurteilen, auf politische Kritik verzichten, sich wie die «Pentiti» zum Paladin des siegreichen politischen Gegners machen, um auf irgendeine Form der Gnade hoffen zu können.»

Es kommt hier eine Haltung zum Ausdruck, die Alvaro Baragiola auch vorletzte Woche in einem Interview mit *20 minuti* bekräftigte. Hinter den Versuchen der italienischen Regierung, welche die Justizflüchtlinge aus den «bleiernen Jahren» (siehe Kasten) endlich hinter Gitter bringen will, ortet er eine «Rache-Mentalität». Eine individuelle Verantwortung oder Schuld für die im Kollektiv begangenen Morde lehnt er ab. Die Verbrechen stehen nach seiner Meinung in einem «historischen Zusammenhang».

Eiertanz um die richtige Haltung

Diese ambivalente Haltung gegenüber dem Terrorismus ist verbreitet, bis weit hinein in die politische Mitte: Man verurteilt zwar die Gewalt als Mittel, billigt den Tätern aber doch edle Motive zu, die man einem Nazi natürlich nie



Von Reue keine Spur: Baragiola (r.), Mantakas.

zusprechen würde. Der Eiertanz um die richtige Haltung schlägt auch bei vielen Medien durch, die statt von «Terroristen» lieber von «Guerillas» oder «Rebellen» berichten, statt von «Mord» von einer «Schliesserei». Die italienischen Kommunisten bezeichneten die Brigadisten lange als «compagni che sbagliano», als Genossen, die sich «irren».

Die heimlichen Sympathien schwanden zwar rapide mit der Ermordung des christdemokratischen Spitzenpolitikers Aldo Moro und fünf seiner Leibwächter im Frühling 1978. Doch aus marxistischer Sicht lag der Fehler nicht etwa im gewaltsamen Klassenkampf; der Zeitpunkt war falsch, die proletarischen Massen waren einfach noch nicht reif genug. Und Marxisten hatten die Universitäten im Nachgang der 68er Bewegung doch einige hervorgebracht, auch im Tessin. Anders ist die notorische Milde gegenüber Alvaro Baragiola und seinen Kampfgenossen nicht zu erklären.

Als Baragiola 1988 im Tessin verhaftet wurde, lagen in Italien neben dem rechtskräfti-

gen Mordurteil im Fall Mantakas Anklagen wegen einer Reihe von Attentaten und Überfällen vor. Da die Schweiz keine eigenen Staatsbürger ausliefert, musste er sich zumindest für einen Teil dieser Verbrechen in Lugano vor Gericht verantworten. Drei bekannte Anwälte legten sich für Baragiola mächtig ins Zeug. Den Mord an Aldo Moro und dessen fünf Leibwächtern brachte die Staatsanwaltschaft gar nicht erst zur Anklage. Am 6. November 1989 wurde Alvaro Baragiola im Wesentlichen wegen der Ermordung des Richters Girolamo Tartaglione zu siebzehn Jahren Zuchthaus verurteilt. Eine doch eher milde Strafe für einen rückfälligen Mörder, der keine Spur von Reue zeigt.

Keine zwei Jahre nach der Verurteilung bekommt der prominente Häftling im Gefängnis La Stampa bereits eine Sondergenehmigung, um mit dem Cineasten Pierre Menzel einen Kurzfilm zu drehen. Die 700-Jahr-Feier der Eidgenossenschaft steht an, Alvaro Baragiola soll einen kritischen Kontrapunkt beisteuern, finanziert mit 14 000 Franken aus der Bundeskasse. Der Streifen «Lo denuncio» dreht sich um einen fiesen Denunzianten, der einen Genossen verpfeift. Das Filmchen passiert die Jury, wird später aber, als das Projekt Proteste auslöst, vom Cheforganisator Marco Solari für «hässlich und ambivalent» befunden und aus dem Programm gekippt. Nun protestiert die Kunstwelt gegen die «Zensur».

Sex-Appeal in progressiven Kreisen

Wegen guter Führung kommt Baragiola 1999 nach elf Jahren Haft wieder frei. Für ihn ist es kein Problem, Anschluss zu finden. Die knisternde Aura des Ex-Terroristen – man kennt das Phänomen aus Deutschland – hat Sex-Appeal in progressiven Kreisen (vorausgesetzt natürlich, dass er nicht für die falsche Seite mordete). Baragiola lässt sich in der Stadt Bern nieder, findet eine zwanzig Jahre jüngere Frau, die ihm bald zwei Töchter schenkt.

Gleich nach seiner Haftentlassung belegte Baragiola einen Journalismuskurs an der Universität Freiburg. Stolz präsentiert ihn die *Woz* als Mitarbeiter. Heute steuert er mit 63 Jahren als administrativer Angestellter der Uni Freiburg (zuständig für Doktoranden) auf seine Pensionierung zu. Alles paletti, wären da nicht die Leichen im Keller der Vergangenheit.

1996 wurde Baragiola in Italien auch wegen der Beteiligung am Moro-Attentat zu «lebenslänglich» verurteilt. 2004 unternimmt die Regierung Berlusconi den Versuch, die Strafe in der Schweiz vollziehen zu lassen. Aus formalen Gründen lehnte die Berner Justiz das Gesuch sieben Jahre später ab. Auch der Vorstoss der neuen Rechtsregierung aus Italien hat kaum Chancen auf Erfolg. Auf den Schweizer Rechtsstaat ist zwar nicht immer Verlass. Doch Alvaro Baragiola braucht sich kaum Sorgen zu machen. Schliesslich steht er auf der linken Seite. ○

Den Schneid verloren

Wann zeigt Bundesrat Alain Berset endlich, dass er nicht bloss auf dem roten Teppich, sondern auch im politischen Alltag glänzen kann?

Von Hubert Mooser

Alain Berset, auf einem Bordstein sitzend, beim Aktenstudium in New York; mit Frau Muriel im Taxiboot auf der Lagune in Venedig; oder allein beim Knopfannähen auf Schloss Vaduz. Der Fotograf Peter Klaunzer hat im letzten Jahr den Bundespräsidenten auf Schritt und Tritt begleitet und fotografiert. Daraus entstanden ist ein Bildband, der einen Querschnitt bietet durch das Präsidentschaftsjahr des SP-Magistraten. Kaum je hat sich ein Bundespräsident derart in Szene setzen lassen wie Alain Berset.

Dass er auf den roten Teppichen dieser Welt eine gute Figur macht, hat er in den vergangenen Jahren wiederholt unter Beweis gestellt. Aber wann zeigt der politische Senkrechstarter endlich, dass er auch im Tagesgeschäft brillieren kann? Sein Aufstieg erfolgte in raketenhafter Geschwindigkeit. Er war mit 31 Jahren Ständerat, mit 39 Jahren Bundesrat. Ihm fiel fast alles mühelos in den Schoss.

Und wer so früh ganz oben angekommen ist, wird sich nie mehr mit Kleinigkeiten bescheiden können – so scheint es jedenfalls. Bersets Reform der Altersvorsorge stellte alles Bisherige in den Schatten: Er wollte Geschichte schreiben, AHV und zweite Säule in einem Aufwisch gesunden lassen.

Die Prämien steigen weiter

Ihm traute man das zu: Er war jung, dynamisch, brillant und ideologisch weniger festgefahren als sein politischer Weggefährte, SP-Präsident Christian Levrat. Doch das Fuder wurde überladen, und die Stimmbürger sagten nein. «Diese Niederlage war für ihn sicher ein Dämpfer», meint Ständerat Hans Stöckli (SP) im Rückblick. «Aber er hat dann ein super Präsidentschaftsjahr hingelegt.» Der *Tages-Anzeiger* verstieg sich sogar zur Aussage, Bersets Präsidentschaftsjahr sei ein 365 Tage langes Statement gegen den Trumpismus gewesen. Aber das bringt ihn in den entscheidenden Dossiers, der Sozial- und Gesundheitspolitik, auch nicht weiter.

Nach fast sieben Berset-Jahren im Innendepartement laufen die AHV-Ausgaben aber weiter aus dem Ruder, Jahr für Jahr steigen die Krankenkassenprämien. Natürlich ist das nicht allein die Schuld von Alain Berset, wie der Obwaldner CVP-Ständerat Erich Ettlin vermerkt. «In den letzten Jahren sind mit Ausnahme der Energiestrategie 2050 keine grossen Reformen mehr gelungen.»

Es scheint aber auch, als hätte Berset etwas an Schneid verloren, bei der Sozial- und Gesund-



Vom Treiber zum Getriebenen: Innenminister Berset.

heitspolitik grosse Pflöcke einzuschlagen. Immer wieder hat man ihm nachgesagt, er überlege sich einen Departementswechsel – zum Beispiel ins Wirtschaftsdepartement, als dieses nach dem Rücktritt von Wirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann frei wurde. Laut SP-Vertretern redete ihm die Parteispitze diese Pläne wieder aus. Oder dann ins Finanzdepartement, wenn Ueli Maurer (SVP) Ende Jahr wie erwartet ebenfalls in Pension geht. Will er es seinem Vorgänger Didier Burkhalter (FDP) nachmachen und vor den notwendigen einschneidenden Reformen weglaufen?

Parlament flickt an seinen Vorlagen herum

Hans Stöckli nimmt Alain Berset in Schutz: «Er hat sicher mehr in Bewegung gesetzt als seine bürgerlichen Vorgänger. Er hat mit der Gesundheitsstrategie 2020 die Eckwerte der künftigen Reformen definiert und dazu einen Ex-

pertenbericht in Auftrag gegeben, der in Zukunft noch einige Reformen auslösen wird.» Berset hat seit seinem Amtsantritt auch wiederholt tiefere Medikamentenpreise durchgesetzt. Pierre-Yves Maillard, Waadtländer Gesundheitsminister und Präsident des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, streicht Bersets Eingriff in den Ärztetarif Tarmed heraus.

Längst ist Berset aber nicht mehr Treiber der Sozial- und Gesundheitspolitik, sondern Getriebener. Sein partizipativer Stil liess die bürgerliche Seite eine Zeitlang hoffen, der SP-Bundesrat lasse sich nicht allzu sehr von seiner Partei vereinnahmen. Inzwischen macht sich Ernüchterung breit. «Er organisiert runde Tische, um das allgemeine Interesse einzuholen, aber dann macht er trotzdem eine linke dirigistische Politik», bemängelt der Präsident der nationalrätlichen Gesundheitskommission, SVP-Nationalrat Thomas de Courten.

Immer häufiger flicken Kommissionen und Parlament Berset an den Vorlagen herum, etwa bei der sogenannten Qualitätsvorlage. «Der Ständerat ist auf dieses Geschäft zuerst gar nicht eingetreten», sagt Joachim Eder (FDP), der Präsident der ständerätlichen Gesundheitskommission. Berset wollte ursprünglich ein aufgeblähtes Institut aufbauen, welches die Qualität im Gesundheitswesen überprüft. Der Nationalrat lehnte zwar den Berset-Vorschlag ebenfalls ab, will aber eine Qualitätskommission. Jetzt ist wieder der Ständerat dran, der eine gemeinsame Organisation von Kantonen, Leistungsbringern und Versicherern bevorzugt. Das Hin und Her geht jetzt seit drei Jahren so.

Bei der AHV-Reform, die der SP-Bundesrat nach der Niederlage seines «Altersvorsorge 2020»-Projekts aufgleiste, vollzieht er eine Vorlage, die ihm mehr oder weniger von den Gegnern der gescheiterten Reform aufgezwungen wurde, mit dem Rentenalter 65 für Frauen. Hier macht er sich bei seiner SP keine Freunde. Die Gestaltung dieser Minireform hängt aber davon ab, wie der Urnengang zum AHV-Steuer-Deal im Mai ausgehen wird. Die Unternehmenssteuerreform wird mit einer AHV-Zusatzfinanzierung kombiniert. Die AHV soll zusätzlich rund 2 Milliarden Franken pro Jahr erhalten.

Gegenwind im Bundesrat

Eder glaubt, dass der Gesundheitsminister auch im Bundesrat nach der Wahl von Bundesrätin Karin Keller-Sutter (FDP) mit mehr Gegenwind rechnen muss. Mit den beiden früheren Präsidenten der gesundheitspolitischen Kommission des Nationalrates, Guy Parmelin und Ignazio Cassis, hat er bereits zwei potenzielle Gegenspieler bei gesundheits- und sozialpolitischen Geschäften. Allerdings hält sich Parmelin zurück, der studierte Mediziner Cassis (FDP) verfasst dagegen häufig Mitberichte, krebse dann aber meistens zurück, sagen bundesratsnahe Kreise. Karin Keller-Sutter dürfte eine harte Widersacherin sein, wenn es um die Ausgestaltung der Sozialpolitik geht. Immerhin war sie sowohl bei der Altersreform 2020 als auch beim AHV-Steuer-Deal als Mitglied der Sozialpolitischen Kommission des Ständerates stark engagiert. Und sie steht nicht im Ruf, dass sie immer klein beigt.

Wie immer es auch weitergehen wird – Berset muss sich um sein Image kaum sorgen. Im Vermarkten von Erfolglosigkeit ist sein Team in Bern einsame Spitze. Egal, was Berset sagt oder tut, er kommt immer gut weg in den Medien. Den Bundesräten Ueli Maurer und Ignazio Cassis dreht man fast aus jedem Wort einen Strick. Berset kann sich nach vorne drängen, um dem in linken Kreisen verachteten US-Präsidenten Donald Trump stolz die Hand zu schütteln – und ein paar Monate später feiern ihn die Medien als Symbol gegen den Trumpismus. ○

Soziale Medien

See you, Donald. Oder auch nicht.

So gut wie alles kommentiert CVP-Nationalrätin Elisabeth Schneider-Schneiter auf Twitter. Schlau wird man aus ihren Beiträgen nicht immer.

Es gibt Politiker, die setzen den Kurznachrichtendienst Twitter als Waffe ein. Und es gibt Elisabeth Schneider-Schneiter, CVP-Nationalrätin aus Baselland und derzeit Präsidentin der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrats. Ihr Twitter-Konto ist eine reichhaltige Fundgrube für schräge Metaphern, schiefe Vergleiche und verunglückte Wortkombinationen.

Vor ein paar Monaten weilte Elisabeth Schneider-Schneiter in Strassburg. Von dort aus twitterte sie ein Landschaftsbild mit der rätselhaften Botschaft: «Gemeindegrenzen, Kantonsgrenzen, Landesgrenzen... grenzenlos.» Wer daraus nicht recht schlau wurde, dem übertrug Elisabeth Schneider-Schneiter kurz darauf eine neue Denksportaufgabe. Die CVP-Politikerin gab nämlich ihren Kommentar zu den Präsidentschaftswahlen in Brasilien ab: «Verstehe nicht, wie eine derart menschenverachtende Politik solche Typen [Jair Bolsonaro, Anm. d. Red.] an die Macht bringt.» Ja: Wie kann «eine derart menschenverachtende Politik» bei demokratischen Wahlen jemanden an die Macht bringen? Stoff zum Nachdenken.

So einiges durcheinander geriet auch bei Schneider-Schneiters Einlassung zur Selbstbestimmungsinitiative: «Helvetia hofft, dass der Erfolg der Schweiz nicht bachab (sprich: ins Ausland) geht.» Der «Erfolg der Schweiz» kann wohl ein Ende nehmen, aber wenn er ins Ausland geht – Nestlé und Novartis lassen grüssen –, dann bleibt er doch der Erfolg der Schweiz.

Scharfes «s»

Oder: «Ueli Maurer weiss eben, dass die CH auf Fachkräfte angewiesen ist. Deshalb lehnt die @VP-PDC die Begrenzungsinitiative (Kündigung der Personenfreizügigkeit) auch klar ab.» Weil Ueli Maurer weiss, dass die Schweiz auf Fachkräfte angewiesen ist, lehnt die CVP die Kündigungsinitiative ab? Wer hätte gedacht, dass der SVP-Finanzminister einen derart langen Arm hat.

Bei anderer Gelegenheit die überraschende Erkenntnis: «Die CVP unterstützt das humanitäre Elend in vielen multilateralen Programmen.» Endlich einmal eine Politikerin, die unerschrocken für das humanitäre Elend

eintritt! Die dazu passende politische Forderung wäre dann wohl: Mehr Elend für die gutbezahlten NGO-Funktionäre in den multilateralen Programmen!

Über das aus Deutschland importierte scharfe «s» in Schneider-Schneiters Brexit-Tweet könnte man hinwegsehen, aber der Sinn bleibt auch dann nebulös: «No-Deal-Brexit wird immer wahrscheinlicher und das Ausmass auch.» Die Wahrscheinlichkeit des Ausmasses, so erklären es Mathematiker, nimmt umgekehrt proportional zur Fläche im Quadrat zu.

Für politische Forderungen ist Twitter der CVP-Nationalrätin nur recht und billig. Der Katalog reicht von «Gratis-WLAN für die ganze Schweiz» über (den japanischen Superschnellzug) «Shinkansen statt alte Rumpelkisten» bei den SBB bis hin zur Forderung nach einer «Schweizer Seidenstrasse» oder einer «Industriepolitik mit China».

Industriepolitik ist bekannt als protektionistische Förderung der heimischen Industrie – worin China es zu grosser Meisterschaft gebracht hat. Was dagegen eine Schweizer «Industriepolitik mit China» sein soll, bleibt das Geheimnis der CVP-Nationalrätin.

Auch vom Jahrestreffen des World Economic Forum (WEF) twitterte Schneider-Schneiter fleissig. Nachdem Präsident Trump sein Kommen angekündigt hatte, haute ihn die Baselbieterin auf Twitter an: «Dear @realDonaldTrump, what do you think about the FTA with Switzerland? We will be happy to discuss it with you in Davos. See you.» Zu dem «see you» kam es dann bekanntlich nicht, denn Trump blieb daheim. Beifall zollte Schneider-Schneiter dafür der deutschen Kanzlerin Angela Merkel («mit ihrer Rede zu Multilateralismus beeindruckt») und dem Uno-Generalsekretär. Darob vergass sie glatt, Herrn Bolsonaro zu fragen, wie «so ein Typ» Präsident werden könne.

Besinnlich wurde es über die Festtage. C-Politikerin Schneider-Schneiter verbreitete auf Twitter die groteske Klassifizierung der SBB-Beleuchtung in Basel als «Stern von Betlehem» [sic!] durch SBB-Chef Andreas Meyer. Zu Weihnachten zitierte sie Friedrich Nietzsche: «Die größten [sic!] Ereignisse, das sind nicht unsere lautesten, sondern unsere stillsten Stunden.» Florian Schwab



Schneider-Schneiter.



Verboten ist, was nicht ausdrücklich erlaubt wurde.

Wenn die EU die Lufthoheit hat

Wirtschaftsorganisationen rufen nach einem Rahmenabkommen mit der EU. Sie würden besser mal schauen, wie die Luftfahrtindustrie sich das Leben unter dem EU-Regime einrichten muss. *Von Beat Gygi*

Schweizer Wirtschaftsorganisationen treten Woche für Woche mit Werbeaktionen für ein Rahmenabkommen Schweiz–EU an die Öffentlichkeit. Vor wenigen Tagen kündigte der Branchenverband der Maschinen- und Elektroindustrie *Swissmem* seine Unterstützung an für den vorliegenden Entwurf des institutionellen Abkommens (InstA) mit der EU. Nach Ansicht des zwölfköpfigen Vorstandsausschusses böte dieser Vertrag «die Chance, den wichtigen bilateralen Weg auf eine langfristig tragfähige Basis zu stellen». Für *Swissmem* sei der Kern des Abkommens massgeschneidert, wie dies Präsident Hans Hess bereits früher in Interviews gesagt hat. Mit der dynamisch angelegten Rechtsübernahme behalte die Schweiz ihre Souveränität, so die *Swissmem*-Spitze.

Woher will der Verband das wissen? Niemand kann voraussagen, wohin die im InstA-Entwurf skizzierte dynamische Übernahme von EU-Recht auf breiter Front schliesslich führen würde, sollte die darin vorgesehene grundsätzliche Harmonisierung der Schweizer Wirtschaft mit den Binnenmarktregeln umgesetzt werden.

Aber es gibt bereits einige Gebiete, eine Art Experimentierfelder, die erahnen lassen, wie stark die Souveränität der Schweiz eingeschränkt werden könnte. Bei gewissen Themen ist die Schweiz nämlich schon so eng an die EU angebunden, dass sie nicht mehr frei bestimmen kann, welche Regeln sie von aussen übernehmen will, sondern automatisch mitgezogen wird.

Erzwungene Abweichung

Wie Matthias Oesch, Professor für Völkerrecht an der Universität Zürich, schon 2017 dargelegt hat, reichen diverse bilaterale Abkommen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union «über Fragen der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit und des gegenseitigen Marktzugangs hinaus und bezwecken die sektorielle Integration der Schweiz in den unionalen Rechtsraum». Dies gelte typischerweise für das Freizügigkeitsabkommen und das Luftverkehrsabkommen sowie für die Schengen- und Dublin-Assoziierungsabkommen von 2004. Diese ermöglichten es der Schweiz, an das EU-Recht «anzudocken».

Nehmen wir den Luftverkehr, da ist die Integration der Schweiz in den Binnenmarkt so weit vorangetrieben worden, dass diese Branche viel umfassender dem Regime der EU untersteht als die anderen Bereiche der Schweizer Wirtschaft. Vieles wird von aussen gesteuert. Was heisst das für den Geschäftsalltag einer Schweizer Flugunternehmung? «All die Checklisten, Definitionen, Dokumente und Kontrollen sind für die meisten Unternehmen heute kaum mehr überblickbar, die Masse der Vorschriften ist so gewaltig, dass die Branche und auch die Behörden das nicht mehr wirklich bewältigen», sagt Martin Stucki, Chef und Inhaber der Luftfahrtfirma *Linth Air Services*, eines KMU, das vor allem Helikopter-Dienstleistungen anbietet.

Dass im Luftverkehr im Prinzip die EU sagt, was die Schweiz tun und lassen soll, zeigt sich etwa daran, dass die hiesigen Firmen ihren Geschäftsalltag grossenteils auf Regulierungstexte der EU ausrichten müssen. Geregelt wurde dieses Beherrschungsverhältnis zunächst im 1999 abgeschlossenen und 2001 in Kraft getretenen Luftverkehrsabkommen, das zu den

bilateralen Verträgen Schweiz–EU der ersten Tranche zählt. Damals wurden die sieben Verträge zu Personenfreizügigkeit, Land- und Luftverkehr, technischen Handelshemmnissen, Forschung, öffentlichem Beschaffungswesen und Landwirtschaft so zu einem Bündel geschnürt, dass die Guillotine-Klausel verlangt, alle Verträge wären zu kündigen, sollte einer davon verletzt werden. Verfestigt wurde die Einpassung der schweizerischen Luftfahrtbranche in den EU-Rechtsraum sodann durch den Beitritt des Landes zur Luftfahrtbehörde European Aviation Safety Agency (EASA) im Jahr 2006.

Das Bundesamt für Zivilluftfahrt (Bazl) in Bern dient als Schweizer Instanz mehr oder weniger als Vollstrecker der EU-Regulierung. Die Bundesverwaltung hat die Übernahme von EU-Recht durch die Schweiz im Europabericht 2006 so umschrieben: «Das Abkommen über den Luftverkehr stellt einen Sonderfall in dem Sinne dar, dass es sich um ein teilweises Integrationsabkommen handelt, das den gesamten einschlägigen Acquis communautaire in diesem Bereich als gemeinsame Regeln der Parteien übernimmt und den Gemeinschaftsinstitutionen die Überwachung der Anwendung der Wettbewerbsregeln überträgt. Verletzungen dieser Regeln werden gegebenenfalls von der Kommission und vom Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften (EuGH) geahndet.»

Dies erinnert stark an das InstA. Die Bundesverwaltung strich damals als Vorteil des Abkommens heraus, für die Schweizer Fluggesellschaften gelte damit im europäischen Luftraum der Grundsatz der Nichtdiskriminierung. Sie kämen in den Genuss der Freiheiten des Luftverkehrs (ausser der achten Freiheit, der Kabotage), der Tariffreiheit, des Wegfalls von Kapazitätseinschränkungen sowie der Niederlassungs- und Investitionsfreiheit. Etwas diskreter wurde an anderer Stelle vermerkt, das Luftverkehrsabkommen fordere, dass die Schweiz den relevanten gemeinschaftlichen Besitzstand übernehme; Widersprüche in den Regelungen der Schweiz und der Gemeinschaft würden die korrekte Anwendung des Abkommens verhindern.

In der Praxis heisst das, dass auch inlandorientierte, lokale Märkte wie Helikopterdienstleistungen den EU-weiten Regeln unterliegen. Schweizer Vertreter können beim Ausgestalten der Regulierung in den einschlägigen Ausschüssen zwar mitreden, sind aber nicht stark genug, um sich wirksam gegen die Harmonisierung beziehungsweise die zwangsweise Integration in den Binnenmarkt zu wehren. Walliser und Innerschweizer Rettungspiloten werden ins gleiche EU-Korsett gesteckt wie ihre schwedischen und finnischen Kollegen, die stundenlang übers kalte Meer fliegen.

Der Kampf um das Pensionsalter von Helikopterpiloten veranschaulicht die Spannun-

gen noch klarer. In automatischer beziehungsweise dynamischer Übernahme von EASA-Vorschriften wollte der Bund seinerzeit für Piloten, die allein flogen, die Altersgrenze von 65 auf 60 Jahre zurückfahren. Die Branche wehrte sich gegen diese Einengung. Über eine Motion des damaligen Nationalrats Christophe Darbellay wurde via Parlament, gegen den Willen des Bundesrats, beim Pilotenpensionsalter eine Abweichung von der EU-Linie erzwungen.

Unternehmer im Dauerstress

Solche Freiräume gegenüber den EU-Vorgaben sind selten. Normalerweise gilt, dass EU-Erlasse nach ihrer Publikation auch für die Schweiz gelten. Ein Luftfahrt-KMU muss für den Flugbetrieb automatisch in die EASA-Dokumente schauen, mehrere tausend Seiten EU-Vorgaben lesen und diese möglichst beherzigen, wenn es seiner Tätigkeit nachgehen will. Der Bund schreibt im Zusammenhang mit der Übernahme des EU-Rechts, diese Regelwerke würden nicht in der amtlichen Rechtssammlung der Schweiz publiziert und nicht übersetzt. Sie werden auf der Website der EASA veröffentlicht und müssen von den Firmen in ihre Handbücher eingefüllt werden – inklusive jeder späteren Änderung.

«Die Umstellung auf die EU-Rechtsübernahme hat für die kleineren Firmen zu einer fünf- bis zehnfachen administrativen Belastung geführt», sagt Stucki. Früher sei man davon ausgegangen, dass das, was nicht verboten sei, erlaubt sei. Heute müsse man alles als verboten betrachten, was nicht ausdrücklich erlaubt werde – aber bei den mehreren tausend Seiten Regulierung sei es schwierig, den Überblick zu behalten. Nie sei man sicher, ob man wirklich alles gelesen und interpretiert habe, selbst das Bazl biete da oft wenig Orientierung. Ein selbständiger Unternehmer lebe im Dauerstress: Nach einem Arbeitstag im Flugzeug habe man sich früher die Frage gestellt: «Haben wir etwas falsch gemacht?» Heute laute die Frage anders: «Welche Regeln haben wir wohl alle verletzt?»

Das sind nicht nur Worte oder Gedanken, sondern eine Belastung für den Geschäftsalltag, da die staatlichen Inspektoren die zahlreichen Checklisten und Protokolle im Nachhinein durchkämmen und selbst kleinere Formfehler zu einem vorübergehenden Flugverbot für bestimmte Maschinen oder Piloten führen können. Wie Gerold Biner, Chef der Air Zermatt mit reicher Erfahrung in Rettungseinsätzen, schon mehrfach dargelegt hat, hat die offizielle Übernahme der EU-Regeln in der Schweizer Luftfahrt zu einem regelrechten Kräfterennen zwischen der von oben einwirkenden Bürokratie und dem in der Branche gepflegten gesunden Menschenverstand geführt. Per saldo hat das neue Regime seiner Ansicht nach die Unsicherheit erhöht. ○

Wettkämpfe

«Highway to Hell»

14,9 Kilometer: Das Inferno-Rennen in Mürren ist die längste Abfahrt der Welt. Im Ziel lacht einzig die Sonne.

Kleines Schilthorn unterhalb des Piz Gloria. Freizeitabenteurer und Spinner aus der ganzen Welt in engen Rennanzügen lockern ihre Oberschenkel. 1850 sind am Start.

Ich, Startnummer 1228, reihe mich zwei Plätze vor Hans-Peter ein. Er kenne die Strecke «auswendig», sein 55. Inferno-Rennen, zum vierten Mal erst die vollen 14,9 Kilometer. Der Schnee reiche bis ins Tal. «Ein Riesenerlebnis.»

Ich bin Neuling, hatte keine Zeit für eine Streckenbesichtigung, trage keinen Rennanzug, keine Abfahrtskri. Im Starthaus hängt eine Schnapsflasche. Mut antrinken. Im Zwölfsekundentakt werden die Rennfahrer ins Tal geschickt. Ich presche los auf der zerfurchten Piste. Am Horizont strahlen Eiger, Mönch und Jungfrau. Ein Genuss. Vorerst.



Vorerst ein Genuss: Autor Zeller in Mürren.

Drei Minuten dauert die Anfangshocke. Eine Ewigkeit. Die Oberschenkel brennen. Die Kräfte schwinden. Jede Kurve, jeder Schlag könnte fatal enden. «Bitte nicht ins Sicherheitsnetz», sagte meine Mutter. Die Kompressionskräfte im legendären Kanonenrohr: überstanden. Haarnadelkurve im Fotocorner: gemeistert. Dann eine Traverse. Zermürende Schlittschuhschritte. Hangaufwärts! Grotesk. Jetzt, im Kriechtempo, wird das Rennen zur Qual. Die Zuschauer peitschen an. Die Zunge hängt am Boden. Oben angekommen, weiss ich nicht, was schlimmer ist: das Delirium oder die erneute Gleiterstrecke. Sie zieht sich endlose fünf Kilometer bis nach Lauterbrunnen.

Entkräftet liege ich im Ziel. Der Erstklassierte benötigte 13:24 Minuten. Ein Schweizer aus Naters. Meine Grenzerfahrung dauerte 20:13 Minuten. Rang 1190. Jetzt dämmert mir, warum die Rennleitung in der Gondel das Lied «Highway to Hell» spielte.

Roman Zeller

Eine helvetische Frauenkarriere

Von der esoterischen Philosophin zur Pressesprecherin zur ewigen Beraterin zur hohen Staatssekretärin: der erstaunliche Aufstieg der Daniela Stoffel in die oberste Polit-Sphäre.

Von Urs Paul Engeler

Als sie, 27-jährig, 122 Seiten vollschrieb zum Thema «Reflexivität – Versuche des Nennens», nannte sie sich «Daniela Fatzer». Später bezeichnete sie sich als «Daniela Stoffel», auch als «Daniela Stoffel-Delprete» oder bisweilen als «Daniela Stoffel Del Prete». Heute definiert sie sich im Weiteren offen als Lebenspartnerin von Peter Minder, Medienchef des derzeitigen Bundespräsidenten Ueli Maurer (SVP) – alles aus ihrer Erkenntnis, dass Wort und Ding, Terminus und Substanz, Name und Mensch niemals identisch sind.

Schwurbel-Tradition der Antilogik

Aus der Feder der promovierten Philosophin (die selbstbezogenen «Versuche» wurden 1996 von der Universität Zürich auf Antrag des opak schillernden Professors Jean-Pierre Schobinger als Dissertation anerkannt) tönt das ab Anfangskapitel («Das Eigene des Nennens») wörtlich so: «Auf der für herrschend befundenen Befindlichkeit der Verschiedenheit von Bezeichnendem und Bezeichnetem ist eine Offenheit angezeigt. Indem das Bezeichnete nicht das Bezeichnende ist, ist es von diesem freigestellt. Diese Freiheit lässt offen, welches das Bezeichnete eines Bezeichnenden ist, und auch, was es ist. Gleichzeitig bietet erst die Auffassung von dieser Verschiedenheit diese Freiheit und bestimmt, worin sie sich entfalten kann. Eine weitere Verschiedenheit besteht unter Bezeichnendem selbst. In Absetzung voneinander finden sich Einheiten und lassen sich diese miteinander in eine Verbindung bringen. Einheiten stehen in einer Verbindung zueinander, welche die der Verschiedenheit ist.» Und so fort bis zum Schluss. «In diesem Bereich könnte die gesteigerte Aufmerksamkeit auf die Schwierigkeiten der wirkenden Negation und den Versuch des Auffangens ihrer oder des Entgegennens in einem Text fallen.»

Philosophiegeschichtlich wenig bewanderte Leser dürften Parallelen zu den köstlich-absurden Dialogen der Marx Brothers (etwa jenem über «the Sanity Clause» in «A Night at the Opera») ziehen; Fachleute erkennen in der sich ungebremst und unstrukturiert ergiessenden Nennversuchs-Schrift die esoterische Unverständlichkeitssprache in der Schwurbel-Tradition des unseligen Antilogikers Martin Heidegger: «Das Nichts nichtet» und «Als das hörend dem Sein Gehörende ist das Denken, was es nach seiner Wesensherkunft ist.»

Als Jörg Gasser, der erfolglose Staatssekretär für internationale Finanzfragen (SIF), Ende Ok-



«Das Eigene des Nennens»: Spitzenbeamtin Stoffel.

tober seinen Rücktritt erklärte, wurde gemäss Ausschreibung eine Person gesucht mit «Führungs- und Berufserfahrung in einer anspruchsvollen Funktion in der Verwaltung oder im Finanzsektor» sowie der Fähigkeit,

Stoffel wird plötzlich ein Amt mit einem 18-Millionen-Budget und 93 Mitarbeitenden leiten.

internationalen Finanz-, Steuer- und Währungsfragen strategisch zu führen. In der Rekordzeit von wenigen Wochen gefunden und Mitte Januar als «die Beste» vorgestellt wurde eine ewige Beraterin, die noch nie eine Institution oder einen Privatbetrieb oder eine Verwaltungsabteilung oder nur eine Sektion geleitet und noch keine Verhandlungsdelegation angeführt hat: Daniela Stoffel-Delprete, 50-jährig.

1998, im Alter von dreissig Jahren, war sie in den Dienst des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA) eingetreten; ab 2000 arbeitete sie im EDA-Mediendienst; fünf Jahre später übte sie die gleiche Funktion auf der Schweizer Botschaft in Washington aus. 2009 wechselte sie nach Berlin, wo sie Amtshandlungen wie eine nette Ansprache zur Eröffnung des «Spreewald Thermenhotels» in Burg, Präsenzen auf Wirtschaftsmessen und ähnliche Repräsentationsaufgaben wahrnahm und schliesslich zur Stellvertreterin des Schweizer Botschafters Tim Guldemann (SP) aufrückte.

Erotisch-politische Querverbindung

2015 tauchte sie kurzzeitig, je nach Nennversuch als «Diplomatische Beraterin» oder als «Stabsmitarbeiterin», bei der OECD in Paris auf. In der Verwaltungssprache wird der

Schnupperkurs zum «Secondment» hochgelobt. Diese Hospitanz genügte, um sie schon Ende 2015 im Rang einer Botschafterin als «Diplomatische Beraterin» ins SIF transferieren zu können. Ab Mitte 2016 rutschte sie dann, wiederum als «Diplomatische Beraterin», in die engste Umgebung von Departementschef Maurer. Zu diesem Zeitpunkt ungefähr, soweit die verlaublichen Termine («seit zweieinhalb Jahren») zutreffen, hat auch das Paarleben mit Peter Minder, dem obersten Medienberater des Bundesrats, seinen offiziellen Anfang genommen.

So wie niemand an dieser heiklen erotisch-politischen Kreuz- und Querverbindung an der Departementsspitze Anstoss nahm, so wenig erstaunt es nun nahe Beobachter, wie locker Daniela Stoffel als «Beste» den Quantensprung von der Konsultantin auf die allerhöchste Beamtenstufe schaffte. Pikant am Vorgang ist allerdings, dass sie bereits auf den Posten einer Botschafterin bei den Vereinigten Arabischen Emiraten berufen worden war, wie der Bundesrat am 14. Dezember 2018 verkündet hat. Doch sie trat die Aufgabe in Abu Dhabi, die einen schönen Karriereschritt bedeutet hätte, gar nicht an und bewarb sich, auf direktes Zuraten Ueli Maurers, nun um das Staatssekretariat, offenbar im Wissen, dass sie mit ihrer Absage kein Risiko eingeht. Maurer selbst bereitete ihre Wahl vor.

Zuversicht auf tiefem Niveau

Ab März wird Stoffel plötzlich ein Amt mit einem 18-Millionen-Budget und 93 Mitarbeitenden leiten, wichtige Banken-, Versicherungs- oder Blockchain-Gesetze vorbereiten und internationale Konfrontationen zu Steuer- und Finanzfragen bestehen müssen. Die ersten öffentlichen Durchsagen erstaunen. «Wir wollen den Schweizer Finanzplatz noch stärker machen», verkündete sie am Tag der Wahl, frohgemut, aber realitätswidrig. Vor allem das «noch» verblüfft. Die Fakten sind, dass die hiesigen Banken auf ein historisches Tief abgesackt sind, dass sie nur noch knapp 9 Prozent zum BIP beisteuern (ein Minus von gut 11 Prozent innert fünf Jahren), dass im gleichen Zeitraum 16 Prozent der Stellen abgebaut wurden und dass der Finanzplatz weiter bedrängt wird und schrumpft. Und die Analyse zeigt, dass die unterwürfige Politik des SIF gegenüber den aggressiven OECD-Gremien den nachhaltigen Abwärtstrend zumindest mitbewirkt hat.

Gleichwohl jubelt die neue Staatsfrau: «Das SIF ist an einem ganz anderen Ort, als es war zu Beginn. Wir sind aus der Rückenlage herausgekommen, auch aus der Krisenstimmung. Wir haben die Chancen uns erstens erarbeitet, und zweitens nutzen wir sie auch.» Als «Chancen» sieht sie «Regulierungen», «exzellente Regulierungen», «Hausaufgaben machen», um gegenüber dem Ausland «verlässlich» zu sein, also eine Weiterführung der Anpassungspolitik des SIF. Die Zuversicht verharrt auf tiefem Niveau. ○

Gesundheit

Ruf nach Vertragsfreiheit

Die Krankenkassenprämien bereiten den Leuten zunehmend Sorgen. Politiker versuchen die Last auf den Staat umzulagern. An den Markt denkt niemand.

In Sorgenbarometern, Politikumfragen und anderen Stimmungsindikatoren rückt das Unbehagen über die steigenden Krankenkassenprämien in den Vordergrund. In den privaten Haushalten haben die Gesundheitsausgaben Mitte der 1990er Jahre rund 10 Prozent des Haushaltbudgets ausgemacht. Heute sind es im Durchschnitt etwa 15 Prozent. Gerade umgekehrt, von 14 auf 10 Prozent Anteil, entwickelten sich in dieser Zeit die Ausgaben für Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke. Dass Gesundheitspflege viel teurer geworden ist als das mindestens so lebenswichtige Essen, spüren die normalen Leute besonders an den Krankenkassenprämien.

Wem es in Politik oder Verwaltung gelingt, die Prämienlast der Haushalte zu verringern, darf deshalb mit Beifall rechnen. Soeben hat das Bundesgericht von vielen Seiten Applaus erhalten, weil es entschieden hat, dass der Kanton Luzern bei der individuellen Prämienverbilligung zu knausrig sei und seine prämienbelasteten Bürger grosszügiger subventionieren müsse. Die Verbilligungen der Prämien für niedrigere Einkommen haben langfristig an Bedeutung gewonnen und tragen dazu bei, dass die Krankenversicherten selber nicht genau spüren, wie viel das Gesundheitswesen wirklich kostet. Steuerzahler-Geld ersetzt private Zahlungen.

Vorbild Nahrungsmittelsektor

In die gleiche Richtung geht die Prämienentlastungsinitiative der Sozialdemokraten, die fordern, dass kein Haushalt mehr als 10 Prozent seines Budgets an die Krankenkassen abliefern solle. Die CVP tritt mit einer eigenen Initiative an: «Für tiefere Prämien – Kostenbremse im Gesundheitswesen». Bundesversammlung, Bundesrat und Kantone müssten eingreifen, sollten die Gesundheitskosten allzu stark steigen. Die Kosten dämpfen – das ist auch das Ziel von Krankenkassenverbänden, Konsumentenschutzorganisationen und Bundesbehörden. Im einen Jahr versucht der Bund die Medikamentenpreise zu reduzieren, im andern Jahr die Arzttarife, ein andermal die Häufigkeit von Behandlungen, ohne dass sich jedoch eine anhaltende Kostendämpfung ergibt.

Dann soll man wenigstens die Qualität der Leistungen verbessern – das ist die Absicht der Ständeräte und Kassenvertreter, denen umfangreiche Massnahmen zur Überwachung der Leistungen sowie die Errichtung einer hoheitlichen Qualitätsorganisation vorschweben. In einer Zeit, in der die Ärzte darüber klagen, dass sie vor lauter Ausfüllen von Formularen, Kontrollieren und Dokumentieren

kaum mehr Zeit hätten für ihre Patienten, sollen also zusätzliche Verhaltensvorschriften und Checklisten eingeführt werden. Die Erwartungen an solche Systeme darf man nicht zu hoch ansetzen. So läuft etwa das elektronische Patientendossier, das als grosses Modernisierungsprojekt der Gesundheitsbranche gilt, einfach auf einen Austausch von PDF-Dateien hinaus.

Im ganzen Konzert der Verbesserungsvorschläge scheint es fast, als suchten alle beteiligten Parteien vor allem die Gesundheitsverwaltung zu perfektionieren und zu verhindern, dass Marktkräfte Raum erhalten oder



Mässige Kostendämpfung.

ligten Parteien vor allem die Gesundheitsverwaltung zu perfektionieren und zu verhindern, dass Marktkräfte Raum erhalten oder

Wem es gelingt, die Prämienlast der Haushalte zu verringern, darf mit viel Beifall rechnen.

besser wirken können. Jedenfalls ist der Ruf nach Vertragsfreiheit kaum zu hören. Es wird als normal und richtig angesehen, dass die Krankenkassen jedes Spital und jeden Arzt als Geschäftspartner anerkennen müssen, dass also deren Leistungen automatisch über die Versicherung abgerechnet werden. Würde dieser Vertragszwang aufgehoben, hätten die Kassen automatisch mehr Anreize, auf die Qualität der bezogenen Leistungen zu achten, was schliesslich den Versicherten oder Patienten zugutekäme.

Auf jeden Fall staunt man immer wieder darüber, wie günstig der von Vertragsfreiheit geprägte Nahrungsmittelsektor erstklassig-lebenswichtige Produkte anbietet, während man gleichzeitig steigende Spital-, Arzt- und Medikamentenkosten sieht, denen nach Einschätzung vieler Fachleute zu einem Fünftel oder gar einem Drittel kein Nutzen gegenübersteht. *Beat Gygi*

Deutschland im Widerstand

Nie hörte man öfters «Nazis raus» als heute. Das zeigt, wie wenig die deutsche Demokratie inzwischen von rechten Extremisten bedroht ist.

Von Erik Ebnetter

Am 1. Januar schrieb eine ZDF-Korrespondentin auf Twitter: «Nazis raus». Gefragt, wer denn ein Nazi sei, antwortete sie: «Jede/r, der/die nicht die Grünen wählt.» Das war ironisch gemeint, wie sie ein paar Tage später erklärte, aber da hatten ihre Tweets in Deutschland längst eine Debatte entfacht, die immer noch glüht. Mit aller Gründlichkeit wird in den Medien erörtert, wer ein «Nazi» sei und was «raus» bedeute. Manche finden, die Parole verharmlose den historischen Nationalsozialismus, während andere erklären, der «Kampf gegen rechts» zeuge von besonderer historischer Sensibilität. Zeitweise war «Nazis raus» das meistgebrauchte Schlagwort auf Twitter in Deutschland.

Der Aufstieg der AfD, die sich als erste Partei rechts der Union etablierte, verunsichert das Land zutiefst. Der Verfassungsschutz prüft sogar, ob die AfD verfassungsfeindliche Ziele verfolge, obschon programmatisch nichts darauf hindeutet. Die AfD bekennt sich zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit und bezieht sich bereits in der Präambel ihres Grundsatzprogramms zustimmend auf das Grundgesetz, wie sich in Deutschland überhaupt ein besonderer Stolz auf die Verfassung herausgebildet hat. Dolf Sternberger, ein Politikwissenschaftler und Journalist, sprach schon in den siebziger Jahren von «Verfassungspatriotismus», um dieses Phänomen zu beschreiben.

«Maske der Legalität»

Tatsächlich zeigt die «Nazis raus»-Debatte, dass rechte Extremisten in Deutschland nicht bedeutender, sondern unbedeutender geworden sind. Was überraschend klingen mag, erklärt sich aus der Geschichte. Als 1949 die Bundesrepublik mit Bonn als Hauptstadt entstand, war Deutschland ein geteiltes Land ohne grosse republikanische Tradition. Repräsentative Umfragen in Westdeutschland ergaben, dass über die Hälfte der Bevölkerung den Nationalsozialismus mit seinem Führerprinzip für eine gute Idee hielt, die nur schlecht ausgeführt worden sei. Noch 1955 meinte fast die Hälfte, dass «Hitler ohne den Krieg einer der grössten Staatsmänner gewesen wäre». Dwight Eisenhower, der amerikanische General und spätere Präsident, schätzte 1945, gleich nach dem Krieg, es werde fünfzig Jahre dauern, bis die Deutschen zu Demokraten erzogen seien.

Das Schicksal der Weimarer Republik, die als Demokratie ohne Demokraten galt, diente als

warnendes Beispiel. Als der Parlamentarische Rat das Grundgesetz erarbeitete, waren seine Mitglieder darauf bedacht, jeder Revolution die «Maske der Legalität» zu nehmen, wie es Thomas Dehler, ein bekannter Verfassungsvater, formulierte. Eine sogenannte Ewigkeitsklausel sollte garantieren, dass die «freiheitlich-demokratische Grundordnung» legal nicht beseitigt werden kann. Der Passus war eine Reaktion auf die Erfahrungen von 1933, als Adolf Hitler, kaum Reichskanzler geworden, mit Ermächtigung des Reichstags eine Diktatur zu errichten begann. Die Bundesrepublik sollte dagegen eine «wehrhafte Demokratie» sein. Später wurde sogar das Widerstandsrecht im Grundgesetz verbrieft.

Brauner Spuk

Der erste Stresstest für die neue Ordnung war die Sozialistische Reichspartei (SRP), die ab 1949 eine «Führungsdemokratie» propagierte. Fritz Dorls, ihr Vorsitzender, der damals im Bundestag sass, erklärte an einer Pressekonferenz rundheraus, die Gaskammern seien eine

Der Verfassungsschutz beziffert die Szene auf 24 000 Personen oder 0,03 Prozent der Bevölkerung.

«revolutionäre Technik» gewesen und das Regime von Adolf Hitler der «Höhepunkt einer revolutionären Entwicklung des Abendlandes». Die SRP hatte sich zum Ziel gesetzt, die «nationalsozialistische Revolution» zu vollenden, was mit der «Maske der Legalität», wie Dehler gesagt hatte, nicht möglich sein sollte. Dehler, inzwischen Bundesjustizminister unter Konrad Adenauer, versicherte Dorls jedoch, sich gegen ein Verbot der SRP einzusetzen. Er lud ihn sogar in sein Büro ein, um die Sache zu besprechen. «Nazis raus»? Selbst Adenauer befand, «umstürzlerische Bestrebungen solle man ruhig ans Tageslicht kommen lassen».

Dorls und die SRP traten auf, als sei Hitler nie gestorben, sein Regime nie untergegangen: uniformierte Saalordner, rote Fahnen, schwarze Reichsadler, dazu Hitlergruss, «Heil»-Rufe und Marschmusik. Der braune Spuk blieb auch im Ausland nicht unbemerkt, und nachdem die SRP in der niedersächsischen Landtagswahl von 1951 auf einen Wähleranteil von über 10 Prozent gekommen war, schrieb *Le Matin* in Paris: «Wenn Bonn nicht die Kraft besitzt, die neuen Nazis nieder-

zuschlagen, dann müssen es die Besatzungsmächte tun, bevor es zu spät ist.» Die Bundesregierung reagierte schliesslich und unterstützte ein Parteiverbot. 1952 liess das Bundesverfassungsgericht die SRP auflösen, als erste Partei der Bundesrepublik.

Ein paar Jahre später veröffentlichte der Schweizer Journalist Fritz René Allemann ein Buch über die neue deutsche Republik. Es hiess «Bonn ist nicht Weimar», und das Urteil galt als so optimistisch, dass es bald weiterherum bekannt war. Es fällt schwer, sich heute vorzustellen, wie verhalten die neue Ordnung einst aufgenommen wurde. Dolf Sternberger schrieb 1979: «Es herrschte kaum Begeisterung vor dreissig Jahren, als der Parlamentarische Rat die Arbeit abschloss.» Die Bundesrepublik sollte ein Provisorium sein, und das



Wäre die Lage ernst, verböte sich solcher Unernst:

Grundgesetz erhielt seinen bescheidenen Namen, um diesen provisorischen Charakter des neuen Staates zu unterstreichen. Das Ziel, formuliert in der Präambel, war die Wiedervereinigung von West- und Ostdeutschland. Sie erfolgte 1990, fast ein halbes Jahrhundert nach Kriegsende, als das Grundgesetz – und sei es nur sein Name – längst unantastbar geworden war.

Glühender Hitler-Verehrer

Allemann sollte recht behalten: Bonn war nicht Weimar – und das gilt auch für Berlin, das wiedervereinigte Deutschland. Der Rechtsextremismus vermag die Republik heute nicht zu gefährden. Der Verfassungsschutz beziffert die rechtsextreme Szene auf 24 000 Personen oder 0,03 Prozent der Bevölkerung. Die grösste Partei dieses Spektrums ist die NPD, die in der letzten Bundestagswahl auf einen Wähleranteil von 0,4 Prozent kam. Sie fordert für «Fremde in Deutschland» eine «Rückkehrpflicht in ihre Heimat» und bezeichnet multikulturelle Gesellschaften als «unmenschlich». Das Bundesverfassungsgericht schrieb 2017, die NPD strebe nach einem «autoritären Nationalstaat», ausgerichtet an der «ethnisch definierten <Volks-

gemeinschaft»», habe aber «in absehbarer Zeit keine Möglichkeit, ihre verfassungsfeindlichen Ziele erfolgreich zu verfolgen». Ein Verbotsantrag wurde abgelehnt.

Das heisst nicht, dass von Rechtsextremen keine Gefahr ausgehe. Drei Personen, zwei Männer und eine Frau, bildeten von 1999 bis 2011 den «Nationalsozialistischen Unter-

Es ist paradox: Je länger Hitler tot ist, desto stärker wird er bekämpft.

grund» und ermordeten zehn Menschen. Dass es sich dabei um neonazistischen Terror handelte, wurde erst klar, als die Gruppe aufflog. Sie konnte sich über all die Jahre auf ein Netzwerk von Sympathisanten verlassen, ohne dass bekannt ist, wie viele Personen von ihrem Tun wussten. Der Verfassungsschutz schätzt die Zahl der gewaltbereiten Rechtsextremisten auf 12 700 Personen, und wenn nur ein kleiner Teil von ihnen gemeinsam auftritt, wirkt das schnell bedrohlich. Aber die Staatsordnung bekämpfen, wie das eine SRP tat, kann eine NPD nicht. Die meisten Deutschen sind heute

Demokraten und halten den Nationalsozialismus nicht mehr für eine gute Idee, die nur schlecht ausgeführt worden sei. Die fünfzig Jahre, von denen Eisenhower gesprochen hatte, sind vergangen.

Die «Nazis raus»-Debatte veranschaulicht, wie sich Deutschland verändert hat. «Ich verbiete es mir, mich Nazi zu nennen», sagte Otto Ernst Remer, ein SRP-Politiker und glühender Hitler-Verehrer, noch 1951. «Ich war, ich bin und bleibe Nationalsozialist.» Seine Partei stellte die Systemfrage, und es war ungewiss, ob die junge Bundesrepublik ihren Bürgern ein Leben in Freiheit und Sicherheit ermöglichen würde. Wer von «Nazis» sprach, meinte Leute wie Remer, die alles daransetzten, einen nationalsozialistischen Führerstaat zu errichten. Solange die Republik ernsthaft von rechts gefährdet war, galten Nazi-Vergleiche in der deutschen Öffentlichkeit als deplatziert. Erst Jahrzehnte nach dem Krieg, als Deutschland längst ein friedliches Land war, taten sich immer mehr prominente Politiker damit hervor.

«Ihr seid die besten Nazis»

Franz Josef Strauss, der bayrische Ministerpräsident und spätere Kanzlerkandidat der Union, schimpfte 1979, als ihn eine Menschenmenge auspiffte: «Ihr seid die besten Nazis, die es je gegeben hat!» Oskar Lafontaine, der Bürgermeister von Saarbrücken und spätere Kanzlerkandidat der SPD, erklärte 1982, als die Bundesregierung die Aufrüstung forcierte: «Helmut Schmidt spricht weiter von Pflichtgefühl, Berechenbarkeit, Machbarkeit, Standhaftigkeit. Das sind Sekundärtugenden. Ganz präzis gesagt: Damit kann man auch ein KZ betreiben.» Und Helmut Kohl, der Bundeskanzler, sagte 1986 über Michail Gorbatschow, den starken Mann der Sowjetunion: «Der versteht was von PR. Der Goebbels verstand auch was von PR.» Heute twittert Heiko Maas, der deutsche Aussenminister: «Nazis raus».

Was es im Englischen längst ist, wird «Nazi» auch im Deutschen: ein Schimpfwort, das alles Mögliche bezeichnen kann, nur ohne die ironische Brechung, die es in der angelsächsischen Welt oft hat. Wenn eine deutsche Fernsehkorrespondentin schreibt, jeder, der nicht die Grünen wähle, sei ein Nazi, diskutiert das Land wochenlang über Sinn und Unsinn einer solchen Aussage. Deutschland wirkt in solchen Momenten wie ein Land im Widerstand. Es ist paradox: Je länger Hitler tot ist, desto stärker wird er bekämpft. Unterdessen regiert Angela Merkel seit vierzehn Jahren in Berlin und damit gleich lang wie Konrad Adenauer einst in Bonn. Das Grundgesetz, demokratisch legitimiert und in zwei Republiken erprobt, bildet inzwischen das stabile Fundament, das solch frivole Debatten über angebliche Nazis erst möglich macht. Wäre die Lage ernst, verböte sich solcher Unernst. ○



Peter Sellers in «Dr. Strangelove», 1964.



«Korrumpierte Leute werden in Brasilien kein leichtes Spiel mehr haben»: Präsident Bolsonaro.

«Ich liebe Frauen!»

Brasiliens Präsident Jair Bolsonaro über das «schwache Geschlecht», die Notwendigkeit eines Regimewechsels in Venezuela und über seine Sympathien für Donald Trump.

Von Lally Weymouth

In der letzten Woche hatte der neue brasilianische Präsident Jair Bolsonaro am Weltwirtschaftsforum in Davos seinen ersten internationalen Auftritt. Bolsonaro, wegen seiner populistisch-nationalistischen Politik und seiner Bewunderung für den US-Präsidenten als «Trump der Tropen» bezeichnet, führte einen ungewöhnlichen Wahlkampf, hauptsächlich über die sozialen Medien. Nun muss er eine stagnierende Wirtschaft ankurbeln, ausländische Investoren ins Land holen, Kriminalität und Korruption bekämpfen. Er sprach all jene Brasilianer an, die genug haben von einer schweren Rezession und einem massiven Korruptionsskandal. Lally Weymouth von der *Washington Post* traf ihn in Davos.

Herr Bolsonaro, Sie sind der erste brasilianische Präsident seit Jahren, der für freundschaftliche Beziehungen zu den USA eintritt. Bewundern Sie Donald Trump?

Ja, ich bewundere ihn, weil er angetreten ist, Amerika wieder gross zu machen. Auch wir wollen ein grosses Brasilien. Bei uns

werden seit alters Präsidenten gewählt, die Feinde der USA sind. Ich dagegen habe die Amerikaner und ihre Politik immer bewundert. Ich hatte bislang fünf, sechs Begegnungen mit hohen US-Regierungsvertretern, darunter [Sicherheitsberater] John Bolton. Ich habe vor, die USA im März zu besuchen.

Wie stehen Sie zum venezolanischen Präsidenten Nicolás Maduro? Würden Sie einen Regimewechsel befürworten? Was könnte Brasilien in dieser Hinsicht tun?

Wir waren immer gegen Maduro, vor allem, weil er enge Beziehungen zu den ehemaligen Präsidenten Lula da Silva und Dilma Rousseff pflegte und natürlich auch zu Kuba. In Venezuela braucht es einen Regimewechsel.

Wie soll das passieren?

Maduro muss abtreten. Da er 70 000 Kubaner auf seiner Seite hat, wird es nicht ganz leicht sein, ihn aus dem Amt zu entfernen.

Wären Sie bereit, brasilianische Truppen einzusetzen?

An einer militärischen Intervention werden wir uns nicht beteiligen. Wir haben keine

Tradition, Probleme durch militärische Interventionen zu lösen.

Gleichzeitig ist Venezuela eine humanitäre Tragödie.

Wir haben venezolanische Flüchtlinge bereitwillig aufgenommen. Wir haben sie im ganzen Land untergebracht und versorgen sie. Wir sind bis an die Grenze unserer Möglichkeiten gegangen und haben Maduro unmissverständlich klar gemacht, dass Brasilien ein anderes Regime in Venezuela wünscht.

Glauben Sie, dass Maduro sich davon beeindruckt lässt?

Ich denke schon. Nach Informationen unseres Geheimdienstes herrscht unter Armeeangehörigen grosse Unzufriedenheit. Der frühere Präsident Hugo Chávez hat die Armee eingebunden. Aber die Streitkräfte signalisieren, dass der Zusammenhalt nicht mehr so stark ist wie früher.

In den USA haben Sie mit Ihren Bemerkungen über Frauen und Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender (LGBT) für Befremden gesorgt. Sie haben gesagt, eine

Tochter zu haben, sei eine «Schwäche». Dabei haben Sie selbst eine Tochter! Eines Ihrer Kabinettsmitglieder (Damares Alves, die Ministerin für Frauen, Familie und Menschenrechte) sagte nach Ihrem Amtsantritt, dass «Jungen blau und Mädchen rosa tragen». Muss das wirklich sein? Was versprechen Sie sich davon?

Man hat mir vorgeworfen, dass ich gegen Frauen, Schwarze, Schwule und Indigene bin. Wenn das stimmen würde, hätte ich dann die Wahlen gewonnen, für die ich weniger als eine Million Dollar ausgegeben habe?

Aber Sie müssen dazu etwas sagen! Wie können Sie eine Tochter als Zeichen von Schwäche bezeichnen?

Diese Bemerkung war nicht ganz ernst gemeint. Bei uns sind scherzhafte Bemerkungen völlig normal.

Aber Sie müssen etwas dazu sagen.

Ich habe meinen Standpunkt dazu bereits dargelegt.

Sie haben gesagt, dass Ihnen ein drogensüchtiger Sohn lieber wäre als ein Sohn, der schwul ist. Würden Sie heute sagen, dass Sie Präsident aller Brasilianer sind und dass Sie diese Bemerkung lieber nicht gemacht hätten?

Das ist mir neu. Ich wüsste nicht, dass ich das gesagt hätte.

So wurde es berichtet.

Glauben Sie den Printmedien? Wirklich?

Ja, ich bin mit Printmedien gross geworden.

Ich will Ihre Medien nicht in Zweifel ziehen. In Brasilien sind alle gleich – die Zeitungen.

Können Sie den Frauen und der LGBT-Community versichern, dass sie einen Platz in Ihrem Brasilien haben?

Ich liebe Frauen!

Und können Sie den LGBT-Menschen versichern, dass sie einen Platz in Brasilien haben?

In unserem Brasilien ist für jeden Platz. Ich möchte, dass alle zufrieden sind. Aber ich werde nicht zulassen, dass 6-Jährige in der Schule mit homosexuellen Inhalten konfrontiert werden.

Wie stehen Sie zur Demokratie? Sie haben sich während des Wahlkampfs als Bewunderer der Militärdiktatur bezeichnet, die in Brasilien von 1964 bis 1985 geherrscht hat. Sie haben sich anerkennend über die Verhältnisse vor vierzig oder fünfzig Jahren geäussert. Ihrer Regierung gehören etliche Offiziere an.

Die Armee hat Brasilien gerettet.

Die Armee hat Brasilien gerettet?

Die Armee hat Brasilien 1964 vor einer potenziellen Diktatur bewahrt.

Sie selbst, Herr Präsident, wurden demokratisch gewählt. Treten Sie im heutigen Brasilien für Demokratie ein?

Wir werden die Demokratie um jeden Preis verteidigen. In der Regierung von Dilma Rousseff sassen mehrere Terroristen, und niemand hat etwas gesagt. Lula da Silva und Dilma haben mit Fidel Castro sympathisiert und sich lobend über das Nordkorea von Kim Jong Un geäussert. Diese Leute haben von Demokratie in Brasilien geredet. Ich

«Die Armee hat Brasilien 1964 vor einer potenziellen Diktatur bewahrt.»

stehe für Freiheit und Demokratie. Unsere Streitkräfte garantieren das.

In den Vereinigten Staaten haben wir grossartige Streitkräfte, aber auch eine grossartige Demokratie. Man kann also beides haben.

Die Streitkräfte sind der Garant für Demokratie.

Während des Wahlkampfs haben Sie oft davon gesprochen, dass Sie die Korruption beenden werden, auch den Geldwäschenskandal «Operation Lava Jato», in den viele Politiker verwickelt waren. Sie haben Sérgio Moro als Justizminister ernannt. Was wird Ihre Regierung im Kampf gegen die Korruption unternehmen?

Justizminister Sérgio Moro verfügt über alle Mittel, um die Sache aufzuklären. Korrupte Leute werden in Brasilien kein leichtes Spiel mehr haben.

Ich muss Sie zu dem Skandal um Ihren Sohn befragen, den unlängst gewählten Senator Flávio Bolsonaro. Ihr Sohn soll mehrere Personen beschäftigt haben, die enge Beziehungen zu kriminellen Banden unterhielten.

Diese Geschichte hat nichts mit der Regierung zu tun und geht auch Sie nichts an – aber ich werde Ihnen sagen, wie ich dazu stehe. Dass Flávio so viel Aufmerksamkeit erregt, liegt einfach an seinem Familiennamen Bolsonaro. Was bislang über ihn verbreitet wurde, ist das Ergebnis politischer Beschuldigungen von Leuten, die meine Regierung kritisieren wollen. Mein Sohn hat immer mit der Militärverwaltung des Bundesstaates Rio de Janeiro zusammengearbeitet und Angehörigen der Armee, die sich im Kampf hervorgetan haben, mehr als 300 Orden und Ehrentitel verliehen. Gegen zwei dieser Männer wurde nun Anklage erhoben. Denjenigen, der den Orden verleiht, trifft natürlich keine Schuld. Sollten Beweise gegen meinen Sohn vorgelegt werden, wird er, wie jeder andere auch, verurteilt werden und seine Strafe verbüssen.

Sie haben oft über Verbrechensbekämpfung gesprochen. Seit Ihrem Amtsantritt sind die Waffengesetze gelockert worden. Ist das eine sinnvolle Art der Verbrechensbekämpfung?

Meine Kritiker waren dreizehn Jahre lang in Brasilien an der Macht. Sie haben dafür gesorgt, dass unbescholtene Bürger kaum die Möglichkeit hatten, Waffen zu besitzen. Infolgedessen ist die Kriminalität gestiegen. 2005 haben sich die Brasilianer in einem Referendum dafür ausgesprochen, dass es ihr legitimes Recht ist, Waffen und Munition zu besitzen. Ich habe diese Entscheidung lediglich umgesetzt.

Sie haben einen ungewöhnlichen Wahlkampf geführt, von zu Hause aus, von Ihrer Couch aus – weitgehend über die sozialen Medien, und Sie haben nicht sehr viel Geld ausgegeben.

Das war keine freiwillige Entscheidung, denn ich musste wegen einer Messerattacke 22 Tage im Krankenhaus verbringen.

Das passierte während des Wahlkampfs, nicht wahr?

Bei einer Kundgebung. Meine Anhänger trugen mich auf den Schultern. Rund 30 000 Leute waren zusammengekommen. Jemand, der der linken PSOL nahesteht, griff mich mit einem Messer an.

Wenn ich richtig informiert bin, müssen Sie nach Ihrer Heimkehr abermals operiert werden.

Ja, am nächsten Montag.

Die Rentenreform gilt als das wichtigste wirtschaftliche Vorhaben in Brasilien. Es könnte unangenehme politische Konsequenzen haben, wenn Sie das Renteneintrittsalter erhöhen und die Renten kürzen. Stimmen Sie mir zu?

Die anvisierte Reform ist unpopulär... Wenn sie nicht durchkommt, werden wir einen ökonomischen Zusammenbruch erleben.

Werden Sie die Rentenform durch das Parlament bekommen?

Es gibt keine Alternative.

Sie haben gesagt, dass Sie vielleicht nur eine Amtszeit als Präsident amtiert werden – wegen der unpopulären Dinge, die Sie anpacken müssen.

Das ist eine Möglichkeit, ja.

Sie haben also beschlossen, nicht ein zweites Mal zu kandidieren?

Die Entscheidung ist noch nicht gefallen.

Sie haben Ihr Amt ja gerade erst angetreten.

Man muss als Regierungschef mit gutem Beispiel vorangehen.

Indem man wichtige, aber unpopuläre Dinge anpackt?

Diese Reformen müssen im ersten Jahr durchgeführt werden, denn später wird es schwer, etwas zu bewegen.

Aus dem Englischen von Matthias Fienbork

Lally Weymouth ist leitende Mitherausgeberin der *Washington Post*. In ihrer Karriere interviewte sie Saddam Hussein, Oberst Gaddafi und Baschar al-Assad und jeden israelischen Premierminister seit 1981. Vorliegendes Interview mit Bolsonaro gewährte Weymouth der *Weltwoche* als exklusiven Nachdruck.

Big Brother in China

In China schreitet die Überwachung bis in die Privatsphäre rasch voran. Über zehn Millionen Chinesen stehen auf schwarzen Listen. Für die Regierung sind dies Mittel zur Volkserziehung. Kritiker sehen das Land der Mitte auf dem Weg in die digitale Diktatur. Doch viele Chinesen befürworten das Kontrollsystem. *Von Filip Jirous*

Vor ein paar Jahren wollte der chinesische Geschäftsmann Lao Duan* mit dem Hochgeschwindigkeitszug von seinem Wohnort in der Provinz Henan nach Peking reisen. Doch obwohl er das nötige Geld hatte, wurde ihm das Ticket verweigert. Dem Buchungsportal konnte er entnehmen, dass er als «nicht vertrauenswürdig» registriert war und deshalb nicht mehr mit einem Hochgeschwindigkeitszug fahren oder ein Flugticket kaufen konnte. In dem Moment begriff er, dass er auf der schwarzen Liste des neuen staatlichen Sozialkreditsystems gelandet war.

Lao Duan stand auf der Liste, weil er, nachdem die Regierung neue Umweltschutzbestimmungen erlassen hatte, mit seinem Kohleunternehmen bankrottgegangen war und einen Kredit nicht zurückbezahlt hatte. 1,5 Millionen US-Dollar schuldete er den Banken. In den meisten anderen Ländern würde man einfach Insolvenz anmelden, das Geschäft neu aufstellen und Kredite schrittweise abzahlen, ohne dass einem der Staat nennenswerte Hindernisse in den Weg legen würde. Nicht so in China.

Lao Duan stellte bald fest, dass an vielen Orten in seiner Heimatstadt sein Gesicht plakatiert war, zusammen mit seinem Namen und der Ausweisnummer. Er wurde öffentlich als Schuldner angeprangert, wie das amerikanische National Public Radio berichtet, das den Fall von Lao Duan dokumentiert hat. Die Leute begannen ihn anders zu behandeln, er ging ihnen aus dem Weg. Mit der Zeit fand er heraus, dass er nicht allein war. Viele Menschen, die er kannte, standen ebenfalls auf der Liste. Sie versuchten, einander bei der Rückzahlung ihrer Schulden zu unterstützen. Aber selbst wenn sie es schafften, bedeutete das nicht, dass ihr Name von der Liste gestrichen wurde. Es geht nicht um Gerechtigkeit, gemäss welcher ein Fehler wieder gutgemacht werden kann, sondern darum, die Bevölkerung zu «korrektem» Verhalten zu erziehen.

Meistens straffällig gewordene Personen

Von dem Sozialkreditsystem wurde zum ersten Mal in den nuller Jahren berichtet. China erlebte einen tiefgreifenden und schnellen Wandel, der viel Geld mit sich brachte. Abermillionen liessen die Armut hinter sich, Städte boomten, aber auch Habgier und Betrug griffen um sich. Viele Unternehmen betrogen Kunden, zugesagte Dienstleistungen oder Waren wurden nicht geliefert, Produktfälschungen tauchten in grossem Umfang auf,

und es entstand eine Atmosphäre des Misstrauens.

Das Sozialkreditsystem ist eine Antwort auf dieses Problem und wird deshalb auch von den meisten Chinesen befürwortet. Die Leute wollen wissen, ob die Person, mit der sie gerade ein Geschäft abschliessen, vertrauenswürdig sei, ob die Firma, bei der sie etwas kaufen wollen, durch Betrug aufgefallen sei. So kam die chinesische Regierung auf die Idee, Daten zu sammeln und unter den Behörden auszutauschen, damit selbst lokale Beamte wissen, mit wem sie es zu tun haben.

Die schwarzen Listen sind der sichtbarste und eindeutigste Teil des Sozialkreditsystems. Bei den Betroffenen handelt es sich meist um Personen, die straffällig geworden sind oder ein Bussgeld nicht bezahlt haben. Viele von ihnen sind Leute, die ihre Schulden nicht zurückzahlen konnten, manche kommen aber auch wegen kleineren Vergehen auf spezielle Listen, etwa wegen Rauchens in der Staatsbahn oder Überquerens der Strasse bei Rotlicht.

Auf einer solchen Liste steht auch Liu Hu, ein Investigativjournalist in Chongqing, der über Korruption unter hochrangigen Parteifunktionären berichtete und Mordserien aufdeckte. Er veröffentlichte diese Geschichten auf einem Blog, in den sozialen Netzwerken hatte er zwei Millionen Follower. Dann wurde er im Zusammenhang mit einer seiner Reportagen wegen übler Nachrede angeklagt.

Nach einem Jahr Haft wurde Liu dazu verurteilt, sich öffentlich zu entschuldigen und eine Geldbusse von 9000 Renminbi (etwa 1300 Dollar) zu bezahlen. Ausserdem sollte er für die Prozesskosten aufkommen. In der Folge stellte er fest, dass in einem ähnlichen Fall die unterlegene Partei nur zu einer Busse von 500 Renminbi verurteilt worden war. Daraufhin beschloss er, nur den Betrag zu zahlen, sich aber nicht zu entschuldigen.

Im Mai 2017 stellte Liu fest, dass sein Name auf der schwarzen Liste stand. Er galt nun öffentlich als «unehrliche» Person. Nicht weil er sich nicht entschuldigt hatte, sondern weil er das Geld auf ein falsches Konto überwiesen hatte. Er brachte das sofort in Ordnung, doch das Gericht erklärte, er werde weiterhin auf der Liste erscheinen, weil er sich nicht entschuldigt habe. Daraufhin überwies er die für eine Veröffentlichung nötigen Gebühren und beglich auch die Prozesskosten, aber nichts passierte.

Als er in einem Artikel darüber schrieb und konstatierte, dass er zu Unrecht auf der Liste

stehe, was für einiges Aufsehen sorgte, rief ihn der Richter an. Um seine Entschuldigung zu veröffentlichen, müsse er einen Betrag von 7000 oder 32 000 Renminbi (1000 bzw. 4600 Dollar) zahlen, je nachdem in welcher Zeitung seine Erklärung erscheinen solle. Liu beschloss, nichts zu unternehmen. Und so gilt er weiterhin als «unzuverlässig». Gemäss der landesweiten englischsprachigen Tageszeitung *Global Times* stehen inzwischen mehr als zehn Millionen Personen auf diesen Listen. Ganz anders liegen die Dinge bei Jiao*, einem jungen Mann aus der südchinesischen Megacity Shenzhen. Er benutzt sein iPhone für fast alles, wie die meisten Grossstädter. Er bezahlt seinen Kaffee bei Starbucks per WeChat Pay oder Alipay, er kauft Zugtickets oder Kleider per Smartphone, bezahlt Taxifahrten mit einer App, kommuniziert mit seinen Freunden



Die Mehrzahl der Chinesen interessiert vor allem,

auf WeChat und so weiter. Wie viele andere junge Leute meldete er sich bei dem Programm Sesame Credit an. Alibaba, der führende IT-Gigant, der dieses Projekt entwickelt hat, kann auf diese Weise alle Online-Aktivitäten von Jiao kontrollieren. Anhand dieser Daten wird der Nutzer mit Punkten bewertet.

Welcher Algorithmus hierbei Anwendung findet, ist nicht bekannt, aber bestimmte Aktivitäten (etwa der Kauf von Waren, die von Alibaba beworben werden, Kontakte mit anderen «zuverlässigen» Kunden und pünktliches Bezahlen) versprechen zusätzliche Punkte. Wer nicht rechtzeitig bezahlt, wird mit Punktabzug bestraft.

«Chinesischer Cyber-Zar»

Jiao hat einen guten Punktestand. Er kann daher bessere Wohnungen von Hausbesitzern mieten, die an dem Programm teilnehmen, kann Fahrräder oder Autos ohne Sicherheitsleistung mieten. Er nutzt das System und findet, dass es notwendig ist. Mit einem schlechten Punktestand würde er gute Wohnungen nicht mieten können und auch keinen Zugang zu bestimmten Dating-Apps haben. Sesame Credit wird nicht vom Staat organisiert, und ungeachtet einiger Berichte ausländischer Medien hat

die Partei auch nicht die Absicht, ein solches Programm zu realisieren. Trotzdem scheinen viele Leute, selbst in China, die Situation nicht ganz zu durchschauen. Manche verdächtigen die Regierung, sie missbrauche das System Sesame Credit, um bestimmte Personen zu bestrafen.

Beide Systeme werden geschickt als Antwort auf die realen Probleme – Misstrauen und Produktfälschungen – propagiert. Die meisten Chinesen akzeptieren und befürworten das staatliche Sozialkreditsystem und Alibabas Sesame Credit.

Das hat kulturelle Gründe, wie Dr. Zhang Weining, Privatdozent an der Cheung Kong Graduate School of Business, dem *Business Insider* erklärte. Wenn man in China jemanden zum ersten Mal treffe, sei es nicht bloss normal, dass man sich über praktisch jedes Detail des persönlichen Lebens ausfrage, man erwarte dies geradezu. Besonders dann, wenn eine Person älter sei als man selbst. «Alle fragen sofort nach dem Einkommen, ob man verheiratet ist, wann man Kinder haben will und warum man noch keine hat, wo man lebt und warum man sich keinen neuen Job sucht», so Zhang. In China ist es normal, dass sich Studenten bis zu acht ein Schlafzimmer teilen. «Wir haben traditionell keine Privatsphäre in China ... Die Menschen mögen

über die Privatsphäre sprechen, aber psychologisch scheren wir uns keinen Deut darum.» Am meisten interessiert die Mehrzahl der Chinesen, wie man rasch zu Reichtum kommt oder wie man bitterer Armut entflieht. «All die jungen Menschen sind voll damit beschäftigt, ihre Träume zu leben.» Und bei den Alten habe die Privatsphäre keinen hohen Stellenwert.

Im Frühjahr 2011 versetzte ein Ereignis die Kommunistische Partei in Angst. Der Arabische Frühling inspirierte Hunderte, die sich

Statt das Netz komplett zu sperren, wurde beschlossen, es zu überwachen.

über soziale Netzwerke organisiert hatten, soziale Gerechtigkeit und Freiheit zu fordern. Nun sind Hunderte nicht viel, aber dass es überhaupt möglich war, über das Internet einen Protest zu organisieren, brachte einige Parteioberen dazu, die komplette Lahmlegung des Internets zu fordern. Die Parteiführung entschied sich für ein anderes Vorgehen. Statt das Netz komplett zu sperren, wurde beschlossen, es zu überwachen, was einige Beobachter im Westen für undurchführbar hielten.

2013 wurde Lu Wei, seinerzeit stellvertretender Bürgermeister von Peking, zum Direktor der Cyberspace Administration of China ernannt. Wegen seiner strengen Kontrolle des Netzes hatte er bald den Spitznamen «chinesischer Cyberzar». Die massive Internetzensur führte zu der Vorstellung, dass das Online-Verhalten der Chinesen lückenlos überwacht werde. Lu Wei war so erfolgreich, dass er von Präsident Xi Jinping bald als Rivale wahrgenommen wurde und vor einem Jahr in Ungnade fiel.

Aber Lu Wei war nur ein kleines Rädchen in dem Apparat von IT-Optimisten unter Führung von Xi Jinping. Diese Funktionäre glauben, dass mit neuen Technologien wie etwa Kameras, die mit Gesichtserkennungs-Software ausgestattet sind und mithilfe von künstlicher Intelligenz Personen in Sekundenbruchteilen identifizieren können, ein totalitärer Staat möglich ist. Die Partei spricht von einer Rückkehr zur «ursprünglichen Idee» des Kommunismus.

Diese neue Politik ist seit Xis Aufstieg im Jahr 2012 unübersehbar. Jedes Jahr werden Millionen Kameras installiert, im Internet und auf den Strassen findet eine massenhafte Überwachung statt. China ist führend in der Entwicklung von künstlicher Intelligenz, enorme Summen werden in Start-ups und Forschungsprojekte investiert. Das Regime agiert immer autoritärer und zentralistischer, aber chinesische Politiker sind der Ansicht, dass sie nun die Instrumente haben, mit Hilfe lückenloser Überwachung des Landes an der Macht bleiben zu können.

Überall Kameras, Checkpoints, gepanzerte Fahrzeuge auf den Strassen, Polizisten pat-



wie man rasch zu Reichtum kommt.

rouillieren mit Sturmgewehren, Bürger verschwinden. Das ist keine Szene aus einem Science-Fiction-Roman. So sieht es gegenwärtig in der Region Xinjiang im äussersten Westen der Volksrepublik aus, wo die digitale Diktatur Realität ist. Selbst das Leben auf dem Land spielt sich buchstäblich zwischen Checkpoints ab. Niemand kommt ohne Kenntnis der Behörden von A nach B.

«An einer stillen, baumgesäumten Strasse im Norden der Stadt, inmitten von Nudelverkäufern und Bäckereien, befindet sich ein eindrucksvolles, von hohen stacheldrahtbewehrten Mauern umgebenes Areal. An den Mauern stehen Parolen wie «Pflügt die ethnische Einheit, wie ihr eure eigenen Augen pflegt» oder «Liebt die Partei, liebt das Vaterland». Das Lager trägt den Namen «Zentrum für Berufsbildung in Kashgar», wie ein Schild am Eingang verkündet. Als ich diese Tafel im September fotografierte, kam sofort ein Polizist herbeigelaufen und forderte mich auf, die Aufnahme zu löschen.»

Dies schrieb Megha Rajagopalan, eine Journalistin, die für BuzzFeed arbeitet, in einer aufsehenerregenden Reportage aus Xinjiang. Nachdem ihr Bericht erschienen war, wurde ihr Arbeitsvisum nicht mehr verlängert. Medien begannen sich eingehender für die Situation in Xinjiang zu interessieren.

Im «Uigurischen Autonomen Gebiet Xinjiang», wie die Region offiziell heisst, kommt

es seit Jahrzehnten regelmässig zu ethnischen Spannungen. In den 1990er Jahren, als der Energiebedarf Chinas anwuchs (Xinjiang ist reich an Bodenschätzen und Erdgas) und die Verkehrswege nach Zentralasien ausgebaut werden sollten, verschlechterte sich die Lage.

Zuerst testen, dann schauen

Xinjiang wurde kolonialisiert, die wirtschaftliche Entwicklung kam fast ausschliesslich Han-Chinesen zugute, lokale Minderheiten wurden immer mehr als Bürger zweiter Klasse behandelt. Nimmt man die kulturellen und religiösen Unterschiede (die meisten Uiguren sind Muslime), separatistische und panturkistische Tendenzen hinzu, hat man alle Zutaten für eine explosive Situation. Die Zwangssinisierung der Bevölkerung ging nach hinten los. Die Aufstände von 2009 in Urumtschi und mehrere Terroranschläge zeigten, dass es dem Staat nicht gelungen war, die Uiguren zu assimilieren.

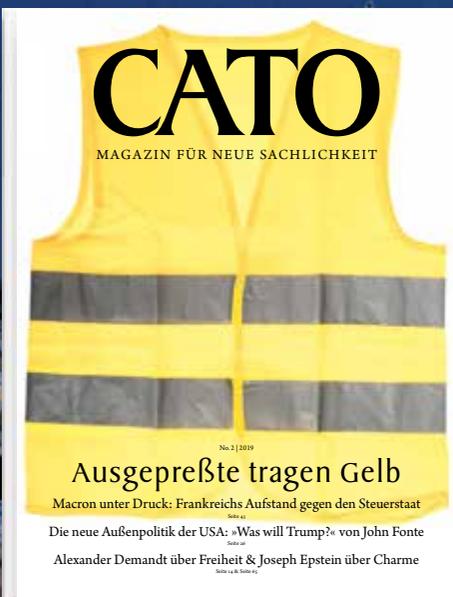
Die Partei-Hardliner blieben bei ihrem Narrativ. Inzwischen führt der Staat in der Region ein massives Umerziehungsprogramm durch und hält mehr als eine Million Menschen in Lagern fest, die, wie von Rajagopalan berichtet, meist als Bildungs- und Schulungszentren bezeichnet werden. Gleichzeitig erzielen chinesische Sicherheitsfirmen wie Hikvision oder Dahua, die in Xinjiang neue Überwachungsinstrumente testen, gigantische Profite.

Xinjiang ist eine Extremversion der digitalen Dystopie, die in China erprobt wird. In den anderen Landesteilen werden private Telefongespräche nicht auf «staatsfeindliche» Inhalte überwacht. Die Menschen werden auch nicht in ihren Wohnungen permanent beobachtet. Aber selbst dort ist eine Veränderung zu beobachten. Auf den Strassen werden Überwachungskameras installiert, bei denen es sich teilweise offenbar um Attrappen handelt. Das Internet wird massiv zensiert, Online-Kommunikation wird nach «unerwünschten» Inhalten durchsucht, etwa nach Kritik an Funktionären.

Das chinesische Experiment mit digitaler Überwachung entspricht der maoistischen Theorie, dass politische Massnahmen zunächst in der Praxis getestet werden und ihr Nutzen erst später beurteilt wird. In der Vergangenheit hat das zu Projekten wie dem «Grossen Sprung nach vorn» geführt, bei dem Millionen Tote zu beklagen waren. Da die Überwachung in unterschiedlichen Versionen getestet wird, lässt sich die endgültige Form des Systems kaum vorhersagen.

Aus dem Englischen von Matthias Fienbork
Filip Jirous arbeitet an der Karls-Universität in Prag. Er hat ein Jahr in China an der Liaoning Normal University in Dalian studiert. Er berichtet regelmässig für die tschechische Website Sinopsis.cz.

* Namen auf Wunsch der porträtierten Personen geändert.



Macron unter Druck: Frankreichs Aufstand gegen den Steuerstaat

Die neue Außenpolitik der USA: »Was will Trump?« von John Fonte

Alexander Demandt über Freiheit & Joseph Epstein über Charme

Jetzt
am Kiosk

oder unter
cato-magazin.de/bestellen

CATO

MAGAZIN FÜR NEUE SACHLICHKEIT

IHRE ARCHE FÜR DIE STÜRME VON MORGEN

CATO versteht sich als meinungsbildendes Medium, das für den vergessenen Wert des Bewahrens eintritt. Was hilft uns weiter? Worauf können wir zurückgreifen? Woran wollen wir uns erinnern? Was sollten wir pflegen? CATO bietet Orientierung im Hinblick auf Politik, Kultur, Religion, Alltag und Familie. Das Eigene und das Gefühl dafür werden auf ansprechende Weise gestärkt. CATO läßt den Leser nicht im Regen der Krisenmeldungen stehen. CATO wird konkret und beansprucht Gültigkeit über Tag und Jahr hinaus.



Bestellen Sie sich CATO bequem nach Hause.
Einzelheft für regulär 12 Euro
6 Ausgaben bekommen Sie für nur 65 Euro im Jahr.
Weitere Details und Angebote
www.cato-magazin.de/abo
Telefon 030 . 81 09 67 80

Showdown in Amerikas Hinterhof

Von Hansrudolf Kamer — Venezuelas Krise spitzt sich zu. Der Diktator Maduro wird frontal herausgefordert, von Russland und Kuba aber unterstützt. Amerika steht hinter Juan Guaidó. Trump ist gefordert.



Altbekanntes spielt sich im amerikanischen Hinterhof ab. Der venezolanische Diktator Nicolás Maduro klammert sich an die Macht mit Unterstützung des Militärs, Kubas und Russlands.

Was von der Sozialistischen Internationale übriggeblieben ist, übt Solidarität. Das Land, Venezuela, geht derweil vor die Hunde, ist – einfach gesagt – kaputt, wirtschaftlich, politisch und sozial, gebeutelt von Jahren des Chavismus.

Das Regime basiert auf der bolivarianischen Revolution, die der Charismatiker Hugo Chávez 1999 installiert und sukzessive ausgebaut hatte. Chávez starb 2013, Maduro folgte ihm nach. Die Präsidentenwahlen vom Mai letzten Jahres waren getürkt. Massive Betrügereien bestimmten ihren Ausgang.

Anfang Januar stellte sich der Präsident der Nationalversammlung, Juan Guaidó, als Interimspräsident an die Spitze der Opposition. Maduro selber inszenierte wenig später seine eigene Inauguration. Seither wird die Hauptstadt Caracas von massiven Demonstrationen gegen Maduro erschüttert. Dieser hält alle Fäden der Macht in der Hand. Leicht wird er nicht zu verdrängen sein.

Das ist der Hintergrund für die sich zusammenbauende Konfrontation, die sich zu einem Kräftemessen zwischen Grossmächten entwickeln könnte. Vierzehn Nationen der westlichen Hemisphäre, unter ihnen die USA, Kanada, Brasilien, Argentinien und andere lateinamerikanische Staaten, verlangen Maduros Abgang.

Sozialistische Markenzeichen

Präsident Trump anerkannte Juan Guaidó als Interimspräsidenten, und die meisten Staaten der sogenannten Lima-Gruppe folgten ihm. Britannien, Frankreich, Deutschland und Spanien stellten Maduro ein Ultimatum – Neuwahlen binnen einer Woche –, sonst werde man Guaidó anerkennen. Die EU als Ganzes zögerte – sie muss intern mit nostalgischen Sozialisten und Sozialdemokraten zu Rande kommen. Im Uno-Sicherheitsrat blockiert Russland einen Wechsel.

Das wirtschaftliche und humanitäre Desaster Venezuelas, eines potenziell reichen Landes, ist die eine Seite. Hyperinflation, Zusammen-

bruch der medizinischen Versorgung, Krankheiten, Kriminalität, Korruption im Militär- und Sicherheitsapparat, Unterernährung und hohe Kindersterblichkeit prägen das Bild; Wasser, Elektrizität, Toilettenpapier sind Mangelware – untrügliche sozialistische Markenzeichen. Millionen von Venezolanern haben das Land verlassen und sich in Nachbarländern, den USA und Europa niedergelassen.

Die strategische Dimension ist offensichtlich. Während die Ukraine und neuerdings auch Syrien in Russlands Bannkreis liegen, gehört Venezuela zur amerikanischen Interessensphäre. Seit der missglückten Schweinebucht-Invasion 1961 in Kuba, dem Sturz Allendes in Chile 1973 und den Interventionen in Grenada unter Reagan 1983 und in Panama unter Bush Vater 1989 hat sich Washington in Lateinamerika zurückgehalten. Post-Castro-Kuba lässt man gewähren, und Nicaragua hat kaum Störpotenzial.

John Kerry, der zweite Aussenminister der Administration Obama, hatte 2013 unnötigerweise die Monroe-Doktrin für obsolet erklärt. Das war sie auch, wörtlich genommen, weil sie sich gegen europäische Interventionen in der westlichen Hemisphäre richtete und im Kalten Krieg ergänzt werden musste. In der zweiten Hälfte der siebziger Jahre hatte Washington alle Hände voll damit zu tun, kommunistische

Unterwanderungsstrategien in Lateinamerika abzuwehren.

Kuba ist ein zentraler Player in der gegenwärtigen Krise. Die venezolanische Offizierskaste, die Maduro stützt, der Sicherheitsapparat und die Nachrichtendienste stehen unter dem Einfluss der Kubaner, die auch sonst im ganzen Beamtenapparat gut vertreten sind.

Russland wiederum versetzt Nadelstiche, um Amerika herauszufordern. Letzten Dezember flogen zwei nuklearfähige russische Blackjack-Bomber – das Gegenstück zum amerikanischen B-52 – nach Caracas, um an gemeinsamen Manövern teilzunehmen. Laut Reuters hat Russland letzte Woche eine Anzahl paramilitärischer Söldner eingeschleust, wie sie bereits auf der Krim und in Syrien zum Einsatz gekommen sind.

Die wirtschaftliche Misere in Venezuela überfordert Kuba. Russland, selber eine Ölnation, wird sich kaum engagieren, ist aber nicht unglücklich darüber, dass die venezolanischen Exporte zurückgehen. Moskau wird kurzfristig versuchen, den Druck der Amerikaner und ihrer Verbündeten auf Maduro abzuschwächen und damit Trumps Dilemma zu vergrössern. Etwas Säbelrasseln durchaus, aber eine offene Machtprobe mit militärischen Mitteln wird es nicht riskieren. Eine Kubakrise genügt.

Längerfristig sieht das anders aus. Amerika hat die Mittel, die venezolanische Opposition auf eine Weise zu unterstützen, die schliesslich einen Machtwechsel herbeiführen wird. Ein solcher hätte Signalwirkung über die Region hinaus. Mit der Anerkennung des oppositionellen Präsidenten in Venezuela hat Trump nur den ersten Schritt getan.



Kräftemessen zwischen Grossmächten: Interimspräsident Guaidó.

«Das Schlimmste ist vorbei»

Täglich führe Russland einen Hybrid-Krieg gegen sein Land, doch Putin habe sich verschätzt, sagt Petro Poroschenko. Im Exklusivgespräch erklärt der ukrainische Präsident, wie er Trump von einem Gipfeltreffen mit Putin abhielt und warum sein Land immer noch Europas Armenhaus ist. *Von Urs Gehriger*

Es gibt Momente, da versinken selbst Hünen in einen Zustand sanfter Geschmeidigkeit. Petro Poroschenko befindet sich gerade in dieser Transformation. Bis an den Hals in eine hauchdünne Schürze eingehüllt, sitzt er da wie in Trance, während ein Schminkkünstler sein Gesicht pudert. Im Halbstundentakt hat er in Davos Merkel und andere Granden der Welt getroffen. Jetzt kommt er direkt von Brasiliens Bolsonaro, um sich nach kurzer Auffrischung den Fragen der *Weltwoche* zu stellen.

Seit Juni 2014 ist Poroschenko, 53, Präsident der Ukraine, die manche als gefährlichsten Brennpunkt Europas bezeichnen. Er kam wenige Monate nach der russischen Annexion der Krim an die Macht und seither nie zur Ruhe. Stets vor sinistren Aktionen seiner Nemesis, von Russlands Präsidenten Putin, warnend, sucht er die Nähe der Weltmächte.

Nicht nur von Amtes wegen gehört Poroschenko in Davos «dazu», auch seine Brieftasche lässt sich mit den Giganten messen. Als Unternehmer brachte er es mit Autos, Schiffen, Fernsehern, Waffen und Schokolade zum Milliardenär.

Poroschenko geniesst die Stafette der Gipfeltreffen im glitzernden Winterzauber sichtlich. Zu Hause wartet der graue Alltag. Ende März muss er sich Neuwahlen stellen. Es sieht düster aus. Abgeschlagen liegt er auf den hinteren Rängen.

Präsident Poroschenko, erst im November kam es zu einem ernststen Zwischenfall mit Russland im Asowschen Meer. Sehen Sie eine neue Katastrophe am Horizont auftauchen?

Nein, überhaupt nicht. Ich denke, die grösste Gefahr einer Katastrophe bestand 2014, als unser Land nicht auf einen Krieg vorbereitet war. Wir waren seit sehr, sehr, sehr langer Zeit in keinen Konflikt mehr involviert. Da lancierte Russland ohne den geringsten Grund plötzlich einen Angriff und annektierte illegalerweise die Krim. Mehr als 70 000 russische Soldaten wurden mit Panzern, Flugzeugen, Helikoptern auf die Halbinsel Krim versetzt. Ich war damals noch nicht Präsident, doch der Parlamentssprecher rief Putin mehrmals an.

Und?

Er antwortete nicht. Putin machte einen Fehler. Die kriegerische Aggression einte die Nation wie nie zuvor. 2013 waren 16 Prozent der Bevölkerung für die Inte-

gration der Ukraine in die Nato. Nach der russischen Aggression waren es fast 60 Prozent. Mehr als 70 Prozent der Ukrainer unterstützen die Integration in Europa. Heute ist das Schlimmste vorbei, und ich bin sehr optimistisch, was die Zukunft betrifft.

Trotzdem tönen Sie sehr alarmistisch, wenn Sie von Russland sprechen. Sie sagen, Putin wolle das alte russische Imperium wiederaufbauen. Welche Rolle spielt Ihrer Ansicht nach die Ukraine in diesen russischen Planspielen?

Russlands Verhalten ist anachronistisch. Im 21. Jahrhundert mitten in Europa wieder ein Imperium aufbauen zu wollen, ist nutzlos. Die Sowjetunion wiederzubeleben und den Eisernen Vorhang neu zu errichten, das funktioniert nicht. Putin wurde einmal gefragt: «Was war die grösste Katastrophe im 20. Jahrhundert?» Wissen Sie, was er geantwortet hat? Nicht Hiroshima, nicht der Holodomor [von Stalin verursachte Massenhungersnot in der Ukraine 1932 und 1933,

«Schenkt Russen, die sich über die Situation in der Ukraine auslassen, kein Gehör.»

Red.]. Er antwortete: «Der Kollaps der Sowjetunion.» Wiederherstellung des alten Reiches, das ist das Motiv, das heute hinter seinen Aktionen steht, inklusive der Annektierung der Ukraine.

Sie sprechen oft vom «hybriden Krieg», den Russland gegen die Ukraine führe. Nennen Sie uns ein aktuelles Beispiel?

Der hybride Krieg gegen uns wird täglich geführt – durch Cyber-Attacken zum Beispiel. Das jüngste Virus, das von russischen Computerterroristen geschickt wurde, hiess «NotPetya». Mein Name ist Petro («Petya» auf Russisch ist ein Übername für Petro, d. Red.) Das Virus hat uns einen Schaden von ungefähr einem halben Prozent des ukrainischen Bruttoinlandproduktes zugefügt. Sie wissen, dass sie uns mit ihrer militärischen Aggression nicht in die Knie zwingen können. Also versuchen sie, unsere politische Stabilität zu unterminieren, aber wir werden uns nicht unterkriegen lassen.

Im Januar kam es zur grössten Spaltung der christlichen Kirche in der modernen Geschichte. Unter Ihrer Führung trennte sich die ukrainisch-orthodoxe Kirche von

der russisch-orthodoxen. Warum haben Sie diese Spaltung in die Wege geleitet?

Wir spalten keine Kirchen. Im Gegenteil. Wir haben in der Ukraine vier orthodoxe Kirchen. Als Präsident habe ich Verhandlungen mit dem Ökumenischen Patriarchen von Konstantinopel lanciert. Es wurde entschieden, eine vereinte ukrainische Kirche zu gründen. Wissen Sie, weshalb? 75 Prozent der Ukrainer unterstützen die Vereinigung. Sie weigern sich, russische Kirchen zu besuchen, weil Russland ein Aggressor ist. Wenn dort ein Priester die Predigt beginnt, wird man aufgefordert, für Kyrill, den russischen Patriarchen, zu beten und für Putin, den russischen Präsidenten. Dies ist inakzeptabel für die Ukrainer, weil russische Truppen unsere Landsleute töten.

Kritiker sagen, Sie hätten die Vereinigung der Kirchen mit Kalkül gerade jetzt forciert, weil Sie in den Umfragen für die Präsidentschaftswahlen am 31. März weit zurückliegen. Was sagen Sie dazu?

Ich habe keine Antwort darauf. Ich habe bloss einen Ratschlag. Bitte, schenkt Russen, die sich über die Situation in der Ukraine auslassen, kein Gehör. Sie sollten sich mit ihrem eigenen Land beschäftigen. Wir orientieren uns an der europäischen Gemeinschaft. Wir lassen unsere Bürger selbst entscheiden, ob sie in der Moskauer Kirche bleiben wollen. Wir respektieren und schützen ihren Entscheid. Als Präsident vertrete ich strikt die Überzeugung, dass sich der Staat nicht in Glaubensangelegenheiten einmischen soll, erst recht nicht in diejenigen fremder Staaten. Die Versuche Russlands, Putins und Kyrills, die ukrainische Kirche zu beeinflussen, sind ein Teil des hybriden Krieges. Wir werden das nicht tolerieren.

Donald Trump war der grosse Abwesende in Davos. Steht er auf Ihrer Seite? Ist er ein treuer Verbündeter der Ukraine?

Grossartige Frage. Es ist schade, dass weder Donald Trump noch eine amerikanische Delegation nach Davos gekommen ist. Wir hatten bereits Treffen vereinbart. Wir genossen die Unterstützung des Weissen Hauses und beider Parteien im Kongress. Wichtiger noch, wir genossen die überwältigende Unterstützung des amerikanischen Volkes. Auch Kanada, die meisten europäischen Völker, Japan, Australien, Neuseeland unterstützen die ukrainische Souveränität, territoriale Unversehrtheit und Unabhängigkeit. Angesichts



«Wir spalten keine Kirchen»: Ukraines Präsident Poroschenko.

dessen steht Russland isoliert da. Die Sanktionen, die wegen der brutalen Verletzung des internationalen Rechts von der ganzen Welt verhängt wurden, sind höchst wirksam. Bei dieser Gelegenheit möchte ich mich bei der Schweiz für ihre starke Haltung bei der Unterstützung der Sanktionen bedanken. So verhält sich ein echter Partner und ein echter Freund der Ukraine.

Seit Donald Trump Präsident ist, kursieren Vorwürfe, Wladimir Putin habe sich in die Wahlen eingemischt, um ihm zum Sieg zu verhelfen. Sonderermittler Robert Mueller leitet eine grosse Untersuchung darüber. Was denken Sie: War Trump Putins Mann?

Ich kenne keine Details der Mueller-Untersuchung. Ich bin überzeugt, dass Donald Trump ein Amerikaner ist, der die amerikanischen Interessen zuoberst setzt. Nach der jüngsten Aggression, als Russen (im Asowschen Meer, d. Red.) ukrainische Boote attackiert hatten, reagierte Donald Trump, ohne zu zögern. Ich hatte sofort mit Aussenminister Mike Pompeo telefoniert. Auf dem Weg zum G-20-Gipfel in Buenos Aires setzte Pompeo Präsident Trump ins Bild, und der weigerte sich daraufhin, Putin zu treffen – wegen des Aggressionsakts und der Verhaftung der ukrainischen Seemänner. Dies ist eine komplett pro-ukrainische Position, die sehr geschätzt wird.

Präsident Trumps ehemaligem Wahlkampf-Chef Paul Manafort droht eine lebenslange Haftstrafe wegen seiner Dienste für ehemalige Pro-Kreml-Politiker in der Ukraine. War Manafort ein gefährliches Element, der demokratische Reformen in der Ukraine unterwanderte?

Ich habe keine Kenntnisse von den Kontakten Paul Manaforts in der Ukraine. Aber ich denke, alles, was nicht transparent, was unklar ist, was man nicht kommentieren und erklären kann, ist gefährlich. Ich denke, was Paul Manafort in der Ukraine getan hat, war kein sehr guter Job.

Als Russland die Krim annektierte, war die ukrainische Armee in einem desolaten Zustand. Sie sagen, heute sei sie in viel besserer Verfassung. Dem widersprechen Berichte von Soldaten, die sich über schlechte Ausrüstung beschwerten. Ist die Verfassung Ihrer Truppen doch nicht so gut, oder sind die Berichte auch Teil des hybriden Krieges?

Absolut. Ja. Aber ich werde mich nicht weiter dazu äussern. Stattdessen lade ich Sie ein, die Ukraine zu besuchen. Fragen Sie unsere Soldaten selbst. Sie werden sehen, unsere Armee gehört zu den zehn besten in Europa. Die Soldaten sind höchstmotiviert, ausgesprochen patriotisch, extrem professionell und bestens ausgerüstet.

Trotz westlicher Unterstützung ist die Ukraine das ärmste Land Europas. Was haben Sie eigentlich in den vier Jahren als Präsident unternommen, damit es Ihren Bürgern bessergeht?

Zuerst möchte ich daran erinnern, dass unser Land im Krieg steht. Dass wir 6 Prozent unseres Bruttosozialprodukts für Sicherheit und Verteidigung ausgeben müssen. 6 Prozent! Das ist achtmal mehr als der Nato-Durchschnitt. Dennoch haben wir in zwölf aufeinanderfolgenden Quartalen ein wirtschaftliches Wachstum verzeichnet. 2018 lag es bei 3,4 Prozent. Die makroökonomische Stabilität war bemerkenswert. Wir verzeichneten sowohl ein Rekordhoch an Devisenreserven als auch eine tiefe einstellige Inflation. Wir steigerten den Lebensstandard um 25 Prozent und das Durchschnittseinkommen ebenfalls um 25 Prozent. Und im Ranking der Weltbank sind wir seit 2012 von Platz 153 auf Rang 71 aufgestiegen. Und dies alles trotz Kriegszustand. Wenn uns da jemand übertreffen möchte, dann wüsste ich gerne, wer.

Ist der Beitritt zur Nato nach wie vor Ihre Top-Priorität?

Absolut. Wir tun unser Bestes und arbeiten hart daran, die Nato-Kriterien zu erfüllen.

Wann soll es so weit sein?

Am Bukarester Gipfel 2008 entschieden alle Nato-Staaten, dass ihre Tür für die Ukraine offensteht. Sobald wir die Kriterien erreicht haben, werden wir diese Möglichkeit mit Sicherheit nutzen. ○

Magisches Datum und neuer Mythos

Jacques Delors, der Realist der französischen Sozialisten, begeisterte als Präsident der Europäischen Kommission die Menschen von seiner Vision: einer Europäischen Union bis 1992. Sein Werk prägt den Kontinent bis heute. Teil 4. Von Jürg Altwegg

Am Ende des zweiten Jahrtausends schien die Europäische Union als pazifistische und völkerverbindende Utopie dem Zeit- und Weltgeist zu entsprechen. Es waren die Jahre, in denen der amerikanische Politologe Francis Fukuyama das «Ende der Geschichte» und den weltweiten Triumph von Demokratie und Marktwirtschaft verkündete. Mit Jacques Delors an der Spitze war Europa im Begriff, den nächsten grossen Schritt zu seiner Vereinigung in die Wege zu leiten.

Seit 1985 präsidierte der Franzose die Europäische Kommission. Delors hatte François Mitterrand, der 1981 in Frankreich mit dem Kapitalismus brechen wollte, 1983 zum Realismus der Marktwirtschaft bekehrt. Und ausgerechnet unter einem französischen Sozialisten fielen nun in Europa die staatlichen Monopole.

Eine Woche nach seiner Amtsübernahme, der ein jahrelanger Stillstand vorausgegangen war, präsentierte Delors vor dem Europaparlament ein Weissbuch mit 300 Massnahmen für die Einführung eines Binnenmarkts ohne Personen- und Warenkontrollen. Er verknüpfte seine Ideen mit einem Zeitplan und verlieh ihnen damit die Tragweite einer Vision: «Ist es vermessen, den Beschluss anzukündigen und dann auch durchzuführen, bis 1992 alle innergemeinschaftlichen Grenzen aufzuheben?»

Sein Tonfall und seine Entschlossenheit erinnerten an Robert Schuman. Das «magische Datum» wurde noch im gleichen Jahr beim Gipfel in Mailand abgesegnet. Mit der Chiffre «1992» bekam Europa einen neuen Mythos, der auch die Bürger ansprach. Jacques Delors' Einheitliche Europäische Akte war ein radikaler Ausbau der Römischen Verträge: Aus der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft wurde die Europäische Union – und diese wurde im Vertrag von Maastricht begründet, in dem keine Ausstiegsklausel vorgesehen war.

Angst vor Grossdeutschland

Unerwartet kam das Ende des Kalten Krieges. Die deutsche Wiedervereinigung weckte die historischen Ängste vor einem Grossdeutschland. Mitterrand knüpfte die Wiedervereinigung an die Einführung des Euro: Noch einmal ging es darum, Deutschland einzubinden und unschädlich zu machen. Dieses wollte keine Einheitswährung und an der D-Mark festhalten.

In Frankreich kritisierten die Souveränisten und Intellektuelle wie der Historiker Max Gallo, der Demograf Emmanuel Todd oder der Soziologe Pierre Bourdieu den Euro als Mittel zur Unterwerfung unter die deutsche Wirtschafts- und Finanzpolitik. Sie konnten ihre Vorbehalte im *Spiegel* und in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* vorbringen. Todd erkannte in den «deutsch-französischen Fusionsgelüsten» der französischen Elite den Willen, «die deutsche Frage ein für alle Mal zu lösen und Deutschland zum Verschwinden zu bringen».

Mitterrand waren diese Hintergedanken bei aller Freundschaft zu Helmut Kohl keineswegs fremd. Mit Margaret Thatcher versuchte

Serie: Heldenhafte Gründung der EU



Die Europäische Union steckt in der tiefsten Krise ihrer Geschichte. Im März verlässt mit Grossbritannien erstmals ein Mitgliedstaat die EU, und der Euro, der eigentlich den geeinten Kontinent symbolisieren soll, hat die südeuropäischen Volkswirtschaften von den Wohlstandsregionen nördlich der Alpen eher abgekoppelt. Die Franzosen demonstrieren gegen ihren europhilen Präsidenten, während sich die Osteuropäer gegen jeden weiteren Souveränitätstransfer nach Brüssel wehren. Die Kritik an der EU ist so allgegenwärtig, weil deren Mängel wie Bürgerferne und Demokratiedefizit so offenkundig geworden sind.

Ungeachtet dessen ist die Europäische Union das Resultat einer faszinierenden Geschichte. Vor allem der Gründungsperiode nach dem Zweiten Weltkrieg haftet etwas Heroisches an. Mutige, idealistische Politiker raufte sich gegen alle Wahrscheinlichkeit zusammen.

In einer fünfteiligen Serie erinnert die *Weltwoche* an diese bewunderungswürdige Gründungsphase, erzählt von Jürg Altwegg, der seit Jahrzehnten in Genf für deutschsprachige Medien über Frankreich schreibt, also ein durch und durch europäisches Leben lebt, der die EU kennt und ihre Geschichte. (WW)



Grosser Schritt zur Vereinigung: Jacques Delors (l.),

er vergeblich, die Wiedervereinigung zu verhindern. Kohl gab der Forderung des französischen Präsidenten nach, ohne den Präsidenten der Deutschen Bundesbank zu informieren. In seinen Memoiren dementierte er Mitterrands Erpressung, räumte indes ein, dass ihm der Euro als Preis für die Wiedervereinigung durchaus angemessen schien.

Das Projekt seiner Einführung war so unausgereift, wie es der Plan für eine europäische Armee gewesen war – aber es wurde durchgezogen. In den Debatten um den Maastricht-Vertrag wurde in Frankreich erstmals der Bruch zwischen der unteren, zunehmend auch der mittleren Schicht und der Elite deutlich. Die Kommunisten waren praktisch bedeutungslos geworden, die Gaullisten hatten an Einfluss verloren.

Europa spaltete die Parteien: Befürworter wie Gegner des Maastricht-Vertrags verteilten sich gleichermassen auf die Linke und die Rechte. Immerhin hatte Mitterrand die Grösse, eine Volksabstimmung zu organisieren. Im Fernsehen debattierte er mit dem gaullistischen Souveränisten Philippe Séguin. 51 Prozent der Franzosen – bei einer Stimmbeteiligung von 70 Prozent – sagten ja zu Maastricht. In den anderen Ländern wurde der Vertrag vom Parlament ratifiziert. Nur die Dänen, die ebenfalls abstimmen durften, lehnten ihn ab – allerdings ohne grosse Folgen.

Maastricht war ein Höhepunkt der europäischen Vereinigung. Niemand hatte Jacques Delors zugetraut, dass er die Integration so weit



François Mitterrand, 1981.

würde vorantreiben können. Als erster Präsident der Kommission wurde er für eine zweite Amtszeit gewählt. Aber nicht nur Margaret Thatcher («I want my money back») waren die erzielten Fortschritte unheimlich geworden.

Hochdotierte Scheinjobs

Kohl hatte bekommen, was er wollte. Sein Land profitierte am meisten vom Euro, und der linke Sozialphilosoph André Gorz, der die Einheitswährung als Alternative zum Dollar und zu dessen Hegemonie befürwortete, vertrat die Ansicht, dass der Euro die Wiedervereinigung mitfinanziere. Deutschland konnte seine wirtschaftliche Dominanz ausbauen und rückte auch geografisch ins Zentrum Europas, Frankreich wurde an den Rand abgedrängt.

Auch Kohl wollte nach Delors keinen weiteren starken Mann an der Spitze der EU. Der Kanzler der deutschen Einheit tyrannisierte die kleinen Mitgliedstaaten, um den proeuropäischen Niederländer Ruud Lubbers, langjähriger Premierminister seines Landes, als Präsidenten der Europäischen Kommission zu verhindern. Statt Lubbers wurde der Luxemburger Jacques Santer gewählt.

Santer musste wegen der sozialistischen französischen EU-Kommissarin Edith Cresson, die Freunde mit hochdotierten Scheinjobs ausgestattet hatte, zurücktreten. Auf ihn folgten Romano Prodi und José Manuel Barroso – «der so schlecht war, dass er zehn Jahre bleiben durfte», wie *Libération*-Korrespondent Jean Quatremer in seinem Buch «Les Salauds de

l'Europe» spottete. Das Gerangel um die Nachfolge von Jean-Claude Juncker ist im Gange.

Jean Quatremer ist ein engagierter und unerbittlicher Beobachter des Geschehens in Brüssel: «Jedes Land hat Anrecht auf seinen Repräsentanten – meist eine ehemalige lokale Grösse oder ein politischer Gegner, dessen man sich entledigen will.» Es darf auch ein alt-

Schon Jacques Delors stöhnte über die «Unregierbarkeit» des Brüsseler Kabinetts.

gedienter, verdienstvoller Freund sein, den man mit einer Pfründe belohnen muss. Von der Regierung zu Hause werden die Kommissare «an der kurzen Leine gehalten».

Schon Delors stöhnte über die «Unregierbarkeit» des Brüsseler Kabinetts und hielt fünfzehn «Minister» für ein Maximum. Nach dem Brexit werden es immer noch 27 Kommissare sein. Und weil sie sich irgendwie beschäftigen und ihre Existenzberechtigung beweisen müssen, produzieren sie ihre Massnahmen, Erlasse, Verordnungen, Reglemente, die Brüssel den Bürgern Europas immer mehr entfremdet haben.

Auf dem Markt von Dieppe

Kohl sprach von einem «bürokratischen Moloch». «Die EU-Richtlinien», schrieb Geert Mak in seinem Buch «In Europa» um die Jahrtausendwende, «füllen mit insgesamt 80 000

Seiten einen Bücherschrank, und sie regeln praktisch alles bis zur Dicke von Fahrradreifen, der Länge von Fensterputzer-Leitern, den Ingredienzen von Schokolade und der Herstellung von Ziegenkäse». Auf dem Markt von Dieppe ergötzte sich der niederländische Historiker an der Vielfalt der köstlichen Produkte aus der Region: «Nach den EU-Richtlinien dürfte ein grosser Teil der Erzeugnisse streng genommen gar nicht verkauft werden.»

Nach Maastricht und nach Delors ist vieles schiefgelaufen in Europa. Die Osterweiterung kam zu schnell und überforderte die Institution. Von den zehn Ländern, die 2004 der Union beitraten, erfüllten die wenigsten die Voraussetzungen für eine schnelle Integration. Brüssel aber war nie gewillt, irgendwelche Schutzmassnahmen gegen Lohndumping zuzulassen und Abstriche am Dogma der Personenfreizügigkeit ohne Grenzen vorzunehmen.

Mit der «Direktive Bolkestein» wurde der «plombier polonais» zum Schreckgespenst der westeuropäischen Arbeitnehmer: der Stör-Spengler aus Polen, der überall arbeiten darf, ohne die geltenden Regeln respektieren zu müssen. Im Jahr danach brachten die Franzosen, die sich erstmals seit der Maastricht-Abstimmung wieder zu Europa äussern konnten, die Europäische Verfassung zu Fall. Das überraschende Nein ist der bis heute spektakulärste Sieg der Souveränisten.

Zu den Verlierern gehörten die Medien, deren einseitige Kampagne für die Verfassung auch deren Befürworter schockierte. Mit dieser Abstimmung wurde der Graben und Konflikt zwischen dem Volk – den linken wie rechten Populisten – und der urbanen «Elite», die von der Globalisierung profitierte, zur neuen Front der Politik.

Auch die Niederländer weigerten sich, die Europäische Verfassung zu ratifizieren. Sie war 2004 von den Staats- und Regierungschefs in Rom bereits feierlich unterzeichnet worden, von den nationalen Parlamenten wurde sie durchgewunken. Für Europa war das Scheitern der Verfassung, der eine symbolische Bedeutung zukommen sollte, ein Jahrzehnt nach Maastricht ein gewaltiger Rückschlag. Aber man ging darüber hinweg, als sei nichts geschehen, und schloss den Vertrag von Lissabon, über den weder in Frankreich noch in den Niederlanden abgestimmt wurde.

Osterweiterung als grosse Leistung

In richtig stürmisches Gewässer geriet Europa mit der Finanzkrise. Griechenland, das seinen Eintritt in die Euro-Zone mit gefälschten Bilanzen erreicht hatte, wurde gerettet. Doch für alle war der Preis hoch. Der autoritäre Umgang mit dem geschwächten Kleinstaat, dessen brutale Sanierung von Brüssel und Frankfurt diktiert wurde, hat tiefe Spuren hinterlassen. Erstmals wurde über den Austritt – oder Rauswurf – eines Mitgliedstaats

diskutiert. Wie hätte sich die Finanzkrise auf die Währungen, die sich vor der Einführung des Euro mit regelmässigen Abwertungen anpassen konnten, ausgewirkt?

In Europa dauerte die Überwindung der Krise länger als in den Vereinigten Staaten. Diese hat den populistischen Bewegungen Auftrieb gegeben und dazu geführt, dass mit den Maastricht-Kriterien noch schludriger umgegangen wurde. Die Alternative für Deutschland entstand ursprünglich aus Protest gegen die Regelbrüche und die Schuldenwirtschaft.

Die Osterweiterung wird als grosse Leistung in die Geschichte eingehen. Namhafte Experten hatten für den Fall eines Zusammenbruchs des sowjetischen Imperiums Kriege prophezeit. Das Auseinanderbrechen von Jugoslawien bewies, dass die Befürchtungen keineswegs unbegründet waren. Der Krieg auf dem Balkan erinnerte an die Ereignisse, die den Ersten Weltkrieg ausgelöst hatten. Erstmals standen sich am Ende des Jahrhunderts deutsche und französische Truppen nicht feindlich gegenüber, sondern kämpften Seite an Seite – unter amerikanischer Führung.

Es war ein Krieg aus dem Geiste der Vergangenheitsbewältigung: gegen einen «Wiedergänger Hitlers», um einen Genozid, eine ethnische Säuberung zu verhindern. Der Krieg entsprach dem politischen Klima seit der antitotalitären Aufklärung der «neuen Philosophen», die Ende der siebziger Jahre mit dem Marxismus gebrochen hatten. Anlässlich des Wahlkampfes für das Europaparlament präsentierten sie eine eigene Liste: «Europa beginnt in Sarajevo.»

Subversives Element

Tief geblieben ist die soziale Kluft zwischen Ost- und Westeuropa. In Tschechien, Polen, Ungarn herrscht der Eindruck, dass man mit den geringen Löhnen den Wohlstand im Westen finanziert, dieser die Gewinne abzockt und die Facharbeiter anlockt, die im eigenen Land dringend gebraucht würden.

Für den belgischen Philosophen David Van Reybrouck handelt es sich dabei um eine Form von Kolonialismus. Er hat das Erbe der europäischen Kolonialisten im Kongo, in Ruanda und Indonesien untersucht und verweist auf erstaunliche Parallelen: «Alle diese Massnahmen, die ihn Brüssel erlassen werden, weit weg von uns, ohne uns, die uns betreffen, müssen als von oben diktierte Ungerechtigkeit empfunden werden.»

Den Populismus deutet Van Reybrouck als Versuch, sich Gehör zu verschaffen: «Das Leben in Europa gleicht immer mehr dem Leben unter einer kolonialen Verwaltung. Dass das zu Revolten führt, ist nicht verwunderlich.» Die osteuropäischen Nationen sind vom Kommunismus befreit, aber «Emanzipation ohne Beteiligung führt in die Frustration».



Alternative zum Dollar: Helmut Kohl, 1998.

Van Reybrouck plädiert für eine Politisierung der europäischen Öffentlichkeit: «Regieren heisst entscheiden. Die populistische Linke sagt: Es gibt eine Alternative zur Austerität. Man ist nicht gezwungen, sich der Einwanderung zu unterwerfen, sagt die populistische Rechte. Und wo bleibt der von der EU versprochene Wohlstand? Weite Teile der Bevölkerungen fühlen sich bedroht.»

In der Bedrohung besinnt man sich auf die Grenzen und die Nation, die als Schicksalsgemeinschaft definiert wird, was Europa weder in der Finanz- noch in der Flüchtlingskrise zu sein vermochte. Im Kampf gegen den Kolonialismus waren der Patriotismus und der Nationalismus genauso wie im Kampf gegen den Nationalsozialismus wichtige Instanzen, auch unter der sozialistischen internationalistischen Herrschaft blieb er ein subversives Element des Widerstands.

Verlassen die Briten als Erste ein sinkendes Schiff? Der späte Beitritt zur EWG war aus Opportunismus erfolgt, für den Austritt aus der EU macht der Historiker Julian Jackson historische Gründe geltend: «Die Briten haben eine andere Geschichte.» Die deutsch-französische Versöhnung sei der Zement Europas. Sie erfolgte nach «einem dreissigjährigen europäischen Bürgerkrieg», zu dem auch andere Historiker die beiden Weltkriege zusammenfassend zählen: «Die Briten fühlen sich nicht als Teilnehmer dieses Kriegs», für dessen Beendigung sie einen hohen Beitrag leisteten.

Europa wird weiter Englisch reden und sich auf die vertiefte deutsch-französische Zusammenarbeit besinnen. Eine Fusion zu «Françallemagne» wurde vom Historiker François Furet längst vorgeschlagen und

wird von seinem Kollegen Jacques Julliard als Antwort auf den Populismus unterstützt.

Doch auch der deutsch-französische Motor stottert. De Gaulle und Adenauer, Schmidt und Giscard d'Estaing, Kohl und Mitterrand haben keine ebenbürtigen Nachfolger gefunden. Jacques Chirac und Gerhard Schröder hatten sich nichts zu sagen und oder nur sehr wenig. Von Nicolas Sarkozy musste sich Angela Merkel im Zweifelsfall die nationalsozialistische Vergangenheit ihres Landes vorwerfen lassen, seinem Nachfolger François Hollande bezeugte die Kanzlerin ihre Solidarität bei den Attentaten, verweigerte ihm aber die Unterstützung bei militärischen Interventionen – etwa gegen Syrien – und der Vergemeinschaftung der Schulden.

Emmanuel Macron hat mit diesen «humanitären Kriegen» gebrochen. Seine Wahl, welche die politische Landschaft umpflügte, setzt einen Schlusspunkt unter die Vergangenheitsbewältigung. Deren moralische Imperative haben zur Aufnahme der Million Flüchtlinge in Deutschland motiviert. Dass Angela Merkel Europa in eine existenzbedrohende politische Krise stürzen würde, hatte sie nicht bedacht.

Vorbild für die Welt

Trotzdem: Die Versöhnung der beiden Länder ist geleistet, ihre Freundschaft besiegelt. Für Deutschland war Europa eine Erleichterung und zweite Instanz, für Frankreich eine Kompensation für den Verlust seiner Grossmachtstellung. Ein schlechtes Gewissen hatten beide: Es war der Motor ihrer Annäherung. Angetrieben wurde diese von «grossen Europäern», die – wie Schuman und Mitterrand – keineswegs über eine blütenreine antifaschistische Herkunft verfügten.

Die Bilanz lässt sich sehen. Zweimal hat Europa den Zusammenbruch seiner mörderischsten Ideologien und Imperien aufzufangen vermocht und den Übergang vom Totalitarismus in die Freiheit ermöglicht. Erstmals in der Geschichte wurde es nicht von einem Tyrannen und mit Gewalt vereint. Es hat Frieden und Wohlstand gebracht. Nach seinem Beispiel sind in Asien und Afrika, in Süd- wie Nordamerika (Mercosur, Nafta) Handelsabkommen geschlossen worden.

Der vielfach zum Scheitern verurteilte und totgesagte Euro existiert nach wie vor – selbst die Populisten halten inzwischen an ihm fest. Nach dem «Sprung ins Ungewisse» plädierte Jean Monnet für eine «Dynamik der kleinen Schritte von nachhaltiger Bedeutung»: Der Weg ist das Ziel. Zu Vereinigten Staaten von Europa kann er nur über Generationen hinweg führen. Doch gegenwärtig hat Europa keine mitreissende Vision und kein Projekt, wie es «1992» war.

Lesen Sie nächste Woche: «Denis de Rougemont – ein Schweizer kämpft für ein Europa der Regionen»



Brief aus ... Florida

Dem «Sunshine State» am Südpol der USA eilt der Ruf einer zwar wunderschönen, aber etwas langweiligen Region voraus. Florida, so geht das Vorurteil, sei eine Art Tessin Amerikas, eine Sonnenstube voller Senioren, die dort ihre alten Knochen wärmen und die Strassen mit ihrem Schnecken-tempo verstopfen. Natürlich ist da etwas dran, gerade jetzt, wo Hunderttausende von sogenannten *snowbirds* die Wintermonate im Süden verbringen. Dem Ballungsraum um Miami, der sich der Atlantikküste entlang über Fort Lauderdale bis West Palm Beach und darüber hinaus erstreckt, haftet etwas Retortenartiges an. Aus der Luft zeigt sich die Struktur dieser endlosen Wohnlandschaft: Die Siedlungen sind um künstlich angelegte Kanäle und Seen angelegt, wie Herden von Tieren, die zum Wasser drängen. Wer etwas auf sich hält, steigt vom Garten seines Anwesens direkt in die Privatjacht ein. Die imposanten Villen in ihren Palmengärten präsentieren sich gern im Fantasie-stil italienisch oder maurisch anmutender Palazzi. *Condominiums* und *gated communities* prägen das Bild. Man fühlt sich an den Film «Die Truman Show» erinnert, wo einer in der Blasenwelt einer Fernseh-Soap aufwächst, ohne dass er es merkt.

Und doch bricht die Realität in diese Idylle ein. Man begegnet hier *bad boys*, die die Welt in Atem halten, und bizarren Monstern, die einen aus dem Wasser wie aus der Luft attackieren. Am letzten Freitag richtete sich der Fokus der internationalen Medien auf ein schmuckloses Betongebäude in Fort Lauderdale, an dem ich zufällig vorbeifuhr. Es kam der grosse Auftritt des Roger Stone, den die amerikanischen Berufskollegen «dirty trickster» nennen. Im dunkelblauen Polohemd beteuerte der ehemalige Präsidentenberater seine Unschuld. Stone war in den Strudel der Untersuchungen von Sonderermittler Robert Mueller gegen Präsi-

dent Trump geraten. Der Vorwurf lautet, er solle in die Hackerangriffe gegen führende Demokraten wie Hillary Clinton verwickelt sein und mit dem russischen Erzfeind zusammenspannen. Stone klagte, dass er durch ein Grossaufgebot schwerbewaffneter FBI-Leute aus dem Bett geholt worden sei, dabei wäre er doch freiwillig mitgegangen. Die entfesselte Staatsgewalt habe sogar seine Frau und seine Hunde «terrorisiert». Harvard-Professor Alan Dershowitz nannte die Festnahme des republikanischen Haudogens eine «Show». Das eigentliche Ziel der Ermittler heisse Donald Trump. Ich schlenderte den Las Olas Boulevard hinunter, der zum Meer führt, und traf an der Abzweigung zum Coral Way erneut auf Journalisten und Polizisten. Hier steht Stones Wohnhaus. Seine Hunde parierten den Trubel mit kräftigem Gebell.

Dramatisches ereignete sich auch am Strand. Hat der Sturmwind über Nacht eine kleine Umweltverschmutzung ans Licht gebracht? Überall liegen zwischen dem angeschwemmten Seegrass blaue Plastikflaschen



Ideale Beute: Präsidentenberater Stone.

herum, die sich als gefährliche Tiere erweisen sollten. Ich google und stosse auf den poetischen Namen «Bluebottle» oder «Portugiesische Galeere» – hochgiftige Quallen mit bis zu fünfzig Meter langen Tentakeln. Ich rede mir ein, dass es im Wasser ja kaum allzu riskant sein könne, wenn die blau schimmernden Giftflaschen alle im Sand vertrocknen, und steige in die Wellen. Während ich mich noch wundere, warum das sonst niemand tut – immerhin ist das Wasser 25 Grad warm –, schießt im Tiefflug ein dunkler Schatten über meinen Kopf hinweg. Er sieht aus wie ein Flugsaurier. Vielleicht ist es doch besser, wenn ich wieder an Land gehe. Ich greife zu meinem Handy und finde das Abbild des Unwesens: Es handelt sich um einen Pelikan, der die Flügelspannweite eines Adlers erreicht und knapp über die Wasseroberfläche segelnd Jagd auf Fische macht. Er hielt mich dann doch nicht für die ideale Beute. *Philipp Gut*



Inside Washington

Ku-Klux-Keule

Trumps Feinde haben den Hut des Präsidenten zur «Ikone des Bösen» erklärt.

Zum Teufel mit den Mützen! In der vergifteten Stimmung Amerikas haben politische Trendsetter die charismatischen Baseballkappen mit Donald Trumps Slogan «Make America Great Again» («Maga») zur Ikone des Bösen erkoren. Die demokratische Schauspielerin und #MeToo-Aktivistin Alyssa Milano twitterte unter Applaus: «Die roten Käppchen sind die neuen weissen Kapuzen.» Sie spielte damit auf die Hauben der Anhänger des Ku-Klux-Klans an – und banalisierte damit die Verbrechen, die diese einheimische Terroristengruppe begangen hat.

Für die Modekritikerin der *Washington Post*, Robin Givhan, symbolisiert der «MAGA»-Kopfschmuck «dunkle Mächte» und entspricht «der Südstaatenflagge aus der Zeit der Sklaverei». Der Fernsehmann Noah Berlatsky von NBC News ist überzeugt, dass «Kinder die Trump-Accessoires tragen [...], um damit Einwanderer, Muslime, Schwarze, Juden und Latinos einzuschüchtern».

Die «MAGA»-Mütze hatte im Juli 2015 ihren ersten Triumph auf dem gestylten Haupt von Trump in der glühend heissen texanischen Grenzstadt Laredo. Er sollte in der Hitze einen «möglichst volksnahen Eindruck hinterlassen», wie sein früherer Wahlkampfmanager Corey Lewandowski erinnert. Das gewagte Stil-Statement wurde sofort zum Schlager. Die kalifornische Stanford-Uni kürte die «MAGA»-Kappe zum «Symbol des Jahres 2016». Sie stellte auch Hillary Clintons Hosenanzüge in den Schatten. Für die *New York Times* war es ein «witzig-ironisches Sommerteil».

Diese unbeschwerten Zeiten sind vorbei. Der *Times*-Kolumnist Charles M. Blow verunglimpft die Stoffmütze als «das neue Zeichen weisser Vormacht». Der liberale Essayist und unerbittliche Trump-Kritiker Andrew Sullivan mahnt indes, dass die «Diffamierung der 63 Millionen «Make America Great Again»-Wähler nicht die Sprache der Politik sein kann». Es sei vielmehr «Bürgerkriegssprache». In der Tat. Mit welchem Slogan wird die andere Seite in die Schlacht ziehen? *Amy Holmes*



Auf der Suche nach dem richtigen Licht: Segantinis «Frühling in den Alpen», 1897.

Ikone der Woche

Bergell in Kalifornien

Von Peter Keller

Es ist Juni 1897, und der Maler mit dem kra-walligen Haarschopf und dem Spitznamen «Segante» (der Säger) wartet noch auf das richtige Licht und malt dann wochenlang eines der

wichtigsten Naturpanoramen des späten 19. Jahrhunderts, «Frühling in den Alpen» («Primavera sulle Alpi») von Giovanni Segantini. «Collega», schreibt dieser an Tobias Rosenthal, Münchner Kunsthändler, der den Kontakt zum Auftraggeber des Bildes hergestellt hat, dem Amerikaner Jacob Stern, Mitglied der Levi-Strauss-Jeans-Dynastie. Das Bild sei nun für den Transport verpackt, es sei sein bestes, fügt er mit aufgesetzter Geschäftstüchtigkeit an.

Der «Alpenfrühling» ist gross, strahlend und hing nie am Ort seiner Entstehung, sondern von Anfang im «Golden State», wie Kalifornien auch heisst, benannt nach dem Goldrausch, den der ausgewanderte Schweizer Sägewerkbesitzer Johann August Sutter ein paar Jahrzehnte zuvor ausgelöst hatte.

Nun wurde das Gemälde am 14. Januar vom Getty Center in Los Angeles – dem bedeutendsten Museum der US-Westküste –



erworben. Es zeigt eine lichte, milde Landschaft nahe des Bündner Dorfes Soglio, in der Ferne Alpenkämme, Wolken wie zerfetzte Brautschleier, der Schnee ist getaut, das Gras darunter noch mattgrün, eine Magd oder Bäuerin führt zwei Pferde vom frisch gepflügten Feld. Es ist nur auf den ersten Blick eine leicht abgeschmackte Szene. Segantinis scharfe Pinselstriche – die als Technik gerade noch am Pointillismus vorbeischlitterten – sähen aus

wie die Masern, schrieb ein gehässiger Kritiker und Zeitgenosse.

Segantini, aus allerärmsten Triester Verhältnissen, staatenlos im Engadin lebend – die Schweiz bot ihm vergeblich die Staatsbürgerschaft an, verlieh sie ihm postum –, malte mit «Frühling in den Alpen» sein vorletztes Bild. Er starb 1899, unerwartet, mit 41 Jahren. Er habe mit dem «Alpenfrühling» seine grosse Vision verwirklichen wollen, schrieb er

nach Kalifornien: draussen arbeiten, nicht im Atelier wie noch die meisten seiner Zeit, auf der Suche nach dem richtigen Licht, das er nur in den Alpen «sehen» konnte und das er in seltsam schrillen und gleichzeitig feinen Strichen malte. Es ist eine kongeniale Auftragsarbeit: Kalifornien ist vielleicht der einzige Ort der westlichen Welt, dessen Licht alpenähnlich wie von Segantinis Leinwänden strahlt.

Sturmgeschütz der Mächtigen

Mein Leben auf dem linken Stimmungsdampfer des deutschen Nachrichtenjournalismus.

Von Matthias Matussek

Diese neue *Spiegel*-Affäre, an deren Ende kein Mythos geboren werden wird («Sturmgeschütz der Demokratie»), sondern der Kollaps des regierungshörigen Tendenzjournalismus steht, muss mit der Ausräumung eines Missverständnisses beginnen, das sich in der DNA des *Spiegels* festgedockt hat. Es handelt sich um den berühmten Satz von Rudolf Augstein zur politischen Ausrichtung des Blattes: «Im Zweifel links».

Augstein hat diesen Satz in Zeiten geprägt, als die Regierungen wie selbstverständlich rechts waren. Er wollte sagen: «Im Zweifel gegen die Macht». Er wollte mit seinem Magazin die widerständige Kontrolle sein, die vierte Macht im Staate, so stolz war er.

Rudolf Augstein war alles, nur kein *One World-Utopist*. Er war ein Nationalist reinsten Wassers. Mit der Wiedervereinigung, einem tatsächlich historischen Fall der Grenze, war für ihn grosses persönliches und geschichtliches Glück verbunden. Für Augstein war die Nation wiedergeboren.

Der *Spiegel* in jenen Tagen produzierte schwarzrotgoldene Titel am Fliessband und schoss mit seiner Auflage am *Stern* vorbei über die Millionengrenze. Und als sich Erich Böhme mit seinen Bedenken dagegenstellte, wurde er entlassen – der Verleger machte tatsächlich seinen ihm zustehenden «Tendenzschutz» geltend.

Kurz: Ich kann mir schwer vorstellen, dass Rudolf Augstein mit der Niederlegung der Grenzen und der Auflösung als Nation einverstanden gewesen wäre.

Gegen die Verteidigungsministerin mit ihren dubiosen Beraterverträgen hätte er den *Spiegel*, Stichwort: «Bedingt abwehrbereit», das Magazin durchladen lassen.

Gegen den Strom

Überhaupt nicht vorstellbar, dass Augstein einen Titel wie denjenigen genehmigt hätte, mit dem sich eine schülerhaft-romantische Chefredaktion des *Spiegels* zum G-20-Gipfel in Streetfighter verwandelte und den Schulterchluss mit den Steinewerfern suchte.

Der Titel damals – erst zwei Jahre her – zeigte einen bösen, knurrenden Wolf (das Kapital) und eine Hand, die ihm die Weltkugel aus dem Maul nehmen möchte. Überschrift: «Traut

euch!» Darunter: «Radikal denken, entschlossen handeln – nur so ist die Welt noch zu retten». Die Bilanz des «radikalen Denkens» damals: Fast 500 Beamte und eine unbekannt Zahl an Demonstranten verletzt, Geschäfte geplündert, Autos angezündet, Strassen verwüstet.

Kurz: Rudolf hätte sich gegen linke Trivialisierungen gewehrt, weil sie allem widersprachen, was diesen intellektuell neugierigen Abenteurer getrieben hat, der sich zu grossen Gesprächen mit Heidegger hinsetzte oder zu Solschenizyn pilgerte.

Nein, sein *Spiegel* sollte ein Sturmgeschütz der Demokratie sein, gegen den Strom.

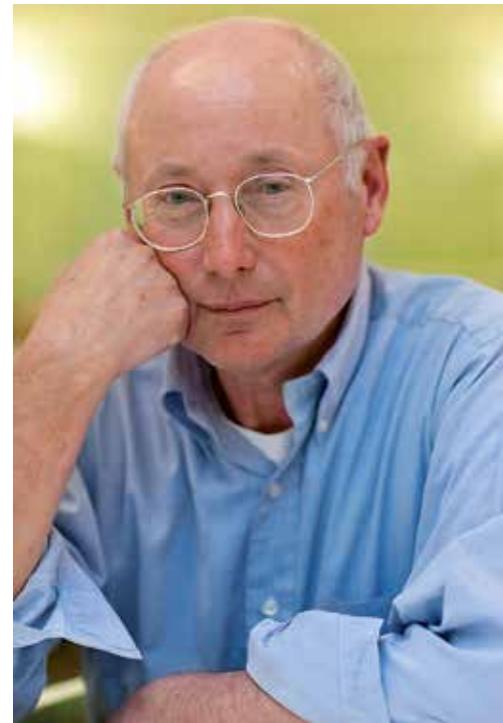
Nach dem Rauswurf von Stefan Aust als Chefredakteur durch die unselige Mitarbeiter-KG 2008 (die Mitarbeiter besitzen 50,5 Prozent der Anteile des Spiegel-Verlags) und dem beginnenden Auflagenverfall galt die Devise «Wir müssen uns wieder um unser linkes Stammpublikum kümmern».

Der Spiegel gefiel sich zunehmend in ideologisch getönter Gefühlssauce und hatte Fachkräfte, die lieferten.

Mit Aust wurde auch ich meines Postens als Kulturchef enthoben, denn ich hatte entschlossen auf konservative Themen gesetzt, plädierte für den Wiederaufbau des Schlosses oder den Bau der Elbphilharmonie, mittlerweile Hamburgs Wahrzeichen, wo das Ressort eher den Blockflötenunterricht in Arbeitervierteln gefördert sehen wollte.

Von der neuen Chefredaktion kam die Anweisung, dass ich von nun an die Finger von Stoffen wie «Nation» oder «Glauben» zu lassen hätte. Ich hielt noch ein paar Jahre länger durch als Aust. Der *Spiegel* gefiel sich zunehmend in ideologisch getönter Gefühlssauce und hatte Fachkräfte, die lieferten. Alle spürten, was erwartet wurde.

Einer aus dem Kulturressort, ein besonders Lauter, entlarvte zum Beispiel den Schriftsteller Christian Kracht als Krypto-Nazi. Nazijäger waren Helden. Ich hätte diesen albern Text bestimmt nicht gedruckt und wurde in der Folgezeit dafür weggebissen wie ein, ja tatsächlich, Verräter.



Nach seiner Absetzung kam die Linkswende: Stefan Aust.

Die Dokumentation, jene legendäre Abteilung, bestehend aus sechzig Leuten, die die Texte auf Fakten checken! Als ich vor fünf Jahren, nach über einem Vierteljahrhundert Zugehörigkeit, Abschied vom *Spiegel* nahm, schenkte mir die Dokumentation einen kleinen Kaugummi-Automaten, der mit Korinthen gefüllt war. Warum? Ich hatte sie oft als «Korinthenkacker» beschimpft. In langen Nächten.

Beispiel für die Korinthenkackerei: Meine Reportage («Der Biker von Bombay») über einen Abenteurer und Romancier begann so: «Auf dem Couchtisch der Suite im 27. Stock des «Oberoi Trident»-Hotels in Bombay liegen drei Schlagringe, ein Schnappmesser und Shakespeares Werke. Gregory David Roberts, der Autor, greift zum Schnappmesser.» Allerdings: Ich hatte die Sache in den 30. Stock gelegt, es war das oberste, so viel hatte ich in Erinnerung.

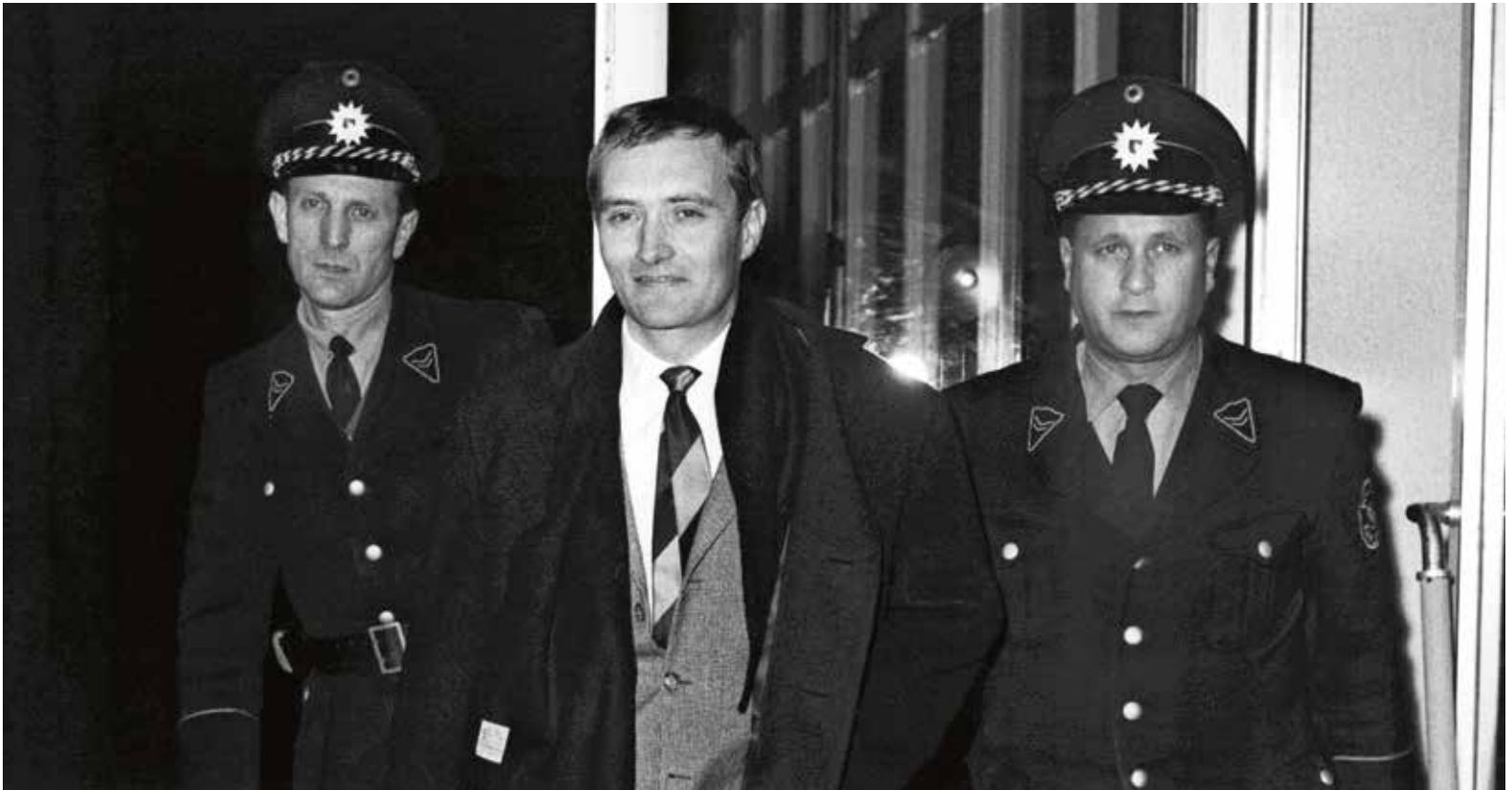
Es gibt im «Oberoi» aber nur 27 Stockwerke. Ich beharrte, ich täuschte mich nie! Erasmus, mein Dokumentar, blieb bis in den frühen Morgen, um mit dem «Oberoi» zu telefonieren. Er hatte recht. Korinthenkacker.

Die Episode illustriert, was das Faktenchecking leisten kann und was nicht.

Einer der Kollegen meinte, man hätte doch nur mal Relotius' Spesenabrechnungen überprüfen müssen. «Aber Spesen», fügte der Kollege seufzend hinzu, «werden nur dann über-



Plötzlich Streetfighter.



Nationalist reinsten Wassers: Herausgeber Augstein (M.) bei seiner Festnahme, 28. Oktober 1962.



Wie eine Balzac-Figur: Fälscher Relotius.

prüft, wenn der Betrieb vermeiden will, allzu hohe Abfindungen zu zahlen. Zum Beispiel an Leute wie dich.» Bei mir waren es nicht genehmigte Taxifahrten und Auftritte in Talkshows, bei Aust ging es um ein paar Reittiefel. Aber man bemüht doch die Spesenabteilung nicht, um einen journalistischen Hochstapler im eigenen Hause zu überführen!

Was hätte die Dokumentation überprüfen können an diesem Einstieg zur Relotius-Geschichte «Die letzte Zeugin», der komplett erfunden war, einer Geschichte über Gayle Gladdis, eine Amerikanerin, die sich Hinrichtungen anschaut: «Sie verriegelt die Tür, dreht den Schlüssel dreimal um, dann geht sie eine menschenleere Strasse entlang, zum Busbahnhof. Sie besorgt sich ein Greyhound-Ticket für 141 Dollar nach Huntsville, Texas, und zurück.»

Allenfalls liesse sich doch überprüfen, ob das Greyhound-Ticket tatsächlich 141 Dollar kostet.

Aber doch nicht, ob der Reporter überhaupt je mit dieser Frau gesprochen hat, oder mit ihr im Bus gegessen hat oder überhaupt zu diesem Zweck in den USA war.

Vorbild Mark Twain

Eines Tages also stand Claas Relotius auf der Matte. Er kam fast aus dem Nichts, eine Figur wie aus einem Roman von Honoré de Balzac, gross, höflich, blond, schüchtern fast, wie Lucien de Rubempré aus der Provinz in Balzacs grossem Presseroman «Verlorene Illusionen», der Journalist, der die Pariser Salons erobert.

Mit Recht rühmte Adorno in einer seiner Vorlesungen, dass Balzac, der seine Schriftstellerkarriere als Feuilletonist begann, nicht nur behauptete, Luciens erstes Feuilleton sei wunderbar, er schrieb das Kunststück gleich selber auf, um es dem Leser vorzulegen.

Plötzlich ein Star! Ich weiss, wie es sich anfühlt, wenn man im Hause plötzlich als ein solcher gehandelt wird. Wenn man Titel schreibt, den Kisch-Preis bekommt, man ist George Clooney, allerdings nur für den kleinen Kreis aus Chefredakteuren und Juroren, was man schnell vergisst.

Allerdings konnte man der zusammenbrechenden DDR damals nur mit Reportagen beikommen. Aus meiner Kisch-Preis-Reportage über das kleine Theater in Anklam, das im Dämmerlicht der Wende keine Guten, kein Bösen kannte, nur Opfer, machte der Regisseur Andreas Dresen tatsächlich einen Spielfilm.

Stern-Reporterin Birgit Lahann sagte damals in ihrer Laudatio, der Grund dafür, dass ich den Kisch-Preis erst jetzt bekäme, läge an meinem

unmöglichen Verhalten, ich würde es dem Betrieb «schwer machen, so einen wie dich» auszuzeichnen.

Das Gerede über Objektivität ist, mit Verlaub, Bullshit, und alle wissen es. Es kommt, nach Mark Twain, darauf an, ob deine Geschichte unterhaltsam ist. Allerdings sollte sie belegbar sein.

Neutral oder objektiv war Egon Erwin Kisch, das Reporteridol, nach dem der Journalistenpreis des *Sterns* benannt wurde, weiss Gott nicht. Er hatte sich den Roten Brigaden angeschlossen und unterschlug in seinen Reisebil-

Djuna Barnes erfand vieles in ihren Interviews und Reportagen, Ryszard Kapuscinski tat es.

dern aus der Sowjetunion wie selbstverständlich die Hungersnöte und den stalinistischen Terror, während er in seinen USA-Reportagen über die kapitalistische Ausbeutung der Arbeiterschaft tief in die Orgelkasten griff.

Djuna Barnes erfand vieles in ihren Interviews und Reportagen, Ryszard Kapuscinski tat es, und Moment mal, Anruf bei Hans Magnus Enzensberger, der mit seinem Essay über «Die Sprache des Spiegel» schon in den Fünzigern einen Bestseller über das Magazin lieferte, in dem er in den Folgejahren gut dotiert und viel zur Geltung kam.

«Aber wir sind doch alle Fälscher», sagt er trocken am Telefon, «ich auch.» – «Ach ja?» – «Na zum Beispiel in meinem Essay über Europa, da hab ich aus drei Figuren eine einzige

gemacht.» Pause. «Aber ich darf das, ich bin Dichter.»

Ich kam vom *Stern*, der die saftige Reportage, den Skandal («Wir haben abgetrieben!») und das linke Gefühlskino liebte. Ich war gerade von einem Berliner Stadtmagazin zum *Stern* gewechselt, also von der Kreisklasse in die Bundesliga, als den Profis dort die Fälschung der Hitler-Tagebücher in den Händen explodierte.

Den Kult um die Reportage hatte Cordt Schnibben im *Spiegel* begründet, Schnibben, der über die Werbung (das Training zum effektvollen Textbaustein ist nicht unwichtig!), die Lifestyle-Zeitschrift *Tempo* und die *Zeit* zum *Spiegel* gestossen war. Nachdem er Ende der neunziger Jahre ein «Reportermagazin» für den Spiegel-Verlag in den Sand gesetzt hatte, was diesen viel Geld kostete, räumte ihm Stefan Aust einen eigenen festen Hefteilein, in dem sich seine Ritter von der Tafelrunde austoben konnten.

Als Schnibbens Reporterpreis, den dieser in Konkurrenz zum Nannen-Preis gegründet hatte, an Relotius' Lügengeschichte «Zwei Königskinder» fiel, jubelte Jurorin und Laudatorin Patricia Riekel: «Erst in der Nahaufnahme durch die erschütternde Reportage von Claas Relotius bekommen sie ein Gesicht, eine Geschichte...»

Das Mädchen Alin singt das Lied von den zwei Königskindern. Sehr fraglich, ob es dieses Lied im Syrischen gibt. Und noch fraglicher, ob es Alin gibt. In ihren Träumen erscheine ihr, so heisst es im Vorspann, manchmal Angela Merkel. Grossartig.

Leserbriefschreiber abgewatscht

Vieles, was nun beim *Spiegel* an Aufräumen in Gang kommt, erinnert mich an den Fälscherskandal beim *Stern*. Mit seinem Reportage-Essay über die gefälschten Reportagen des Kollegen kämpfte Ullrich Fichtner schlicht um sein Überleben als designierter Chefredakteur.

Fichtner in seinem Text, knapp und kleinlaut: «Moreno [der Mitarbeiter, der den Skandal aufgedeckt hat] ist durch die Hölle gegangen.» Und die Hölle im *Spiegel* kann noch dem stürzten Burschen die Luft abschnüren. Ich weiss, wovon ich rede. Nach meiner Demission als Kulturchef lief ich durch die betriebseigene Häme im Haus wie ein geprügelter Hund. Wenn sich der Apparat gegen dich wendet, bist du ein Aussätziger.

Der *Stern*-Skandal: Wir Redakteure assen damals in der Kantine und streikten bei Hähnchen und Würstchen und Salat und kämpften für die Redlichkeit des Berufes und das freie Wort, und draussen vor der verglasten Kanti-

nenfront an der Alster zogen im strömenden Regen Demonstranten der IG Druck auf und unterstützten uns mit Transparenten.

Wir drinnen streikten satt und revolutionär, die draussen waren nass und solidarisch. Ich weiss nicht, warum, aber irgendwie ging es tatsächlich ganz pathetisch um das freie Wort, gegen die Willkür von oben, Journalisten sind Mythenfabrikanten, am liebsten in eigener Sache.

Um das freie Wort geht es auch heute in der neuen *Spiegel*-Affäre, genauer darum, dass die Fälscherei doch bitte nicht den Rest des linken Stimmungsdampfers kaputt machen dürfe und all die anderen Geleitzüge, deshalb sprang die *Süddeutsche Zeitung* sofort mit ihren Sanitätskoffern ein, als ein Brief mit dem «Lügenpressevorwurf» (welche Bestätigung!) die Redaktion erreichte.

Der «zornige Leserbriefschreiber» wird regelrecht abgewatscht: «Diesen Zorn haben rechte Populisten mit «Lügenpresse»-Rufen gegen ihnen unliebsame Berichtersteller strategisch geschürt. So klar wie unanständig also, dass AfD-Politiker den Einzelfall Relotius sofort als Beleg für die angebliche Dysfunktionalität der Qualitätspresse werteten.»

Relotius – das ist das eigentlich Interessante – lieferte ganz schlicht und einfach passgenau das, was die Auftraggeber erwarteten. Er war der Dealer, der sagen konnte: «Ich hab genau den Stoff

dabei, den du brauchst.»

Wie bei seinem jüngsten «Interview» mit der 99-jährigen Traute Lafrenz, der «Überlebenden», einer Freundin von Hans Scholl, Mitbegründer der Nazi-Widerstandsgruppe «Weisse Rose». Lafrenz, so lässt Relotius sie sagen, habe die Vorgänge in Chemnitz verfolgt, Menschen, die den Hitlergruss machten: «In einer amerikanischen Zeitung habe ich aktuelle Fotos aus Deutschland gesehen – mir ist ganz kalt geworden.»

Nun, hier allerdings hätte die Dokumentationsabteilung stutzig werden können, denn die angesprochenen Fotos waren in der deutschen Presse erst nach diesem Interview aufgetaucht. Doch Relotius legte Lafrenz in den Mund, was alle gern gelesen hätten, die «Antifaschisten» und alle gratismutigen «Gegenrechts»-Kämpfer: «Deutsche, die streckten auf offener Strasse den rechten Arm zum Hitlergruss, wie früher... So fängt es an.»

Alles erlogen.

«Er hat sie benutzt, er hat diese Widerständlerin missbraucht», meint einer von Relotius' Kollegen, «das nehme ich ihm besonders übel.»



Angeblieh Augsteins Devise.

Bezeichnenderweise fehlt ein Halbsatz. Rudolf sagte: «Sagen, wie die Welt is – und nich, wie se sein soll».

In der Geschichte um die Königskinder allerdings müssten Fichtner und die Chefredaktion und besonders Ressortleiter Matthias Geyer, zu dessen Aufgaben Titel und Vorspanne gehören, von einem Zuckerschok geschüttelt worden sein.

Merkel als gute Fee in Kinderträumen? Echt jetzt?

Doch im *Spiegel* ging es in den letzten Jahren nicht mehr darum, Fakten zu präsentieren, sondern um Haltung, und das berührt eine viel tiefere Krise des Journalismus insgesamt. Das jüngste Buch der Chefin der ARD-Sendung «Panorama», Anja Reschke, heisst «Haltung zeigen». Im Netz hatte ein Spassvogel das Cover mit dem Aufdruck versehen: «Vorwort Claas Relotius». Nur ein dummer Witz oder ein versteckter Hinweis darauf, dass der *Spiegel*-Fälscher mit der «Panorama»-Redakteurin Pia Lenz liiert ist?

«Werteorientierter Journalismus»

Mit Relotius, der nun «vor den Scherben seiner beruflichen Existenz steht» (*Süddeutsche*), der offenbar «mental erkrankt ist», wird Schulterchluss gesucht. Julia Stein vom NDR, Leiterin des «Netzwerks Recherche», streichelte: «Wir sehen in Claas Relotius nicht einen Feind, sondern einen von uns, der mental in Not geraten ist und dann zu den falschen, grundfalschen Mitteln griff. Er hat auch unser Mitgefühl... Er hat betrogen, wir haben uns betrügen lassen.»

Bei den Politmagazinen der öffentlich-rechtlichen Sender scheint die selbstgerechte Verfügung über die Wahrheit noch auf vollen Zylindern zu laufen. «Monitor»-Chef Georg Restle hat ein Plädoyer ins Netz gestellt, das einen «werteorientierten Journalismus» fordert. Konkurrenz sieht er in den «digitalen Kanälen und Plattformen».

Selbstverständlich ist die Reportage nicht tot. Ich hätte meine Haltung zum Syrienkrieg nicht derart geändert, hätte ich nicht in meiner Syrien-Reportage (siehe *Weltwoche* Nr. 39/18) mit Christen in Damaskus und Maalula gesprochen. Es ist die Reportage, die uns mit überraschenden Wahrheiten konfrontieren kann, die also echte Aufklärung leistet.

Das Problem ist ein anderes. Im Foyer des *Spiegels* steht Augsteins Devise: «Sagen, was ist». Bezeichnenderweise fehlt ein Halbsatz. Rudolf sagte: «Sagen, wie die Welt is – und nich, wie se sein soll». Diesen Halbsatz hat der *Spiegel* seit Jahren, zu seinem eigenen Schaden, vergessen.



Matthias Matussek arbeitete 26 Jahre beim *Spiegel*, vier davon als Leiter des Kulturreports.

Ode an die Menschlichkeit

Zum 25-Jahr-Jubiläum von «Schindlers Liste» kommt eine restaurierte Version ins Kino. Was das bahnbrechende Werk von Steven Spielberg mit meiner Familiengeschichte zu tun hat. *Von Jonathan Kreutner*



«Wer nur ein Menschenleben rettet, der rettet die ganze Welt»: Szene aus «Schindlers Liste», 1993.

Meine Grosseltern väterlicherseits gelangten fast auf den Tag genau vierzig Jahre vor meiner Geburt, am 29. November 1938, über den Rhein bei Diepoldsau in die Schweiz und retteten sich und meinen Vater vor der nationalsozialistischen Verfolgung. Nur dank des beherzten Eingreifens eines regionalen Zollbeamten und der Anordnung von Polizeihauptmann Paul Grüniger konnten sie dem sicheren Tod entkommen. Meinen Urgrossvater mussten sie in Wien zurücklassen. Er überlebte nicht. Achtzig Jahre ist das nun her.

Geschichten und Erinnerungen

Meine Grosseltern mütterlicherseits hatten noch grösseres Glück. Sie überlebten den Holocaust versteckt, mit falscher Identität. Dank einer nichtjüdischen Freundin meiner Grossmutter, die von der falschen Identität wusste und sie gut kaschieren konnte, blieben sie lange unentdeckt. Die falsche Identität meines Grossvaters flog irgendwann auf, er wurde nach Auschwitz deportiert und wie durch ein Wunder während des Bahntransportes wieder ausgesondert. Er entkam der Vernichtungsmaschinerie. Nicht meine Urgrossmütter. Sie wurden im KZ ermordet. Meine Grosseltern mütterlicherseits überstanden den Holocaust, immer in der Angst, entdeckt zu werden, und wanderten 1949 nach Israel aus.

Meine Grosseltern leben heute alle nicht mehr. Geblieben sind nur noch Fotos, Geschichten und Erinnerungen.

Damals, vor 25 Jahren, als im Frühling des Jahres 1994 der Film «Schindlers Liste» in den

Schweizer Kinos anlief, war das noch anders. Damals lebten meine Grosseltern noch und waren Zeitzeugen, die mir von den Schrecken des Holocaust erzählen konnten. Heute gibt es fast keine Zeitzeugen mehr.

Ich kann mich noch gut erinnern, wie meine Grosseltern als über Achtzigjährige ins Kino gingen, um sich «Schindlers Liste» anzusehen. Allen vier fiel es nicht leicht, sich den Film anzuschauen. Zu nahe war er an ihren eigenen Erlebnissen, auch wenn Jahrzehnte vergangen waren. Meine Grosseltern meinten danach schon vorwurfsvoll, der Film zeichne ein zu heiteres Bild von den Geschehnissen. Die Realität sei schrecklicher gewesen, nicht auf Leinwand zu fassen, niemandem zumutbar.

Aber die Geschichte von Oskar Schindler erinnerte sie andererseits auch an ihre eigene Geschichte, an die Menschen, die sie gerettet hatten, so wie Oskar Schindler. Dieser steht dabei stellvertretend für all die vergessenen Helden, all jene, welche Eltern und Grosseltern von ganz vielen gerettet haben. Ohne diese Helden gäbe es viele von uns heute nicht.

Damals, im Jahr 1994, zog es auch mich ins Kino. Ich schaute mir den Film mit nichtjüdischen Schulkollegen an. Ihr ernstgemeintes Interesse für dieses dunkle Kapitel der jüdischen Geschichte, das ich früher so nie verspürte und das mich aufgrund meiner Familiengeschichte selber stark betraf, berührte mich sehr.

Der Film erschien zu einem günstigen Zeitpunkt. In den 1990er Jahren, in den Zeiten des Umbruchs nach dem Ende des Kalten Krieges, wurde der Holocaust immer mehr als Symbol

des Bösen schlechthin verstanden, als symbolträchtigste aller Mahnungen davor, was passieren kann, wenn man nicht aus der Geschichte lernt. Dabei hatte schon Jahrzehnte zuvor die US-amerikanische Unterhaltungsindustrie eine zentrale Rolle gespielt: Angefangen mit der Verfilmung der Anne-Frank-Tagebücher, dann vor allem mit der Serie «Holocaust» Ende der 1970er Jahre und eben schliesslich mit dem Film «Schindlers Liste» von Steven Spielberg wurde erheblich dazu beigetragen, dass der Holocaust global verstanden werden konnte.

Auch in der Schweiz klärte der Film über den Holocaust auf. Ein Thema, über das bis zu diesem Zeitpunkt leider zu wenig diskutiert wurde. Der Film hatte damals sicher auch seinen Anteil daran, dass das Thema hierzulande die nötige Aufmerksamkeit fand und man sich auch der Verantwortung der Schweiz bewusster wurde.

Fragezeichen

Doch nicht nur global, sondern auch für mich persönlich änderte sich mit dem Film «Schindlers Liste» einiges. Ich begann mich vermehrt und vertieft für das Schicksal meiner Grosseltern zu interessieren, widmete einen Aufsatz in meiner Schulzeit dem Buch «Weiter leben» der Autorin Ruth Klüger. Dabei wurde mir die Vernichtung des europäischen Judentums einmal mehr bewusst, aber auch die Mahnung, dass man diejenigen, die überlebt haben, nie vergessen darf. Wir, die Nachkommen jener, die dem Schrecken entkommen sind, bezeugen durch unser Weiterleben, dass die Vernichtung nicht vollendet werden konnte. Besagten Aufsatz schloss ich damals mit dem Satz: «Der Holocaust hat das Leben meiner Urgrosseltern beendet, das meiner Grosseltern verändert, das meiner Eltern geprägt und bei mir Fragezeichen hinterlassen.» Diese Fragen gibt es bei mir heute noch. Sie lassen mich nicht mehr los.

Es ist deshalb wohl auch kein Zufall, dass ich mich im Jahr 2004 als Student darum bemühte, die Rezension schreiben zu dürfen, als der Film «Schindlers Liste» auf DVD erschien. So schrieb ich damals:

«Ein jüdisches Sprichwort lautet, «Wer nur ein Menschenleben rettet, der rettet die ganze Welt». Dies trifft auf den deutschen Industriellen Oskar Schindler zu, der während des Zweiten Weltkrieges über 1000 Juden vor der Vernichtung rettete. Das siebenfach «Oscar»-prämierte Meisterwerk von Steven Spielberg über den Holocaust schildert das Grauen des Völkermordes tiefgründig und ist dennoch eine Ode an die Menschlichkeit.»



Jonathan Kreutner ist Generalsekretär des Schweizerischen Israelitischen Gemeindebundes. Bei diesem Text handelt es sich um eine Rede, die er anlässlich einer «Schindlers Liste»-Vorführung im Zürcher Kino «Kosmos» gehalten hat.

«Trans» ist cool

Kinderpsychiater berichten, dass eine nie dagewesene Zahl von Mädchen und Jungen sich im falschen Körper fühlen und ihr Geschlecht wechseln wollen.

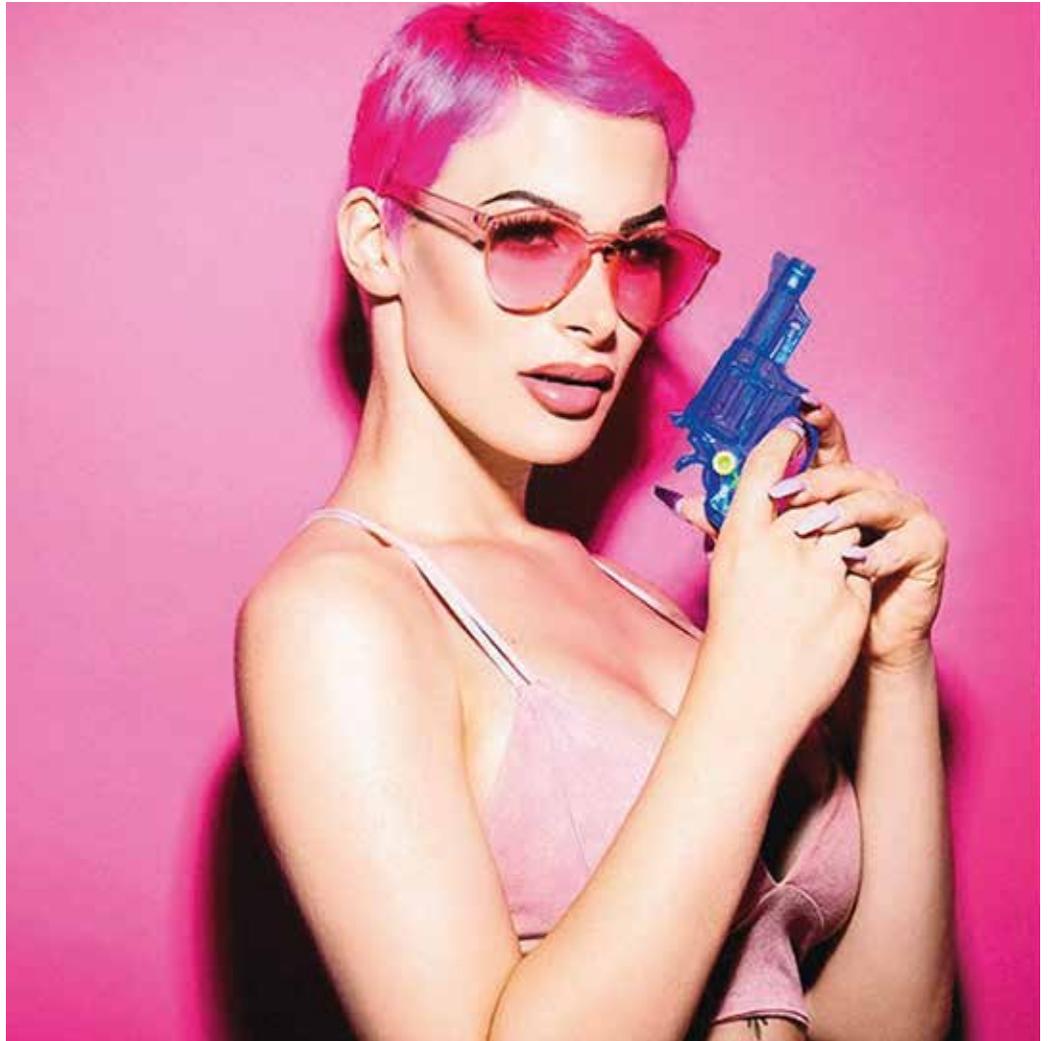
Sind Youtube und Instagram mitverantwortlich? Von Daniela Niederberger

Ein Interview im Nachrichtenmagazin *Der Spiegel* sorgte kürzlich für Aufsehen. Der angesehene Kinderpsychiater Alexander Korte sagte, er erlebe einen «enormen Zulauf an Jugendlichen, die ihr Geschlecht wechseln wollen». Korte ist leitender Oberarzt am Kinderspital der Universitätsklinik München. Er betreut in einer Spezialsprechstunde Kinder und Jugendliche mit Störungen in der geschlechtlichen Identitätsentwicklung. «Wir werden überschwemmt mit Anfragen. Die Zunahme an Fällen bereitet mir Sorge.»

Positiv sei zwar, dass die Gesellschaft toleranter geworden sei. Eltern kämen mit ihren Kindern eher zum Arzt. Korte glaubt aber nicht, dass die gewachsene Offenheit allein für die Zunahme verantwortlich ist. «Wir haben es hier offensichtlich mit einem Zeitgeistphänomen zu tun, das Thema ist seit geraumer Zeit en vogue.» Zweifellos gebe es Betroffene, bei denen von einer tatsächlichen Transsexualität auszugehen sei. «Das ganze Transgender-Thema wird gegenwärtig sehr gehypt, vor allem auf Youtube und Instagram. Es gibt eine Reihe von Transjungen, die Stars auf diesen Kanälen sind, die als Influencer fungieren. Bei *Germany's Next Topmodel* haben Transmädchen mitgemacht. Diese Personen haben Vorbildfunktion.» Die Pubertät sei eine Phase der partiellen Neuentdeckung, Fragen der Identität stünden bei den Jugendlichen ganz oben. «Mit Transgender gibt es für sie eine neue Identitätsschablone.» Es sei oft ein Garant dafür, dass jemand Aufmerksamkeit bekomme. «Es kann im Einzelfall eine Form des pubertären Protests sein, der sich früher mal in der Form äusserte, wie man die Haare trug oder sich kleidete.»

In der Schweiz ist Dagmar Pauli die wichtigste Expertin für Transgender-Fragen bei Jugendlichen. Die Chefarztin der Kinder- und Jugendpsychiatrie der Psychiatrischen Universitätsklinik in Zürich stellt ebenfalls eine «deutliche Zunahme» von Kindern und Jugendlichen mit sogenannter Gender-Dysphorie fest, also solchen, die sich nicht mit ihrem Geburts-geschlecht identifizieren. Ein Grund sei, dass es entsprechende Anlaufstellen noch nicht lange gebe. Pauli führt seit zehn Jahren eine Sprechstunde, die erste in der Schweiz. «Vorher gab es nichts. Das Ganze war ein Tabuthema.» Anfangs suchten drei bis fünf junge Menschen Hilfe, heute sind es rund hundert im Jahr.

Die Frage sei: Wo waren diese Menschen vorher? Gab es sie bereits? Pauli glaubt nicht an eine reale Zunahme von Transmenschen. Noch



«Bist du bereit? O my God!»: Raffaella Zollo aus dem Puschlav.

viel weniger glaubt sie, dass es sich um eine Mode, ausgelöst durch Youtube, handelt. «Ich sehe niemanden, der das cool findet oder stolz ist. Viele weinen und wollen nicht <trans> sein. Sie fragen: «Weshalb bin ich nicht als Mädchen oder als Junge auf die Welt gekommen?»»

«Niemand genießt es»

Wer sich für Paulis Sprechstunde anmeldet, hat in der Regel einen Leidensweg hinter sich. Der typische Fall sehe so aus: Das betreffende Mädchen oder der betreffende Junge sei seit zwei bis drei Jahren in der Pubertät und leide extrem. «Praktisch alle sagen: «Das hatte ich schon als Kind, aber ich konnte es niemandem erzählen.» Und niemand genieße es. «Häufig sind diese Jugendlichen suizidal, sie hassen ihren Körper und verletzen sich oft selbst. Da ist es heikel, von einem Hype zu sprechen.» Ganz sicher sei es nicht so, dass ein Grossteil dieser

Menschen einfach mal so das Geschlecht wechseln wolle. «Man wird nicht <trans> vom Youtube-Videos-Gucken!»

In Bern gibt es seit drei Jahren die Sprechstunde «Geschlechtervielfalt» an der Klinik für Kinderheilkunde. «<Transgender> ist ein Hype-Thema», sagt Christian Wüthrich, leitender Arzt der Kinder- und Jugendpsychiatrie, denn keine Woche vergehe, ohne dass die Medien darüber berichteten. Für viele Betroffene, auch die Eltern, sei es eine grosse Entlastung, «dass man dem, was einen plagt, einen Namen geben kann». Zum Teil gebe es Anmeldungen, bei denen Transgender das falsche Thema sei. Vielleicht handle es sich um jemanden, der schwul oder lesbisch sei, das aber nicht akzeptieren könne. «Aber ich habe noch nie erlebt, dass jemand in die Sprechstunde kommt, bloss weil das Thema Mode ist.»

Oft kämen die Jugendlichen notfallmässig und wünschten, dass sie sofort Hormone bekommen. Als Kind kann ein Mädchen sich wie ein Junge kleiden. Wenn mit der Pubertät die Menstruation einsetzt und sich die Brüste bilden, «ist das eine Riesenbelastung», so Wüthrich. Diese Mädchen sassen in der Sprechstunde und sagten dann zum Beispiel: «Machen Sie sofort etwas, sonst schneide ich mir die Brüste ab!»

Das Wichtigste sei, zunächst einmal Druck wegzunehmen. Vielleicht sei es angezeigt, in einem ersten Schritt die Pubertät mit Hormonen zu blockieren, um Zeit zu gewinnen. Zeit, das Umfeld zu informieren und sich zu überlegen, wie es weitergehen solle; Zeit, abzuschätzen, wie stark der Wunsch wirklich sei. Erst im zweiten Schritt würden gegengeschlechtliche Hormone verabreicht. In Zürich liessen sich geschätzt gegen 80 Prozent der Jugendlichen, die in die Sprechstunde kommen, operieren oder mit Hormonen umwandeln. Bei den Kindern, die von den Eltern vorgestellt werden, seien es weniger.

Stil-Ikonen der Gegenwart

Unbestritten ist, dass Transgender-Youtuber eine grosse Fan-Gemeinde unter jungen Leuten haben – hier kann man sehr wohl von einer Mode sprechen. Youtuberin Raffaella Zollo aus dem Puschlav machte als erste Transfrau an der Miss-Schweiz-Wahl mit. Die 26-Jährige mit der pinken Kurzhaarfrisur und üppiger Oberweite berichtet auf dem Kanal «Raffa's Plastic Life» aus ihrem Leben. In einer Episode zeigt sie ihre neue superschmale Taille. Für die Zuschauer nimmt sie das Korsett ab: «Bist du bereit? O my God! Happy year, biiitch!» Man sieht vier Narben vom Fettabsaugen.

Bei «Der Bachelor» machte die Transfrau Daryana aus Zürich mit, bei «Germany's Next Topmodel» waren es Giuliana Farfalla (die erste Transfrau auf dem Cover des deutschen *Playboy*-Magazins) und Soraya Kajevic (geborener Armin) aus Dietlikon bei Zürich mit ihrem Entenmund («Mit siebzehn spritzte ich zum ersten Mal die Lippen auf»). International macht Gigi Gorgeous (einst Gregory Allan



«Trans-Guy mit Designer Nippeln»: Alex Bertie.



Erste Trans-Playmate: Giuliana Farfalla.

Lazzarato) mit fast drei Millionen Abonnenten auf Youtube Furore, eine Barbie-Inkarnation mit Melonenbrüsten, unglaublich gut geschminkten Katzenaugen und einem überschäumenden Wesen.

Ins seriösere Fach gehören Ashlee Marie Preston, eine dunkelhäutige, gescheite Aktivistin, die sich auch schon für ein politisches Amt beworben hat. Logisch hat sie in ihren Videos die Haare schön, aber sie wirkt echt. Mit neunzehn verliess sie das ländliche Ken-

«Häufig sind diese Jugendlichen suizidal, sie hassen ihren Körper und verletzen sich oft selbst.»

tucky und landete in Los Angeles in der Prostitution. Sie konnte sich aufrappeln und ist heute Chefredaktorin des *Wear Your Voice Mag* und gehört zu Coca-Colas «Next Generation»-Influencern von 2018.

In Grossbritannien ist Alex Bertie beliebt, der «Trans-Guy mit Designer-Nippeln und eigenem Youtube-Kanal». Der junge Mann mit Bart und unzähligen Tattoos liebte als Mädchen nichts mehr als Actionfiguren und Videogames; seine Freunde waren alles Buben. Auf Youtube berichtet er von Panikattacken in Restaurants und dass er gerne einmal eine Frau kennenlernen würde («Ich bin pansexuell»).

Keine Glücksgarantie

Auffallend ist, dass viele Youtuber ihre Geschlechtsanpassung sehr früh machten, mit sechzehn oder siebzehn Jahren. Im Spital Bern werde frühestens ab achtzehn Jahren operiert, sagt Christian Wüthrich – doch in Marokko oder Thailand haben Ärzte weniger Skrupel.

Dass auf die Operation nicht zwingend das Glück folgen muss, erfuhr die erste Transfrau der Schweiz, Coco, die sich vor 21 Jahren das Leben nahm. Sie litt unter Identitätskrisen und Depressionen. Ihre Mutter sagte: «Sie liess sich zwar etwas wegoperieren, aber eine Frau wurde sie nie.»

Jugend

Bewirb dein Leben

Der Weg zum Influencer ist steinig und frei von Illusionen. Ein Selbstversuch.

Während vor ein paar Jahrzehnten Rockbands die Ikonen vieler Jugendlicher waren, sind es heute Social-Media-Stars. Ob auf Youtube, Instagram oder anderen sozialen Medien, Influencer, also «Beeinflusser», stehen bei vielen Millennials hoch im Kurs. Dabei müssen es nicht immer die grossen Hollywood-Stars oder Victoria's-Secret-Models mit Millionen von Followern sein. Ein paar tausend Followers reichen oft schon, um sich als Influencer zu betiteln und idealerweise, das ist der springende Punkt, damit Geld zu verdienen.

Die Hoffnung, dass das digitale Leben auch im deutschsprachigen Raum den grossen Ruhm bringt, lassen locker-naiv in den Tag blickende Mittzwanziger mit schrillen Namen wie Dagi Bee oder Julienco aufleben. Da verwundert es nicht, dass Kurse und Vorträge darüber angeboten werden, wie man Influencer wird – auch in der Schweiz. Gekonnt verpackt in einen Werbeanlass, erklärten letzte Woche in Zürich zwei in der Schweiz aktive Influencer, Steven Epprecht und Andrea Monica Hug, was es braucht, um ins Geschäft einzusteigen.

Lebende Werbeplakate

Von der Posting-Planung, die vorgibt, wann welches Bild online gestellt wird, über statistische Ermittlungen der Zielgruppe bis hin zum rigorosen Bearbeiten von Fotos vor dem Posting – Influencer zu sein, ist nicht nur viel unspontaner, als jeder Teenie es sich zu denken vermag, sondern hat auch viele Ähnlichkeiten mit der Arbeit eines Marketing-Büros. So gesehen gibt es zwischen Rockbands und Influencern einen erheblichen Unterschied: Rockbands erschaffen Musik, je nach Interpretation sogar Kunst. Influencer hingegen bewerben bloss Lippenstifte, Klamotten oder Uhren, die sich Teenager knapp leisten können. Oder auch nicht. Und ist es einmal kein Lippenstift oder keine Uhr, dann bewerben sie sich selbst.

Zwar wird im Kontext mit Influencern, und auch an dem Workshop vergangene Woche, die Wichtigkeit des Contents, also des Inhalts eines Postings, erwähnt, aber bei dem Wort handelt es sich um einen Euphemismus. Einige Influencer machen den Sprung zum Fotografen, Model oder Moderator, die meisten aber bleiben bloss lebende Werbeplakate. *Anton Beck*

Vom Mauerfall zur Mondlandung

Vor zwanzig Jahren stürmte Gölä die Schweizer Hitparaden, und die Nato bombardierte Serbien. Vor 500 Jahren predigte Ulrich Zwingli aus dem Matthäus-Evangelium, und Ferdinand Magellan brach zu seiner Weltumsegelung auf. Die interessantesten Jubiläen dieses Jahres.

Vor 10 Jahren — Die Schweizer U-17-Nationalmannschaft wird Fussball-Weltmeister. Eine Reihe dieser Spieler ist heute in den internationalen Top-Ligen im Einsatz und bildet das Rückgrat des Schweizer Nati-Kaders: **Granit Xhaka** (FC Arsenal), **Haris Seferovic** (Benfica Lissabon), **Ricardo Rodríguez** (AC Milan), **Nassim Ben Khalifa** (FC St. Gallen).

Linda Fäh wird im gleichen Jahr zur Miss Schweiz gewählt.

Vor 20 Jahren — Im März 1999 beginnt die Nato – ohne völkerrechtliches Mandat – mit ihren Luftschlägen gegen die Bundesrepublik Jugoslawien. Damit sollte die serbische Regierung von **Slobodan Milosevic** zum Rückzug aus dem Kosovo gezwungen werden. Im Bundestag erklärt Bundeskanzler **Gerhard Schröder** (SPD): «Wir können uns unserer Verantwortung nicht entziehen. Das ist der Grund, warum deutsche Soldaten zum ersten Mal seit dem Zweiten Weltkrieg in einem Kampfeinsatz stehen.» In der Folge wird Ex-Jugoslawien endgültig zerstückelt: 2006 erklärt Montenegro seine Unabhängigkeit, 2008 der Kosovo. «Mambo No. 5» von **Lou Bega** ist die erfolgreichste Single der Schweiz. Mit «Uf u dervo» und «Wildi Ross» belegt der Buezer-Rocker **Gölä** die Plätze zwei und drei bei den Albanen.



Luftschläge gegen Jugoslawien: Schröder, 1999.

Vor 30 Jahren — Die sozialistischen Machthaber nannten die Mauer in Berlin einen «antifaschistischen Schutzwall». Faktisch sperrte das Regime damit seine Bürger ein, die zu Hunderttausenden in den Westen davonliefen. Am 9. November 1989 öffnet die DDR die Grenzen unter dem Druck friedlicher Massenkundgebungen.



Offene Grenzen: Mauerfall in Berlin, 1989.

Vor 40 Jahren — Einer der weniger bekannten, aber erfolgreichsten Schweizer Filme kommt 1979 in die Kinos: «Les petites fugues» («Kleine Fluchten»), mit fast einer halben Million Eintritte. Die Geschichte eines Knechts, der sich von seiner ersten AHV ein Moped kauft und beginnt, die Welt um sich herum zu erkunden, trifft offenbar die Sehnsuchtslage vieler Schweizerinnen und Schweizer.

Auch als eine Art Flucht könnte man die Gründung des Kantons Jura sehen. Der katholisch geprägte, französischsprachige Nordzipfel wurde beim Wiener Kongress 1815 dem deutschsprachigen Reformationskanton Bern zugeschlagen und war nie glücklich in dieser Zwangsgemeinschaft. 1963 bildet sich die militante Separatistenbewegung der **Béliers** (dt. Widder), später die **Jurassische Befreiungsfront** (FLJ); mit originellen bis gewalttätigen Aktionen (Zumauern des Eingangs zum Berner Rathaus, Entwendung des Unspunnensteins, Brand- und Sprengstoffanschläge) heizen diese den Anti-Bern-Kampf an. Schliesslich sorgt eine Kaskade von Volksabstimmungen für die Loslösung des Juras.

Vor 50 Jahren — Geradezu euphorisch setzt die Menschheit auf technischen Fortschritt – symbolisch dafür steht die Mondlandung von 1969 durch die USA. Mit **Beznau I** wird das erste kommerzielle Atomkraftwerk der Schweiz in Betrieb genommen. Seine Produktion deckt in etwa den Strombedarf der Stadt Zürich.

Vor 60 Jahren — Vor allem auf Betreiben der Konservativ-Christlichsozialen Volkspartei (KCV, heute CVP) wird 1959 die Zauberformel eingeführt: Die drei grössten Parteien SP, FDP

und CVP mit je zwei Sitzen und die Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei (BGB, heute SVP) mit einem Sitz bilden fortan die Konkordanzregierung. Unter der Führung von **Christoph Blocher** legt die SVP kontinuierlich zu und wird 1999 zur wählerstärksten Partei. Die bisherige Zauberformel ist klinisch tot. Mit der Nichtwiederwahl von **Ruth Metzler** und dem Einzug Blochers in den Bundesrat (2003), seiner Abwahl (2007), der Abspaltung der BDP, dem erneuten Wahlsieg der SVP (2015) und dem Einzug von **Guy Parmelin** in den Bundesrat ist die Zauberformel wieder neu justiert worden.

Ebenfalls 1959 stürzt **Fidel Castro** den kubanischen Diktator Fulgencio Batista und errichtet seinerseits eine Diktatur unter sozialistischen Vorzeichen, die bis heute in etwas abgemilderter Form anhält.

Feminismus im Weltall: Die beiden weiblichen Äffchen **Able** und **Miss Baker** werden von der US-Raumfahrtbehörde auf eine Höhe von 480 000 Meter befördert. Der erste «bemannte» Flugversuch ist ein Erfolg: Beide «space monkeys» kehren unversehrt zurück. Zehn Jahre später, also vor fünfzig Jahren, betritt mit **Neil Armstrong** der erste Mensch den Mond.



Erster Mensch auf dem Mond: Armstrong, 1969.

Vor 80 Jahren — «Seit 5 Uhr 45 wird zurückgeschossen», bellt es durch den Grossdeutschen Rundfunk. Fake News. **Adolf Hitler** dreht in seiner Rede vor dem Reichstag die Ereignisse um: Es war Deutschland, das Polen überfallen hatte und damit den Zweiten Weltkrieg auslöste.

Die schweizerische Landesausstellung «Landi» mit über zehn Millionen Besuchern steht ganz im Zeichen der geistigen Landesverteidigung.



Kubas neuer Diktator: Fidel Castro, 1959.

Vor 90 Jahren — In seinem Roman «Warten auf Hergé» schickt der Schweizer Schriftsteller **Claude Cueni** das beliebteste Comic-Duo der Welt auf Spurensuche ihres Schöpfers. Was die 1929 erstmals der Öffentlichkeit vorgestellten Tim und Struppi entdecken, wirft bis in die Gegenwart Schatten über das Werk: **Georges Prosper Remi alias Hergé** bewegte sich lange Zeit in einem antisemitisch und nazifreundlich geprägten Umfeld. Er habe Grossartiges geleistet, schreibt Cueni (*Weltwoche* Nr. 45/18) über den genialen Zeichner und Geschichtenerzähler, «war aber alles andere als grossartig».



«**Alles andere als grossartig**»: Tim und Struppi.

Vor 100 Jahren — Als erster Schweizer erhält **Carl Spitteler** 1919 den Literaturnobelpreis für sein Epos «Olympischer Frühling», das mit den folgenden Versen anhebt:

*Hades, der Fürst des finstern Erebos, befahl:
«Entfesselt die gefangnen Götter allzumal
Und sammelt sie zu Hauf im Tempel der Sibyllen,
Auf dass ich ihnen künde meinen Spruch und Willen.»*

Der Nationalrat wird neu im Proporz gewählt und damit die seit der Gründung des Bundesstaates anhaltende Dominanz des Freisinns gebrochen. Die Stimmbeteiligung liegt bei über 80 Prozent. Gewinner sind die vom bis-

herigen Mehrheitswahlrecht benachteiligten Sozialdemokraten und Katholisch-Konservativen (heute CVP) sowie die neue Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei (heute SVP).

Vor 150 Jahren — Die Kantone Thurgau und Zürich führen das obligatorische Referendum und neu ein Initiativrecht ein. Die beiden demokratischen Verfassungen dienen als Vorlage, um auch auf Bundesebene die Möglichkeit von Volksinitiativen (ab 1891) zuzulassen.

An der Universität Basel hält der 25-jährige **Friedrich Nietzsche** seine Antrittsvorlesung als Professor für klassische Philologie. Nebenbei besucht er Veranstaltungen des Kunsthistorikers **Jacob Burckhardt**, der derzeit noch die Schweizer Tausendernote zielt.



Geld und Geist: Alfred Escher (1819–1882).

Vor 200 Jahren — 1819 wird ein fulminanter Jahrgang: Die beiden Zürcher **Alfred Escher** (Eisenbahnpionier, Industrieller, Politiker, Mitbegründer der ETH) und **Gottfried Keller** (Schriftsteller, «Der grüne Heinrich», «Die Leute von Seldwyla») werden auf fruchtbare Weise Geld und Geist verbinden.

Der 23-jährige **François-Louis Callier** begründet die Schweizer Schokoladenindustrie, indem er durch den Einsatz mechanischer Hilfsmittel Schokolade in grösseren Mengen und besserer Qualität herzustellen beginnt. Jedes Kind kennt das geschwungene Markenlogo. Callier gehört heute zur Nestlé-Gruppe.

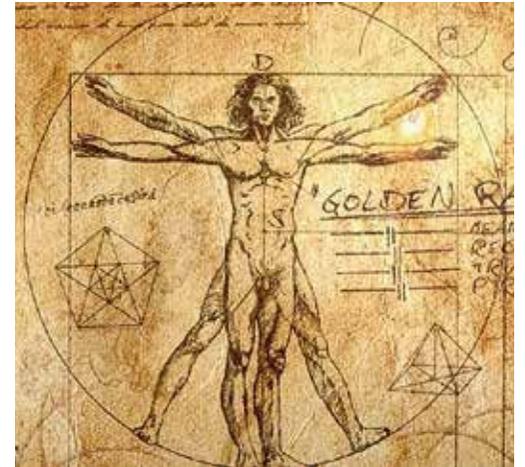
Vor 250 Jahren — **James Watt** erhält das Patent für seine Dampfmaschine und setzt damit den «Kreislauf von Wohlstand und Fortschritt» (NZZ) in Gang, der bis heute die Welt antreibt.

Vor 500 Jahren — Sein persönliches Schicksalsjahr wird auch die Alte Eidgenossenschaft grundlegend umpflügen. Pünktlich zum Neujahr nimmt der Neubestellte Leutpriester **Ulrich Zwingli** seine Tätigkeit am Grossmünster in Zürich auf. Bereits in seiner ersten Predigt bricht der Toggenburger Bauernsohn

mit den Vorgaben der Kirche. Er hält sich nicht an die offizielle Leseordnung biblischer Texte, sondern kündigt an, das Matthäusevangelium Kapitel für Kapitel auslegen zu wollen. Dabei greift er auch aktuelle Fragen auf und wendet sich gegen das Söldnerwesen, gegen die Vermittlung junger Schweizer an fremde Kriegsherren.

Im Herbst 1519 erkrankt Zwingli an der Pest. Die Nahtoderfahrung bestärkt ihn in der Überzeugung, dass die menschliche Existenz nur der Gnade Gottes zu verdanken sei und das Seelenheil nicht durch Busse, gute Werke oder gar Ablässe erwirkt werden könne. Der Konflikt mit der Amtskirche und seine Kritik am Söldnerwesen münden in der schweizerischen Reformation, der sich neben Zürich auch Bern, Schaffhausen, Basel und weitere Teile der Eidgenossenschaft anschliessen. Die Glaubensspaltung führt zu zwei innereidgenössischen Konfessionskriegen bei Kappel, wobei Zwingli 1531 den Tod findet.

1519 stirbt mit **Leonardo da Vinci** der Renaissance-Mensch schlechthin, und **Ferdinand Magellan** beginnt seine Weltumseglung, deren erfolgreiches Ende er selber allerdings nicht mehr erlebt.



Der ideale Mensch: da Vinci (1452–1519).

Vor 1000 Jahren — Er bringt ein wahrlich kaiserliches Geschenk mit: 1019 weihet Heinrich II. das frühromanische Münster in Basel ein. Er stiftet ein Antependium, eine aus Goldblech getriebene Darstellung von Jesus Christus als Weltrichter zwischen den drei Erzengelein und dem heiligen **Benedikt von Nursia**. Wer das sakrale Kunstwerk sehen will, muss allerdings nach Paris ins nationale Mittelaltermuseum reisen. Nach der gewaltsamen Trennung beider Basel 1832/33 wurde der Landschaft zwei Drittel des Münsterschatzes zugest. Der finanziell darbenende neue Kanton veräusserte das Antependium an den französischen Staat.

Zusammengestellt von Peter Keller.



Die Bibel

Salz der Erde

Von Peter Ruch

Ihr seid das Salz der Erde. Wenn aber das Salz fade wird, [...] taugt es zu nichts mehr, man wirft es weg, und die Leute zertreten es (Matthäus 5, 13). Es gibt ein Verhältnis zwischen der Institution Kirche und dem Staat oder, anders gesagt, zwischen der Christengemeinde und der Bürgergemeinde. Den Unterschied zwischen den beiden darf man nicht verwischen. Ist eine Kirche geil auf politische Beachtung, dann wird sie zu einem religiösen Ornament der Politik. Etwa wenn eine Kirchenzeitung für Frauenquoten wirbt oder wenn der Evangelische Kirchenbund und die Bischofskonferenz Abstimmungsparolen herausgeben. Die Kirche kann für die Bürgergemeinde nur dann Salz und beachtenswert sein, wenn sie sich des Evangeliums, der Menschenfreundlichkeit Gottes, nicht schämt.

Salz ist kein Selbstzweck. Es verstärkt den Geschmack der Speisen – ihren eigenen! Mit blossem Salz im Mund muss ich spucken. Ebenso ist die Kirche kein Selbstzweck. Sie ist für das Evangelium, und dieses ist für die Welt da. Sie ist das Salz der Erde, indem sie den Mächtigen bezeugt, dass sie mit Gott versöhnt sind und deshalb mit der Welt versöhnlich umgehen können. Nicht zufällig geht die Christenheit einem ausgesprochen politischen Ziel entgegen, nämlich der zukünftigen Stadt (Hebräer 13, 14). Keinem Tempel, sondern einer Stadt (Polis). Dort herrscht Gott menschenfreundlich mit dem Lamm. Anders als die Staaten mit den Raubtieren in den Wappen. Das Lamm in Gottes Wappen bezeugt, dass im wahren Machtzentrum die Liebe regiert. Damit die Bürgergemeinde ein Gleichnis des kommenden Reiches sein kann, muss sie auf religiöse Spielchen und Vortäuschungen verzichten. Jeder Staat, der sich als Heilsbringer aufspielt, wird zum Ungeheuer aus dem Abgrund (Offenbarung 13). Ob in einer konkreten Lage Widerstand oder Anpassung christlicher ist, lässt sich nicht theoretisch festlegen. Eine Kirche jedoch, die oft in banale politische Sachfragen dreinschwatzt, wird fade und taugt zu nichts mehr, man wirft sie weg, und die Leute zertreten sie. Schade.

Peter Ruch war während 35 Jahren reformierter Pfarrer in drei Gemeinden.



Metamorphose von Feindschaft in Freundschaft: Viggo Mortensen (l.) und Mahershala Ali.

Kino

Goldfinger und Rambo

Hochgelobt und mehrfach Oscar-nominiert: die Rassismus-Komödie «Green Book» über einen schwarzen Starpianisten und seinen weissen Chauffeur. Von Wolfram Knorr

Buddy-Filme sind Seelenkundler-Filme. Vordergründig on the road, schreiten die buddies, die Freunde, mit jedem Schritt, mit jeder Meile, die sie gemeinsam gehen, in die Souterrains ihrer Seelen. Die Kumpel-Reise und deren Geschichten sind uralte – die einfallsreichsten Varianten reichen von Cervantes (Don Quijote und Sancho Pansa) über Conan Doyle (Sherlock Holmes und Dr. Watson) und Mark Twain (Tom Sawyer und Huckleberry Finn) bis zu Samuel Beckett (Wladimir und Estragon). Hollywood hat das sofort aufgegriffen (Laurel und Hardy) und aus dem Buddy-Konzept eine Art Gesellschaftsspiel gezimmert. Im Zentrum türmt sich ein Berg von Gegensätzen und Vorurteilen, der die Kontrahenten nötigt, ihn von zwei Seiten argumentativ abzuschaufeln – eine aufs komödiantische reduzierte platonsche Dialektik sozusagen.

Jüngstes Beispiel ist die hochgelobte, mit drei Golden Globes sowie dem Produzentenpreis ausgezeichnete und mit zahlreichen Oscars nominierte Tragikomödie «Green Book» von Peter Farrelly («Dumb and Dumber To») mit Viggo Mortensen und Mahershala Ali – eine «wahre Geschichte» und deshalb eine wunderbare Offerte, sie schleunigst zu verfilmen, ganz besonders heute: Der schwarze Pianist Dr. Don Shirley, dessen Stil eine Mischung aus Liberace und Lang Lang war, liess sich Anfang der 1960er

Jahre vom Italoamerikaner Tony Lip für eine Tournee durch den rassistischen Süden chauffieren. Der Künstler war ein Snob und Schnösel und reich, sein Fahrer ein Proll, Rassist und arm – ein Traumfabrik-Leckerbissen, und Hollywood liebt das Kulinarische (das Publikum auch)! 1958 machte Stanley Kramer mit der Knast-Flucht-Geschichte «The Defiant Ones» Furore: Ein Schwarzer (Sidney Poitier) und ein Weisser (Tony Curtis) fliehen, aneinandergekettet. Ende der 1960er drehte Sydney Pollack den Western «Scalphunters». Ein Pelzhändler (Burt Lancaster) wird von Indianern überfallen und beraubt. Sie hinterlassen ihm einen Schwarzen (Ossie Davis), mit dem sie nichts anfangen können. Lancaster geht's auch so, bis sich Ossie Davis als hochgebildet outet und kuriose Situationen herbeiführt. Am Ende verstehen die beiden sich prächtig.

In «Green Book» ist die Ausgangssituation ähnlich. Der Italoamerikaner Tony Lip (Viggo Mortensen), mit Wampe, bräsig, leutselig und draufzu, verdient sein Geld als Türsteher und wird an Dr. Don Shirley (Mahershala Ali) vermittelt, den glamourösen Goldfinger am Piano, der seine Gäste auf einem Thron empfängt! Tony kriegt Stielaugen, zeigt sofort seine Aversionen, macht aber für Geld alles. Der Gegensatz kann also nicht bizarrer sein: Tony, Hansdampf eines lärmigen Italo-Clans – Dr. Shirley,

Ziervogel aus der Beletage mit Personal. Tony ein Gemüts-Rambo, Shirley ein Allüren-Geck. Der eine liebt, trotz rassistischer Neigungen, die Musik der Schwarzen; der andere hält Distanz zu den eigenen Wurzeln. Was für eine krasse komödiantische Grundstruktur! Und genau deshalb mag man beide. Sie haben, man spürt es, das Herz auf dem rechten Fleck, auch wenn sie sich erst, verschlossen wie Austern, ihre Kräfte messend, umlauern.

Darin gründet aber auch das Dilemma hollywoodscher Buddy-Filme: Sie sind geistreich, voller Pointen, nie langweilig und werden genüsslich gespielt; nur ist alles vorhersehbar. Die Metamorphose von Feindschaft in Freundschaft ist der dramaturgische Prozess, der sich meist tränenselig auflöst. «Green Book» spielt 1962, was die Chance zu ausgiebiger Nostalgie-Ästhetik mit Norman-Rockwell-Lauschigkeit bietet. Aber Peter Farrelly träufelt mit tückischem Vergnügen dann doch immer wieder Gift in die Bilder, das, ähnlich einer Lackmusprobe, den Rassismus hinter der Idylle sichtbar macht, etwa wenn Dr. Shirley zwar spielen, aber nicht am selben Tisch mit der weisen Gastgeber-Clique dinieren oder ihre Toilette nicht benutzen darf. Der Titel «Green Book» geht auf ein Reisebuch für Schwarze zurück, mit den Hotels, Restaurants und Institutionen, die bereit waren, sie zu bedienen. Shirleys Bruder Maurice erklärte übrigens, dass Don und Lip nie Freunde geworden seien. ★★★★★☆

Weitere Premieren

Le vent tourne — Der Wind, der Wind, dieses himmlische Kind, rauscht nicht nur durch die Bäume und über die raue Landschaft des Jura, sondern auch durch die Beziehung von Pauline (Mélanie Thierry) und Alex (Pierre Deladonchamps), die sich einen Hof mit Kühen und Schweinen geleistet haben, fernab der modernen Zivilgesellschaft ein natürliches, autarkes Leben führen wollen und selbst die moderne Medizin für ihre Kühe ablehnen – die Windenergie, die sie vom Stromnetz unabhängig machen soll, finden sie dagegen toll. Und das rächt sich. Denn die Mühle aufzubauen und anzuschliessen, verlangt technisches Know-how, und das weht wie eine frische Böe in Gestalt des attraktiven Ingenieurs Samuel (Nu-



Wirbelsturm der Gefühle: «Le vent tourne».

no Lopes) auf den Hof. Der ist schon überall gewesen, weil überall Windenergie gefragt ist. Pauline, die noch nie weg vom Hof gekommen ist, ist hin und weg von Samuel. Aus der emotionalen Brise wird bald ein Wirbelsturm der Gefühle. Bettina Oberlis («Die Herbstzeitlosen») Sturmhöhe ist leider keine, aber das Lokalkolorit stimmt. Mit dem Windrad nur symbolisch zu spielen, geht nicht, weil es nun mal errichtet wird. Da würde man schon gerne wissen, wie sie das geschafft und bezahlt haben. So simpel ist es nicht, ein solches Ungetüm in die Landschaft zu rammen. ★★★★★☆



Peppig und poppig: «Rafiki».

Rafiki — In Cannes gelaufen, hochgelobt, aber im Herkunftsland Kenia verboten – der auch mit europäischem Geld finanzierte Film über Feminismus, Homosexualität und kenianische Konventionen, von Wanuri Kahiu peppig und poppig umgesetzt, ist wie gemacht für ein westliches Publikum. ★★★★★☆

The Mule — 2011 wurde er mit einer Lieferung von über hundert Kilogramm Kokain erwischt, nur war der Drogenkurier ein Methusalem: ein Rentner von 87 Jahren! Clint Eastwood, selbst 88, hat die bizarre Story verfilmt – mit sich als Kurier! Das hat Charme, ist aber auch betulich. ★★★★★☆

Knorrs Liste

1	The Favourite Regie: Yorgos Lanthimos	★★★★★
2	Roma Regie: Alfonso Cuarón	★★★★★
3	Shoplifters Regie: Hirokazu Koreeda	★★★★★
4	Schindlers Liste Regie: Steven Spielberg	★★★★☆
5	Mary Queen of Scots Regie: Josie Rourke	★★★★☆
6	Colette Regie: Wash Westmoreland	★★★★☆
7	Der Junge muss an die frische... Regie: Caroline Link	★★★★☆
8	Wolkenbruchs... Regie: Michael Steiner	★★★★☆
9	Astrid Regie: Pernille Fischer Christensen	★★★★☆
10	Capharnaüm Regie: Nadine Labaki	★★★★☆

Jazz

Innenräume der Musik

Von Peter Rüedi

Saxofonist Joe Lovano, geboren 1952 in Cleveland, ist eine der Schlüsselfiguren im zeitgenössischen Jazz. Einer, der janusköpfig die ganze Geschichte seines Instruments überblickt, also auch die seiner Musik, und der dennoch weit über die stilistischen Schrebergärten hinausblickt, in denen so manche Individualisten vor sich hin bosseln, in der Meinung, ein paar Marotten machten aus ihnen schon grosse Stilisten. Joe Lovano ist ein Meisterstilist, gerade weil er seinen unverwechselbaren Ton in verschiedensten Zusammenhängen findet und seine Musik mit Vorliebe im offenen demokratischen Interplay entwickelt. In seiner DNA-Struktur ist er ein determinierter Jazzer, aber er interessiert sich ebenso für die Zwölftonmusik und überhaupt die neue E-Musik, freilich ohne je in seiner Musik die Nabelschnur zu fundamentalen Qualitäten wie Swing, Blues, zu melodisch und harmonisch nachvollziehbaren Strukturen zu kappen. Joe Lovano kennt die dringlichen und ausgelassenen Register des Saxofons, aber er ist auch ein hochsensibler Melomane, ein «Sänger» (nicht von ungefähr stammen von ihm eine Caruso- und eine Sinatra-Hommage). Sein Ton auf dem Tenor-Saxofon ist von einer zärtlichen Delikatesse, biegsam, luftig, behutsam, poetisch, lyrisch, er ist ein naher Verwandter von Saxofonisten wie Joe Henderson oder auch Wayne Shorter.

Ein Meisterwerk poetisch sparsam gewirkter Finesse ist ihm jetzt auf seiner ersten CD als Leader für ECM gelungen (wo er schon Teil des epochalen Trios mit Paul Motian und Bill Frisell war, unter anderem). Seine Partner sind der filigrane Perkussionist Carmen Castaldi (er heisst wirklich so) und vor allem die hinreisende, bis in die Fingerspitzen subtile Marilyn Crispell (von der Cecil Taylor einst mit Grund sagte, ihr sei «ein neuer Lyrismus» in der kreativen Musik zu verdanken). «Trio Tapestry» ist im Interplay so dicht gewoben und in den einzelnen Erzählfäden gleichzeitig so leuchtend, dass wir Lovanos eigenes Urteil leicht nachvollziehen können: Dies sei «some of the most intimate and personal music I've recorded so far».



Joe Lovano: Trio Tapestry. ECM 2615



Thiel

Pferderennen

Von Andreas Thiel

Wermuth: Hallo Martin. Auf welches Pferd hast du denn heute gesetzt?

Landolt: Cédric Wermuth und Tamara Funicello beim Pferderennen? Was macht ihr denn hier? Habt ihr etwa auch gewettet?

Wermuth: Nein, wir sind nicht hier, um zu wetten. Wir sind hier als neutrale Beobachter der staatlichen Verliererschutzbehörde.

Landolt: Und was macht diese Behörde?

Wermuth: Im Moment nur beobachten. Aber wir kämpfen dafür, dass sie die Kompetenz erhält, im Notfall in die Pferderennen einzugreifen und die Wettregeln zu ändern.

Landolt: Damit bei den Pferden endlich die Tierschutzregeln eingehalten werden?

Wermuth: Nein, für den Fall, dass es Verlierer gibt.

Landolt: Aber es gibt immer Verlierer.

Wermuth: Siehst du? Und um das zu verhindern, wollen wir die Regeln ändern.

Landolt: Wie stellt ihr euch das vor?

Wermuth: Man könnte zum Beispiel die Regel einführen, dass der Gewinner den Gewinn an die Verlierer verteilen muss.

Landolt: Also erhält jeder seinen Einsatz zurück?

Wermuth: Nein, nur ein Drittel davon. Ein weiteres Drittel soll an die Pferde gehen. Die haben schliesslich die ganze Arbeit geleistet.

Landolt: Aber das letzte Drittel des Gewinns darf der Gewinner behalten?

Wermuth: Nein, damit wird die staatliche Verliererschutzbehörde finanziert. Wir müssen ja auch von etwas leben. Und auf welches Pferd hast du gewettet?

Landolt: Ich suche immer noch nach einer Möglichkeit, nach dem Rennen rückwirkend auf das Pferd zu setzen, welches das Rennen gewonnen hat.

Wermuth: Das ist es, was ich an dir so mag: deinen Pragmatismus.

Landolt: Sag mal, Cédric, weshalb redest nur du, und Tamara sagt nichts?

Wermuth: Ich glaube, dass ich die Anliegen der Frau besser vertreten kann.

Andreas Thiel ist Schriftsteller und Kabarettist.

Namen

High Heels auf Eis

Was das winterliche Polo-Turnier für St. Moritz bedeutet.

Von Hildegard Schwaninger

Ende Januar schaut die Welt auf Davos und Kitzbühel (WEF und Hahnenkamm); St. Moritz – Top of the World – muss sich da etwas einfallen lassen. Mit dem Snow Polo, das seit 35 Jahren auf dem gefrorenen St. Moritzersee stattfindet, setzt man sich gekonnt in Szene: Die Hotelbetten sind voll, die Stimmung ist bombastisch, die Besucher (diesmal geschätzte 18 000) fühlen sich im Epizentrum des gesellschaftlichen Lebens. Ein rasanter Sport, gutgewachsene junge Männer auf schnellen Pferden, die dem Ball nachjagen; bestgelaunte Gäste, die ein Glas Perrier-Jouët-Champagner oder Royal-Salute-Whisky in der Hand und in Decken gehüllt, auf der Tribüne sitzen, und, natürlich, was zu so einem Event gehört, überirdisch schöne Frauen à discrétion. Woher diese Göttinnen kommen, sieht man sofort. Es sind Russinnen; auf so hohen Absätzen in sexy Stiefeln auf Schnee und Eis balancieren, das können nur die unerschütterlichen Frauen aus Putins Reich.

Snow Polo wurde 1985 vom Einheimischen **Reto Gaudenzi** erfunden, dem umtriebigen Lokalmatador, der auf der ganzen Welt seine Spuren hinterlassen hat. Einst war er Direktor des «Badrutts Palace»-Hotel, dann baute er einen Exklusivklub in der Versace-Villa in Miami Beach auf, leitete ein Nobelhotel in Berlin; im Polo fand er seine wahre Berufung. Er selbst sass beim «Spiel der Könige» dreissig Jahre lang im Sattel, fünfmal hat er in St. Moritz gewonnen. Mit seinem Sohn **Tito** gründete er vor 17 Jahren das Polo-Turnier in Kitzbühel. Gaudenzis Kontakte

sind – auch dank seiner internationalen Hotelkarriere – universal. In St. Moritz nennt man ihn den «Godfather des Snow Polo». Die Organisation ist grossartig, die Sponsoren (Cartier, Maserati, Deutsche Bank, Netjets, Mauritius-Tourismus, die Fünfsternehotels «Kulm», «Suvretta House», «Carlton», «Badrutts Palace» etc.) sind top engagiert. Der ganze Ort spannt zusammen, damit dieser wichtige Wirtschaftsfaktor für St. Moritz zum Ereignis wird. Die Veranstaltung kostet 2 Millionen Franken, generiert einen Mehrwert von 10 Millionen Franken.

Der Brite **Nick Hine**, Herausgeber der *Polo Times*, verfolgt seit Jahren das Snow Polo in St. Moritz: «Früher war es mehr Party, heute wird hier Polo auf hohem Niveau gespielt; kein sportliches Lokaleignis, sondern globaler Wettbewerb.» Zum zweiten Mal ist Aserbaidschan hier präsent. Die wilden Kosaken stellten das Team «Azerbaijan Land of Fire» und setzten sich grossartig in Szene; optimale Werbung für das Land und seinen Tourismus. Die ehemalige Sowjetrepublik ist Partner von Snow Polo; die Aserbaidschaner zeigten auf dem Eis eine grandiose, waghalsige Show mit Akrobatik auf ihren Karabach-Hengsten und Volkstänzen mit exotisch-attraktiven, prunkvoll juwelengeschmückten Frauen in bunten Kostümen; letztes Jahr kam sogar der Staatspräsident **Ilham Alijew** ins Engadin, und 2020 findet in Aserbaidschan der Snow Polo World Cup statt.

Heimliche Königin des Snow Polo ist **Käthy Dobers**, Chefin von Cartier St. Moritz, eine



Fast verliebt

Feuer und Flamme

Von Claudia Schumacher

Marias Weg zurück ins Leben begann körperlich: Testosteron, Kortisol, Oxytozin, Adrenalin, Endorphine. All die wunderbaren Hormone, die beim Sex zusammenspielen und den Menschen wacher,

sinnlicher, glücklicher machen. Mit Simon hat sie gerade eine gute Zeit, auch wenn es keine Liebe ist. Doch die Bettgeschichte hat sie zurück ins Leben katapultiert. Nach der Trennung von Joel, ihrem Noch-Ehemann, der bereits seine Neue geschwängert hat.

Ein Jahr des tiefen Unglücks liegt hinter Maria. Absolutes Trennungselend, existenziell bedrohlich. Aber damit nicht genug: Davor hatte es einige Jahre gegeben, in denen Joel eine Mittellebenskrise schob und Maria ständig bereitstand, ihn aufzubauen und ihre brüchige Ehe zu kitten. Schon seit Jahren hatte sie ein Leben in über fünfzig Grautönen geführt, und ein ziemlich sexloses dazu.

Sie malt sich die Fussnägel an. Die Mädchen sind bei Joel. Es ist das erste Mal, dass sie sich deswegen nicht grämt. Heute fragt sie sich nicht in irrer Eifersucht, ob Joels Neue versucht, ihr nach dem Mann auch noch die Kinder weg-



Lokalmatador: Snow-Polo-Gründer Gaudenzi.



Nachwuchs: Cartier-Spieler Tito Gaudenzi.



Einzigste Frau: Siegerin Ganzi.

blonde, funkelnde Frau, die überall auftaucht, fröhlich und nett ist mit allen und am Schluss den Siegerpokal, die Cartier Trophy, überreicht. Die ging diesmal an das Team «Badrutt's Palace», in dem die einzige Frau mitspielte: **Melissa Ganzi**. Die Amerikanerin ist damit die erste Frau in der Geschichte des Snow Polo World Cup, die ein Turnier gewinnt. Zweitbeste wurde das «Maserati-Polo»-Team.

Wer nicht das Glück hat, von Sponsoren eingeladen zu sein, konnte sich ein Ticket für VIP-Zelt und VIP-Tribüne kaufen: Für 650 Franken am Tag (Finale: 750 Franken) ist man dabei. Wer den begehrten Badge am Handgelenk trägt, hat Zutritt zur VIP-Tribüne, zu Champagner und Whisky, so viel man kann und will, zum Schlemmen im gutgeheizten VIP-Zelt, wo man – ungezwungen und lässig – zwischen Polostars, Lokalprominenz, potenten Sponsoren – sitzt und sich von einem Büffet bedienen kann, das keine Wünsche offenlässt (vom Kaviar bis zum indischen Curryhuhn, und zum Dessert das Beste aus der Confitserie Sprüngli).

Die Polo-Gala im «Badrutt's Palace»-Hotel, glamouröser Höhepunkt am Abend vor dem Finale, war total ausverkauft (Ticket: 850 Franken). 360 Gäste; man hätte 650 Plätze verkaufen können. Reto Gaudenzi ist in zweiter Ehe (nach einer Amerikanerin) mit **Irina** verheiratet, einer bezaubernden Russin, die den alten Haudegen offenbar erdet. Nach dem Polo-Ball ging er um Mitternacht mit seiner Frau nach Hause; in den «King's Club», wo die Hartgesottene (nur die Zuschauer, nicht die Spieler) bis vier Uhr früh feierten, kam er nicht mehr. Für Gaudenzi ist Polo Spass und Lebenselixier, aber auch viel Arbeit.

Im Internet

www.schwaningerpost.com

zunehmen. Maria riecht leicht nach Zitrone, sie hat sich nach dem Baden eingecremt. Vor ihr steht eine Tasse Kaffee und ein halb gegessenes Gipfeli, ein bisschen Wintersonne scheint durch das Fenster. Sie schliesst die Augen, atmet tief, lächelt – und empfindet etwas, das ihre besorgten Freunde noch nicht ganz glauben können, wenn sie davon erzählt. Und sie ist da auch selbst noch vorsichtig. Aber was Maria in diesem Moment empfindet, ist Glück. Glück im Überfluss. Und grosse Dankbarkeit. Hätte sie das geahnt, hätte sie nicht endlos an ihrer schlechten Ehe festgehalten.

Das Glück, das Maria durchflutet, ist nicht das einer sexuell aktiven Frau. Der Sex hatte ihr nur einen Schubs gegeben. Es ist das überschäumende Glück einer Überlebenden. Als sie noch mit Joel zusammen war, hatte er während der Krisenjahre all ihre Kraft geschluckt. Scheidung war für Maria der abso-

lute Super-GAU, der um alles in der Welt vermieden werden musste. Ihre ganze Zuversicht, ihre Fürsorge, Zärtlichkeit und aufmunternden Worte steckte sie in ihre Ehe hinein. Als Joel sie schliesslich trotzdem betrog und verliess, rollte ein Tsunami über Maria. Doch jetzt, im Jahr eins nach dem Weltuntergang, ist ihr klar: Sie hat überlebt. Die Kraft, die zuvor im schwarzen Loch ihrer dysfunktionalen Ehe verpuffte, gehört jetzt ihr. Und diese Kraft ist gross. Maria wird von einer Liebe durchströmt, mit der sie die ganze Welt umarmen könnte. Sie kann sich nicht erinnern, wann ihr zuletzt so leicht und frei ums Herz war. Überraschenderweise hat das Leben ihr gar nicht alles genommen. Es hat ihr eine zweite Chance geschenkt, eine nigelnagelneue, die in der Wintersonne glitzert und darauf wartet, genutzt zu werden.



Unten durch

Dorli

Von Linus Reichlin

Mein Freund Paul hat sich nach achtzehn Jahren Ehe scheiden lassen, es geht ihm blendend. Er sieht jünger aus und hat für jedes Jahr Ehe ein Kilo abgenommen. Früher trug er nur die mausgrauen Rollkragenpullover, die ihm seine Frau jeweils zu Weihnachten schenkte, aber jetzt trägt er weisse Hemden und braune italienische Schuhe, die er nach acht Uhr abends auszieht und in einem Samtbeutel verstaut. Danach zieht er schwarze italienische Schuhe an. «Never wear brown after eight», sagte er mir beim Wein in einer Bar, in der Sekretärinnen aus dem Bankenviertel verkehren. «Schau mal, die Blonde dort hinten», sagte er, «sie wippt mit dem Fuss. Das ist ein Zeichen dafür, dass sie kurz vor dem Eisprung steht.» Paul strich sich die Haare an den Schläfen glatt und ging zu ihr rüber. Ich musste an Dorli denken, seine Ex-Frau, die viele Kinder zur Welt gebracht hatte, um sich bei Paul beliebt zu machen, er war ein Familienmensch.

Bei einer Geburtstagsfeier vor einigen Jahren hatte Dorli mir in ihrer Küche unter Tränen gestanden, dass sie schon immer eine Aversion gegen Kinder und Haustiere gehabt hatte, und jetzt musste sie drei Kinder, zwei Goldhamster, ein Kaninchenpaar und einen Retriever versorgen. Der Retriever war eifersüchtig auf die Kinder und pisste auf ihre Spielsachen, wenn sie in der Schule waren. Damit die Kinder nicht merkten, wie sehr der Hund sie hasste, säuberte Dorli die Spielsachen jeden Tag mit Urinentferner aus der Sprühflasche, bevor die Kinder nach Hause kamen. Dorli hiess eigentlich Dorothea, und sie wäre auch lieber so genannt worden, aber wenn Freunde zu Besuch waren, tätschelte Paul ihr den Hintern und sagte: «Was würde ich ohne mein Dorli nur machen!» In Wirklichkeit machte er alles ohne sein Dorli, so dass sie, als Paul mal auf Geschäftsreise in England war, sich mir förmlich vor die Füsse warf. Wenn ich in meiner Mittagspause mit ihr schlafen wollte, flüsterte ich ihr einfach nur «Dorothea!» ins Ohr, schon riss sie ihre Haushaltsschürze auf. Die Affäre dauerte zwölf Jahre, danach fuhr ich mit Dorotheas Schwester Verena heimlich auf die Kapverdischen Inseln, ich bin ja nicht

>>> Fortsetzung auf Seite 64

dumm! Auf den Kanarischen Inseln trifft man doch in der Hotelbar unweigerlich seinen Chef mit seiner Geliebten oder irgendeinen Nachbarn oder schlimmstenfalls die eigene Frau mit einem Kanarienvöglern. Aber die Kapverden sind noch der weisse Fleck auf der Karte des Seitensprungs. Über all diese Dinge dachte ich in der Weinbar nach, bis Paul von der Blonden zurückkam, mit ihrer Telefonnummer. Ich sagte: «Das ist eine amerikanische Telefonnummer.» Er sagte: «Na und, sie arbeitet für eine UBS-Filliale in Connecticut. Sie möchte, dass ich sie dort besuche, in einer Flanellhose, aber ohne Unterhose.» Ich sagte: «Und die Zahlen auf dem Zettel sind in deiner Handschrift geschrieben, du alter Lügner!»

Bei einem Angelausflug vor einem Jahr hatte Paul mir zum ersten Mal von seinem Verdacht erzählt, dass Dorli ihn betrüge, und Verena auch, mit der er, wie er mir gestand, seit vier Jahren heimlich nach Gran Canaria fahre. Ich sagte, ich sei sogar absolut sicher, dass die beiden Frauen ihn betrügen, mir sei nämlich aufgefallen, dass sie dauernd mit dem Fuss wippten, und das sei bei einer Frau ein Zeichen dafür, dass sie kurz vor dem Eisprung stehe. Paul sagte, er wisse auch, mit wem sie es trieben: mit Giovanni Sägebrecth vom Tankstellenshop. Ein paar Wochen später warf Paul Giovanni Sägebrecth nach dem Tanken einen Zweiliterbeutel Scheibenwischerflüssigkeit an den Kopf und nannte ihn vor Zeugen einen «notgeilen Donald Duck». «Das Einzige, was mir peinlich ist», sagte Paul vor dem Gerichtstermin zu mir, «ist, dass ich in der Aufregung Don Juan mit Donald Duck verwechselt habe.» Wie auch immer: Jetzt ist er geschieden und glücklich, was will der Mensch mehr?

Linus Reichlin ist Schriftsteller und lebt in Berlin.



Wein

Die gewichtige Bagatelle

Von Peter Rüedi

Dies ist ein Wein für Trinker, die sich gern überraschen lassen und ihrem Urteilsvermögen mehr trauen als grossen Affichen und pompösen Etiketten. Erstens trägt er das Understatement schon im Namen, auch wenn uns sein Importeur in einer kleinen Nachhilfsaktion mitteilt, «Bagatelle» habe auf Französisch eine doppelte Bedeutung: Neben «Kleinigkeit» oder gar «Lappalie» bedeute es auch «Liebschaft». Wie auch immer: Auf den ersten Blick überwiegt nun mal bei weitem die diminutive Bedeutung, wenn auf dem Etikett als Produzent ein «Clos Bagatelle» firmiert. Kommt dazu, dass der Sechzig-Hektar-Betrieb (was nun wiederum nicht allzu klein ist) zur Appellation Saint-Chinian im Languedoc gehört (sie liegt gut 20 Kilometer nördlich von Narbonne) und dass Weine aus dem grossen Bogen zwischen Montpellier und der spanischen Grenze noch immer etwas unter der historischen Hypothek leiden, als Literweine im Offenausschank am Bartresen zu taugen, aber

keineswegs für anspruchsvollere Trinkgenüsse. Das hat sich in Wahrheit geändert, aber Vorurteile kleben bekanntlich hartnäckig.

Dieser Terre de mon Père von Clos Bagatelle 2015, eine besonders geglückte Cuvée aus 50 Prozent Syrah, 30 Prozent Mourvèdre und 20 Prozent Grenache, ist die akkurate Gelegenheit, eines von ihnen zurechtzurücken. Trotz seiner 14 Prozent Alkohol ist dieser klassische Südverschnitt weder mastig noch gar bombastisch, sondern vielmehr filigran und fein ziseliert, höchst elegant, trotz achtzehn Monaten in neuen Eichenfässern keineswegs überholt. Gönnen wir ihm etwas Luft, weht uns nach ein paar Röstaromen ein schöner Hauch von Himbeeren und Blaubeeren an: ein harmonischer, im Abgang langer Wein, dessen gut eingebundene Gerbstoffe ihm auch über übermorgen hinaus ein vitales Leben versprechen.

Clos Bagatelle wird heute von Christine und Luc Simon geführt. Das Gut ist seit sage und schreibe 1623 im Besitz der Familie. Seit Beginn des 20. Jahrhunderts wird es, eine Besonderheit, nicht vom Vater auf den Sohn, sondern von der Mutter auf die Tochter vererbt. Nicht, dass diese matriachale Erbfolge olfaktorische Konsequenzen gehabt hätte. Aber ein Familienkonflikt ist aus dieser wunderbaren Hommage an die *terre de mon père* auch nicht herauszuspüren. Ich bin ja eher ein Skeptiker von Ranglisten und den vom Handel geliebten Punktvergaben (sie erinnern mich immer etwas an Bewertungen im Eiskunstlauf). Aber die 94 von 100 Punkten, mit denen Robert Parkers «Wine Advocate» diesen tiefstapelnden Languedoc feierte, kann ich nachvollziehen.

Clos Bagatelle La Terre de mon Père Saint-Chinian 2015, 14%. Daniel Gazzar Vins S.A., Pully, Fr. 24.80. www.daniel-vins.ch



Salz & Pfeffer

Japans Nationalgericht

Von David Schnapp

Nein, die Japaner essen nicht ständig kalten, rohen Fisch. Kürzlich war ich für ein paar kulinarisch hochinteressante Tage in Tokio (*Weltwoche*-Japan-Sonderaus-

gabe vom 20. Dezember 2018). Soweit ich das in der kurzen Zeit beobachten konnte, gehen viele Japaner mittags in kleine Restaurants, in denen Ramen serviert werden. 200 000 Ramen-Läden soll es im ganzen Land geben – Ramen ist der Big Mac, die Pizza Japans.

Das Nationalgericht ist letztlich bloss eine Suppe mit Weizennudeln und etwas Gemüse und Fleisch. Ich kenne nur wenig Fastfood-Gerichte, die einem wie eine gute Schüssel Ramen dieses sofortige Wohlgefühl verschaffen können. Der Schweizer Lorenz Muster hat in Zürich vor einiger Zeit ein Ramen-Restaurant eröffnet, das diese japanische Gemütlichkeit, die in Schüsseln serviert wird, pflegt.

Der Berner Muster betreibt in Zürich auch das «Sala of Tokyo» und pflegt die japanische Küche in beiden Lokalen mit einem hohen Grad an Authentizität. Im «Yume»-Rahmen steht hinter Glas eine Ramen-Maschine, die aus Weizenmehl, Wasser, Salz und *Kansui* (eine

Kalium- und Natriumkarbonatmischung) frische Ramennudeln produziert. *Kansui* sorgt dafür, dass die Teigwaren in der heissen Brühe nicht zu weich werden und ihren typischen leicht gummigen Biss behalten.

Der Kern einer herzhaften Schüssel Ramen ist aber natürlich die Brühe: in unserem Fall ein Geflügelfond, der mit dem Fleisch der mitgekochten Pouletschenkel gemixt wird, so dass mit etwas Sojamilch eine cremige, fleischige Brühe entsteht, in der pochiertes Pouletfleisch, Soja- und Bambussprossen sowie ein gekochtes Ei liegen. Eine perfekte Mischung aus Fleisch, Fett und Frische, die einen wärmt und zufrieden macht.

Yume Ramen, Reitergasse 6, 8004 Zürich
Telefon 044 271 7273. Sonntags geschlossen

David Schnapp ist Autor beim «Gault & Millau-Channel».



Auto

Krokus, Julier, AMG

Auf dem Weg ins Engadin mit dem AMG GT Viertürer: Rock'n'Roll auf Schnee und auf Asphalt. Von David Schnapp

Grosses Vergnügen braucht manchmal gar nicht viel. Kürzlich reichten mir dafür ein Live-Album von Krokus («Long Stick Goes Boom»), eine Passstrasse (Julier) sowie ein sehr potentes Auto mit 639 PS (AMG GT 63 S Viertürer). Zugegeben: «Nicht viel» ist in diesem Kontext etwas frivol, der Wagen kostet immerhin so viel wie eine Ferienwohnung. Die Stärke der neuen Hochgeschwindigkeitslimousine von Mercedes ist, ähnlich wie der «Long Stick»-Hit von Krokus aus dem Jahre 1982, nicht grösstmögliche Subtilität. Wir sprechen vielmehr von einer konzentrierten Ladung Kraft, die ziemlich direkt losgelassen wird. Bei Krokus heisst es dann: «We're gonna hit it / We're gonna kick it / We're gonna break out through the ice.»

Der Mercedes-AMG macht das im übertragenen Sinn ganz ähnlich. Ist das Gaspedal einmal durchgedrückt, schiebt der Wagen mit so viel Vehemenz nach vorne, als wäre gerade der letzte Tag angebrochen, an dem man noch schneller als 50 Stundenkilometer fahren dürf-

te. Aber je länger ich mit der mattgrau lackierten Limousine unterwegs war, desto besser lernte ich doch auch ihre Fähigkeiten zum feinen Unterschied kennen.

Denn der schnelle Viertürer spielt in der Liga der übermotorisierten Limousinen eine Hauptrolle: Zusammen mit Porsche Panamera, BMW M5 oder Cadillac CTS-V stellt er allerdings auch eine sehr exklusive Liga dar. Etwa so exklusiv wie die Kategorie der weltweit erfolgreichen Schweizer Rockbands. AMG baut in den Familienexpress einen V8-Doppelturbo-Benzinmotor, der aus vier Litern Hubraum 639 PS und 900 Nm presst. Das ist sehr viel Kraft, die über ein hochentwickeltes Allradsystem aber perfekt auf die Strasse übertragen wird. 3,2 Sekunden soll es dauern, bis das Auto von 0 auf 100 km/h gesprintet ist. Und ich habe überhaupt keinen Anlass, an diesen Zahlen zu zweifeln – im Gegenteil.

Am AMG GT Viertürer, dessen Namen etwa so nüchtern ist, als würde man sein Kind «Sohn» / «Tochter» taufen, ist alles etwas

grösser als im normalen Leben. Er kommt ziemlich stolz und bullig daher und ringt auch dem abgebrühtesten *voiturier* vor den Fünfsterne-Grands-Hotels in St. Moritz ein ehrliches Kompliment ab. Das Lenkrad ist dick und griffig und unten abgeflacht. Die Displaytasten, mit denen man Einstellungen an Dämpfung, Motor, Auspuffanlage etc. vornimmt, sind so dimensioniert, dass man sie auch dann betätigen könnte, sollte man einmal mit 300 Stundenkilometer und mehr unterwegs sein sollen.

Die drei wichtigsten Fähigkeiten des AMG GT Viertürers lassen sich wie folgt zusammenfassen: ausgesprochen komfortabel und teilautonom auf der Autobahn; erstaunlich agil auf der kurvigen Landstrasse, wo auch eine Serie von fünf Überholmanövern so sicher und schnell gelingt, als würde ich Playstation spielen; und schliesslich ideal auf Schnee, wo es je nach Situation und Wunsch entweder äusserst sicher oder ausgesprochen lebendig zu- und hergeht. Mit diesem Auto ist es eigentlich immer so, wie es in dem Krokus-Song heisst: «The time is right for a ride tonight.»

Mercedes-AMG GT 63 S 4Matic+
Leistung: 639 PS/470 kW; Hubraum: 3982 ccm;
Max. Drehmoment: 900 Nm bei 2500 bis 4500 U/min;
0–100 km/h: 3,2 Sek.; Verbrauch: 11,3 l/100 km;
Höchstgeschwindigkeit: 315 km/h
Preis: Fr. 220 900.–; Testwagen: 255 202.–



Tamaras Welt

Die Grausamkeit hat ein Ende

Der nächste Friedensnobelpreis sollte an die Stadt Hannover gehen. Sie ändert ihre Amtssprache und befreit damit Menschen von jahrhundertelanger Diskriminierung. Von Tamara Wernli

Die Ignoranz, mit der Leute agieren, ist manchmal erschreckend. Ein paar Beispiele: Bei Referaten brüskieren sie ihre Mitmenschen mit der unreflektierten Pauschalbegrüssung «Damen und Herren». Personen, die aussehen wie Männer, hängen sie leichtsinnig das Etikett «Mann» an, solche mit weiblichen Erscheinungsmerkmalen nennen sie «Frauen». Sie verwenden geschlechtsspezifische Wörter zugunsten des biologisch männlichen Geschlechts und unterstützen damit nicht nur freimütig das Patriarchat, sondern degradieren die Frau zur Bürgerin zweiter Klasse. «Sommelier» ist so ein Wort.

Das ist auch der Stadt Hannover aufgefallen, sie hat darum vergangene Woche ein Zeichen gegen den menschenverachtenden Umgang gesetzt: Die Stadtverwaltung verwendet künftig eine genderneutrale Verwaltungssprache. Der gesamte städtische Schriftverkehr, E-Mails, Pressemitteilungen, Broschüren, Formulare, Flyer, Hausmitteilungen, Rechtstexte und Briefe werden neu «geschlechtergerecht» formuliert sein, so eine Sprecherin der Stadt gegenüber dem Magazin *Spiegel*. Die neue Regelung gilt für 11 000 Mitarbeiter*innen. Statt «Lehrer und Lehrerinnen» heisst es neu «Lehrende», aus «Rednerpult» wird «Redepult». Die würdelose Anrede «Herr und Frau» wird es nicht mehr geben, nachdem sie immer wieder zu multiplen Herz-Kreislauf-Störungen geführt hat. Auch «Wähler» werden entsorgt. «Es ist ein wichtiges Signal und ein weiterer Schritt, alle Menschen unabhängig von ihrem Geschlecht anzusprechen», sagt Oberbürgermeister Stefan Schostok. Wo es möglich ist, sollte man «geschlechtsumfassende Formulierungen» verwenden. Wo dies nicht geht, dürfe auch das Gender-Sternchen zum Einsatz kommen – etwa bei Dezent*innenkonferenz.

Persönlich finde ich es richtig, dass eine Stadt ihren gesamten Schriftverkehr, E-Mails, Pressemitteilungen, Broschüren, Formulare, Flyer, Rechtstexte und Briefe mit einer neuen, «gendergerechten» Sprache gestaltet. An der alten haben sich nämlich vier Personen gestört.

Man sollte die Relevanz hier nicht verkennen. Im deutschsprachigen Raum haben Menschen während vieler Jahrhunderte an ihrer Sprache gelitten, in der Schweiz, in Österreich und Deutschland haben sie beklemmende Zustände erleben müssen. Es gab Streiks, dann Volksaufstände und Bürgerkriege. Schon nur die Vorstellung, dass Menschengruppen, die sich nicht innerhalb der Kategorie von Mann und Frau identifizieren, Begrüssungen wie «Sehr geehrte Damen und Herren» ertragen mussten, macht einen fertig. Die deutsche Sprache ist problematisch, weil sie unüberwindbare gesellschaftliche Barrieren schafft, vor allem aber unterdrückt sie weibliche Menschen – wer denkt schon an Mädchen, wenn von «Lehrlingen» gesprochen wird, wer hört einer Frau zu, die hinter einem «Rednerpult» steht? Und weil «Wähler» viele abschreckt, haben sich gerade Damen bei Abstimmungen in den letzten Jahren kaum an die Urne gewagt.

Wer*welche jetzt sagt, dass neue Wortschöpfungen wie «Dezent*innenkonferenz» eine Verschandelung der deutschen Sprache sei, der/die sollte vielleicht mal das Wort «Dezent» nachschlagen. Wenn wir die Konferenz für die «Sachbearbeiter*innen mit Entscheidungsbefugnis bei Behörden und Verwaltungen» (Wikipedia) in schriftlicher Korrespondenz jedes Mal «Konferenz für Sachbearbeiter*innen mit Entscheidungsbefugnis bei Behörden und Verwaltungen»

nennen müssten, wo kämen wir hin? Die Nörgler sollten auch mal zur Kenntnis nehmen, dass Genderneutralität vieles einfacher macht.

Die 11 000 Hannoveraner*innen & Diversen Staatsangestellten sind die Stützen der modernen Gesellschaft. Täglich wenden sie sich mit Hingabe staatstragenden Themen zu, bestimmen Regeln für alle im eigenen Interesse, auf den Moment der Verkündung ihrer neuen Sprachregeln haben sie ein Leben lang hingearbeitet. Es sind Menschen, die sich auch mit ihren Familien am Abendtisch weiterkümmern. Ihre Gespräche kreisen um Gender und Diversität und abbaubares Haarshampoo und die Fragen, wie man «Charmeur», «Barbier», und «Eremit» abändern könnte und ob eine Demo vor dem Duden-Gebäude vielleicht der nächste sinnvolle Schritt sei. Solche Leute geben jemandem wie mir das Gefühl, herzlos und unsensibel zu sein. Ich sollte vielleicht zur Abwechslung mal einen wichtigen Text schreiben.

Besonders effizient sind sie bei finanziellen Belangen. Denn wenn sie nicht die Gelder von anderen verschwenden, wer tut es dann? Wobei diese Kosten im Namen der Gerechtigkeit ja nicht gross zu Buche schlagen. In Berlin zum Beispiel hatte man laut der *Berliner Zeitung* (BZ) vor etwa drei Jahren gendergerechte Anpassungen vorgenommen; aus dem «Studentenwerk» wurde ein «Studierendenwerk», das kostete nur rund 800 000 Euro – dank dem Länderfinanzausgleich durfte auch das verstaubte Bayern beim Bezahlen mithelfen. Unter anderem musste dafür die Fassade eines Studierendenwohnheims neu gestrichen werden, weil das alte Logo einige Menschen an den Rand eines Nervenzusammenbruchs gestossen hatte.

Leute haben mir erzählt, dass die neuen Massnahmen in Hannover sie irgendwie an «Idiocracy» erinnern, eine Science-Fiction-Komödie, die eine geistig degenerierte Gesellschaft im Jahr 2505 zeigt. Warum das so ist, kann ich mir beim besten Willen nicht erklären.

Tamara Wernli, Video-Bloggerin, lebt bei Basel.

	1	2	3	4		5	6		7	8		9		10
	11								12			13		
14						15								
16									17					
18								19						
			20		21		22				23	24	25	
		26		27						28				
29	30		31				32		33			34		
35				36			37				38			
	39								40					41
42									43					
	44						45							

--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--

Lösungswort — Wirklichkeitsfremde Überspanntheit.
Die rosa eingefärbten Felder ergeben waagrecht fortlaufend das gesuchte Lösungswort.

Waagrecht — 1 Spät, zumindest findet das der Franzose. 5 Der Tanz kann kubanische Paare auf die Tanzfläche locken. 11 Da kann beim Darm nichts mehr raus, sagt der Arzt. 12 Die . . . entspringt beim . . . pass und fließt durchs . . . tal. 14 Sie ist laut Max Frisch ein produktiver Zustand. 15 Islamisches Königreich: besteht aus 33 Inseln. 16 Da geht auch lebensnah, plastisch und gar quecksilbrig. 17 An erster Stelle der Ahnenreihe des Frisbees. 18 Vielleicht die älteste sumerische Stadt. 19 Der Begriff bedeutet laut Duden schlicht Zeichensatz. 20 Einrichtung, die Normalbürger gerne meiden. 23 Ohne sie wird Wanderlust zu erschöpfendem Frust. 27 Was wir suchen, ist ein irisch-schottischer Kelt. 28 Bei Rechnungen verzichten wir gerne auf sie. 29 Ob Gottes-, Götzenbild oder Vorbild, gilt für alle. 32 Nur ein Tabu, wenn zwei vier ist und umgekehrt. 34 Sie passt zu Bösewichten wie Gutmenschen. 35 Heute spricht man beim Seelenleben eher von Feeling. 37 Fallensteller, typisch USA. 39 Sprayer von Zürich. 40 Walliser Ort, mal deutsch, hier französisch. 42 Das Anzeichen kann durchaus als Warnung verstanden werden. 43 Nicht ein Einziger, das mag zu denken geben. 44 Ertönt in Schweden zwischen Glas heben und trinken. 45 Anfordern lässt es sich ebenfalls.

Senkrecht — 1 Marx und Mosel und ihre Gemeinsamkeit. 2 Anderswo, sagte der Verdächtige im alten Rom, womit er den Nachweis erbrachte. 3 Auch Wau heisst sie, heilen soll sie. 4 Man kann auch von Seegang sprechen. 6 Von Venedig ostwärts landet man in dieser Stadt. 7 Die Französin der 50er und 60er Jahre, Schauspielerin, Model, Sexsymbol. 8 Der aus Borsalino, aber nicht Jean-Paul. 9 Die Popmusik der Schwarzen Amerikas, die auch für Wellen sorgte, wirklich. 10 Grossräumig durchlüftendes System. 13 Lokal für das romantische Frankreich-Gefühl. 14 Besser ohne Kontakt, da penetrant, schmierig und zweideutig. 15 Nie ist der Befehl eine . . . , doch oft die . . . ein Befehl. 19 Eine Blume ist eine Blüte – könnte von André Breton sein. 21 Sitz für beschwingte Fahrten und sportliche Ausflüge. 22 Muttertier beim Damwild. 24 Womit Kissen flächig blühen. 25 Zuerst der Schock, darauf oft sie. 26 Ihm ist die Bekämpfung der Kokken-Infektion (u.a.) zu verdanken. 28 Gut für den Brief, Aufsatz und Vertrag usw. 30 Margaret (Thatcher) hatte einen Ehemann. 31 Die Laune ist wirklich daneben. 33 Er stellt am Golf von Biskaya seinen Mann. 36 Wasserpflanze, durcheinander. 38 Das Unbehagen, körperlich wie seelisch, ist quälend. 41 Es besteht aus ebensolchen Mineralen.

©Fritz Müller - Rätselfactory

Lösung zum Denkanstoss Nr. 602

	K	I	N	S	H	A	S	A		N	E	C	K	
G	E	N		P	A	N	E	T		T	O	N	E	E
R	O	T	H	I	R	S	C	H		I	G	I	T	T
A	S	R		K	A	T	H	E		D	R	A	L	E
N		I	S	E	R	E		I			G	I	N	A
A	R	G	O	S		L	A	S		S	I	E		O
T	U	E	R		B	L	U	T			M	O	R	D
	M	B	E	R	E	T		E	G	E	L		O	
T	A	V	E	R	J		S	A		R	A	N	D	O
W	E	I	T	B	L	I	C	K		S	T	I	R	K
E	N	S		I			H	A		S	E		E	T
R	E	P	O	N	S	E		N		L	O	S	E	R

Waagrecht — 1 KINSHASA 8 NECK (engl. f. Nacken) 11 GEN 12 PANETTONE 14 ROTHIRSCH 15 IGITT 17 ASR (Abk.) 18 KATHEDRALEN 19 ISERE (Reise) 21 GINA 22 ARGOS 24 LASSIE 27 TUER 28 BLUTT 29 MORD 32 BERET 34 EGEL 36 TAVERI 38 SARANDON 41 WEITBLICK 42 STIRN 43 ENS (das Sein, Seiende in der Philosophie) 44 HASE 45 ETE (franz. f. Sommer) 46 REPONSE (franz. f. Antwort) 47 LOSER

Senkrecht — 1 KEOS 2 INTRIGE 3 SPIKES 4 HARAR 5 ANSTELLE 6 SECH 7 ATHEIST 8 NOIR (Farbe beim Roulette) 9 ENGAGEMENT 10 CEILI 11 GRANAT 13 ETNA 16 TENOR 20 SORBET 23 RUMAENE 25 AUTSCH 26 STER 28 BRIL(-lant) 30 OLDIES 31 DONNER 33 ERBIN 35 GASEL 36 TWER (Wert) 37 VISP 39 AKAN (Volk) 40 ORTE

Lösungswort — **KANALISATION**



EMS – Innovativ, weltweit
erfolgreich in den Geschäftsbereichen
Hochleistungspolymere
Spezialchemikalien

Degussa



GOLD UND SILBER.



GOLD – NICHTS VERBINDET GENERATIONEN NACHHALTIGER.

Seit mehr als 6000 Jahren hat Gold alle Weltreiche, alle Währungen und damit auch alle Finanzblasen überdauert. Das wird auch in Zukunft so bleiben – weil physisches Gold anders als Papierwährungen nicht beliebig vermehrbar ist. Als grösster bankenunabhängiger Edelmetallhändler in Europa stellen wir mit Ihnen Ihr persönliches Portfolio aus Barren und Münzen zusammen. Gerne können Sie Ihre Wertanlagen auch in Ihrem Schrankfach bei uns lagern.

**DEGUSSA-
GOLDHANDEL.CH**

Verkaufsgeschäfte:

Bleicherweg 41 · 8002 Zürich
Telefon: 044 403 41 10

Quai du Mont-Blanc 5 · 1201 Genf
Telefon: 022 908 14 00



Zürich | Genf | Frankfurt | Madrid | London